Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E | Nr. 10/11 Jahrgang 2 | Juli / August '85 | 4.00 DM

WIRD DER VORWÄRTS SELBSTVERWALTET?

Zunächst sollte das SPD-Blatt mit der 109-jährigen Tradition eingestellt werden. Dagegen wehren sich die Mitarbeiter und sind dazu bereit, das Ding in Form einer Genossenschaft in Eigenregie weiterzuführen.

Zweifelsfrei ein Thema für CONTRASTE!

Die Frankfurter Redaktion machte einen Tag lang Bonn unsicher und sprach mit dem VORWÄRTS - Betriebsratsvorsitzenden Gode Japs über Ziele, Perspektiven und Mauscheleien. Auch war man bemüht, Stellungnahmen von verantwortlichen SPD-Politikern zu bekommen, diese befanden sich jedoch schon in der Sommerfrische oder winkten ab. Als einzige waren dann Uli Klose und Michael Müller bereit, sich zu dem für die SPD brandheißen Thema zu äußern.

Was dabei herauskam, steht auf den Seiten 16, 17 und 19.

Letzte Meldung

Der aktuelle Stand

Am 15. Juli ist der Verlagsleiter erst einmal in Urlaub gegangen, insgesamt 25 Mitarbeiter haben erklärt, daß sie den selbstverwalteten Betrieb, die Genossenschaft machen wollen. Gode Japs hat den Eindruck gewonnen, daß in der zuständigen SPD-Kommission das Genossenschaftsmodell der Belegschaft ernsthaft in Erwägung gezogen wird. In den nächsten Tagen findet ein Gesprächstermin zwischen Belegschaft und Kommission statt, in dem man versuchen wird, eine Vorentscheidung über die Zukunft des Traditionsblattes zu treffen.

CONTRASTE wird selbstverständlich am Ball bleiben und in der nächsten Ausgabe berichten, wie es weiterging.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ist die Ökobank ansteckend?

Man kann sich des Eindruckes nicht verwehren, daß die hohen Herren des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken in Bonn (BVR) Berührungsängste kriegen, wenn sie an die Ökobank denken. Vielleicht sind es die Geister von Raiffeisen und Schulze-Delitzsch – den Gründungsvätern des deutschen Genossenschaftswesens – die sie so sehr fürchten und die ihnen sofort in die Knochen fahren. Vielleicht fürchten sie der Ungeist der Selbsthilfe und Selbstverwaltung, wie dies bei den beiden ehrenwerten Verstorbenen postuliert wurde, könnte auferstehen und wandeln. Wandeln durch die Verbandsetagen mit der Ökobank an der Hand und eines Tages spukt es dann ständig. Deshalb läßt man die Toten lieber ruhen, trägt ihnen ab und zu Kränze auf's Grab, findet ein paar salbungsvolle Worte und redet nicht mehr viel darüber. Auch nicht mit der Ökobank, denn die lebt ja noch.

Näheres über den ganzen Spuk auf Seite 25.

CONTRASTE lädt ein,

alle interessierte Menschen, die am Konzept, am Inhalt und an der Arbeit dieser Zeitung mitdiskutieren und mitmachen wollen.

Der kleine Kreis der Zeitungsmacher/innen, der CONTRASTE auf der letztjährigen Projektemesse ins Leben rief, hat es immerhin geschafft, diese Zeitung soweit zu etablieren, daß ein sang- und klangloses Dahinscheiden von CONTRASTE undenkbar scheint.

Nach diesen zehn Ausgaben sind die turbulenten Anfangszeiten vorbei, in denen sich die drei regionalen Redaktionen inhaltlich und arbeitsmäßig zusammengerauft haben. (Diesmal war's müssen sich die Redaktionen wieder ‚auseinandergefunden' haben, der Setzer.) *Die monatliche Ausgabe ist nun gesichert, und es ist an der Zeit, den bisherigen illustren Kreis zu öffnen. Denn wir wollen unser Ziel weiterverfolgen und CONTRASTE zu einem Forum für die Diskussionen zwischen selbstverwalteten Betrieben, Selbsthilfe- und Selbstfinanzierungsgruppen zu machen.*

Bis jetzt konnten wir den Herausgeberkreis nur öffnen, wenn ganze Gruppen sich selbständig in die bereits laufende Arbeit gestürzt haben. Den Kontakt zu Einzelnen, die sich vielleicht etwas unverbindlicher beteiligen wollten, konnten wir in dieser ersten Phase noch nicht herstellen. Deshalb nun unsere Idee, die Termine für die nächsten überregionalen Treffen in CONTRASTE anzukündigen.

Wer also im Herbst (genauer Termin wird jetzt beim letzten internen Treffen im Juli festgelegt) eingeladen werden möchte, melde sich doch bitte schriftlich (!) bei Jutta, Vertriebsadresse.

In dieser Ausgabe:

Schwerpunktthema Belegschaftsbetriebe

Eine neue Finanzierungsidee für Belegschaftsbetriebe wird in die Praxis umgesetzt: die CONTRASTE-Aktion zur Gründung eines Belegschaftsfonds läuft an. Warum nach Ökobank, Netzwerk und Kreditvermittlung noch eine zusätzliche Möglichkeit schaffen, Geld loszuwerden? Zum einen konzentriert sich dieser Fonds auf Hilfe für Belegschaftsbetriebe, zum anderen soll der Fonds auch zu einem organisatorischen Forum für alle dieses Thema betreffenden Fragen werden. Mehr dazu auf **Seite 15**

Nach der Lektüre der letzten CONTRASTE-Ausgabe schienen die AN-Maschinenbau und die Hennefer Ingenieurbau weit und breit die einzigen Belegschaftsbetriebe in der BRD zu sein. Daß es noch andere länger funktionierende Betriebsübernahmen gibt, wollen wir in dieser und den nächsten Ausgaben darstellen. Zunächst ein Bericht über Geffken-Druck, Bremen, auf **Seite 13**

Als Bonbon haben wir einen Blick über die Grenzen getan, ins kleine Nachbarland Dänemark. Auch dort wollen sich Arbeiter/innen nicht mehr mit Entscheidungen von oben zufriedengeben und nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand. Ein Überblick über Geschichte und aktuellen Stand dieser Bewegung auf **Seite 13**

Ebenfalls zum Schwerpunktthema veröffentlichen wir ein Papier von einem Vorstandsmitglied der antroposophischen GLS-Bank, das die Verbindung von Lohn und Arbeit in Frage stellt und darüber zu einer neuen Bewertung von Belegschaftsinitiativen kommt. **Seite 20**

Netzwerk und Politiker – eine finanzkräftige Allianz?
Netzwerk und Politiker – eine einzige Sauerei??
Netzwerksau und Politikerschwein – eine finanzkräftige Ehe?

Im April fand in Bremen das Bundestreffen der Netzwerke statt. Neben der Feststellung, daß sich die Netzwerke regional äußerst unterschiedlich entwickeln bzw. sich über Wasser halten, zeigt die Tendenz zur verstärkten Zusammenarbeit von Netzwerkern und Kommunal- bzw. Landespolitikern, um so an die vieldiskutierte Staatskohle zu kommen oder zumindest die Vergabe der Gelder zu kontrollieren. Ausführliche Berichte auf den **Seiten 10, 11, 12**

Und nicht überall machen die Netzwerke so gute Erfahrungen wie die Nürnberger Sektion. Dort hat man nach langem, hartem Ringen dem Stadtsäckel eine halbe Million entlockt und das auch noch 3 Jahre lang. Wie es dazu kam, schildert der Artikel auf **Seite 9**

„Und der Herr ließ einen Blitz niederfahren auf die Zaudernden..."

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .

Abo DM 24,– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler/ sonst DM 36,– (incl. Versand)
Coupon ausgefüllt an Jutta Gelbrich, c/o Krebsmühle-Druckerei, Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel 5, einsenden und bitte sofort das Geld auf das Konto: Postgiroamt Frankfurt/Main, (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 3836 87-607 (J. Gelbrich) überweisen!

AKTION GELBE BLÄTTER

Was haben die Arbeiterselbsthilfe in Mannheim und das Tischlerkollektiv in Kiel, was haben die Handwerkergenossenschaft im hintersten Baden-Württemberg und der alternative Bauernhof im äußersten Ostfriesland gemeinsam?? Alle sind (natürlich!!) SELBSTVERWALTET.

Nicht nur Menschen in der Provinz, sondern auch viele alte Selbstverwaltungshasen wissen wenig von den Arbeitsbereichen, in denen sich selbstverwaltete Betriebe tummeln.

Zwar gibt es in einigen größeren Städten schon Wegweiser zu Selbstverwalteten Betrieben und Projekten, doch viele Regionen und Städte in der BRD sind noch weiße Flecken auf der Selbstverwaltungslandkarte. Bundesweit existiert noch kein derartiges Verzeichnis.

Wir projektieren deshalb – zur Information unserer Leser in Stadt und Land – für die Dezember-Ausgabe von CONTRASTE die „Gelben Blätter". So soll (in Anlehnung an die offiziellen Gelben Seiten) die Beilage heißen, in der eine Leistungsübersicht über die Aktivitäten der selbstverwalteten Betriebe, Projekte und Selbsthilfegruppen gegeben wird. Dazu bieten wir drei Formate an, von denen zwei nahezu flächengleich sind, in deren Grenzen jeder Betrieb seine Anzeige gestalten kann. Die Größen sind: 10,8 cm x 7 cm, oder 5,2 cm x 14 cm und 5,2 cm x 7 cm. Die Anzeigen werden von uns nach Regionen bzw. Städten geordnet; als Preis haben wir DM 60,– für die Großen und DM 30,– für die Kleinen festgelegt, eine Summe die noch unter dem Selbstkostenpreis liegt. Um den Preis so niedrig anzusetzen, brauchen wir von Euch **reproduktionsfähige** *Vorlagen, wenn wir Satz bzw. Gestaltung machen sollen, wird das extra in Rechnung gestellt.*

Wir können Eure Anzeige nur „verarbeiten", wenn Ihr mit der Druckvorlage einen Scheck schickt oder DM 60,– bzw. DM 30,– auf das Konto der Heidelberger Volksbank (BLZ 672 900 00) Kto.-Nr. 100 183 315 (Dieter Poschen, AG SPAK) überweist.

Wir werden von den „Gelben Blättern" zusätzliche Exemplare drukken, die Ihr zum Selbstkostenpreis (zu Werbezwecken) anfordern könnt.

Redaktionsschluß für die „Gelben Blätter" ist der 15. Oktober 1985. Die reproduktionsfähigen Vorlagen schickt bitte PÜNKTLICH an: Zünd-Satz, Postfach 10 4520, 6900 Heidelberg

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Vertriebsinitiative für Betriebe?

(Red. Heidelberg) **Das Netzwerk Nordbaden hatte im Juni das Handelsvertreter-Kollektiv „Wirbelwind" zu einer gemeinsamen Diskussion mit den örtlichen Selbstverwaltungsbetrieben eingeladen.**

Die Idee zur Gründung eines Handelsvertreter-Kollektivs gab bereits im voraus Anlaß zu kontrovers geführten Diskussionen. Leider waren die aktiven Netzwerker, mit Ausnahme der Handwerkergenossenschaft Mannheim, bei dem Treffen unter sich.

Die Konzeption des Kollektivs ist den CONTRASTE-Lesern bekannt (9/85) und braucht an dieser Stelle nicht weiter breitgetreten werden.

Das Kollektiv setzt sich aus Einzelgewerbetreibenden zusammen. Jeder hat sein eigenes Gewerbe angemeldet. Der Zusammenschluß erfolgt locker in zwei Gruppen – eine in Süddeutschland und eine weitere im Norden.

Einer ausführlichen Darstellung der bisherigen Arbeit (Vermittlung von Regenwürmern, Holzstricknadeln, Wolle etc.) folgten die neuesten Entwicklungen bei den internen Strukturen. Vor allem die Finanzierung der Handelsvertreter soll längerfristig nicht mehr auf Provisionsbasis erfolgen, sondern es wird die Idee der Direktfinanzierung durch die Betriebe favorisiert, d.h. 20 oder 30 Projekte stellen die Handelsvertreter ein und bezahlen pauschal einen Bruchteil der entstehenden Kosten. Mit diesem Modell wollen sich die Leute vom Handelsvertreter-Kollektiv vom Zwang zu großen Umsätzen und Abschlüssen befreien

Es soll ihnen zudem Spielraum für Beratung und Vernetzung der Projekte verschaffen.

In der Diskussion kristallisierten sich folgende kritische Punkte heraus:

- Bietet diese Arbeit eine wirtschaftliche Basis für die im Projekt Beschäftigten.
- Bedeutet der Schritt der Vermarktung von Produkten aus dem selbstverwalteten Betrieb einen weiteren bedenklichen Schritt weg von ganzheitlichen Arbeitsstrukturen.
- Gebieten nicht ökologische Überlegungen die Auswahl von Waren- und Güterprodukten und müssen sie nicht den örtlichen Begebenheiten der Vermarktung angepaßt sein.
- Ist es machbar und sinnvoll, für alle Sparten der alternativen Produktion als Reisender durch die BRD zu ziehen.

Ziel der Diskussion war es nicht, Klärung in allen Punkten zu erreichen. Sie diente vielmehr dem gegenseitigen Austausch.

Die Projektvertreter sehen in ihrer Arbeit längerfristig die Möglichkeit zur Schaffung von gesicherten Arbeitsplätzen. Sie rechnen dabei zum einen mit dem beobachteten Bedarf auf diesem Gebiet und zum anderen mit der Solidarität der Betriebe. Die Vertreterin der Handwerkergenossenschaft gab zu bedenken, daß es u.U. zwar sinnvoll sein könne, einen Vertreter zu beschäftigen, jedoch müsse sich die Sache für den Betrieb rentieren. Daraus folgt: die Arbeit muß professionell ausgeführt werden.

Dies, so die Einschätzung der Teilnehmer, bringt unweigerlich eine Spezialisierung auf einzelne Bereiche mit sich. (Dies wäre wohlgemerkt eine positive Entwicklung.) Von daher wurde der Ansatz, für alle möglichen Projekte Ansprechpartner zu sein, skeptisch beurteilt.

Die Frage der Standortwahl der Betriebe und deren Produkte nach örtlichen Gegebenheiten läßt sich nicht generell beantworten. Einige Produkte, wie z.B. Holzstricknadeln aus Edelharthölzern werden in einem einizigen Betrieb in so großer Stückzahl hergestellt, daß sie überregional vermarktet werden müssen. Über die Art und Weise, wie dies geschehen könnte, wurde gesprochen. Eine Möglichkeit bietet tatsächlich die Vermarktung durch Vertreter. Jedoch wurden dazu auch Alternativen diskutiert (Versand, Branchentreffen Messen etc.).

Einer der Ausgangspunkte des alternativen Wirtschaftens war der Wunsch, zwischen Produzent oder Händler und Kunde persönliche Beziehungen auszubauen. Zur Ganzheitlichkeit des neuen Arbeitsansatzes gehörte als letztes Glied auch die Vermarktung durch den Produzenten. Die Entfremdung der Arbeit sollte so weit wie möglich abgebaut werden. Tendenziell bedeutet die Idee des Handelskollektivs den erneuten Sündenfall der Arbeitsteilung, die bei Lichte betrachtet längst wieder Einzug in die alternativen Betriebe gehalten hat. (war Arbeitsteilung jemals außen vor?)

Als Fazit aus der Veranstaltung läßt sich sagen, daß wir einen konstruktiven Austausch über diesen Projektansatz hatten. Für die anwesenden Netzwerker erscheint der geradezu rufschädigende Begriff des Handelsvertreters (Schuh in der Tür etc.) in diesem Zusammenhang heute in anderem Licht.

Vielleicht hat auch der Abend zur Konkretisierung dieser Projektidee beigetragen. Auf die weiteren Entwicklungen darf man gespannt sein.

Hubert, Netzwerk Nordbaden

»Kein Bock auf dieses System !?«

Red. Bremen **„ ... aber doch leben und arbeiten mit den Leuten hier". Individuelle Freiheit und inhaltliche Selbstbestimmung ist angesagt. Eine Kultur, die Herrschaftsfreiheit ausstrahlt und damit der Entfremdung zwischen Mensch und Natur und des Menschen durch kapitalgesteuerte, teilige Arbeit, einen Riegel vorschiebt. Im Prinzip müßte dies besser heute als morgen geschehen. Radikalisierung auch in direkter Konfrontation wäre notwendig. Doch Radikalität drückt sich nicht nur in körperlicher oder sächlicher Gewaltanwendung aus, sondern zeigt sich auch in Form der neuen Lebensarbeitsverhältnisse.**

Beispiele hierfür sind in allen gesellschaftlichen Bereichen zu finden. Das Problem ist nur, und hier trägt die bürgerliche Medienöffentlichkeit ein gut Teil Schuld, oft empfinden Menschen in Projekten ihren Alltag nicht radikal und progressiv. Immer gegen die herrschenden und zum Teil auch schon selbst verinnerlichten Strukturen anstinken, ist auf Dauer ganz schön nervig. Die Belastung dieser Widersprüche und die tägliche Maloche mindestens auszuhalten, führt nicht selten zur Projektvereinzelung. Am größeren Zusammenhang und damit gegenseitigen Durchblick fehlt's. Hilft da denn Knete von Staat oder sonst woher? Es gibt eine aktuelle Theorie, die davon ausgeht, daß erst bei einem Nettoeinkommen von monatlich 1.900,– DM die Kräfte der Phantasie, die Kreativität und Begeisterung für politisches und soziales Engagement frei zur Entfaltung kommen. Allein, wenn dem so wäre, lohnt sich der Kampf um Staatskohle – auch ganz ohne politische Forderungen. Weil aber gerade in Niedersachsen viele staatliche Versuche anlaufen, Selbsthilfeprojekte als Ersatz und damit Legitimation für Sozialabbau und Verringerung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung zu benutzen, reicht eine Umschichtung der staatlichen Mittel von Vielen auf Wenige eben nicht.

Der aktuelle Stand in Niedersachsen.

Im Antrag der AG Staatsknete vom Nov. '84 sind grundsätzliche Forderungen, die die Identität und Existenz der Projekte ausmachen, formuliert. Die blinde Annahme ganz anders intendierter staatlicher Haushaltsmittel steht nicht an. Und die Parteien? Die CDU legt ein eigenes Programm zur Förderung der Selbsthilfe in Niedersachsen auf. Die Hoffnung auf die Kräfte der Wirtschaft bleibt dabei aber unzerstörbar. Die SPD schwingt sich auf ein galoppierendes Pferd. Ein ehemaliger Basisjuso, Gerhard Schröder, propagiert die Selbsthilfe in den eigenen Reihen. Die Wählergunst der Grünwähler soll wiedergewonnen werden. Eigene Traditionen in der Genossenschaftsbewegung werden wiederbelebt. Ein Interesse an Informationen aus der Scene besteht. Eine Anerkennung der Praxis durch solidarische Unterstützung gibt's natürlich nicht. Und die Grünen? Hier wird an einem neuen Wirtschaftsprogramm gebastelt. Die Selbsthilfe und alternative Ökonomie spielt dabei eine zunehmend wichtige Rolle. Im Ergebnis ist klar: die Kohle kommt, fragt sich nur in welcher Höhe und zu welchen Bedingungen. Somit wäre dann im 5. Bundesland der Durchbruch erreicht.

Das Jahr '85 will die AG nutzen, sich intensiv auf den Fall X vorzubereiten. Im September wird es eine Tagung mit allen anderen Staatsknetegruppen der BRD geben, um nochmal an den Vergabe- und Verteilbedingungen zu basteln. Im November ist ein landesweiter branchen- und bereichsübergreifender Erfahrungsaustausch in Zusammenarbeit mit den Netzwerken des Bereichs vorgesehen. Damit's nicht allzu trocken wird, gibt's dazwischen noch den großen SOMMERTRAUM, ein aktiver Alternativurlaub in Niedersachsen.

Kontakte über AG Staatsknete, Niedersachsen
Am Hulsberg 136
2800 Bremen 1

Gisela S.

Diskussionen zum Thema:
Kollektive Leasing Gesellschaft und alternativer Genossenschaftsverband

Betriebetreffen Nordbaden

(Red. Heidelberg) **Nach einer Pause von ca. einem Jahr wurde das selbstverwaltete Betriebetreffen Nordbaden wieder belebt.**

Auf dem Gebiet der alternativen Ökonomie ist in letzter Zeit sehr vieles in Fluß geraten, so daß eine Standortbestimmung der Betroffenen dringend angezeigt war.

Der selbstverwaltete Betrieb ibek GmbH in Karlsruhe hatte die Einladung und die Tagesordnung für das Wochenende übernommen. Leider nahmen sich nur 8 Betriebe und Initiativen die Zeit oder hatten Lust dazu, über unser alternatives Wirtschaften und Arbeiten zu diskutieren.

Tagesordnungspunkte waren:

- Konzeption eines innerstädtischen Gewerbehofes für alternative Projekte und Betriebe in Karlsruhe. (Darüber wird in der nächsten Ausgabe der CONTRASTE berichtet werden.)
- Wirtschaftsförderung in alternativen Projekten.
- Darstellung der Arbeit der ISIS e.V. (Gesellschaft für Sozialökologie und interdisziplinäre Studien/EG-Projekt zur Unterstützung von SvB und örtlichen Beschäftigungsinitiativen)

Obwohl wir uns für dieses Wochenende ein Mammutprogramm vorgenommen hatten, machten die Diskussionen viel Spaß.

Die Studie zur Wirtschaftsförderung alternativer Betriebe bildete den Schwerpunkt des Wochenendes. Diese Studie gibt in ihrem ersten Teil eine Bestandsaufnahme der heutigen Situation im selbstverwalteten Bereich wieder. Gleichzeitig wurde die momentane Beratungs- und Finanzierungsstruktur kritisch analysiert.

Die Beschreibung der Ist-Situation mündete in einem Vorschlagskatalog zur Verbesserung der Existenzgrundlage und struktureller Entwicklungen im Bereich der alternativen Ökonomie.

In diesem Zusammenhang wurde die Idee zur Gründung eines alternativen Genossenschaftsverbandes angesprochen. Der Hintergrund für diesen Gedanken bildet die Tatsache, daß es derzeit keine angemessene Gesellschaftsform für alternative Betriebe gibt. Im Prinzip wäre die eingetragene Genossenschaft zwar geeignet, jedoch sorgen die Genossenschaftsverbände, in denen jede Genossenschaft Pflichtmitglied sein muß, dafür, daß kleine, kollektiv gestaltete Betriebe nicht aufgenommen werden.

Ein eigener Genossenschaftsverband könnte die Aufnahme ins Genossenschaftsregister solidarischer prüfen und so den Zugang zu dieser Rechtsform erheblich erleichtern.

Als Fazit aus diesem Diskussionspunkt wurde die Gründung einer Interessengemeinschaft zur Gründung eines Genossenschaftsverbandes ins Auge gefaßt. Bis Oktober '85 sollen dazu weitere Vorgespräche geführt und rechtliche und politische Voraussetzungen abgeklärt werden. Wer an diesem Thema Interesse hat, sollte sich bei der ibek in Karlsruhe melden.

Zweiter wichtiger Punkt aus diesem Vorschlagskatalog war die Gründung einer kollektiven Leasing Gesellschaft. Dieser Ansatz fand starken Anklang, insbesondere auch deshalb, weil er direkt und ohne politische Vorarbeit angegangen werden kann.

Man erreicht mit dieser Konstruktion auf einen Schlag die Kapitalneutralisierung in mehreren Betrieben, erhöht die Finanzkraft dieser Projekte und baut zudem eine echte Vernetzung zwischen den einzelnen Kollektiven auf.

Auch für dieses Projekt wurde ein Zeitplan zur konkreten Realisierung festgelegt.

Alle Betriebe, die Interesse an einer kollektiven Leasing Gesellschaft und an deren Aufbau haben, sollen sich bis August bei der ibek melden.

Falls die Resonanz ausbleibt, wird die Sache ad Akta gelegt. Nur wenn sich Interesse bei den Betroffenen zeigt, wird eine Planung sinnvoll.

Es gab noch viele interessante Punkte, die auf dem Wochenende besprochen wurden. Wer daran Interesse hat, kann ein Protokoll über das Wochenende anfordern.

Kontakt:
ibek, Beratungsgesellschaft in Selbstverwaltung, Zähringer Straße 41, 7500 Karlsruhe, Tel. 0721/37 40 22

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Staatsknete

Sozialhilfe oder Wirtschaftsförderung

Red. Bremen **Zunehmend mehr Bedeutung bei der Finanzierung von selbstverwalteten Betrieben oder Investitionsvorhaben dieser Betriebe bekommt die Forderung nach „Staatsknete". Wesentliche Gründe hierfür sind, daß Banken nur bedingt Kredite geben, staatliche Förderprogramme den Betrieben – weil selbstverwaltet – verschlossen bleiben, Netzwerk- und Ökofondsgelder knapp sind. Als was jedoch wird „Staatsknete" begriffen, von uns, von öffentlichen Einrichtungen und den Bürokraten, als neue Form von Transferleistungen, sprich eine Variante der Sozialhilfe, oder als Wirtschaftsförderung für selbstbestimmte, selbstverwaltete Arbeitsformen mit anderen Inhalten?**

In Berlin ist die Rede vom Förderprogramm für Selbsthilfegruppen, welches beschränkt wurde auf Projekte im medizinischen und sozialmedizinischen Bereich, in Hamburg spricht man vom „Sozialprogramm für Langzeitarbeitslose" und in Bremen von der Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen, ein beim Sozialsenator angesiedelter Posten aus dem „wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm". Lediglich in Hessen ist die Rede von der Förderung selbstverwalteter Betriebe auf kollektiver Basis. Der Begriff „Staatsknete" wurde nicht von den Staatsvertretern geprägt, sondern von den Netzwerken, den Kollektiven und Projekten. Das es bei dieser Forderung auch um eine politische Forderung geht, nämlich der Förderung von selbstbestimmten, selbstverwalteten Arbeitsformen mit anderen Inhalten (ökologische und gesellschaftliche Produkte, verbraucherorientierte Dienstleistungen usw.), ist bei der Benutzung dieses Begriffs verlorengegangen. Er entpuppte sich als doppeldeutig. Daß dieser Begriff von staatlicher Seite nicht aufgenommen wurde, liegt wohl weniger daran, daß es sich um Szenenjargon handelt, sondern mehr daran, daß staatlicherseits diese Förderung, wie auch die Beispiele zeigen, wirklich als neue Form von Transferleistungen begriffen wird. Selbstverwaltung als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit, Privatisierung staatlicher Aufgaben, Sanierung von Arbeitslosenstatistiken dürften eher hinter der Bereitschaft der Förderung stecken, als die gezielte, bewußte Förderung von anderen Arbeitsformen, einem anderen Verständnis des Wirtschaftens oder sogar einer neuen Ökonomie.

Genau letzteres sind aber unsere Motivationen, weshalb wir solche Betriebe und Projekte betreiben. Es sind politische Motivationen, kleine Utopien, die in die Praxis umgesetzt werden sollen, mit dem Effekt, zu zeigen, daß andere Formen des Arbeitens und Wirtschaftens, wenn auch in dieser Gesellschaft begrenzt, möglich sind, daß es möglich ist, sich eine Existenz zu schaffen mit diesen anderen Formen.

Trotz dieser politischen Motivationen sind diese Betriebe, weil dem Markt ausgesetzt, Gewerbebetriebe, die betriebswirtschaftlich geführt werden müssen. Hierzu sind eben auch Finanzierungen notwendig, die uns aber oftmals verwehrt bleiben.

Die Forderung an den Staat, solche Arbeitsformen zu fördern ist zwar eine ursprünglich ökonomische Forderung, aber zugleich eine politische. Von daher wird mir zunehmend unwohler, wenn der Begriff „Staatsknete" benutzt wird, denn es geht nicht nur um Geld, sondern auch um eine Förderung von Inhalten.

Den Staatsvertretern dürfte das vielerorts bewußter sein, als manch einem anderen. Es ist für mich nicht einsichtig, weshalb unsere inhaltlichen Vorstellungen hinter solch einem Begriff verschwinden sollen. Daß wir Behördenvertreter nicht überzeugen werden ist klar, aber die Öffentlichkeit kann und muß für unsere Inhalte gewonnen werden. Wenn es also um wirtschaftliche Förderung von Betrieben mit anderen Arbeitsformen und -inhalten geht, dann sollte man das Kind auch bei seinem Namen nennen.

Solange „Staatsknete"-Programme in der Öffentlichkeit als "Sozialhilfe"-Programme gehandelt werden, solange darf man sich auch nicht wundern, daß selbstverwaltete Betriebe, als „alternative Projekte" abgetan werden. Wir sind aber keine „alternativen Projekte", sondern selbstverwaltete arbeitende Betriebe, mit dem Ziel andere Arbeitsformen zu entwickeln, mit anderen Inhalten zu arbeiten. Wir sind keine armen, unterstützenswerten Arbeitslose, Müslis oder Freaks, sondern politisch denkende und handelnde Menschen, die sich unter schwierigsten Bedingungen in diesem Kapitalismus Existenzen schaffen, in denen sie ihre Vorstellungen verwirklichen. Genau hier verlangen wir auch eine Unterstützung in Form von Förderung vom Staat, eine Förderung zur Unterstützung der Umsetzung unserer Ideen.

Wirtschaftsförderung ist auch Staatsknete, aber Staatsknete ist nicht unbedingt wirtschaftliche Förderung. Es ist an der Zeit, meine ich, über den qualitativen Hintergrund unserer Forderungen einmal nachzudenken, über den politischen Inhalt und auch an diesem Punkt die Auseinandersetzung zu führen.

Harald Deerberg

»Massive Staatsförderung - gefährlich für sie selbst!«

Red. Bremen **Dies ist nicht die Erkenntnis eines Fundamentalisten, sondern die des Kultusministers Oschatz (CDU – Nieders.), während der Plenardebatte über einen Antrag der niedersächsischen Grünen zur Förderung der Alternativen in Niedersachsen im Jahre 1983.**

Bei soviel Einsicht der Herrschenden verwundert es nicht, wenn auch in der Projektescene der Landeshauptstadt Hannover die Debatte über die Staatskohle sehr kontrovers verläuft.

Um einerseits das Feuer zu schüren, andererseits aber auch für mehr Klarheit zu sorgen, gab es im Pavillon, Hannover, eine öffentliche Auseinandersetzung. Das Netzwerk und die AG Staatsknete Niedersachsen wagten sich quasi in die „Höhle des Löwen".

Erinnerungen an die jüngste Geschichte der sozialen und politischen Bewegung in Hannover streiften die Debatte. Entstanden waren viele Gruppen und Projekte in einer Zeit starker politischer Disziplinierung. Buchläden und Druckereien entstanden, weil die Bürgerlichen noch vor 10 Jahren nichts basisbezogenes, linkes herausbrachten oder drucken wollten. Kinderläden waren die Folge einer Unterversorgung und autoritärer, traditioneller Vorschulerzienung. Ökoläden entstanden, weil mensch mehr wissen wollte über die Produkte und weil's Gesundes nur in teuren Ladenketten gab. Auch die Anti-AKW-Bewegung „zwang" sich endlich selbst auch fachlich mit alternativen Energieversorgungskonzepten zu befassen. Die Gründung von Kollektiven als Versuch, dem Staat eins auszuwischen, die Zusammenarbeit aufzukündigen.

Natürlich muß die Forderung nach Staatsknete für den Versuch, ein im Prinzip von diesem Staat unabhängiges Leben zu führen, sehr widersprüchlich erscheinen. Angst vor Abhängigkeit und politischer Kontrolle und damit dem Zwang der Vereinnahmung doch zu unterliegen, begründet die Skepsis. Die Hinweise auf das Wirtschaftsprogramm der SPD – Bezirk Hannover – siehe Bericht dazu in dieser CONTRASTE – verstärken die Ahnung, daß auch in Niedersachsen der Geldsack für die Selbsthilfe schon sehr niedrig hängt.

Kohle reizt!!

1985, es sind 10 und mehr Jahre vergangen. Das Spektrum der politisch-ökonomischen Selbsthilfe hat sich enorm vergrößert. Buchläden, kollektive Arzt-und Anwaltspraxen, Wendlandkooperativen, Fahrradwerkstätten, Planerbüros, Umwelt- und Energiezentren, freie Schulen und selbstverwaltete Kulturzentren sind entstanden. Immer mehr, überall sonst „Rausfallende", wollen sich eigene, selbstbestimmte Lebens- und Arbeitszusammenhänge aufbauen. Neben Vielen, die die Selbsthilfe als Modetrend mitmachen, um darüber ihr eigenes mittelständisches Unternehmen aufzumachen, sind heute auch diejenigen, die mit dem politischen Anspruch einer Gegengesellschaft aufgestanden sind. Sie sind gezwungen, sich aufgrund materieller Not einfach dem kapitalistischen Markt anzupassen. Staatskohle kann von diesem Zwang befrejen, das war einhellige Meinung. Nur, können dem Selbstverständnis entsprechende Bedingungen ausgehandelt werden? Erfahrungen aus Berlin und Hamburg, von den dortigen Staatsknetegruppen gaben in vielerlei Hinsicht Hoffnung. Auch wenn die Projekte in Berlin „von Staatswegen" untereinander ausgespielt werden sollen, so hat der Zusammenschluß in der AG und die dortige Auseinandersetzung viel an gemeinsamer Perspektivenentwicklung gebracht. Das Stiftungsmodell aus Hamburg verspricht eine fast selbständige Mittelvergabe der Gelder durch die Projekte selbst. Der weitere Weg der Hannoveraner soll auf einem nächsten Treffen aller Selbsthelfer der Stadt geklärt werden.

Kontakte über:
Lutz Wende
An der Kahlenriethe 10
3008 Garbsen 4.

Für die AG Staatsknete war dies die 3. Veranstaltung zur regionalen, öffentlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema. Weitere Veranstaltungen im Raum Emsland, Osnabrück und Ostfriesland werden folgen.

Kontakte: AG Staatsknete Niedersachsen
Am Hulsberg 126
2800 Bremen 1

Jürgen Seevers, Bremen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

Vertriebsinitiative 2
AG Staatsknete 2
Kollektive Leasing Gesellschaft 2
Staatsknete 3
EG-Anhörung Dortmund/Brüssel 4
Studie des Bundesarbeitsamtes . . . 4+5
Arbeitslosen Beschäftigungs GmbH . 5
CONSULT Staatliche Selbsthilfeberatung 5
Eine kleine Szene-Typologie 6
Impressum 6
Hauen & stechen 6
Fahrradbüro 7
Finanz-Coops . . . . . 7+8
Kreditvermittlung 8
Staatsknete 9
Netzwerke . . . . . 10+11+12
Belegschaftsbetriebe . . . . . 13+14
Projektmesse in Stuttgart 14
Tip für GmbHs 14
CONTRASTE Belegschaftsfonds . . . 15

SCHWERPUNKTE
Vorwärts . . . . . 16+17+18+19
Das Verhältnis zur Arbeit 20

Ökobank . . . . . 21+22+23
Aktion Dritte Welt 24
Ökobank ansteckend? 25
Papier ist kein Müll 26
Sommertraum 26
Sommerpreisausschreiben 26
Sozialhilfeinitiativen 27
Leserbriefe 27
Kleinanzeigen 27
Tagungen/Seminare/Treffen 28

AN ALLE ABONNENTEN

Seit Oktober 1984 kann man diese prächtige Zeitung abonnieren, damals allerdings noch unter anderem Namen.

Andere Zeitungen haben sich zur Erhaltung der Kontinuität ihrer Bezieher etwas Kleingedrucktes ausgedacht, etwa so: „... Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zeitraum, wenn es nicht mindestens drei Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. ...". Wir aber, als Zeitung der Selbstverwaltungswirtschaft nur an Seriosität orientiert, haben auf solche Mätzchen verzichtet und hoffen nun auf das Langzeitgedächtnis bzw. den Kalender der Abonnenten. Denn wer nicht selbst (Neu-) bestellt, kriegt leider nichts mehr von uns. Wir haben weder das Geld, noch die notwendige Computer- bzw. Schreibkapazität, um alle derart gefährdeten Abonnenten rechtzeitig vor der drohenden CONTRASTE-Ebbe zu warnen. Also ergeht die Aufforderung an Euch: sorgt Euch selbst um die jährliche Auffüllung Eures CONTRASTE-Reservoirs, auf daß die Wüste lebe und gedeihe.

EG-Anhörung Dortmund:

...der Zweck blieb auf der Strecke!

(Red. Bremen) **Auf Vorschlag der EG hin, hatte die Stadt Dortmund am 10./11. Juni 1985 zur EG-Anhörung „Entwicklungschancen örtlicher Beschäftigungsinitiativen in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit" eingeladen. Auf dem Abschlußplenum wurde von den Vertretern der Stadtverwaltung sehr deutlich gemacht, daß nicht die Stadt Interesse an der Veranstaltung bekundet hatte, sondern die EG.**

Diese Klarstellung diente den Verwaltungsvertretern und den sehr wenigen politischen Vertretern und Vertreterinnen der Stadt als Entschuldigung, daß sie sich im Laufe der Tagung immer sehr bedeckt hielten und keine Einschätzung aus ihrer Sicht gaben.

Der Aufbau und der Ablauf der Veranstaltung spiegelte diese Lustlosigkeit wider. Die Stadt hatte die Themen der Arbeitsgruppen bestimmt (nur eine Gruppe benannte sich einfach ein bißchen um) und hatte alternative und andere Referenten eingeladen. Die Einführungsreferate waren als solche nicht uninteressant, aber z.T. leider wenig auf die Region bezogen (z.B. „Recycling" als Markt und Aufgabe von Beschäftigungsinitiativen – Beispiele aus der Schweiz). Einmal mehr setzte sich die unnachahmliche Fähigkeit von manchen Referenten durch, ungerührt von Müdigkeit, Hunger oder Interesse der Zuhörer/innen, ihre Referate zu Ende zu bringen, nicht ohne vorher darauf hinzuweisen, daß er sich kurz fassen will.

Themen der Arbeitsgruppen:

1) Schwierigkeiten und Chancen beim Aufbau selbstverwalteter Betriebe
2) Arbeitskräftepool – Arbeitnehmergesellschaften
3) Beschäftigungsinitiativen im Kulturbereich – Marktnischen in der freien Kulturarbeit

der für Montagabend geplante „Info-Treff" wurde nur von ca. 30 der insgesamt 150–200 Teilnehmer/innen wahrgenommen.

Am Dienstag gings weiter mit:

4) Notwendigkeit, Schwierigkeiten und Chancen von Ausbildungsinitiativen
5) Aus der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit: Beschäftigungsinitiativen als Weg der Beschäftigungslosigkeit
6) Chancen und Grenzen von Sozialarbeit außerhalb der klassischen Träger. Beschäftigungssichernde Perspektiven? (umbenannt in: Chancen und Grenzen von Sozialarbeit von kleinen Trägern)

Der Dienstag machte für alle Teilnehmer/innen unübersehbar deutlich, daß große Teile derjenigen nicht da waren, die die alternative Ökonomie ausmachen und tragen. Im Vorfeld der Tagung hatten einige Netzwerk-Projekte beschlossen, nicht teilzunehmen. Am Dienstag kam der Boykottaufruf:

Projekte im Netzwerk fordern zum Boykott der Tagung auf!!!

„Beim Initiativen-Tag am 6.6.1985 wurden die Erfahrungen der Projekte bei Aufbau und Finanzierung ausgetauscht, bei der EG-Tagung fehlen die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung. .... Das Erscheinen der Projekte wird als Eigeninteresse vorausgesetzt. Dabei wird übersehen, daß infolge des Tagungstermins für die Projekte zwei Arbeitstage ausfallen. Ein finanzieller Ausgleich für die Projekte erfolgt nicht, ... Das Ziel dieser Tagung ist in erster Linie zur Schaffung, Förderung und Stärkung zwischengeschalteter Unterstützungsstrukturen für die örtlichen Beschäftigungsinitiativen beizutragen. Dabei ist die Weichenstellung diesbezüglich auch ohne Tagung und ohne Beteiligung der Projekte längst klar. ...."

Das Abschlußplenum ist entsprechend langweilig und ohne wirkliche Kontroverse. Es gab keinen Streit, keine Provokation (wie immerhin in der ersten Arbeitsgruppe) um die Forderung der Projekte. Hier hätten Forderungen der Projekte, die den Boykott beschlossen, wie Zündbomben wirken können. Die Protokolle der Arbeitsgruppen waren diesbezüglich sehr allgemein und zurückhaltend, z.B. AG 4: „Einführung eines Lehrstellengesetzes", AG 5: „Neben personenorientierter Förderung, ABM, ist eine Projektförderung nötig! Ein **„Beschäftigungs"-Fonds-Programm** darf **kleinere Träger** gegenüber größeren Trägern (z.B. Wohlfahrtsverbänden) nicht benachteiligen." AG 3: „.... ververstärkte Projektfinanzierung durch Kommune und Land ‚sowie die Einrichtung fester Haushalts-positionen für die Förderung der freien Kulturarbeit."

Ein für die zukünftige Diskussion sehr wichtiger Punkt ist die klare begriffliche Trennung von ‚alternativen Projekten', ‚Beschäftigungsinitiativen', ‚selbstverwaltete Betriebe', ... Bis zuletzt versuchten einige wohl absichtlich, einige mangels Durchblick, diese verschiedenen Gebilde in einem Topf zu mischen. Die EG meint jedenfalls in ihren offiziellen Papieren, Beschäftigungsinitiativen in dem verkürzten Sinne von Maßnahmen, die ausgegrenzten Personenkreise, Arbeitsplätze und Einkommen zu verschaffen. Die Probleme, die Beschäftigungsinitiativen haben werden, werden mit denen verglichen, die die mittelständische Wirtschaft als Ganzes konfrontiert. Dieses Verständnis wird von vielen, die jetzt arbeitslos werden und nicht der „Szene" angehören, dankbar aufgenommen. Unterschiede, ‚neue Qualität von Arbeit', ‚ökologisch', ‚sinnvoll', ‚sinnmachendes' Arbeiten, bleiben dabei auf der Strecke. Schade, denn genau betrachtet liegt in der Übersetzung von „employment initiatives" in „Beschäftigungsinitiativen" mehr drin, als nur die Verwertung meiner Arbeitskraft.

Hanne, Netzwerk Dortmund

27.5.–1.6.85 in Brüssel:

ALTERNATIVÖKONOMIE eurokratisch aufgehängt

(Red. Bremen) **Die Leute, die den Kontakt zum festen Boden der Projektrealitäten schätzen und kennen, fühlten sich etwas an den Haaren in die Höhe gezogen – immerhin ging es nicht um Schlingen um den Hals.**

Also – was fand statt?

1. Semaine sociale (soziale Woche); Internationales Colloquium des Soziologischen Instituts der freien Universität Brüssel in Zusammenhang mit CECOP. Thema: „Die cooperativen Projekte". Die Aufmachung des Programms deutete bereits an, wie diese Tagung tatsächlich verlief: je Tag ein ziemlich allgemeines Motto als Überschrift und dann viele Referentennamen aus den oberen Etagen von Genossenschaftsverbänden und sonstigen Dachorganisationen, aus Universität und Forschung, aus EG-Organisationen. Es wurde wirklich fast ausschließlich referiert, von einem neunköpfigen Podium aus, vor einem großen Saal mit durchschnittlich etwa dreißig Zuhörern, man diskutierte dann in lockeren Grüppchen in den Kaffeepausen... Es wurden bekannte Aspekte der Debatte über kooperative Strukturen in die politische und verbandliche Führungsebene eingebracht bzw. gegenseitig bestätigt, allerdings vor allem aus dem Blickwinkel der ‚großen' Genossenschaftsbetriebe Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und aus dem der Beschäftigungspolitik.

2. Internationale Ausstellung und Messe genossenschaftlicher und selbstverwalteter Projekte Europas sowie von deren Verbänden – durchgeführt vom CECOP.

Und dieser Teil sowie die Arbeit des CECOP insgesamt war wesentlich interessanter, wird vor allem in Zukunft wichtig werden. Deshalb hier erstmal ein paar Informationen zum CECOP:

Das Comité des Coopératives Ouvrières de Production, also der Dachverband der europäischen Produktivgenossenschaftsverbände, versteht sich einerseits als Eröffner schnellen und leichten Zugangs zu den Entscheidungsorganen der EG, speziell für kleine und mittlere Betriebe mit genossenschaftlicher Struktur. Andererseits will CECOP zur Verfügung stehen, um ein Informationsnetz für die Interessen dieser Betriebe aufzubauen. Deshalb arbeitet CECOP zusammen mit ELISE und baut so eine entsprechende Datenbank auf, die in einem guten Jahr funktionieren soll. „Wir werden in der Lage sein, Euch mitzuteilen, wer/wo/was unter welchen Bedingungen verkauft, wer wo was braucht usw." (Zitat aus CECOP-INFO, Nr. 1, April/Mai 85). Wer sich beteiligen will, soll Angebote oder Nachfragen ab sofort an CECOP richten. Darüber hinaus wird ein Netz zum Bereich neuer Technologien gesponnen, durch die Vereinigung COOP-NET. Ebenso wie Handelsbeziehungen und Technologietransfer sollen Erfahrungsaustausch, gegenseitige Weiterbildung, Austausch von Mitarbeitern entwickelt werden.

Allererste Ansätze dazu wurden in der Brüssel-Woche sichtbar: Unter denjenigen, die Stände aufgebaut und sich an der Ausstellung beteiligt hatten, waren einige Betriebe und Vernetzungsorganisationen mit direkter Basisanbindung – aus der Bundesrepublik Deutschland: AN-Maschinenbau und Umweltschutzanlagen GmbH, Netzwerke (repräsentiert durch Netzwerk Bremen) und Stattwerke Berlin.

Das zentrale Brüsseler CECOP-Treffen war aus unserer Sicht zu früh gestartet, zu hoch aufgehängt. Aber die Perspektiven, die sich abzeichnen, scheinen vielversprechend: Der Aufbau solider Informationsmöglichkeiten sowie sinnvoller konkreter Kontakte, eher branchenspezifisch bzw. bezogen auf einzelne Bedürfnisse, könnte wirklich funktionieren.

Dazu sollte CECOP künftig eher auf zentrale Treffen verzichten und anfangen mit sofort möglichen nützlichen Aktionen. Z.B. besteht Interesse an Arbeitsaustausch – z.B. für Fahrradlädenleute im Winter – und Qualifikationsaustausch in einzelnen Branchen usw.). Z.B. könnte CECOP die Förderungen dokumentieren, die von der EG-Ebene an einzelne Projekte bewilligt – oder nicht bewilligt – wurden, damit die Vergabepolitik in Brüssel transparent wird (das ist ein Vorhaben, das CECOP tatsächlich schon angeht).

Und was in Brüssel noch erfreute: Wir lernten hier die wirklich begeisternde Pantomimengruppe Magma aus Berlin kennen, die mit Farbe, Licht im Dunkel und Raum wie sonst niemand umzugehen weiß...

Gertrud Janzer-Berzbach

Studie des Bundesarbeitsamtes:

Alternativbetriebe passen sich an - oder werden Sekten

(Red. Bremen) **Das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit hat eine empirische Untersuchung über „Die Bedeutung alternativer Tätigkeitsfelder und Tätigkeitsverläufe für den Arbeitsmarkt" durchführen lassen. Von den insgesamt 767 „alternativen Projekten" der beiden Untersuchungsregionen Hannover und Nürnberg wurden 83 befragt. Über die Ergebnisse gibt es schon drei Veröffentlichungen:**

- Der Aufsatz von Kreutz/Fröhlich /Maly „Alternative Projekte-Realistische Alternativen zur Arbeitslosigkeit?" (In: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 2/84)
- Manfred Kaiser (Zuständiger Mitarbeiter des IAB): „Alternativökonomische Beschäftigungsexperimente" (In: MittAB Nr. 1/85)
- Das Buch von Henrik Kreutz, das hier unter die Lupe genommen wird.

Während die Aufsatzfassungen diskussionswürdige Thesen und Ergebnisse vorstellen, ist der Gesamtbericht äußerst problematisch, was verschärft wird dadurch, daß das IAB der Universität Erlangen-Nürnberg einen Anschlußauftrag gegeben hat.

Henrik Kreutz unter Mitarbeit von Gerhard Fröhlich und Heinz Dieter Maly. Eine Alternative zur Industriegesellschaft? Alternative Projekte in der Bewährungsprobe des Alltags, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit Nr. 86, Nürnberg 1985 („Schutzgebühr" DM 20,–, Regensburger Str. 100, 8500 Nürnberg 30).

Alle Jahre wieder erwacht der weiße Elefant aus seinem tiefen Schlaf. Ungebärdig rutscht er das Treppengeländer seines elfenbeinernen Turmes hinab und stolpert in die nächstbeste Kollektiv-Porzellanhandlung. Wenn er schon wieder seelig schläft, sind die Projektmitglieder immer noch am kehren und kitten.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

1) Untersucht wurden im weitesten Sinne alternative Projekte. Die mangelnde Klarheit über das Besondere von alternativen Erwerbsprojekten führt zu Fehlschlüssen.

Im Vorwort der Bundesanstalt für Arbeit ist von „Firmengründungen und Neugründungen alternativer Betriebe" die Rede (die als „Neue Berufs- und **Erwerbsformen**" neben „Zeit- und Werksverträge sowie Honorarverträge gestellt werden). Gemäß „Arbeitsdefinition" der Forscher sind Alternative Projekte „Selbstinitiierte **Zusammenschlüsse** von Personen, in denen Tätigkeiten festgestellt werden können, die ganz oder teilweise an die Stelle herkömmlicher **Berufstätigkeiten** getreten sind und deren Mitglieder einen alternativen Anspruch erheben" (S. 22). „Der Terminus Alternativprojekt' bleibt... ‚auf Dauer gestellten Projekten mit **Erwerbsfunktion**' vorbehalten" („mindestens ein Mitglied kann von der Projektarbeit leben") – (S. 25).

Diesen Definitionen entspricht nur ein kleiner Teil der untersuchten Projekte: Bei 34 von 78 antwortenden Projekten ist „die Erwerbsfunktion nicht gegeben" (S. 26). Von den verbleibenden 44 Projekten haben einige Tagesumsätze von unter 100,– DM oder bestehen nur aus einer Person. Die häufigste Rechtsform ist der eingetragene Verein (34 %), gefolgt vom Alleininhaber (Einzelunternehmer) mit 23 %. 18 Projekte verneinten die Absicht, Löhne für ihre Mitglieder zu erwirtschaften. Fazit: Nur ca. 30–40 % der befragten Projekte sind Kollektive Betriebe mit Erwerbsfunktion.

2) Ausgewiesenes Ziel der Studie ist, das Scheitern der alternativ-ökonomischen Idee nachzuweisen.

Es geht Henrik Kreutz um die „richtige Einordnung" und die Prüfung der „Ideologiehaftigkeit des Programmes alternativer Projekte" (S. 44 f). Bei den Aktiven wird „missionarischer Eifer" im Verbreiten eines „esoterischen Heilswissens" vermutet. Der Verfasser stellt die „intellektuell redliche" Frage, „inwieweit die alternative Bewegung eine missionarische Wende vollzogen hat" und (falls diese vorliegt), ob dies „nicht eigentliche Folge des inhaltlichen Scheiterns ihres anfänglichen Programms ist" (S. 147).

Fortsetzung auf Seite 5

Arbeitslose sollen nicht ruhen – packen wir sie an!

Von Keynes zur Beschäftigungs GmbH

Red. Bremen **Unter dem Titel „Zweiter Arbeitsmarkt – kommunale Arbeitsprogramme in qualitativen Wachstumsbereichen" trafen sich Mitte Mai im Frankfurter Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) ca. 30 Vertreter kommunaler Sozialverwaltungen, freier Wohlfahrtsverbände, Sozialwissenschaftler und auch ein paar Leute aus der alternativen Szene.**

Mit dem Begriff des 2. Arbeitsmarktes, erst seit ca. 3 Jahren in der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Diskussion, werden i.d.R. Beschäftigungsformen außerhalb des sog. Normalarbeitsverhältnisses umschrieben. Bezahlt wird diese Arbeit zwar in Anlehnung an tarifvertragliche Regelungen, jedoch ist sie zeitlich befristet und nicht mit allen sozial- und arbeitsrechtlichen Privilegien ausgestattet. Die Arbeit soll zusätzlich und gemeinnützig sein. Dafür ist i.d.R. ein gesellschaftlicher Bedarf vorhanden, aber nicht genügend Geld bzw. eine reguläre Absicherung. Es handelt sich also um einen aus Sozialgeldern (Arbeitslosenversicherung, Bund, Sozialhilfe u.ä.) subventionierten Rotationsarbeitsmarkt. Vordergründiges Ziel ist die Begrenzung der Langfristarbeitslosigkeit, also eher eine sozialpolitische Strategie. Allerdings mehren sich die Zeichen, daß es sich außerdem um ein geeignetes Mittel zur Reduktion der Lohnkosten im öffentlichen Dienst handelt. Man könnte fast annehmen, daß der 2. Arbeitsmarkt sozusagen ein Modellprojekt zur Verabschiedung des sog. Beschäftigungsförderungsgesetzes war, um auch der Wirtschaft die Segnungen befristeter Arbeitsverhältnisse zukommen zu lassen.

Welche Beschäftigungsformen dem 2. Arbeitsmarkt zugerechnet werden können, wird recht unterschiedlich gesehen und inzwischen haben einige schon den 3. und 4. Arbeitsmarkt entdeckt.

In Frankfurt standen vor allem solche Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Diskussion, die entweder nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG), dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) oder über Sonder- bzw. Benachteiligtenprogramme des Bundes und der Länder zur überbetrieblichen Ausbildung finanziert werden.

1985 sind dies allein nach dem AFG 85.000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, ca. 5.000 befristete Stellen gibt es nach § 19 BSHG. Letztere Variante wird in den nächsten Jahren vermutlich eine beträchtliche Ausweitung erfahren. Nachdem durch die Sparoperationen des Bundes das Problem der Verarmung durch Erwerbslosigkeit den Kommunen in die Sozialhilfe-Schuhe geschoben wurde, wehren sich diese nun, in dem sie versuchen, die erdrückenden Lasten wieder an die Bundeskasse abzugeben. Man nehme einen erwerbslosen Sozialhilfeempfänger, beschäftige ihn mindestens 1 Jahr und lasse ihn dann Arbeitslosenunterstützung beantragen und schon gibt es einen Anspruchsberechtigten weniger. Natürlich vollzieht sich der Aufbau dieses kommunalen 2. Arbeitsmarktes nicht reibungsfrei. Nicht ohne weiteres können Regelmäßigkeiten des öffentlichen Dienstes und Leistungen des Handwerks und Handels durch prekäre Beschäftigungsformen ersetzt werden. Die Sozialhilfeträger sind gezwungen, „unkonventionelle" Beschäftigungsinitiativen aus dem Boden zu stampfen. Im Bundesgebiet rechnet man zur Zeit mit mindestens 300.000 Arbeitsplätzen außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses. In Bremen, Spitzenreiter in der Arbeitslosenstatistik und einer der Vorreiter des Ausbaus eines 2. Arbeitsmarktes, wurden im April 1985 ca. 8.000 Personen in Arbeits- oder Ausbildungsverhältnissen des 2. Arbeitsmarktes beschäftigt, das sind ca. 22 % aller registrierten Erwerbslosen (ABM, § 19 BSHG, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen sowie Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Werkstätten). 25 % aller Ausbildungsplätze befinden sich bei halbstaatlichen Vereinen und Weiterbildungsträgern außerhalb von Industrie, Handel und Handwerk. Und es gibt noch viel zu tun. Daß die politisch Verantwortlichen unter einem enorm hohen Handlungsdruck stehen, kann sich jeder ausrechnen, der weiß, daß die Zahl der tatsächlich Erwerbslosen meist um 100 % über der Zahl liegt, die noch beim Arbeitsamt gemeldet ist (in Bremen z.B. 90.000 : 40.000). Wo Parkmaßnahmen ausreichen, müssen morgen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, damit nicht immer mehr auf der Straße stehen. Die CDU/CSU regierten Kommunen setzen nun verstärkt auf eine Ausweitung bzw. Reaktivierung von Arbeits- und Sozialdiensten, Beschäftigungsformen außerhalb arbeitsrechtlicher und tariflicher Mindestanforderungen. Die sozialdemokratische Losung lautet dagegen „Umwandlung von Transfereinkommen (Arbeitslosengeld und Sozialhilfe) in Erwerbseinkommen". Im Vergleich zu weitergehenden Forderungen, wie etwa nach einem garantierten Mindesteinkommen, bleibt dies zwar im wesentlichen eine reaktive oder gar konservative, weil kompensatorische Strategie. Gegenüber der Unionspolitik kann man darin u.U. zur Zeit die einzige vernünftige und durchsetzbare Politik sehen. Allerdings scheint sie gegenwärtig an ihrem eigenen Pragmatismus zu leiden und bisweilen recht merkwürdige Blüten hervorzutreiben.

Der Tagungstitel, mit dem Hinweis auf einen qualitativen Wachstumsbereich, ließ noch hoffen, daß mit solchen Beschäftigungsprogrammen nicht nur die Probleme der Erwerbslosigkeit, sondern auch die negativen Seiten entfremdeter Erwerbsarbeit bekämpft werden und der 2. Arbeitsmarkt als ein Modell zum Umbau entfremdeter Arbeitsorganisation eingesetzt wird. Doch diese Hoffnungen wurden bald zerstört, nachdem das Konzept der Bremer Jugendwerkstätten e.V. und der Hamburger Arbeit GmbH vorgestellt wurden.

Mit einem gewissen Gründerstolz schilderten die neuen Sozial-Staats-Unternehmer vor welchem politischen Hintergrund die jeweiligen, z.T. recht unterschiedlichen Programme entstanden, welche Schwierigkeiten mit dem Umfeld und den Betroffenen auftraten. Dabei konnte einem schonmal der Atem stocken. Fazit:

a) Mit Keynes und antizyklischer Wirtschaftspolitik lassen sich die Probleme der Erwerbslosigkeit nicht lösen.
b) Lange Grundsatzdebatten verhindern praktisches Handeln.
c) Man kann froh sein, wenn nach 2 Jahren die Buchhaltung stimmt und die Kammern ruhig bleiben.
d) Nur mit unkonventionellen Methoden (Telefondiplomatie und informelle Wege) neben oder außerhalb der traditionellen bürokratischen Strukturen lassen sich die Probleme effektiv angehen.

So werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Zum einen bereinigt sich die Erwerbslosenstatistik und zum anderen ist man trotz leerer Kassen wieder politikfähig.

Bevorzugt werden Tätigkeiten ausgeführt, die besonders arbeitsintensiv, gesellschaftlich nützlich und ökologisch sinnvoll erscheinen. Neben Lohnfertigung für Privatunternehmen sind die Beschäftigten der Hamburger Arbeit GmbH z.B. mit Müllrecycling und Endgradigung von Wasserläufen beschäftigt. Weiterhin werden z.B. Bausanierungen für sozial Schwache durchgeführt, Spielplätze gebaut und Sozialdienste eingerichtet oder aufrechterhalten.

Doch diese Tätigkeitsfelder haben eine begrenzte Aufnahmekapazität und die Verantwortlichen müssen sich immer wieder mit den ängstlichen und wachsamen Augen der Kammern, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften im Nacken nach neuen Einsatzfeldern umsehen. So gibt es in letzter Zeit verstärkt Berührungspunkte mit den alternativen Projekten und ihren Szene- und Nischenmärkten. Alternatives Marketing ist gefragt, man lernt, wie sich die von den alternativen Projekten deutlich gemachten gesellschaftlichen Bedürfnisse verwerten lassen. So wie sie diese Bedürfnisse anerkennen, so sperren sie sich jedoch gegen Selbstverwaltung und kollektive Arbeitsorganisationen, lassen sie quasi links liegen. Nicht Innovation der Arbeit und Qualität, sondern Quantität oder Masse stand in Frankfurt auf der Tagesordnung.

Für die alternativen Projekte stellt sich die Frage, ob ihnen hier ein staatlicher, ökonomisch potenter Konkurrent an die Seite tritt, der das Überleben oder gar die Ausweitung einer alternativen Ökonomie gefährdet oder ob es gemeinsame Interessen und Kooperationsebenen gibt, die die teilweise recht prekäre Existenz des Alternativen Arbeitssektors – vor allem auch jenseits des allgemeinen Verwertungszwanges, z.B. in sozialkulturellen Projekten – absichern kann.

Wie eine solche Kooperation aussehen kann, wurde in Frankfurt kaum noch erörtert. Vorhandene oder in Planung befindliche Programme zur finanziellen Unterstützung alternativer Projekte (Staatsknete-Töpfe) lassen jedoch annehmen, daß dazu an verschiedenen Stellen die Bereitschaft besteht. Das Hamburger und Bremer Konzept unterscheiden sich vor allem darin, daß die ersteren auf zentrale Großprojekte in Eigenregie und die anderen eher auf kleinere, überschaubare Beschäftigungseinheiten bei verschiedenen Trägern setzen. Ob es bei dieser Variante eher zur Kooperation als zur Konkurrenz kommen wird und die alternativen Projekte selbst zum Träger solcher Maßnahmen des 2. Arbeitsmarktes werden, hat sich in Bremen zumindest faktisch, unter dem stillen Vorhang der ökonomischen Verhältnisse, ohne öffentliche Diskussion in der alternativen bis grünen Scene entschieden. So stellte jüngst die neue Lokalredaktion der „tageszeitung" einen Antrag zur Finanzierung einer Stelle nach § 19 BSHG (Arbeitshilfe).

Otto

Fortsetzung von Seite 4

3) Selbstverwaltung und Kollektivität spielen in der Studie eine untergeordnete Rolle

Beide Begriffe fehlen in Definitionen und Gliederung. Obwohl die befragten Projektmitglieder deutlich weniger „überwachen, kontrollieren, anweisen" als Selbständige, schlußfolgert Kreutz, „...daß die Projekte Tätigkeitsprofile entwikkeln, die weit stärker der Arbeit von Selbständigen entsprechen als der von Unselbständigen". Die Antwort von ca. 50 % der Befragten, auf ihr „alternativ"-Verständnis, daß sie darunter selbstverwaltete bzw. Arbeit ohne Chef verstehen (S. 14), geht in der Masse der Detailergebnisse unter.

4) Hauptergebnis ist, daß die alternativen Projekte/Betriebe vielleicht eine beschäftigungspolitische Perspektive im Kleinen, keinesfalls aber eine Perspektive für eine wirtschaftsdemokratische Transformation der Gesellschaft bieten.

Sie sind entweder genauso wie die Etablierten auf dem Wege der Intergration in die Privatwirtschaft oder aber ins gesellschaftliche Abseits:

„...erkennen wir, daß nur 50 % von den erfolgreichen Projekten an dem Primat von politischen gegenüber erwerbszogenen Zielsetzungen festhalten; ...eine Tendenz zur Angleichung an die bestehende Gesellschaft läßt sich mithin nicht ableugnen". Die Antwort eines Projektmitgliedes „Unsere psychischen Strukturen sind so weit entwickelt, daß wir in einen herkömmlichen Betrieb nicht hineinpassen" interpretiert Kreutz so: „Bei weitem nicht alle brechen die Brücken so radikal hinter sich ab, die Tendenz zu chiliastischen Heilserwartungen mit Vorstellungen über die ‚Endzeit' der kapitalistischen Welt und Neubeginn durch einen innerlich gewandelten Menschen scheint bei der Mehrheit aber unzweifelhaft durch".

5) Zusammenfassende Wertung der Studie: Unpräzise/oberflächlich und nicht zuletzt deshalb schädlich:

Zu kritisieren sind die vorurteilsbelastete Zielsetzung, die willkürlichen Interpretationen, die pädagogischen Ratschläge ohne Sachkenntnis und das Verkennen des Selbstverwaltungs-Charakters der Alternativen Ökonomie. Das zustandekommende Zerrbild wird den alternativen Betrieben noch einige Zeit vorgehalten werden, die zweifelhaften Ergebnisse dürfen von Gegnern der Selbstverwaltungswirtschaft als „wissenschaftlich abgesichert" weiterhin gezielt eingesetzt werden.

6) Konsequenzen:

Für die Zukunft stellt sich die Frage einer besseren **Kontrolle** des Forscherhandelns. Nach anfänglichen Widerständen haben sich die Projekte und Netzwerke in den Regionen Hannover und Nürnberg doch zu Interviews überreden lassen. Teilweise hat man es auch den netten Feldforschern zuliebe getan, die im Schlußbericht von Professor Kreutz nur noch unter „Mitarbeit" aufgeführt wurden. Zumindest muß sich ein Befragter bzw. eine Befragte vom formellen Leiter eines Forschungsprojektes vertraglich zusichern lassen: (a) Daß der Bericht vor Abgabe den Projekten zur Kenntnis gegeben wird, (b) daß die Forscher eine öffentliche Diskussion über Ergebnisse und Interpretationen veranstalten und (c) daß sich die Forscher verpflichten, Minderheitenvoten von Projekten zu veröffentlichen.

Wolfgang Beywl

– Das Geld liegt auf der Straße, nur keiner sieht es! –

CONSULT: Staatliche Selbsthilfeberatung

(Red. Bremen) **Wer weiß nicht von dem undurchdringlichen Dschungel an Gesetzen und Richtlinien, hinter denen sich bare Münze versteckt, zu berichten. Wer hat nicht schon die leidige Bürokratie erlebt, die lieber jede Mark für sich behält und vor allem von Ressort zu Ressort sich nicht in die Karten gucken läßt.**

Eben, weil im Prinzip jeder weiß, daß es viel Kohle gibt und die „einfachen Leute" eben zu dumm sind, sich selbiges zu holen, was sie brauchen, deshalb gibt's seit neuestem ein paar Geldkonsule in der BRD. Leute, die überall reingucken, zu allen Leuten Kontakt haben und die immer dann, wenns nötig ist, ihr know how einsetzen und alles für eine gute Sache „rauszocken".

Bereits seit dem 1.4.85 gibt's das erste Konsulationsbüro, CONSULT, in Berlin. Mit 1,1 Mill DM von der Stiftung Jugendmarke ausgestattet, sind sie dabei, überall in Stadt und Land regionale „Konsulate" aufzubauen.

In einem Grundsatzpapier heißt es: „CONSULT ist eine Förder- und Beratereinrichtung zur Unterstützung lokaler Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen für Kinder und junge Erwachsene, insbesondere aus dem Bereich der Jugend- und Sozialhilfe. Die 4 Betreiber kommen zum Teil aus der Projektscene oder haben in Berlin unmittelbar mit ihnen zu tun gehabt. Sicherheit und Garantie genug für eine offensive Zusammenarbeit? Sicher ist, es ist gut Leute zu haben, die die Mittel des Staates und der Bürokratie besser einsetzen können als bisher. Ebenso klar ist auch, der Staat selbst ist an einer Effektivierung seines Mitteleinsatzes selbst interessiert. Dies auch unter der Voraussetzung, der immer größeren Anforderungen an die Sozialhaushalte bei immer geringer werdenden Haushaltsmitteln. Die langjährigen Erfahrungen, daß auch die großen Träger „der Wohlfahrt" mit den Millionen an Unterstützung nicht den erhofften Erfolg erbringen konnten, mag staatliche Stellen dazu bewogen haben, diese kleine, flexible, schlagkräftige Gruppe mit viel Scenekontakt zu hoffieren. *In den Augen der staatlichen Sozialplaner verbirgt sich hinter der Selbsthilfe ein Riesenpotential zur Selbstausbeutung bereiter Menschen, die auch mit geringen Mitteln weiter mobilisierbar sind.* Zu den 200.000 schon vorhandenen Dauerarbeitsplätzen im Bereich der Selbsthilfe könnten mit geringem Aufwand weitere zigtausend kommen. Um staatliches Handeln aber auch innerhalb der Selbsthilfe möglich zu machen, sind Mittler notwendig. CONSULT kommt da gerade recht.

Die bisherige Praxis, ein Lehrbild?

Die Diskussion um CONSULT ist zwei Jahre alt. Intern und informell wurde alles vorbereitet. Zunächst wurden die Kämmerer und Ministerien gefragt. Die Zusammenhänge der Selbsthilfeprojekte und Betriebe umging man geflissentlich. Erst auf Befragen gabs auch Antworten. Jetzt sind sie da die *Konsule* und gründen neben schon vorhandenen Zusammenschlüssen eigene Beraterbüros. Vorrangige Beratungsarbeit im Auftrag staatlicher Sozialplaner versteht sich, und dies auch gegen, meist aber ohne Einbeziehung örtlicher Initiativen.

Das Kriterium ist materielle Effektivität, bedingt wahrscheinlich auch durch den selbstgesetzten und inzwischen auch erwarteten Erfolgsdruck. In 1 1/2 Jahren muß der Apparat stehen. Dann laufen die Mittel der Stiftung aus. Andere Mittel müssen flüssig sein. Und hier gibts auch schon diverse Zusagen. NRW 1 Mill, Bremen 500.000,–, Hessen 1 Mill usw. Es gibt zur Zeit keine offiziell bekannten Kriterien, außer: Arbeitsplätze zu tariflichen Bedingungen. Bleibt zu fragen, soll hier nur die Unfähigkeit des Staates kaschiert werden? Warum gibt der Staat große Summen für ein zahlenmäßig kleines Sozialplanerteam aus, wo eine jahrelange Direktförderung der Selbsthilfeprojekte auf breiter Ebene ausbleibt? Die Antworten sind recht leicht, oder? Der Start der Konsule ist zwar materiell gesichert, aber inhaltlich noch lange nicht!!! – oder ist das egal?

Herbert Mikowa

Nachdem die Berliner UFA-Fabrik einen Heizkostenzuschuß in Form eines Darlehens vom Netzwerk bekommen hatte (harter Winter und so), stellte auch der Mehringhof einen Antrag auf Heizkostenunterstützung. Auch diesem Antrag stimmte der Beirat zu, jedoch wurde das Geld bisher nicht ausgezahlt – der Vorstand legte ein Veto ein. Dies obwohl der Förderbeitrag auch dem Netzwerk direkt zugute käme – als Mehringhof-Mieter.

So kursieren jetzt Gerüchte, daß (Netz)man(n) die Förderpraxis nunmehr völlig auf die Unterstützung im Heizkostenbereich konzentrieren will. Dies würde die Projektbearbeitung stark vereinfachen und die Projekte zu neuen Taten anheizen. Motto: Für mehr Wärme in der Szene. Die Strategie ist einfach. Alle Projekte, deren politische Arbeit nachweislich durch die Winterkälte behindert wird, die ein hierarchiefreies und ökologisches Heizungssystem haben (in den ersten Jahren sollten diese Kriterien nicht so hart angelegt werden) und bereit sind, mit anderen Heizungssystemen Verbundnetze zu initiieren, sind förderungswürdig. Damit würde Netzwerk ein völlig neues Feld betreten und innovativ neue Modelle von Beheizung fördern, ohne daß andere Initiativen Neidgefühle und Konkurrenzängste entwickeln würden, wie es früher häufig der Fall war. Inwieweit diese Pläne für ein „Heiz-Netzwerk" eine Mehrheit finden, war bei Redaktionsschluß noch offen.

★★★

Nach dem nicht ganz glücklichen Artikel über das Fahrradbüro Berlin in der letzten Ausgabe, folgte nun im Berliner Lokalteil der TAZ ein professioneller Hintergrundartikel. Im Gegensatz zum Contraste-Beitrag (von einem Betroffenen geschrieben), der holprig und schlecht gegliedert war, war dieses TAZ-Werk geprägt durch eine klare Struktur und dem Schein von Objektivität (von einem Journalisten eben geschrieben). Allerdings mangelt es diesem Artikel an genauer Kenntnis und Einschätzung des Problems, Ursache und Wirkung werden schon mal vertauscht und einzelne Tatbestände glatt verfälscht. Das ganze wäre nur halb so ärgerlich, wenn der Taz-Schreiber nicht ständig durchblicken ließe, daß er Kollektivarbeit eh für eine Spielwiese von Linksintelektuellen hielte und Verfechter von Kollektivansprüchen zu Phantasten erklärt. Natürlich ist das kein böser Ausrutscher, sondern auch andere Kollektive können ihr Leid über den „gewöhnlichen" Taz-Journalismus klagen. Wir empfehlen den Tazlern hin und wieder die Lektüre der Contraste und den Betrieben und Projekten mehr Einfluß auf die Taz-Berichterstattung zu nehmen.

★★★

Christian W., ehemaliger Netzwerk-Vorstand, vernetzend tätig und jahrelang bemüht, der Szene Politikfähigkeit zu vermitteln, hat nun einen beachtlichen – wenn auch persönlichen Erfolg zu verbuchen. Einen Job beim Geißler-Intimus Dettling im Familienministerium in Bonn, um Selbsthilfe und Subsidarität in ein rechtes Verhältnis zueinander zu setzen. Herzlichen Glückwunsch. Dann kann es nicht mehr lange dauern bis zur (Ministeriums)Revolution.

B.Ä.R.

...von wegen homogen!

Eine kleine Szene-Typologie

In einschlägigen Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung von Wählergruppen, heißt es zum grünen Wählerpotential immer etwas plump: überdurchschnittlich jung, intelligent und kritisch und im Grunde genommen sehr homogen. Ob wir nun wollen oder nicht (wir: die Aktiven aus den selbstverwalteten Betrieben und Projekten), wir werden einfach dazugezählt. Aber wenn man/frau mal genauer hinguckt, dann bleibt von dieser suggerierten Homogenität nichts übrig. Als wenn der Atomkraft-nein-danke-Aufkleber auf dem Fahrrad, das Taz-Abo oder das ewige Beziehungskistengejammere Indizien für Homogenität seien. Im Gegenteil, innerhalb der Szene haben sich äußerst unterschiedliche Typen herausgebildet, die eher auf einen hohen Grad von Heterogenität schließen lassen.

Da gibt es zum Beispiel den reinen Ökologen, blaß, mager und meistens mit einem und-was-tust-Du-für-die-Natur-Gesicht. Und wehe, Du wirst von solch einem Menschen mit der Plastiktüte in der Hand ertappt. Die dann folgende Öko-Predigt entwickelt sich meist zu einer inquisitorischen Anklage, wo es keine Rechtfertigung mehr gibt. Diese Leute zeichnen sich durch einen moralischen Rigorismus aus, der einem jegliche Lebensfreude nimmt.

Eine völlig andere – jedoch im täglichen Umgang nicht minder schwierige Kategorie – sind die Therapeutics. Meist sehr sensibel, was die eigene Person angeht, oft mit einem missionarischen Drang, auch bei Dir irgendwelche frühkindlich geprägten Komplexe aufzuwühlen. Jedes banale Problem wird zum tiefenpsychologisch hochinteressanten Syndrom hochstilisiert. Man/frau erkennt diese Menschen daran, daß – kaum hat man/frau sie kennengelernt – sie einem sofort alle ihre Probleme in entsprechender Ausführlichkeit darstellen und dich mit den vielen – für Unbefangene vielfach unverständlichen – inneren Konflikten konfrontieren.

Eine weitere Gruppe sind die Frauen. Nein; nicht alle Frauen, sondern diejenigen, die sich als autonom und feministisch verstehen. Die Frauen, die jedem Mann erstmal ein auch-Du-bist-ein-Unterdrücker ins Gesicht schleudern. Die jeden Kontakt mit Männern im Grunde schon als Verrat an der eigenen Sache begreifen. Im Dialog mit autonomen Frauen wird man das Gefühl nicht los, sich schuldig zu fühlen, für alles Unheil, was Männer an Frauen angerichtet haben. Jeder Versprecher, jede männliche Floskel gilt als Indiz für die Mitschuld.

Kommen wir nun zu einer Gruppe von Leuten, mit denen der persönliche Umgang nicht so stressig ist – weil es nämlich keinen gibt. Sondern es geht immer um Politik, um Strategien und Strukturen. Gemeint sind die Polit-Macker. In der extremsten Form werden sie zu rigorosen Brechern, d.h. sie verknüpfen ihr persönliches Schicksal mit dem der Bewegung und schwören mit dieser unterzugehen, wenns sein muß. Ihr Sendungsbewußtsein ist dermaßen groß, daß sie auch noch in den Essenspausen von irgendwelchen Tagungen oder Kongressen volle Überzeugungsarbeit leisten. Kassler und Massenorganisierung, Sauerkraut und Strukturdebatten. Weniger verbissen ist die abgeschwächte Form: der sanfte Politstratege. Meist unscheinbar und konfliktscheu und auch mal für ein persönliches Gespräch zu haben oder einem Gag nicht abgeneigt. Aber: immer und überall präsent. Wo man/frau auch hinkommt, der Politstratege ist schon da. Wenn sich die Ökologen mit den Therapeutics, die Frauen mit den rigorosen Brechern gefetzt haben, bei allen die Wut groß und die Luft raus ist, dann ist der Moment der Politstrategen. Kühl sachlich werden nochmal alle Positionen zusammengefaßt und ein konsensfähiger Vorschlag vorgetragen, verbunden mit einer pragmatischen Umsetzungsstrategie. Ein sympatischer Typus, aber unheimlich. Wer weiß schon, was solche Leute wirklich im Schilde führen.

Ein ähnlicher Typ ist der Mauschler. Das sind Leute, die jeder kennt und die jeden kennen. Sie haben überall ihre Bekannten, Connections, Verbindungen und Beziehungen. Im Unterschied zu den Politstrategen verfolgen sie keine erkennbaren Ziele. Sie treten nicht bei öffentlichen Veranstaltungen auf, mauscheln lieber hinter den Kulissen. Sie würden sich nie gegen einen rigorosen Brecher auflehnen, vielmehr verstehen sie es äußerst gut, verschiedene Polit-Macker gegeneinander aufzuhetzen, Fraktionierungen zu initiieren und Pakte vorzubereiten. Im entscheidenden Moment sind sie allerdings weg von der Bildfläche.

Ein in den letzten Jahren nicht mehr so verbreiteter Typ ist der theoretisierende Globalstratege. Ein kleiner Tip, eine kurze Anregung genügt und schon sprudeln diese Leute gesellschaftspolitische Konzepte am laufenden Meter. Räte hier, Aktionsbündnisse dort, man müßte, man sollte, man könnte. Aber, keine Angst: Solche gut formulierten Wortschwälle haben keinerlei praktische Konsequenzen. Allerdings haben solche Leute die besten Karrierechancen; denn gerade für etablierte Institutionen oder Politiker, die ebenfalls keine Ahnung von der Szene haben, sind solche Verbalprojekte, häufig auch noch kiloweise in Broschüren und Artikeln dokumentiert, eine wahre Fundgrube, um ihrerseits wieder kiloweise Gutachten zu produzieren.

Das krasse Gegenteil davon sind die proletarisch Bewußten. Diesem Personenkreis ist es meistens recht peinlich, daß die Eltern eher großbürgerlich waren oder sie das eine oder andere Semester an der Uni vergeudet haben. Jedenfalls sind sie jetzt Handarbeiter, ohne wenn und aber. Was zählt, ist das handwerkliche Produkt, das sie mit eigenen Händen geschaffen haben. Meistens sind es sehr sympatische Leute, die allerdings häufig mal ein Gespräch abbrechen weil ihnen ein selbstgebauter Schrank ins Auge fällt. Oder sie schmeißen Dir in einer politischen Auseinandersetzung plötzlich ein Hast-Du-überhaupt-schon-mal-ein-freistehendes-Regal-gebaut an den Kopf.

Die letzte – hier anzuführende – Gruppe sind die ironischen Spötter. Sie nehmen nichts und niemanden ernst – nicht mal sich selbst. Auch bei der ernsthaftesten Sache fällt ihnen noch ein höhnischer Spruch ein. Ihre Verbissenheit erweist sich als Farce, ihr Rigorismus als Anschauungsunterricht. Die Ökologen halten sie für inkonsequent und opportunistisch, die Therapeutics erkennen sofort das konfliktfeindliche Verdrängungssyndrom, die Polit-Macker halten sie für schlichtweg unpolitisch und die autonomen Frauen werfen ihnen Verschleierung der geschlechtsspezifischen Gegensätze vor, die Mauschler halten sie für unberechenbar, für die Globalstrategen sind sie ein interessantes sozial-psychologisches Phänomen und für die proletarisch Bewußten sind sie einfach nicht hand-habbar.

Michael von Hohn & Spott
Kollektiv für ironische Seitenhiebe.

IMPRESSUM (Ffm)

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber: Peter Hass,
Lochmühlstr. 43, 6 Frankfurt 56

Eigenverlag

Redaktion.
Harald Deerberg, Iske und Koll.,
Wulwestr. 25, 2800 Bremen
Tel.: 0421/ 7 20 93

Stattwerke e.V., c/o Michael
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. 030/ 6 11 59 04

ASH Krebsmühle
c/o Jutta
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/7 34 96

Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

V.i.S.d.P.:
Harald Deerberg (Bremen),
Michael Makowski (Berlin), Karl Bergmann, Jochen Reinalda (Ffm), Dieter Poschen (Heidelberg), Jochen Abeling (Seite Aktion Dritter Weg), Kurt Regenauer (Nürnberg)

Herstellung
Zündsatz GdbR, Postfach 10 45 20,
Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel.: (06221) 1 34 02

Druck:
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147,
6000 Frankfurt 11

Vertrieb:
Jutta Gelbrich c/o Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/7 34 96

Konto:
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr. 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Regionale Kontaktadressen:

Graphische Betriebe (Branchenseite):
Constantin Bartning (Oktoberdruck), Paul-Lincke-Ufer 44a,
1000 Berlin 36
NRW:
Maria Springenberg, Verdistr. 27
4010 Hilden
Rheinland-Pfalz:
Lebensgemeinschaft im Drohntal,
Dorwiese 4, 5552 Morbach/Merscheid
Baden-Württemberg:
Libellus-Verlag, Gerhard, Augustenstr. 82a, 7000 Stuttgart 1
Saarland:
Zukunftswerkstatt Saar e.V.
Alte Feuerwache, 2. OG.
Am Landwehrplatz
6600 Saarbrücken 3
Tel.: (06 81) 3 90 55 38
Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Fahrradbüro – Berlin

Kein Ende in Sicht...

Red. Berlin **In der letzten CONTRASTE vom Juni haben wir über das Berliner Fahrradbüro und die dort tobenden Konflikte berichtet, weil wir denken, daß es sich um Kollektiv-typische Probleme (in letzter Konsequenz allerdings) handelt. Viele Leute haben daraufhin kritisch angemerkt, es wäre überhaupt nicht klar geworden, worum es letztendlich geht. In der Tat war der Bericht – von Betroffenen verfaßt – sehr authentisch, subjektiv und zeigte mehr die Wut der Autoren als von der Sache. Nachdem nun auch in der TAZ ein Artikel erschien, der eher verschleierte als aufklärte, nun nochmal in Kurzfassung – wieder von einer Mitarbeiterin des Fahrradbüros – wie alles anfing und wie es im letzten Monat weiterging.**

Im Fahrradbüro kracht es seit drei Jahren – leider! Vor drei Jahren sind die Gründer aus der GmbH ausgestiegen und wollten zunächst den Wert der Firma ausgezahlt bekommen (ca. 150.000,– DM). Nach viel Streit haben sie dann auf Geld verzichtet und uns sozusagen den Laden geschenkt. Sie hatten ein Interesse daran, daß das Fahrradbüro in der alten Konzeption weitergeführt wird und die Auszahlung hätte den Laden zum Platzen gebracht.

Aufgrund dieser Erfahrung haben wir dann mit Hilfe von „Stattwerke" die Satzung möglichst kollektivgerecht entworfen und u.a. die Privatisierung des Firmenwertes verhindert.

Jede/r bekommt bei Ausstieg nur die selbst eingebrachte Einlage von DM 1250,– zurück. Wir waren uns einig, daß bei Auflösung der Firma überschüssiges Geld an Verkehrsinitiativen gespendet wird.

Was zur Zeit los ist?

Es geht um Macht und Geld! Die vier Gesellschafter der Firma, 2 m, 2 w, arbeiten seit drei Jahren ohne größere Sympathie zusammen. Größeren Streit gab es im Winter 83/84, als es um eine Neueinstellung ging. Dabei wurde offensichtlich, wie unterschiedlich die Erwartungen der Einzelnen bezüglich der Zusammenarbeit waren. Zähneknirschend akzeptierten Veronika und ich den „Macher" Rolf. Die Zeiten ändern sich.

Im Frühjahr 85 sollten die beiden Nichtgesellschafter Rolf und Conny – beide seit über 1 Jahr im Fahrradbüro angestellt – satzungsgemäß in die GmbH aufgenommen werden. Dadurch jedoch hätte sich das vermeintliche Mehrheitsverhältnis in der mittlerweile aus zwei Fraktionen bestehenden Gesellschaftergruppe geändert.

Originalton der „anderen Fraktion" Bernhard und Hans: vor Eintritt von Rolf und Conny müssen Ulrike und Veronika gehen (...) wenn sie nicht freiwillig gehen, werden sie über Psychoterror herausgedrängt.

Da sich Rolf und Conny als Mittel zum Zweck benutzt fühlten und sich auf unsere Seite stellten, sollten die beiden gleich mit gehen (siehe Abmachung). Der Zeitpunkt für diesen Rundumschlag schien günstig.

Ich war hochschwanger und fiel somit erstmal aus. Veronika war bereits durch gezielte Angriffe von Hans ziemlich geschafft. Hätte eine von uns geschmissen, wäre die andere mit 2/3 Mehrheit satzungsgemäß gegangen worden – die beiden Männer hätten sich den Laden unter den Nagel gerissen: „wir können es uns nicht leisten, als letzte Aufrechte die Fahne des Kollektivs hochzuhalten". (TAZ 27.6.85)

Das Schlichtungsergebnis, erreicht mit Hilfe zweier befreundeter Fahrradläden, wurde kurz von Abschluß von Hans und Bernhard boykottiert.

Es geht jetzt darum: wer geht aus dem Laden. Die Satzung ist dabei aufgrund der formalen Pattsituation wertlos. H. und B. verlangen 50 % des Ladenwertes als Ablösesumme, den sie mit DM 110.000 beziffern. Wir haben ihnen die Hälfte angeboten, bei einem Inventurwert von ca. DM 100.000,–.

Eine Lösung ist nicht in Sicht! Wir fragen uns mittlerweile
– ist so ein Konflikt durch eine Satzung zu verhindern?
– Ist es überhaupt grundsätzlich zu verhindern, daß ein Kollektiv irgendwann privatisiert wird?

FahrradBüro
Verkaufs- und Verlags GmbH

FAHRRADBÜRO, Crellestraße 4, 1000 Berlin 41

- Verkauf von Fahrrädern und Zubehör
- Reparaturen in eigener Werkstatt
- Verkauf von verkehrswissenschaftlicher und Fahrradliteratur
- Verlag von verkehrswissenschaftlicher und Spezial-Literatur zum Fahrrad
- Reiseinformationen
- Verleih von Fahrrädern und Anhängern
- Telefon: Laden 030/784 55 62, Büro 030/781 49 28

Rolf Wietzer

Ihr Zeichen | Ihre Nachricht vom | Mein Zeichen | Unsere Nachricht vom | Datum

Abmahnung 16.4.'85

Hallo Rolf,

aus gegebenem Anlaß halten wir es für erforderlich dich darauf hinzuweisen, daß ab sofort zwischen dir und uns der allg. übliche geschäftliche Ton und eben diese Umgangsformen anwendung finden.

Wir weisen insbesondere hin auf:
Pünktlichkeit und Arbeitszeitregelung
Höflichkeit
Unsere Weisungsvollmacht

Da du den Brief vom 1.4. von V. Liebau und U. Saade mitunterzeichnet hast, in dem von einem ernsthaft gestörten Vertrauensverhältnis zwischen Bernhard und dir gesprochen wird, bitten wir dich in deinem eigenen Interesse zu prüfen, ob nicht eine einvernehmliche Lösung deines Arbeitsverhältnisses mit der Fahrradbüro GmbH ansteht.

Mit freundlichen grüßen

Kommen die dezentralen Finanz-coops wieder in Mode?

Red. Bremen **In der Mai-Ausgabe der CONTRASTE hat sich Gerd Nowakowski mit der Bedeutung der regionalen Öko-Bankvereine und insbesondere ihren Funktionen nach der Bankgründung auseinandergesetzt („Kein Platz für schwarze Löcher"). Gefordert wird in dem Artikel von Gerd nun ein Nebeneinander von Öko-Bank und regionalen Öko-Bankvereinen sowie die Übernahme von Bankfilial- und Kreditmittleraufgaben durch die Vereine.**

Diese Forderung hat mich schlagartig an unser von den Netzwerken (Stuttgart, Freiburg, Nürnberg, Konstanz, Ravensburg), der Bankinitiative für Frieden und Ökologie München und von STATTwerke 1984 entwickelte Konzeption der dezentralen Finanz-Coops erinnert. Sind unsere Coops wieder in Mode gekommen?

Um noch einmal darzustellen, was uns damals vorschwebte, die wichtigsten kommentierten Passagen aus unserem Positionspapier, das wir zur Projektmesse 1984 dem Frankfurter Öko-Bankverein vorgelegt haben:

Zunächst war beabsichtigt, daß das Eigenkapital der Bank durch sog. regionale „Finanz-Coops" aufgebracht wird; sie sollten die Haftungsmittel – auch in kleinsten Stückelungen von privaten Leuten, Projekten, Betrieben kurzum: den neuen sozialen Bewegungen – sammeln und sie dann en bloc in die Öko-Bank einbringen.

Vorgesehen war auch, daß die Finanz-Coops als dezentrale Geschäftsstellen der Öko-Bank fungieren, d.h., daß sie sämtliche Absatzleistungen für die Öko-Bank vor Ort erbringen (wie Abwicklung von Krediten, Annahme und Weiterleitung von Spareinlagen, Beratung von Kunden etc.).

Rechtlich sollte zur Einbringung der Eigenkapitalmittel der Finanz-Coops in die Öko-Bank eine „Zwei-Stufen-Lösung" verwirklicht werden.

Auf der einen Seite dieser Stufenkonstruktion standen sog. regionale Kapitalsammlungsvereine, die die Aufgabe hatten, kleine Eigenkapitalanteile für die Öko-Bank in Form von Mitgliedsbeiträgen zu mobilisieren.

Zur Beschaffung größerer Eigenkapitalbeträge wurde auf einer zweiten Stufe die Gründung von regionalen Finanz-GmbHs angestrebt. Hier sollten diejenigen ihre Anteile einbringen, die für die Öko-Bank Eigenkapitalbeiträge über 1.000 DM oder auch 2.000 DM zur Verfügung stellen wollten. Auch die regionalen Kapitalsammlungsvereine waren in den Finanz-GmbHs als Gesellschafter vertreten; sie sollten hier, um die regionale Kapitalgeberstruktur der Öko-Bank zu vereinheitlichen, ihr Vereinsvermögen einbringen. Daneben sollten die Kapitalsammlungsvereine als einzige stimmberechtigte Gesellschafter der Finanz-GmbHs über deren Geschäftspolitik bestimmen. Den „großen" Eigenkapitalgebern wurde in den GmbHs kein Stimmrecht zugestanden. Vielmehr mußten sie, um eine Beteiligung an den Entscheidungen zu erhalten, Mitglieder in den Kapitalsammlungsvereinen werden. Damit sollte gewährleistet werden, daß die großen Eigenkapitalgeber in den rechtlich geschachtelten Finanz-Coops nicht mehr Einflußrechte haben als die kleinen Eigenkapitalgeber.

Sinn des ganzen Verfahrens war folgender:
1) Zur Vermeidung eines hohen Betreuungs- und Verwaltungsaufwandes sollten kleine Eigenkapitalanteile entsprechend den Prinzipien der Alternativen Ökonomie neutralisiert werden. Neutralisierung meint, daß die Eigenkapitalanteile als nicht rückzahlbare, verlorene Zuschüsse gelten. Rechtlich durchgesetzt werden sollte die Neutralisierung mit Hilfe der Vereinskonstruktion.
2) Größere Eigenkapitalbeträge lassen sich vorerst – hier muß man realistisch sein – nicht in eine neutralisierte Form überführen. Vielmehr werden die Eigenkapitalgeber Wert auf eine Rückzahlungsvereinbarung in ihren Verträgen legen. Um ein solches Verfahren auch rechtlich zu ermöglichen, wurde die Einbringung der Mittel in eine dezentrale Finanz-GmbH vorgesehen (denkbar wäre als Rechtsform natürlich auch die Genossenschaft gewesen).

Die rechtliche Aufsplittung der Finanz-Coops in eine Kapitalsammlungsverein einerseits und in eine Finanz-GmbH andererseits (letztere ist übrigens Gesellschafter/Genossenschaftler der Öko-Bank) hat allerdings nicht nur Bedeutung für das Verfahren der Eigenkapitalaufbringung. Ebenso sprachen für diese Konstruktion politische Überlegungen:
1) Durch die Beteiligung der Finanz-Coops, genauer: Finanz-GmbHs waren die Mitsprache- und Mitentscheidungsbefugnisse der dezentralen Finanzierungseinrichtungen an der Öko-Bank bzw. deren Geschäftspolitik rechtlich verbindlich gesichert. Diese Rechte lassen sich – wenn sich die dezentralen Instanzen weigern – durch keine Satzungsänderung noch durch sonstige Reglementierungen einschränken.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

2) Die dezentrale Form der Eigenkapitalaufbringung schaffte die Voraussetzungen dafür, daß die einzelnen Förderer, Unterstützer, Kunden usw. der Öko-Bank über ihre Mitgliedschaft im dezentralen Kapitalsammlungsverein (bzw. Finanz-GmbH) die Möglichkeit zur direkten Einflußnahme auf die Bankpolitik erhielten. Dies war alleine schon dadurch gewährleistet, daß sich durch die räumlich und personell beschränkten Finanzierungseinrichtungen überschaubare und durchsichtige Mitwirkungs- und Kontrollmechanismen installieren ließen.

Schließlich entsprach die geschachtelte Konstruktion den rechtlichen und ökonomischen Erfordernissen eines dezentral angelegten alternativen Geld- und Finanzsystems:
1) Die Finanz-GmbHs schufen das rechtliche Gerüst, um das institutionelle Geldgeschäft der Öko-Bank über die dezentralen Instanzen abwickeln zu können. Das galt auch für Geldgeschäfte, die ohne institutionelle Vermittlung z.B. über eine Kreditvermittlung zustande kamen, d.h. auch hier schufen die Finanz-GmbHs den rechtlichen Rahmen, in dem solche Transaktionen möglich wurden.
2) Die Finanz-GmbHs waren schließlich eine ideale Institution, um die notwendigen Sekundärstrukturen für ein alternatives Finanzierungswesen zu etablieren. So konnten von ihr auf dezentraler Ebene die für die Kreditnehmer einer Öko-Bank zweifellos sehr bedeutsamen Kreditsicherungsinstrumente wie Haftungsassoziationen (Bürgschaftsbanken), Beteiligungs- und Leasinggesellschaften initiiert und gegründet werden.

Entscheidender als diese Vorteile war aber nach wie vor, daß ein von unten, über die dezentralen Finanz-Coops aufgebautes, alternatives Kreditinstitut auf jeden Fall in der Lage war, die Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte der Basis (oder der neuen sozialen Bewegungen) zu garantieren. Diese Gewißheit konnte man aus dem Miteigentümerstatus und den damit vom deutschen Gesellschaftsrecht zugestandenen Rechten ziehen, über den die dezentralen Finanz-Coops verfügten, wenn sie Gesellschafter/Genossenschaftler der Öko-Bank wurden.

Diese Gewißheit gäbe es andererseits aber dann nicht mehr, wenn die Öko-Bank zentral, z.B. mit einer großen Schar von kleinen Anteilseignern, die erfahrungsgemäß über keine politische Schlagkraft verfügen, gegründet werden würde. Hier dominiert im allgemeinen, wie in anderen, traditionellen Publikumsgesellschaften auch, die Administration bzw. das zentrale Management. An dieser Tatsache dürfte auch eine von oben arrangierte dezentrale Kontroll- und Absatzstruktur der Bank (z.B. über dezentrale Bankbeiräte oder der sog. „Interessengsgemeinschaft Selbstverwaltung") nicht viel ändern. Zudem ließe sich die Kontinuität dieser von oben verordneten Dezentralität nicht gewährleisten. Sie kann, je nach der gewählten rechtlichen Absicherung, durch Beschlüsse der Eigenkapitalgeber (z.B. Generalversammlung) oder des zentralen Vorstandes/Geschäftsführung revidiert werden, denn: „stimmberechtigt und verantwortlich im Sinne des Gesetzes sind immer nur die im Gesetz genannten Institutionen und Personen". (A. v. Loesch, Kommune 8/84).

Das Positionspapier ist knapp ein Jahr alt. Nicht alles gilt mehr, was uns damals in den Köpfen herumschwirrte, insofern ist das Papier

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kreditgeber gesucht

Wie Behörden mit Menschen umgehen: Helmut, 37 Jahre, in den 60er Jahren aus der DDR abgehauen, wurde wegen diverser Eigentumsdelikte mehrere Jahre eingebuchtet, dann auf Grund guter Führung entlassen. Versuche, eine normale bürgerliche Existenz als Arbeitnehmer aufzubauen, schlugen fehl. Vor einigen Wochen eröffnete sich ihm die Chance, sich eine selbständige Existenz durch Neugründung eines Kioskes zu schaffen. Er stellte einen Antrag gemäß Paragraph 30 Bundessozialhilfegesetz auf „Hilfe zum Lebensunterhalt", und zwar so, daß ihm die künftige Sozialhilfe im voraus auf einen Schlag zur Existenzgründung ausgezahlt wird, was ja mittelfristig gedacht, das Sozialamt entlastet hätte, da nach etwa 2 Jahren die ausgezahlte Sozialhilfe genauso hoch wie die einmalige Auszahlung von 18.500,– DM gewesen wäre. Die engstirnige und unmenschliche Begründung des Amtes, daß er auf Grund seiner Vorstrafen nicht für geeignet gehalten werde, ein Gewerbe zu führen, hat vorerst zur Ablehnung seines Antrages geführt.

Wir, Netzwerk und Stattwerke, haben uns entschlossen, diese Entscheidung zu einem Politikum zu machen, und zwar, um konkret Helmut zu helfen, andererseits aber vermittelnd über diesen „Fall" zu erreichen, daß Mittel aus dem BSHG-30-Topf auch für alternative Existenzgründungen vergeben werden. Das scheint uns insbesondere unter dem Gesichtspunkt unbedingt nötig, da über die immer strengere Eingrenzung der Berechtigten für Arbeitslosengeld und -hilfe immer mehr Personen in die Sozialhilfe abgedrängt werden, und u.E. jede Möglichkeit genutzt werden muß, daß sie aus diesem Abstellgleis wieder herauskommen.

Da die Möglichkeit, den Kiosk in den gegebenen Räumlichkeiten zu eröffnen, nur bis zum 15. Juni bestand, haben Netzwerk und Stattwerke sich entschlossen, zumindest bis zur endgültigen Entscheidung des Sozialamtes eine Vorfinanzierung zu geben. Konkret heißt das, daß NW Berlin kurzfristig einen Kredit gibt. Stattwerke versucht anschließend, einen möglichst großen Teil des Kredites über private Kreditgeber abzulösen, wobei die Ablösung über Netzwerk läuft.

Führt die Auseinandersetzung mit dem Sozialamt zum Erfolf, werden die Kredite natürlich sofort zurückgezahlt. Bei endgültiger Ablehnung des Sozialamtes sind die Kreditbedingungen so vorgesehen, daß spätestens März 86 mit der Tilgung begonnen wird, und diese sich auf 12 bis 18 Monate erstreckt. Das benötigte Kreditvolumen beträgt DM 18.500,–. Die Zinsen sollen 5 % nicht übersteigen. Die Lage des Kioskes, das außerordentliche Engagement von Helmut und längere Arbeit in einem Kiosk garantieren eine erfolgreiche Existenzgründung. Daneben wird das Projekt von Netzwerk und Stattwerke kontinuierlich beraten.

Also, geht uns, Stattwerke, möglichst bald und viele Kredite, damit die „Kapitalisierung der Sozialhilfe" und die konkrete Hilfe für Helmut vorankommt.

Kreditvermittlung

werkschule berlin e.v. Berlin

Gesamtsumme 50.000 DM
bereits finanziert -neu-

Die werkschule berlin ist ein selbstverwaltetes Ausbildungsprojekt in dem seit 8 Jahren Gruppen von Jugendlichen im Zusammenleben mit Sozialarbeitern und Elektrofacharbeitern im eigenen, ebenfalls kollektiv geführten Betrieb „Werkschule Elektrobau G.m.b.H." zu Elektroinstallateuren ausgebildet werden.

Jeweils nach Beendigung der Ausbildung einer Gruppe entstehen Engpässe in der Finanzierung durch den Senat, da erst bei Beginn neuer Gruppen die Pflegesätze für zehn Jugendliche wieder fließen, während in der Übergangszeit Kosten entstehen, welche wegen ausfallender Senatsmittel nicht voll gedeckt sind.

Eine solche Lücke gilt es zu schließen, wobei die werkschule als Projekt aus der „Gründerzeit" zur Sicherung der hoffentlich rechtlich rollenden Darlehen Grundbesitz anbieten kann, sich aber ebenfalls noch um eine Bankbürgschaft bemüht. Die Laufzeit der Darlehen soll nämlich nur ein Jahr betragen.

KOMET WERKZEUGBAU – Berlin Kreuzberg

Finanz. Summe: 20.000 DM
bereits finanz.: noch nicht

KOMET WERKZEUGBAU ist eines der ältesten Kollektive im Metallbereich in Berlin. Im selbstverwalteten Betrieb arbeiten 4 Frauen und 8 Männer. Alle Kometis sind gleichberechtigt und werden nach einem halben Jahr Probezeit Gesellschafter in der GBR. Für Organisation und Durchführung einzelner Aufträge ist jede Person selbst verantwortlich. Größere Aufträge bearbeiten mehrere Personen gemeinsam. Dann aber auch arbeitsteilig.

KOMET WERKZEUGBAU will sich eine Format-Zuschnitt-Kreissäge (ULMIA 1612 SP) neu anschaffen. Die Finanzierungsmittel sollen über die Kreditvermittlung zusammenkommen. Auf dieser Maschine können großformatige Platten aus Leicht- und Buntmetall beliebig geteilt werden. Diese Maschine kann sehr lang im Betrieb bleiben (bis 10 Jahre), da sie nicht ständig beansprucht wird. Die Zuschnitt-Kreissäge soll gedoch in vier Jahren abgezahlt und abgeschrieben sein. Somit sollen die Kredite eine Laufzeit von 2 bis 4 Jahren haben. Als Sicherheit dient die Sicherungsübereignung der Zuschnitt-Kreissäge zu 50 % und persönliche Bürgschaften der KOMET Gesellschafter über die restlichen 50 %.

KOPF HOCH

Gesamtsumme: DM 18.000,–

Der Kopf hoch Verlag ist ein Selbstverlag der Karikaturisten Fuchsi, Harald Juch, Hansi Kiefersauer, Peter Petri und Detlef Surrey, die seit fünf Jahren den Kopf hoch-Kalender mit ihren Comics und ihren Karikaturen herausbringen. der Kalender für '86 soll wieder wie die beiden letzten Male über private Kreditgeber/innen vorfinanziert werden. Der Kalender konnte jedesmal gut verkauft werden, so daß sicherlich auch diesmal eine Laufzeit von 1/2 Jahren eingehalten werden kann. Die Einnahmen über die Vertriebe werden bis spätestens März '86 an die Kreditgeber/innen weitergeleitet werden können. Der Kredit ist über persönliche Bürgschaften abgesichert.

RAD AB

Gesamtsummen DM 12.000,–

Der Rad ab-Verlag ist ein Schwesternverlag von Kopf hoch und existiert seit 1 1/2 Jahren; er gibt das Comic Magazin Rad ab heraus. Dieses Magazin hat bis jetzt eine kleine Auflage von 1.000 und war hauptsächlich zur Eigenwerbung und zur Schaffung von Kontakten zwischen den Zeichnern gedacht; nun ist aber eine Comic-Alben-Reihe geplant. Die Startauflage soll bei 2.000 Exemplaren liegen.

Die Laufzeit dieser Kredite soll 1 Jahr betragen, abgesichert ist der Kredit ebenfalls durch persönliche Bürgschaften.

ASH-Möbelgroßhandel

Kreditbedarf: DM 50.000,–
– neu –

Innerhalb des alternativen „Traditionsbetriebes" ASH-Krebsmühle wird zur Zeit eine neue Abteilung, aufgebaut: der Antik-Möbelgroßhandel. Dabei wurde gleichzeitig über günstige Bezugsquellen in Österreich und ein „Partnerkollektiv" in Wien ein Direktimportgeschäft aufgezogen.

Der Markt ist da, was die ASHler aus ihrem Möbelgeschäft, was sie schon mehrere Jahre betreiben, überblicken können. Was fehlt, ist ein „vernünftiges" Warenlager. Um hier die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, sollen Privatkredite aufgenommen werden, die über private Bürgschaften abgesichert sind. Die Laufzeit der Kredite soll 2 bis 3 Jahre betragen, der Zinssatz nicht über 5 %.

Kontakt:
STATTwerke, Paul-Linke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36, 030/6 11 59 04

PAPYRUS

Kreditbedarf: DM 100.000,–
bereits finanziert: DM 40.000,–

Papyrus ist ein Kollektivbetrieb mit 9 Leuten im Bereich Druch, Handel und Verarbeitung von Umweltschutzpapier und als solcher auch Mitglied der VuP (Verband umweltfreundliches Papier).

Die Kredite werden benötigt für den Kauf eines Gabelstablers, den Ausbau des Lagers, den Kauf einer Flexodruckmaschine und für die Umschuldung alter Privatkredite.

Die Kredite werden durch Sicherheitsübereignung der Maschinen und persönliche Bürgschaften abgesichert. Die Investitionen sind notwendig, um den betrieblichen Ablauf zu stablisieren, neue Arbeitsplätze zu schaffen und um Umweltschutzpapier in größeren Mengen bearbeiten zu können.

SCHREINERKOLLEKTIV TREFFLER

Kreditbedarf: DM 50.000,–
– neu –

Dieses Schreinerkollektiv will expandieren (meint: drei neue Leute aufnehmen, die dort eine Ausbildung gemacht haben), was die Auftragsentwicklung auch hergibt. Jedoch muß dafür die Werkstatt erweitert werden und neue Maschinen angeschafft werden. Es sollen eine Hobelmaschine, Bandsäge und eine Späneabsauganlage gekauft werden. Die Absicherung erfolgt über Maschinenübereignung.

Kontakt:
Netzwerk Augsburg, Vorderer Lech 9, 8900 Augsburg, 0821/51 15 01 (Mo 18–19)

Betr.: CONTRASTE – Juni '85 STATTwerke-Special, Direkt Kreditvermittlungen Adressenkorrektur:
Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen, Maizer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M 1, Tel. 069/738 18 74

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung von Seite 7

an einigen Stellen veraltet – schlicht und weg von der Diskussion überholt worden.

Dennoch scheint mir das dem Positionspapier zugrunde liegende Grundmotiv, nämlich Ideen für die erforderliche politische, personelle und kapitalmäßige Infrastruktur der Öko-Bank zu entwickeln, nichts an Aktualität eingebüßt zu haben. Ganz im Gegenteil. Der bisherige (Öko-Bank) Entwicklungsverlauf zeigt, daß diese Strukturdebatten, 1984 noch krampfhaft von vielen Aktiven verdrängt, heute eine zunehmende Bedeutung erhalten. Regionale Öko-Bankvereine, und das gilt besonders auch für den Berliner, rufen jetzt nach der Stopfung „schwarzer (Struktur)Löcher", denn diese „Frage gilt es zu entscheiden, schnell. Denn unser Spielraum zur Ausgestaltung künftiger Struktur wird immer enger" (G. Nowakowski).

Diese Struktur- – bzw. besser – Infrastrukturdebatten müssen aus meiner Sicht, wie im vorigen Jahr begonnen, auf drei Ebenen geführt werden:

Politische Infrastruktur: Die neuen sozialen Bewegungen sind gleichmäßig, ohne bestimmte Gruppen zu bevorzugen, an der Entwicklung und Festlegung der Grundsätze der Geschäftspolitik der Öko-Bank zu beteiligen. Die Selbstverwaltungsbewegung darf nicht gegen die Ökologiebewegung und umgekehrt ausgespielt werden. Die Konflikte um die Hennefer Ingenieurbau sollten hier Mahnung genug sein, um jetzt den notwendigen politischen Rahmen der Öko-Bank in Form von anerkannten Konfliktregulierungs- und Ausgleichsmechanismen zu schaffen.

Personelle Infrastruktur: Wenn die Transformationsgefahr der Öko-Bank hin zu einer normalen Geschäftsbank eingedämmt werden soll, dann sind Leute notwendig, die Bankleistungen, insbesondere solche an die Alternative Ökonomie, sachkundig abwickeln können.

Jeder weiß aber, daß die Personaldecke der Bewegung mit solchen Leuten unheimlich dünn ist. Da nützt es auch nichts, nach dem alternativen Unternehmens- und Projektberater als Lückenbüßer zu rufen (s. Brendgen-Artikel in der Juni-Ausgabe der Contraste), denn diese Leute stehen häufig noch am Anfang ihrer Beratertätigkeit; sie sind gerade dabei, sich – nicht aus Lehrbüchern oder sonstigen Publikationen beziehbares – Wissen über Alternative Ökonomie, kooperative Betriebswirtschaft und „kooperatives Finanzmanagement" anzueignen.

Die Öko-Bankaktivisten sollten daraus schleunigst den Schluß ziehen, daß neben den Eigenkapitalsammelaktionen nun auch Maßnahmen zur Qualifizierung des späteren (zentralen und dezentralen) Bankkollektivs erforderlich sind.

Gewarnt sei an dieser Stelle auch vor der Überlegung, daß man den Bedarf an qualifiziertem Personal durch den „Einkauf" von Fachleuten aus dem traditionellen Bankenbereich decken könnte. Diese Fachleute haben zumeist keine Ahnung von kooperativem Betriebs- und Finanzmanagement – woher auch? Die Transformationsgeschwindigkeit der Öko-Bank kann dadurch nur gesteigert werden.

Kapitalmäßige Infrastruktur: Die Öko-Bank braucht, um ihre Risiken abfedern zu können, eine kapitalmäßige Infrastruktur in Form von Bürgschaftsbanken (Haftungsassoziation), Beteiligungs- und Leasinggesellschaften usw. Da die Notwendigkeit einer solchen bankenmäßigen Infrastruktur allgemein anerkannt ist, brauchen darüber hier keine Worte mehr verloren zu werden.

Marlene Kück

Nürnberg

Kommunale Knete für 23 Projekte

Endlich! Nach einjährigem Tauziehen, nach zahllosen, hitzigen NETZWERK-Debatten und 34 nervenaufreibenden Vollversammlungen eines Verbundes der alternativen Projekte und autonomen Frauenprojekte winkt die Kohle der Stadt. Eine halbe Million hatte der städtische Haushalt für die kommenden drei Jahre pro Haushaltsjahr festgelegt (mit einem jährlichen Inflationsausgleich von bis zu 5 %). Fast 470 Tsd DM konnten mittlerweile im ersten Anlauf der Projekte und ihrer Lobbyisten verteilt werden. Ein Drittel der Gelder, genau 166.666,66 DM, gingen über ein autonomes Frauenplenum an sieben feministische Projekte. Die restlichen, bisher ausgeschütteten, 300 Tsd DM teilten sich Alternativprojekte im Medienbereich, von der FRAZ (fränkischer TAZ Ableger) über Schüler- und Elternzeitungen bis zu Medieninis, und andere, höchst unterschiedliche Initiativen, von den Ökologen bis zur Schwulengruppe Fliederlich, von der Krabbelstube bis zur Freien Schule, vom Tagungshaus „Olaf-Ritzmann-Kollektiv" bis zum Wissenschaftsladen. Aber der lange Weg zu den Geldern der Stadt war mit Fallstricken und Hinternissen versehen. Außerdem, wer blieb auf der Strecke? Die umstrittene Nürnberger Indianerkommune war (natürlich?) schon im Vorfeld der langwierigen Verhandlungen mit der Stadt auf massive Ablehnung gestoßen und fordert nun ihrerseits Solidarität. Und bis zur Stunde ist noch unklar, ob Stadtkämmerer Schmitz, wie früher schon in einem ähnlichen Fall, statt den Geldbriefträger nicht eher die Bagger zum Bunten Haus schickt. Das dort geplante Kulturzentrum paßt der SPD nicht in den Kram. Das Haus soll von der Stadt verscherbelt werden – Abriß droht.

DAS NÜRNBERGER VERGABEMODELL

Ein besonderes Vergabemodell der „Staatsknete a la Nürnberg" war im vergangenen Jahr von NETZWERK und interessierten Projekten im Zuge der Haushaltsberatungen (Bündnis SPD/Grüne) ausgepokert worden. Kompetente Empfehlungen zur Festlegung von Vergabekriterien und zur Förderung gab ein städtischer Beirat, der von Projektvertretern dominiert war. Natürlich hatten der Stadtrat und sein Kulturausschuß das letzte Wort. Aber war dort zur Abstimmung anstand, hatten die Projekte untereinander im Vorfeld zu klären. Der Projekteverband gründete sich hierfür und tagte in Gesamt-VV und Frauenplenum, wählte vom Stadtrat 5 zu bestätigende Projektevertreter in den neunköpfigen Beirat und entwickelte in mehrtägigem Sitzungsmarathon einen Verteilungsschlüssel, den der Beirat seinerseits der Stadt gegenüber vertreten sollte.

„Institutionalisierung eines Projektclinchs", meinten die Kritiker dieser Regelung und verwiesen darauf, daß seperat beantragte Projektförderung an andere Referate der Stadt nunmehr unter Verweis auf den Alternativtopf weniger Chancen hätten. Wie wahr: Sofort nach Installation des Topfes zu Jahresbeginn begann die Projektverschikkerei. In der Schlange der „Neuankömmlinge" stand sogar ein Projekt, das die Nachbarstadt Fürth „mit freundlichen Grüßen" empfahl (und das bei der „Erbfeindschaft" zwischen Nürnbergern und Fürthern). Da hatten es die Erlanger schon besser, denen prompt ein ähnlicher Topf in gleicher Höhe reserviert wurde.

„Besser im Clinch miteinander als im offenen Streit vor der Stadt" meinten die Befürworter des Beiratsmodells und hofften, daß allein chancenlose Gruppen von besser angesehenen in die Förderung „mitgezogen" werden, wo en bloc verteilt wird. Optimisten sahen im Diskussionsprozeß der Projekte eher die Möglichkeit zu ihrer politischen Vernetzung, zur Selbstgestaltung eines „alternativen Raums". Die Wirklichkeit hingegen war dann eher ernüchternd.

SPENDENAUFRUF INDIANERKOMMUNE

Die Indianerkommune hat ihren Antrag auf Förderung an den Fonds „Alternativtopf" des kommunalen Haushalts von Nürnberg zurückgezogen. Obwohl mehrheitlich von der Vollversammlung der Projekte als selbstverwaltetes Alternativprojekt anerkannt, war und ist sie von Teilen der VV, dem städtischen Beirat, der Verwaltung und Stadträten der Grünen und der SPD einer massiven Kritik ausgesetzt, die bei der VV der Projekte zum Beschluß führte, den Antrag zurüchzuziehen und neu zu überdenken. Denn diese Kritik ging soweit, daß die Urteilsfähigkeit der Projekte in Frage zu stellen sei, wenn sie ihre Unterstützung der Indianerkommune nicht zurücknehmen (Stadtrat Schönfelder, SPD). Bzw. gipfelte die Kritik in der Unterstellung, mit der Indianerkommune fördere die Vollversammlung eine jugendgefährdende Sekte (Stadträte Murawski und Wolf, die Grünen).

Die Vollversammlung unseres Verbundes wendet sich jedoch dagegen die Indianerkommune kurzerhand als jugendgefährdende Sekte abzustempeln, damit auszugrenzen und ihrer weiteren Kriminalisierung Vorschub zu leisten.

Die Indianerkommune ist ein Selbsthilfeprojekt, das versucht, das Selbstbestimmungsrecht für Kinder und Jugendliche durchzusetzen. Gegründet von ehemaligen Ausreißern, entwickelte sich die Indianerkommune zu einem bundesweit bekannten Anlaufpunkt für jugendliche Ausreißer, die kein Vertrauen mehr zu öffentlichen Jugenschutzeinrichtungen haben. Seit nunmehr sechs Jahren versucht die Indianerkommune durch Konsumboykott, Leben im Kollektiv und wirtschaftliche Unabhängigkeit durch Fahrradwerkstatt und Sperrmüllverwertung der Fabrikgesellschaft ihre konkrete Lebensweise entgegenzusetzen.

Trotzdem, auch bei Beibehaltung weitestgehender Autonomie verlangt die Indianerkommune eine Gleichstellung mit anderen Alternativprojekten in der Stadt und mit diesen gemeinsam eine Gleichstellung in der Gesellschaft. Selbst das Münchner Oberlandesgericht hat mittlerweile den Vorwurf der Verbreitung jugendgefährdender Schriften zurückgewiesen, nachdem vier Jahre lang versucht wurde, Flugblätter mit den politischen Forderungen nach Selbstbestimmungsrecht für Kinder und Jugendliche zu verbieten.

Diese Forderungen der Indianerkommune sind: Das Recht auf Ausziehen von zuhause für die Betroffenen, wann und wohin Kinder und Jugendliche wollen; die Abschaffung der Schulpflicht; die Abschaffung der Paragraphen, die schwule und lesbische Liebe auch für Kinder und Jugendliche verbieten; die Abschaffung aller Psychiatrien, Heime und Knäste; Reiserecht überall hin; Kinder sind keine Hätschel-Tätschel Schoßhunde für einsame Mütter und Väter.

In Einzelfällen wurde sogar Jugendlichen aus anderen Städten von den dortigen Jugendämtern und/oder den Eltern erlaubt, in der Indianerkommune zu leben. Die Indianerkommune in dieser Situation als jugendgefährdende Sekte zu bezeichnen, bringt jedoch lediglich die Stichworte zu neuen Kriminalisierungsversuchen und weiteren Existenzdruck.

Auf diese Weise ist keine Verbesserung ihrer Praxis und ihrer Lage zu erreichen.

Immerhin zeigen die auch durch das Auftreten der Indianerkommune angestoßenen Initiativen für ein Kinderschutzhaus in Nürnberg, daß über Lösungen der Schwierigkeiten von Ausreißern aus Heimen oder von zu Hause inzwischen wenigstens öffentlich nachgedacht wird. Aus Diskussionen und praktischen Bemühungen um tragfähige Konzepte darf das schon existierende Projekt nicht ausgegrenzt werden. Erfahrungen und Kritik der Indianerkommune müssen für die Einrichtung selbstverwalteter Jugendprojekte ernst genommen werden.

Was ist von den Indianern zu erwarten?

1. Eine inhaltliche Stellungnahme zu Vorwürfen und Kritik an der Indianerkommune, wie sie im Zusammenhann mit der Behandlung ihres Antrags laut wurde.
2. Gemäß ihrem eigenen A ag: die ernsthafte Bereitschaft zur kritsichen Auseinandersetzung mit Institutionen und Organisationen der Jugendhilfe.

Was ist von Stadtrat und Verwaltung zu erwarten?

1. Sofortige Einstellung aller Diffamierungen.
2. Inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen der betroffenen Kinder und Jugendlichen.
3. Anerkennung und Unterstützung dieses Projekts.

Wir rufen die Alternativprojekte und die kritische Öffentlichkeit in der BRD auf, auf das Spendenkonto von NETZWERK FRANKEN eine finanzielle Unterstützung für die Indianerkommune zu überweisen.
Stadtsparkasse Nürnberg, BLZ 760 501 01, Kto 1 005 217 Kennw. „Alternativtopf"

gez.: die Vollversammlung des Verbundes alternativer Projekte und autonomer Frauenprojekte, Nürnberg 23.6.1985

ALTERNATIVTOPFALLTAG IN NÜRNBERG

Alternativtopfalltag in Nürnberg, das war im wesentlichen die zweiwöchentlich tagende Projektvollversammlung, „der Alternativtopf" im Szenenmund genannt. Was hatte diese Vollversammlung nicht alles zu ertragen, bevor erste Ergebnisse herauskamen:

Da war zunächst einmal der Auszug der Frauenprojekte, weil sie nach VV-Willen im Beirat die Hälfte der Vertreter lediglich stellen SOLLTE (Satzungsvorschlag), und nicht MUSSTE. Daß die Stadt jenen Satzungspassus einfach strich und Frauen schließlich in jenem erlauchten Gremium gar Zweidrittelmehrheit HATTEN (weil so viele hereingewählt WURDEN), war dann schon längst egal. Einigung gab es erst bei einem feministischen Topfdrittel, das das Frauenplenum dann relativ streßfrei unter die Schwestern brachte. In der Folge war etlichen der Frauenprojekten die Gesamtentwicklung wurscht. Die Gesamt-VV wurde zum „Restplenum".

Da war fernerhin jener mühevolle Prozeß, arbeitsfähige, aber gleichzeitig basisdemokratische Strukturen zu schaffen. Und gleichzeitig der ständig wachsende Terminstreß, gerade auch nach erfolgreicher Beiratswahl und Satzungsverabschiedung. Der Topf wäre nie vor der Sommerpause anzuzapfen gewesen, wenn die VV nicht sehr bald über „Mauschelstrukturen" hinaus Tritt gefaßt hätte, nicht äußerst subito Förderungskriterien vorgeschlagen hätte, nicht im Schnellauf einen Verteilungsplan vorgestellt hätte etc. Die VV wurde so zum Wurmfortsatz der präzise, aber träge arbeitenden Verwaltungsmachinerie, deren Auflagen und Termingebungen nur zu oft wichtige Diskussionen verbaten.

Da war deshalb exakt 15, höchstens 20 Minuten Zeit für jedes Projekt, sich vorzustellen. Und das bei der wichtigen Diskussion, bei der eigene, die Alternativ-Kriterien anzulegen waren, um herauszufinden, wer eigentlich dazugehört.

Da gab es Brüllereien und Reibereien. Zuerst um die Frage der Solidarität (jeder will sie, keiner hat sie). Dann um den Verteilungsplan, der in nächtelangen Mammuttagungen regelrecht ausgekartelt wurde, weil der alternative Finanzbedarf die Möglichkeiten des Topfes natürlich um ein Vielfaches überstieg. Nicht die VV sollte kürzen, sondern das jeweilige Projekt, das sein „Existenzminimum" kennt. Nach kräftezehrender Sitzungsperiode blieben dann immer noch 10% Unterdekkung. Also faßte die VV doch noch einen „Rasenmäherbeschluß", der alle Projekte gleichmäßig zurechtstutzte.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ÜBERHAUPT: DIE SOLIDARITÄT

Sie war zunächst das projektverbindende Zauberwort und wurde danach zum Zankapfel und Streitpunkt, bis feststand: Solidarität soll heißen, daß die Projekte für von der Stadt abgelehnte Anträge, hinter denen die VV aber steht, eine größtmögliche Drittmittelfinanzierung erreichen. Im Idealfall in der Höhe, die auch die VV der Stadt empfohlen hatte.

Nur zu bald stellte sich jedoch heraus, daß vor der materiellen die inhaltliche Solidarität stehen muß, wo sie mehr als ein leeres Wort sein soll. Pünktlich zum ersten entscheidenden Beiratstermin erschien nämlich jener unvermeidliche (?) Presseartikel, wo Volkes Mund die Verschleuderung von Steuergeldern an „Schwulis, Hausbesetzer und Stadtindianer" verdammte. Das Klima war über Nacht vergiftet – der Topf drohte umzukippen und von einem Mittel zur sozialen Aufwertung alternativer Projekte zu einem Mittel ihrer Abwertung zu werden.

Eine konzertierte Aktion von Projekten/NETZWERK, Beirat, Verwaltung und wohlmeinenden Stadträten konnte zwar den Beginn einer regelrechten Pressekampagne stoppen, spätere Good-Will Artikel den übelsten Eindruck lindern, aber die alternative Unschuld der Projekte war dahin.

Denn das „öffentliche Urteil" konzentrierte sich nunmehr auf das schwächste Kettenglied im Projektverbund, die Indianerkommune. Unschwer waren hier deutliche soziale Ausgrenzungsversuche auszumachen, wobei es unerheblich blieb, inwieweit dieses Projekt sich selber ausgrenzt oder ausgegrenzt wird. Vor dem Hintergrund der „Kinder-Sex"-Pressekampagnen und äußerst böser Worte seitens der Gesprächspartner in Parteien, Beirat und Verwaltung hatte die VV die Indianer immer wieder zu diskutieren. Der „Solidaritätsfall" wurde beschlossen und zur Vermeidung weiterer Eskalation der Indianerantrag zurückgezogen.

Dabei zeigten die langwierigen Indianerdiskussionen, daß Solidarität keine Einbahnstraße sein kann. Die Indianerkommune mußte sich auch auf der VV der Projekte Kritik gefallen lassen. Einzelne Stimmen warnen sogar lautstark vor ihrer Unterstützung – wieder andere wollen zumindest Päderastenninteressen von Kinderschutzanliegen getrennt wissen. Und die Indianer reagierten auf ihre Weise: renitent.

Daß trotzdem, unterbrochen vom üblichen Indianerhappening und begleitet vom dumpf klatschenden Geräusch zerplatzender Ballons mit Wasser, nebenstehender Solidaritätsaufruf verabschiedet wurde, haben die Indianer vor allem folgendem Umstand zu verdanken: Kein Projekt wünscht die von Parteien und Verwaltung nahegelegte Aufspaltung in „gute" und „böse" Projekte. Die Notwendigkeit eines Projekts für Ausreißer scheint einleuchtend. Die Indianer werden genau die Solidarität kriegen, die sie verdienen. Was das ist, kann sich nur durch ihre Fähigkeit erweisen, sich Diskussionen mit anderen Alternativprojekten zu stellen.

•

DAS ERGEBNIS

Das Ergebnis des Nürnberger Alternativtopfes ist noch wesentlich eingehender zu analysieren und zu bewerten. Der Projektverbund hat sich auf den kommenden Versammlungen ausführliche Diskussionen vorgenommen.

Zur näheren Information der staunenden bundesrepublikanischen Öffentlichkeit ist eine Dokumentation in Vorbereitung, die nebst Dokumenten und Pressespiegel auch erste, sicherlich konträre Stellungnahmen der Projekte enthält.

Erhältlich bei NETZWERK FRANKEN/Projektberatungsgruppe,
Hochstr. 23, Rgb, 85 Nürnberg,
Tel 0911/289658

Kurt Regenauer

PROTOKOLL

Bundesversammlung der Netzwerke

Bremen, 26.–28.4.1985

Situation in den Netzwerken

Dazu haben die Bremer eine Broschüre „Die Netzwerk-Landschaft" mit Beiträgen von 16 Netzwerken erstellt. Bei der Vorstellungsrunde äußerten sich deshalb insbesondere die Netzwerke, von denen kein schriftlicher Situationsbericht vorlag.

Berlin
Sie haben bereits in den ersten drei Monaten dieses Jahres DM 250 000,– und damit die Hälfte des Jahresetats ausgegeben. Die Mitgliederversammlung hatte den Vorstand zu mehr politischen Aktivitäten verdonnert, doch zeigte sich, daß die „Null-Tarif-Kampagne" auf sehr wenig Resonanz stieß. Die nächste MV wird über weitere Aktivitäten oder die Fortführung entscheiden müssen.

Landsberg
Das Netzwerk stellt in dieser Region die einzige konstruktive politische Kraft dar. Es hat bei den Kommunalwahlen die Wahlkampfkosten der AL – mit der starke personelle Verknüpfungen bestehen – ersetzt und sich damit bewußt von Grünen und SPD abgesetzt. Der Rundbrief erscheint mit einer 500er Auflage mit dem Ziel, von den bisher 100 Mitgliedern demnächst auf 400 zu kommen. Dazu dient auch ein „Bildungsprogramm vor Ort", das auf den Dörfern angeboten wird und starke Resonanz findet. Dabei werden vor allem die Informationen aus CONTRASTE verwendet. Die Gemeinnützigkeit wird angestrebt, evtl. mit einem zusätzlichen Verein.

Bremen
Das Netzwerk erweist sich zusehends als Lobbyverein.

Köln
Vom Netzwerk waren nur Frauen anwesend. Nicht zuletzt durch die Veranstaltungen, z.B. „Ökofonds", „Computer in Alternativ-Projekten". .. Alternativ-Projekte in NRW (MAGS-Studie)", die immer gut besucht waren, hat die momentane Mitgliederzahl von 150 eine steigende Tendenz. Nachdem sich die Projektberatung abgespaltet hat, macht die Aktivistengruppe wieder mehr selbst und bietet ein gutes Team, das sich wohlfühlt. Zwei ABM-Stellen sind im Hinblick auf die NRW-Wahl beantragt.

Aachen
Etwa 100 Mitglieder und 1.000,– DM/Monat. Die ca. 15 Aktiven führen ebenfalls Veranstaltungen durch und beteiligen sich an der Staatsknetediskussion in NRW.

Münster
Früher 300, jetzt 250 Mitglieder. Das Netzwerk hat drei mit 150,– DM im Monat bezahlte Bürokräfte, wobei eine Kraft – ein ehemaliger Lokalredakteur – für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Es wurden bisher DM 17.000,– (davon DM 11.000,– Darlehen) im Jahr gefördert. Einige Ex-Beiräte haben sich als Projektberater außerhalb des Netzwerks institutionalisiert; die Gemeinnützigkeit ist beantragt.

Dortmund
Die NRW-Wahl und die Aussicht auf Staatsknete hat die NRW-Netzwerke an einen Tisch gebracht und verschiedene Beratungskonzepte zur Diskussion gestellt:
a) Kollektive Beratung („Projekte beraten Projekte")
b) Hauptamtliche Beratung im Netzwerk
c) SPD-Beratungszentren mit 3 Mio. Etat

a) + b) werden in den Netzwerken unterschiedlich diskutiert; Dortmund lehnt b) ab, weil bereits die geschaffene ABM-Stelle die Arbeit stark verändert hat.

Hamburg
Das Netzwerk mit 400 Mitgliedern wird getragen von 40–50 Aktiven und 5 AGs, die alle ehrenamtlich sind:
a) Beirat (20.000,– DM jährlich)
b) Projektberatung (mehrmals wöchentliche Treffs)
c) Finanzierung (DKV, Ökobank)
d) STATTbau GmbH als alternativer Sanierungsträger (Netzwerk + „Mieter helfen Mieter e.V." + „Autonome Jugendwerkstätten als Gesellschafter der GmbH)
e) Staatsknete (Tendenz: Finger weg)

Die Veranstaltungen und Seminare, z.B. „Existenzgründung", „Buchhaltung I" und „Buchhaltung II', sind immer gut besucht.

Düsseldorf
Da ein Netzwerk-Aktivist als Grüner in den Liegenschaftsausschuß der Stadt Düsseldorf kam, wurde versucht, die Stadt als Mitglied des Netzwerks mit einem monatlichen Beitrag von 5.000,– DM zu gewinnen. Dies wurde knapp abgelehnt, aber immerhin kam es so zu einem jährlichen Zuschuß von 60.000,–DM aus dem kommunalen Haushalt (mit der Auflage „Wirtschaftsförderung" = keine Förderung von sozialen Projekten). Außerdem wird eine Stelle beim Netzwerk (BAT 4) aus dem NRW-Haushalt (§ 20.1. BSHG) finanziert. Sie sehen sich als Beispiel dafür, mit mehr Selbstbewußtsein auf kommunaler Ebene Finanzmittel zu fordern.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Netzwerk hilft iiimmer.

Stuttgart
Durch das Theaterhaus, für das das Netzwerk die Finanzierungsseite übernommen hat, ist das Netzwerk total mit Arbeit überlastet. Trotzdem wurde bisher keine ABM-Stelle beantragt. Die DKV-Beratung ist derzeit ebenso kostenlos wie für nichtkommerzielle Projekte (Jugend-, Frauen-Haus etc.). Kommerzielle Betriebe werden an die Steuerberatungsgesellschaft verwiesen, in der Netzwerker tätig sind.

Emsland
Mit einem Jahresetat von 10.000,– DM wurden bisher vier Projekte unterstützt. Die bisherigen Infoveranstaltungen wurden leider nicht besucht.

Ostfriesland
Die Netzwerk-Arbeit wird von einer ABM-Stelle getragen. Durch monatliche Treffen und Besuche bei den Projekten werden Kontakte zwischen Jungbauern und Bioläden und den Arbeitslosen-Inis hergestellt.

Kiel
Das Netzwerk hat 100 Mitglieder und auf halbjährlichen Treffen werden die 10.000,– DM Jahresetat vergeben. Es hat drei ABM-Stellen, die vorher von der Ferdinand-Tönnies-Gesellschaft getragen wurden.

Niedersachsen
In einem AK „Staatsknete" haben sich 50 Projekte zusammengeschlossen, um in Kooperation mit dem Netzwerk gemäß dem Auftrag der Grünen im Landtag (9,5 Mio) finanzielle Unterstützung zu fordern. Ansonsten trifft sich das Netzwerk alle 8 Wochen.

Gemeinnützigkeit

Das Netzwerk Saar beantragte auch für die ökonomische Förderung die Gemeinnützigkeit, was zunächst abgelehnt wurde. Nach einem Widerspruch mit einer ausführlichen, beispielhaften Begründung erging nun ein positiver Bescheid des Finanzministers. Letzterer versucht nun im Referenten-Gremium der Bundesländer zu einer bundeseinheitlichen Regelung zu kommen und hat deshalb eine Anfrage bei seinen Kollegen gestartet. (Vergleichbar der bundesweiten Umfrage des niedersächsischen Kultusministers nach Bildungs-/Ausbildungsmöglichkeiten in Alternativ-Projekten.)

Vorteile einer Anerkennung der Gemeinnützigkeit wären neben der Abzugsfähigkeit von möglichen Spendengeldern auch 100 %ige Finanzierung von ABM-Stellen. Nachteilig könnte sie sich jedoch bei der Förderung von ökonomischen Projekten erweisen, die nicht als gemeinnützig anerkannt sind. Würde dies gemäß dem Saarländischen Netzwerk - Antrag ausgeschlossen, scheint dieser Vorstoß bei den Netzwerken auf Zustimmung zu stoßen. Einige haben das Problem durch die zusätzliche Gründung eines gemeinnützigen Vereins gelöst, der nur kulturelle und soziale Projekte fördert.

Das Spenden-Modell

Ausgehend von ähnlichen Überlegungen legten die Berliner bereits vor der Bundesversammlung ein Papier zur Spenden-Finanzierung vor. Kernpunkt ist der Gedanke, daß zusätzlich zu der Staatsknete für Betriebe in Selbstverwaltung (BIS) für die kulturellen und sozialen Projekte eine unabhängige Finanzierung gefunden werden muß.

Mit dem vorgeschlagenen Modell wäre es z.B. möglich, 1.000,– DM an ein Frauenhaus zu spenden, wobei 800,– DM vom Finanzamt kämen, lediglich mit der Auflage, im Frauenhaus einen Arbeitsplatz (mit) zu finanzieren. Voraussetzung dazu ist allerdings eine Änderung des Einkommensteuer-Gesetzes in Bonn. Dazu wurden 170 Verbände angeschrieben, die insgesamt großes Interesse bekundeten (lediglich 10 % waren negativ, 70 Organisationen sind sofort zur Unterstützung dieser Initiative bereit). Die Netzwerke sind nun aufgerufen, das Modell zu diskutieren und entsprechende Stellungnahmen nach Berlin zu schicken.

Arbeitsgruppen-Ergebnisse

Dieses Protokoll berücksichtigt lediglich die Arbeitsergebnisse und Diskussionen bis Sonntag 13 Uhr, da der Protokollant zu diesem Zeitpunkt abreisen mußte (900 km Autoreise).

Provinz

Es scheint sich in einigen Netzwerken die Tendenz abzuzeichnen, daß Nicht - Projekt - Mitarbeiter und „Quereinsteiger" an Bedeutung gewinnen. Der damit verbundenen Gefahr der Abgehobenheit als Netzwerk-Funktionär von der Projekte-Basis kann nur durch die Beantwortung der Frage nach den jeweiligen Interessen begegnet werden. Eine mögliche Antwort darauf mag in den verschiedenen Projektzusammenschlüssen liegen.

Eine weitere Tendenz zeichnet sich am alternativen Horizont ab: Netzwerk als Lobby der Projekte, die als neue „APO" ein notwendiges Gegengewicht zur parlamentarischen Opposition der Grünen bilden. So geht es z.B. nicht an, daß die Grünen gutgemeinte aber nicht abgesprochene Initiativen ergreifen, um damit die Projekte zu überraschen, sondern wir müssen die Vorlage zur Projekte-Förderung für die Grünen erarbeiten – nicht umgekehrt.

Ökofonds

Die Situation bei den verschiedenen Ökofonds der Bundesländer ist positiv ausgedrückt: organisatorisch und finanziell völlig unterschiedlich; m.a.W. keine/r blickt so richtig durch, ob, wann und wieviel Gelder den einzelnen Ökofonds 1985 zur Verfügung stehen.

So kann z.B. im ersten Halbjahr dieses Jahres in Baden-Württemberg keine müde Mark mangels Mittel vergeben werden – nicht zuletzt deshalb, weil die Landespartei sich nachwievor weigert, auf Landesebene Mittel bereitzustellen. Entsprechend wird der „Musterländle"-Ökofonds bislang lediglich von „Überschüssen" der Bundestagsabgeordneten gespeist, die aber aufgrund der Rotation und der Auflösung einiger Bürogemeinschaften immer weniger werden.

Vergleicht man/frau diese Praxis mit den großspurigen Wahlversprechen (etwa in TAZ-Anzeigenteil für Europa-Wahl), so drängt sich neben dem Wissen um die allgemeine Schlamperei langsam der Verdacht auf, daß da einige wohl auf unsere Kosten ihr grün-politisches Süppchen kochen wollen. Aber auch da weiß niemand was Genaues.

Also wurde beschlossen, auf Bundes- und Länderebene die Quellen und den Verlauf der diversen Geldströme der Grünen in die Ökofonds bzw. an denen vorbei zu recherchieren. Die Ergebnisse werden zu gegebener Zeit in angemessener Form bekanntgegeben. Ansonsten soll künftig ein Informationsaustausch zwischen den Länder-Ökofonds (Vergaberichtlinien, -listen etc.) stattfinden.

Staatsknete

In NÜRNBERG und ERLANGEN gelang es den Netzwerken einen „Alternativ-Topf" von jeweils DM 500.000,– zu erreichen, der durch einen Beirat vergeben wird, in dem die mit imperativem Mandat gebundenen Projektvertreter die Mehrheit haben. Dies gelang hauptsächlich mit einer Veranstaltung „Wie wichtig sind die Alternativ-Projekte?" mit auswärtigen SPD-Vertretern, mit der die örtliche SPD in Zugzwang gebracht wurde. In MÜNCHEN gibt es offiziell zwei „Alternativ-Töpfe":
- „Zweiter Arbeitsmarkt (3,6 Mio DM): Die Gelder stehen jedoch nur als Zuschüsse zu ABM-Stellen im kommunalen Interesse zur Verfügung, d.h. konkret für ABM-Stellen der Stadt und nicht der Projekte.
- „Freie Initiative im sozialen Bereich" (1,7 Mio DM): Es werden keine Personalkosten getragen, nur Gratis-Sozialarbeit.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 10

In BREMEN wurden bisher 40 Projekte mit 1,2 Mio DM gefördert, um 200 Arbeitsplätze zu schaffen (Fördersumme: 2.500,– bis 10.000,– DM). Die Hälfte davon wurde über das Netzwerk vermittelt, dem auch eine ABM-Stelle zur Beratung finanziert wird. In BERLIN läuft für viele Projekte demnächst die auf drei Jahre befristete Förderung aus, davon wird Fink wohl 25 auswählen und weiter fördern. Dazu hat er weitere 2,5 Mio DM beantragt, doch werden sie wahrscheinlich in die bestehenden 7,5 Mio DM reingenommen, zumal diese noch nie voll ausgeschöpft worden sind.

Bis zur NRW-Wahl (12.5.85) geschieht in HESSEN nichts; 2–3 Mio DM sind für eine Kreditgarantiegemeinschaft in Aussicht. Auch in NIEDERSACHSEN gibt es noch kein Geld, obwohl 9,5 Mio DM im Gespräch sind. Im AK „Staatsknete" werden parallel dazu die Möglichkeiten mit bestehenden Töpfen geprüft und versucht, mit Besichtigungsfahrten zu Projekten die Angst und Scheu von Abgeordneten abzubauen.

Obwohl es aus unterschiedlichen Gründen zu den Staatsknete-Fonds kam – Bremen/Senator Scherf; Nürnberg / SPD - Grüne - Koalition; Düsseldorf/Netzwerk – haben sie offensichtlich zu einer Revitalisierung der Netzwerke geführt. Gleichzeitig kommt es dabei oft zu neuen Zusammenschlüssen, wie z.B. jetzt bundesweit bei den Fahrradläden. Künftig muß hier noch mehr Selbstbewußtsein gegenüber der Verwaltung entwickelt werden.

Privatfinanzierung

(DIREKT)-KREDITVERMITTLUNG: Marlene von den STATTwerken sieht auch die Tatsache, daß die Szene die Bank braucht. (Versprecher von Arno als AG-Sprecher: „Die Bank braucht eine Szene.") Doch zuerst muß die regionale Infrastruktur aufgebaut werden, z.B. mit der Kreditvermittlung, die bisher 1,5 Mio DM vermittelt hat. Diese wiederum wurde inzwischen vom BAK (Bundesaufsicht für das Kreditwesen) untersagt, das darin ein „Anlagegeschäft" sieht. Ein Rechtsstreit ist anhängig, außerdem kommt im Mai die dazu erforderliche Kreditgarantiegemeinschaft, so daß die bundesweite Aktion davon nicht betroffen ist.

Diese neue Kreditgarantiegemeinschaft als Haftungsassoziation erhält 3 Mio DM vom Berliner Senat, 1 Mio DM von der Evangelischen Landeskirche und ERP-Rückbürgschaften. D.h. für die 4 Mio DM Haftungskapital können 50 Mio DM Bürgschaften vergeben werden (allerdings nur in Berlin). Prinzipiell ist diese Bürgschaftsbank erweiterbar auf andere Bundesländer, etwa mit Landesbürgschaften. Bisher fehlt es jedoch noch an einem qualifizierten Bänker, weil offensichtlich pensionierte Bankiers Mangelware sind und normalerweise sofort in der Wirtschaft unterkommen.

ÖKOBANK: Der Mangel an qualifiziertem Personal plagt auch die Ökobank, so daß die „Konversionsfahrt" (Marlene) auch von Karl Bergmann nicht ausgeschlossen werden kann. (Gemeint ist damit das Umkrempeln der Ökobank durch einen „normalen" Bänker.) Auch das BAK hat sich gemeldet und verlangt jetzt plötzlich statt 6 Mio DM nun 10 Mio DM Haftungskapital. Bisher sind 2 Mio DM bei 1200 Mitgliedern zusammen, so daß sich die Fragen stellen, ob eine National (10 Mio)- oder eine Frankfurter Regional (6 Mio)-Bank bzw. eine Universal- oder eine Spezialbank (vgl. GLS-Bank) gegründet wird. Eine regionale Spezialbank dürfte jedoch zu einer großen Enttäuschung bei den bisherigen Anlegern führen, die dann auch für andere, künftige Finanzierungskonzepte vergrault wären.

Ob es also zu einer Regionalisierung (100.000,– DM/50 Mitglieder pro Landesverband) der Ökobank kommen würde, ist noch unsicher, aber auf alle Fälle Gegenstand eines Seminars im August in Achberg/Bodensee. Zusätzlich droht mit dem Zusammenbruch der Hammer Volksbank e.G. eine Genossenschafts-Gesetzes-Änderung. Für die Netzwerke bleibt, sich sachkundig zu machen, um mitzuarbeiten und auch die Prioritäten der Ökobank diskutieren zu können (vgl. Diskussionen in CONTRASTE).

Literaturhinweis:
Die Netzlandschaft ist zu bestellen für DM 3,– bei Netzwerk Bremen-Nordniedersachsen, Fehrfeld 60, 2800 Bremen 1

STAATSKNETE

Da es in einigen Bundesländern, bzw. Kommunen schon seit einiger Zeit spezielle Töpfe und Programme zur finanziellen Förderung von Alternativprojekten gibt, waren die Netzwerker/innen, in deren Regionen solche Programme noch nicht existieren, daran interessiert, von den Erfahrungen der anderen zu hören und zu lernen. Die „Quintessenz der Lernprozesse" stand im Mittelpunkt des Interesses.

Die „Quintessenz der Lernprozesse" hat nun aber zwei Seiten: zum einen die der Details; „Wie müssen solche Programme inhaltlich formuliert werden?", „Wie läßt sich verhindern über den Tisch gezogen zu werden?", zum anderen die Frage nach den politischen Strukturen, der Vernetzung, die sich im Zuge der Verhandlungen um solche Töpfe und Programme verändern können.

Unter politischen Aspekten war zweifellos die zweite Seite der Lernprozesse interessanter und aufschlußreicher. Aus diesem Grunde konzentrierte sich die Arbeitsgruppe auf eine diesbezügliche Fragestellung. Da sich ja bekanntlich am Objekt besonders gut lernen läßt, gab es politischen Anschauungsunterricht in Form von Erfahrungsberichten aus Bremen (wo der Senator immer schneller ist), aus Nürnberg (wo man/frau noch Träume hat), und aus Düsseldorf (wo die smarten Jungs vom Netzwerk der Stadt die Kohle aus der Tasche ziehen).

BREMEN

In Bremen wurde die Staatsknete für das Netzwerk und die Projekte eigentlich erst zum Thema, als es schon zu spät war. Bevor sich nämlich ein Kreis von Netzwerkern/innen und Projekten gebildet hatte, um das Thema zu diskutieren, Forderungen und Bedingungen zu stellen und vor allem ein aktionsfähiges politisches Bündnis auf die Beine zu stellen, hatte Senator Henning Scherf sein „alternatives" Förderungsprogramm schon lange unter's Volk gebracht (und der Scene den „Schneid abgekauft"). Unter dem Motto, alles was zur Arbeit bzw. zur Entstehung von Arbeitsplätzen hinführe, sei zu fördern, wurde es als das 1,2 Mio Programm (600 000 DM pro Haushaltsjahr) zur Förderung „lokaler Beschäftigungsinitiativen" angekündigt.

Wie sich jetzt vermutlich der/die geneigte Leser/in fragen wird, so fragte sich bereits damals die Bremer Scene, was denn lokale Beschäftigungsinitiativen mit selbstverwalteten Betrieben zu tun haben und weiterhin, was aus den Kultur-, Bildungs-, Frauen-, Sozial- und Gesundheitsprojekten werden solle; Die waren nämlich in dem Programm nicht vorgesehen.

Im Gegenzug hierzu verständigten sich die Projekte auf die gemeinsame Forderung „Alle oder Keiner". Leider war jedoch der politische Druck seitens der Projekte nicht ausreichend, so daß der Senator sein „Ding" auch ohne sie durchziehen konnte. Das Programm wurde verabschiedet, ohne daß Netzwerk oder irgendein Projekt an der Formulierung beteiligt gewesen wäre.

Die Druckerschwärze des Gesetzestextes war noch nicht getrocknet, da wurde aus der Forderung „Alle oder Keiner" die Haltung „Jeder für sich und Gott gegen alle". Es gab Streit, der politische Zusammenhalt der Projekte brach.

Es setzte nun nicht nur der run auf die Kohle ein, sondern es gelang dem Senator auch, zumindest einen Teil der Projekte und insbesondere auch das Bremer Netzwerk fest in seine politische Strategie einzubinden. Da die Programmformulierung, abgesehen von der Eingrenzung auf den ökonomischen Bereich, alle weiteren Förderungskriterien offengelassen hatte, wurde das Netzwerk aufgefordert, der Senatsverwaltung Anträge von alternativ-ökonomischen Projekten einzureichen, „damit die Verwaltung lernen könne". (Wie die Podiumsdiskussion am Abend zeigte, scheint sie noch nicht allzuviel dazu gelernt zu haben, oder – und das ist möglicherweise ihr politisches Kalkül – sie stellt sich dümmer als sie ist.)

Nachdem der politische Zusammenhalt der Projekte ohnehin zerbrochen war, sah das Bremer Neztwerk zu diesem Zeitpunkt eine Chance, möglichst viel für alternative Projekte „rüberzuziehen". Aufgrund der fehlenden Förderkriterien war das Programm ja für alle offen und die Konkurrenz mit traditionellen Jungunternehmern zu fürchten.

Mittlerweile hat sich diese Zusammenarbeit gefestigt und in Form einer ABM-Stelle beim Bremer Netzwerk institutionalisiert. Obwohl das Netzwerk damit weiterhin als Ansprechpartner für den Senat fungiert, haben sich die alternativ-ökonomischen Betriebe jenseits des Netzwerks in der BIS (Bremer Initiative Selbstverwalteter Betriebe) zusammengeschlossen. Aus dem Blickwinkel der politischen Vernetzung sind in Bremen nur zeitweise, während der Verhandlungsphase, Erfolge zu verzeichnen; Kontinuität hat hier noch keine rechten Formen angenommen. Nach außen als politischer Repräsentant von Scenen- und Projektlandschaft agierend, wird das Bremer Netzwerk nicht als von den Projekten getragener und mit Leben gefüllter politischer Zusammenhang gesehen. Das Bremer Beispiel zeigt aber vor allem, wie schwierig die politische Vernetzung ist, wenn die andere Seite bereits die Vorgaben in Form von Programmen gemacht hat, und damit auch den Zeitplan bestimmt. Aus einer reaktiven Situation heraus läßt sich die gemeinsame politische Front im nachhinein kaum bilden.

Jetzt, nachdem sich die selbstverwalteten Betriebe jenseits des Netzwerks organisiert haben und ohnehin der politische Rahmen insgesamt abgesteckt ist, will sich das Bremer Netzwerk wieder verstärkt den Kultur- und Sozialprojekten zuwenden. Aber kaum hat sich das Netzwerk die Sache vorgenommen, da hat der Senator schon von 300 in diesen Bereichen einzurichtenden Arbeitsplätzen getönt. Der Senator ist eben schneller.

NÜRNBERG

Nach dem Erfahrungsbericht aus Bremen, der im übrigen viele Parallelen zur Geschichte des Berliner Finktopfes aufweist (in Berlin ist der Topf allerdings nur für Gesundheits- und Sozialprojekte), brachten die Nürnberger Netzwerker den Hauch von „Es geht voran" in die Runde. In Nürnberg und Erlangen gibt es einen kommunalen Topf in Höhe von 1 Mio DM für alternative Projekte aus allen Bereichen. (s. Bericht auf S. 9)

Ursprünglich hatten alternative Projekte in Nürnberg schon immer die Möglichkeit gehabt, aus dem Etat des fortschrittlichen Nürnberger Kultur-Stadtrats eine Förderung zu bekommen, die jedoch an eine „Einzelfallprüfung", also an Wohlwollen bzw. Willkür der Verwaltung gebunden war. Zu recht wandten sich die Netzwerker gemeinsam mit den Projekten gegen diese Praxis und konnten, unterstützt von Grünen und Schleswig-Holsteinischer SPD, die den Nürnberger Sozis mal zeigten, was 'ne fortschrittliche Harke ist, erreichen, daß dieser kommunale Topf eingerichtet wurde. Die Mittelvergabe läuft über einen Beirat, in dem die Projekte die Mehrheit haben.

Die Projekte selbst haben sich zu einem Verbund zusammengeschlossen, welcher die Projekte-Beirats-Vertreter/innen mit einem imperativen Mandat versieht. Dabei werden zunächst die Anträge, die von den Projekten gestellt werden, in dem Verbund diskutiert und die Beiratsvertreter/innen beauftragt, sich auf keinen Fall unter eine bestimmte Summe herunterhandeln zu lassen. Falls dies doch einmal passiert, soll eine Umlage unter den geförderten Projekten, also ein Solidaritätsfond, einen Ausgleich schaffen. Bisher brauchte der Solidaritätsfond noch nicht tätig zu werden. Ob es klappt, wenn er tatsächlich mal gebraucht wird, muß sich allerdings noch zeigen, denn beim Geld hört ja bekanntlich manche Freundschaft auf.

Bis jetzt hat die Diskussion unter den Projekten einigermaßen gut funktioniert. Die Projekte haben, wenn es sich nach den Diskussionen als notwendig herausstellte, ihren Bedarf selbst gekürzt. Der Verbund war bisher noch nicht gezwungen,

Fortsetzung auf Seite 12

Sonstiges

Protestresolution an Ministerpräsident Späth
Auf Antrag des Netzwerks Nordbaden wurde einstimmig eine Resolution der Bundesversammlung der Netzwerke an Späth verabschiedet, um gegen den drohenden Verlust des Betriebsgeländes der Handwerkergenossenschaft Mannheim zu protestieren.

BTA GmbH & Co KG
Ein Vertreter des Netzwerks München stellte kurz das Konzept der BTA vor und rief die anderen auf, Finanziers aus dem Netzwerk-Umfeld zu suchen. Dadurch soll bei einer künftigen Gesellschafterversammlung die Kapitalneutralisierung beschlossen werden, die eigentlich bei einer GmbH & Co KG nicht möglich ist. Außerdem soll für jeden vom Netzwerk vermittelten Kapitalanteil eine Provision gezahlt werden.

Zum Schluß wurde über den Vorschlag diskutiert, die CONTRASTE zu einer Mitgliederzeitung der Netzwerke zu machen; d.h., daß zur Verbesserung des allgemeinen Informationsstandes die Netzwerke ihre bisherigen kleinen Rundbriefe einstellen sollten und stattdessen allen Mitgliedern monatlich die CONTRASTE zugeschickt würden. Der Vorschlag wurde überwiegend nicht für gut befunden, da befürchtet wurde, daß die besonderen Informationen über Projekte in Städten und Regionen in die CONTRASTE nicht sonderlich gut passen würden.

Da aber CONTRASTE von allen Anwesenden als ausgesprochen gute und wichtige Zeitung angesehen wurde, sollen alle Netzwerke besondere Werbeanstrengungen unternehmen, um in ihrer Mitgliedschaft weitere Abonnenten der CONTRASTE zu gewinnen. Dazu machte die CONTRASTE-Redaktion folgendes Angebot:

Wenn die Abos über die jeweiligen NETZWERKE abgewickelt werden, kann der **Abo-Preis DM 1**,– betragen. Der Versand würde direkt von der CONTRASTE an die Abonnenten erfolgen; die Netzwerke hätten die Aufgabe, die Abo-Zahlungen von den Abonnenten einzutreiben und als größere Summe an CONTRASTE zu überweisen. Sinn der Sache ist, die kostenaufwendige Rechnungsstellung und Zahlungsverfolgung an die Netzwerke zu delegieren.

Also werbt mal schön!

Fortsetzung von Seite 11

selbst den Rotstift anzulegen. Unter den Projekten entwickelte sich auf diese Weise langsam eine Kriterien-Diskussion, differenziert nach einzelnen Bereichen (z.B. Medien usw.). Die Frauenprojekte bekommen aufgrund einer festgelegten Quotierung von vornherein 1/3 der gesamten Gelder.

Wenn auch mit Unterstützung einzelner Parteien, so haben, im Unterschied zu Bremen, die Nürnberger Projekte und Netzwerker diesen Topf gemeinsam erstritten. Durch den mehrheitlich besetzten Beirat, den Projekte-Verbund, das imperative Mandat und den Solidaritätsfonds entwickelt sich allmählich ein Zusammenhang unter den Projekten, der dem Ziel der politischen Vernetzung ein Stück näher kommt. Welche Festigkeit diese Strukturen angenommen haben, wird sich spätestens dann zeigen, wenn insgesamt mehr Geld beantragt wird, als zur Verfügung steht, oder politisch besonders brisante Projekte von der Verwaltung diskriminiert werden. Rechtlich ist es nämlich immer noch die Verwaltung, die letztlich die Gelder vergibt. Der Beirat wird gehört und hat Vorschlagsrecht, ist aber nicht unmittelbar zur Geldvergabe befugt. Im Konfliktfall könnte nur ein starker politischer Druck helfen, den die Projekte erzeugen müßten.

Wenn das Geld nicht für alle reicht, ist jedoch, so zeigt es zumindest die Erfahrung, der gemeinsame Zusammenhalt einer starken Belastungsprobe ausgesetzt. Vielen Projekten sitzt dann das eigene Hemd näher als die Hose.

Die Nürnberger wissen um diese Probleme, doch trotz des Streits, den es auch jetzt hin und wieder gibt, sind die Netzwerker immerhin so optimistisch, den jetzigen Beirat nur als eine Zwischenlösung auf dem Weg zu einem selbstverwalteten Topf zu sehen. Politisches Ziel ist es, daß die Projekte unmittelbar selbst über die Geldvergabe entscheiden sollen und der Streit somit „Im Hause bleibt". In Nürnberg hat man/frau noch Träume, und auf jeden Fall hat es unter der Perspektive der politischen Vernetzung vielversprechend angefangen.

DÜSSELDORF

Den Düsseldorfer Netzwerker/innen hingegen ist die Vernetzung kein Problem. Dort wird die Frage Staatsknete eher pragmatisch gesehen, nach dem Motto: Geld ist nie genug da und Staatsknete so viel wie möglich, so einfach wie möglich. Der Erfolg spricht in Form von 60 000 DM, welche die Stadt Düsseldorf dem Netzwerk-Etat zur Förderung von ökonomischen Projekten alternativ zur Verfügung gestellt hat, für sich. Ursprünglich sollte die Stadt gar Mitglied des Netzwerks werden (die Stadt hätte wie alle anderen Mitglieder auch nur eine Stimme gehabt), doch scheiterte dieses Vorhaben an haushaltsrechtlichen Schwierigkeiten. Alles in allem entstand bei mir der Eindruck, daß dieser Weg nur unter der Voraussetzung läuft, daß die Netzwerker/innen die richtigen Connections haben. Bezeichnenderweise fiel das Wort Projekt in diesem Erfahrungsbericht so gut wie gar nicht. Projekte waren an diesem politischen Prozeß wohl nicht beteiligt, womit die Frage in Bezug auf eine Vernetzung auch beantwortet wäre. Damit soll nicht bestritten werden, daß die Projekte nicht von dem Geld profitieren werden.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Erfahrungsberichte zeigen deutlich, welch unterschiedliche Formen von Vernetzung zwischen Netzwerken und Projekten und unter den Projekten selbst im Zuge von staatlichen Förderungsprogrammen für alternative Projekte bzw. selbstverwaltete Betriebe entstehen können. Abhängig ist dies jeweils von den einzelnen Kommunal-, bzw. Landesverwaltungen, mit denen es die Netzwerke und Projekte zu tun haben, von dem politischen Zusammenhalt, den es unter den Projekten gibt und den daraus resultierenden Möglichkeiten gemeinsam zu agieren, von den, durch die Verwaltungen gemachten politischen Vorgaben, die zuweilen nur noch ein Reagieren der Projekte zulassen und von der Eigendynamik der Verhandlungen um Staatsknete wiederum in Abhängigkeit zu den vorher genannten Faktoren steht.

Die von vielen Teilnehmern/innen des Bundestreffens empfundene Ratlosigkeit, welche politische Funktion und Perspektive die Netzwerkarbeit, abgesehen von der Geldvergabe, eigentlich noch hat, konnte auch die Staatsknetendiskussion nicht befriedigend beantworten. Die Frage, ob Netzwerk die „Mutter der Projekte" sein kann, und in diesem Sinne den politischen Zusammenhang und -halt der Projekte organisieren und mitgestalten kann, stellt sich zwar im Zusammenhang mit der Staatsknetendiskussion und den entsprechenden Förderungsprogrammen immer wieder aufs neue. Es zeigt sich beim Thema Staatsknete aber deutlich, daß sich diese Kernfrage der Netzwerkarbeit nur zu häufig in unmittelbarer Abhängigkeit zu aktuellen Polit-Konjunkturen beantwortet.

So lag der Schwerpunkt der Staatsknetendiskussion auf dem Bundestreffen eindeutig bei den selbstverwalteten Betrieben und alternativ-ökonomischen Projekten. Und dies sicherlich deshalb, weil angesichts der herrschenden Arbeitslosigkeit die Staatsseite in diesem Bereich ansprechbar ist. In Bezug auf alternative Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturprojekte herrscht politisch-konzeptionell bei den Netzwerken zur Zeit Schweigen im Walde.

Franz-Josef Bartsch
Michael Wielage

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Nordrhein-Westfalen
Wer vernetzt sich mit wem?

Zur Ausgangssituation:

Seit einigen Jahren haben sich in NRW Landesarbeitsgemeinschaften zusammengefunden – sei es für eine andere Weiterbildung oder für sozio-kulturelle Zentren, sei es für Kulturarbeit oder freie Schulen. Gemeinsam ist ihnen die Abhängigkeit von staatlicher Förderung und deshalb auch der Wunsch, auf diese Einfluß zu nehmen. Daneben gibt es noch in sieben Teilregionen des Landes regionale Netzwerke, die sich bisher um Staatsknete allerdings noch kaum gekümmert haben.

Aber nicht nur die Staatsknetendiskussion führte zu neuem Vernetzungsbedarf, sondern auch die sich einschleichende Dominanz der Arbeitsplatzsuche gegenüber dem Selbstverwaltungsgedanken.

So entstand auf Seminaren und landesweiten Treffen der Wunsch nach einem NETZ zwischen den landesweiten Arbeitsgemeinschaften und den Netzwerken, um die selbstorganisierten Strukturen selbstorganisert zu stärken.

Zum NETZ selbst:

Während eines Treffens Ende Mai in Kleve wurde dieses NETZ aus der T(r)aufe gehoben. Es bleibt „nur" noch offen, wer sich dort mit wem endgültig vernetzt. Bleiben die Staatskneter und -kneterinnen unter sich? Tun sich dort nur die Funkties zusammen? Oder wird es doch ein NETZ für eine breite Informationsstruktur in allen Regionen NRWs und zwischen den verschiedenen Formen, in denen dort gelebt und gearbeitet wird?

Die Tagung in Kleve hatte aber noch eine besondere Brisanz: Diskutiert wurde nicht nur über die Vernetzung zwischen uns; wir mußten uns auch mit einem Plan der Landesregierung auseinandersetzen, die durch eine landeseigene Beratungsgesellschaft selbstverwaltete Projekte auch mit Beschäftigungsgesellschaften der Wohlfahrtsverbände vernetzen will. Diese Pläne lehnten wir einhellig ab. Die Landes-Beratungsgesellschaft wird wohl trotzdem entstehen...

Wir bauen derweil unsere eigenen Strukturen aus – und wir versuchen zur Zeit, dafür finanzielle Mittel des Landes locker zu machen.

Netzwerk und selbstverwaltete Betriebe im Plausch mit SPD

»Wir danken Ihnen für die offenen Worte!«

Wie bereits in der letzten CONTRASTE angekündigt, trafen sich am 11.6. Netzwerker und Leute aus den selbstverwalteten Betrieben (BiS) mit Politikern und Behördenvertretern der SPD, um über die offenen Punkte aus der EG-Anhörung in Bremen vom Februar (vgl. CONTRASTE April 85) zu sprechen. Die SPD-Fraktion lud ein in ein Hinterzimmer in der Glocke – „Octogon" genannt, dem Lieblingsspeiselokal von gestreßten Politikern, gleich gegenüber dem Parlament.

Die Selbstverwalter waren den Parlamentariern offenbar wichtig, denn sie liefen in großer Besetzung auf – nicht nur zahlenmäßig. Die sieben „Repräsentanten" der Szene fanden nur mit Mühe inmitten der Schar von Berufs- und Freizeitpolitikern einen Stuhl. Devote Bedienung brachte den Kaffee (leider nicht den erwarteten Kuchen mit Sahne) und dann ging die Post ab.

Die anwesende Runde hörte geduldig – wie es einem Briefkasten nun mal gebührt – zu, was den Selbstverwaltern auf der Seele lag. Der Eindruck, daß hier wieder einmal eine Unterrichtsstunde in Sachen Alternativökonomie gehalten wurde, ließ sich nicht vermeiden, denn die Politiker/innen-Runde erwies sich nicht besonders informiert. Die Probleme, die selbstverwaltete Betriebe mit ihrer Finanzierung bei Banken haben und wie unfähig beispielsweise die offiziellen Berater von Handelskammern sind, waren der Runde neu. So kamen die bekannten Rezepte, die Betriebe und Projekte sollten doch die kompetenten Angebote des RKW (Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft) in Sachen Beratung nutzen oder einen der ihren mit zur Bank nehmen. Naiv, blauäugig, unerfahren oder geschicktes Abwimmeln, das war die Frage, die sich aufdrängte, denn über der Sozialdemokraten liebstes Kind – dem 1,2 Millionen-Topf – hatten die Selbstverwalter eine Diskussion abgelehnt. Bereits zu Anfang war von Seiten der BiS mitgeteilt worden, daß die Arbeitsgruppen derzeit die Erfahrung mit diesem Topf prüfen. Solange keine Auswertungen vorliegen würden, sei man nicht bereit, hierüber zu sprechen.

Die Projektevertreter machten abschließend nochmals ihre Bereitschaft für einen Dialog deutlich. Wozu sie jedoch keine Ambitionen haben wurde auch gesagt, nämlich als exotisches Pflänzchen im Vorgarten der SPD zu grünen. Die Politikerrunde dankte für die offenen Worte und schickte die Delegierten wieder hinaus in das Bremer Schmuddelwetter.

Bei der nächsten Gelegenheit werden wir uns wohl wiedersehen und weiter für eine Gesellschaft der Selbstverwaltung bei den Sozis werben. Wie sagt doch schon der olle Günther Graß: „Die Demokratie ist eine Schnecke!"

Jürgen Sosna

Nachsinnige Gedanken:

Diese Zeilen sollen eine Einladung zum Austausch von Erfahrungen sein, die wir in der letzten Zeit mit den uns jeweils Regierenden gemacht haben. In einer Reihe von Bundesländern und Kommunen ist es uns gelungen, mit Politikern sowohl ins Gespräch zu kommen und mancherorts auch Geld, ABM-Stellen etc. zu erhandeln. Ein mühsames Geschäft mit Lust und Frust, zwischen dem Anspruch, die Autonomie zu erweitern und Versuchen der Sozialdemokratie, uns in den verschiedensten Formen zu „integrieren". Einerseits sind wir Ideenlieferanten – in dem Gespräch mit den Bremer Politikern wurden wir gar als politische Elite charakterisiert – die den Regierenden in Sachen Selbstverwaltung wieder etwas Leben in die müden Glieder hauchen und andererseits geht offenbar Stück für Stück unserer Power in den „realpolitischen" Verhandlungsstrategien vor die Hunde. Dies geschieht dann auch noch in doppelter Hinsicht und für uns selbst sehr widersprüchlich. Als Sachwalter für eine uns wichtige politische Perspektive von Arbeit und Leben, sozusagen für die „bessere Idee" kämpfend, wollen wir in die Breite der Gesellschaft und nicht die Insel in der Gesellschaft (oder?) und lassen uns von daher auf Gespräche, Verhandlungen etc. mit den Regierenden ein. Haben wir Glück, stoßen wir auf reformfreudige und durchaus manchmal aufrichtige Sozialdemokraten, die dann jedoch in ihrer speziellen Art (daher auch Spezialdemokraten) an die Sache rangehen. Von den ursprünglichen Entwürfen, Forderungen und Utopien findet sich dann nur sehr wenig im Ergebnis wieder, weil durch die reformistischen, realpolitischen Verhältnisse derart viele Filter eingebaut sind, die dann im Ergebnis unsere Ziele total verwässern. Typisches Beispiel ist die offizielle Schreibweise von selbstverwalteten Betrieben und Projekten, die uns in der bürokratischen Flöskel von örtlicher Beschäftigungsinitiative wieder begegnen.

Damit ist dann schon bei der Beschreibung ein wesentlicher Teil unserer Identität verschwunden, halt im Gestrüpp der Realpolitik hängen geblieben. Ist das so in Ordnung?

Ich zweifle manchmal, muß mir dann wieder klarmachen, daß dies eben der Preis für ein Einlassen auf herrschende Politik ist, die (immer noch) von anderen bestimmt wird und wir mit diesen Politikstrukturen leben müssen, solange eine SPD, wie in Bremen, die absolute Mehrheit hat. Brauchen wir also Hessische Verhältnisse? Würde uns eine neue politische Situation helfen können? Oder brauchen wir andere, autonome Politikstrukturen, die sich aus der Distanz zum bestehenden Politiksystem entwickeln?

Auch bei diesem Gedanken kommen mir Zweifel, weil die Praxis der sozialen Bewegung in Sachen Selbstverwaltung sich entschlossen hat, im Hier und Jetzt neue Perspektiven zu suchen und kleine Utopien zu leben, eben zu zeigen, daß nicht erst der große neue gesellschaftliche Entwurf abgewartet werden muß, um es in dieser Gesellschaft aushalten zu können. Das ist für mich Realität und mit der sollten wir uns auseinandersetzen und sie dort nutzen, wo sich die Möglichkeiten bieten. Das heißt für mich insbesondere die Widersprüche, die gerade auch SPD Regierungen haben, geschickt und phantasievoll für uns zu nutzen, ohne dabei die eigene Autonomie zu verlieren. Welche Erfahrungen wir bereits gemacht haben bzw. wie mit dieser Politikutopie etwas für uns rausspringt, darüber sollten wir uns intensiver austauschen. Vorschläge nimmt die Bremer CONTRASTE-Redaktion gern entgegen.

Jürgen Sosna

BELEGSCHAFTSBETRIEBE

Red. Bremen *Es gibt nicht nur die „lila Latzhosen", die selbstverwalteten Betriebe in der Scene, sondern auch noch die „Blaumänner" in den Belegschaftsbetrieben. Nur zu gerne unterscheiden Regierende und Institutionen zwischen diesen beiden „Kategorien". Allerdings – die Probleme sind trotz unterschiedlicher Geschichte und Motivationen oft die gleichen.*

In allen Betrieben geht es um die Schaffung und Erhaltung selbstverwalteter und selbstbestimmter Arbeitsplätze, um ein anderes Wirtschaften und um ständige Auseinandersetzungen mit Institutionen, wenn es um die Finanzierung und Anerkennung geht.

...in Dänemark

(Red. Bremen) **Dänemark – das ist das gelobte kleine Land mit der Alternativkultur. Der bundesrepublikanische Selbstverwalter hat was von den Tvind-Schulen, der freakigen Drogen-Freistadt Christiania gehört und dann ist bald Schluß. Doch es geht weiter: Neben einer verhältnismäßig großen Anzahl von Produktionskollektiven, die den Kern der dänischen Kollektivbewegung ausmachen, existieren relativ unbemerkt einige Belegschaftsbetriebe, deren Zahl sich an zwei Händen ablesen läßt.**

Der älteste Betrieb, die Maler-Kooperative (ca. 60 Mitglieder) aus Aarhus, wurde 1921 gegründet und ist die einzige Produktivgenossenschaft, die aus der traditionellen Arbeiterbewegung geblieben ist. Alle anderen Betriebe sind entweder kollektive Neugründungen der 70er Jahre oder Belegschaftsübernahmen aus der Krise der Endsiebziger oder Achtziger. In den letzten Jahren hat es darüber hinaus eine ganze Reihe von Versuchen gegeben, marode Unternehmen durch die Belegschaften fortzuführen, die jedoch an ähnlichen Ursachen wie in der Bundesrepublik gescheitert sind – im wesentlichen der Finanzierung.

Die Kollegen konnten das notwendige Eigenkapital nicht erbringen (bis zu 16.000 DM pro Gesellschafter). Das führte jedoch nicht unbedingt zum Scheitern, sondern dazu, daß der kleine Teil der Besserverdienenden die Mehrzahl der Geschäftsanteile übernahm – mit der Folge, daß Betriebe in „Geschäftsführerhand" entstanden, zu deren Sanierung die restlichen Kollegen noch ihr Scherflein beigaben.

Ein weiterer Grund, den Geschäftsführern die Anteilsmehrheit zuzugestehen, liegt in der Gesetzgebung der Arbeitslosenversicherung: Als 1979 die Arbeiter der Holzkistenfabrik "Skagen" ihren Betrieb übernehmen wollten, erfuhren sie von ihrer „Arbeitslosenkasse", daß sie nicht länger Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hätten, wenn sie alle zusammen mehr als 50 % der Aktien halten würden. Sie wären dann nämlich keine „schutzbedürftigen Arbeitnehmer" mehr. Eine besondere Note erhält diese Geschichte noch dadurch, daß die Arbeitslosenversicherung – anders wie in der BRD – durch die Gewerkschaften verwaltet wird!

Unter diesen Vorzeichen sind ca. 14 „Mitarbeiterbeteiligungsbetriebe" entstanden – deren Existenz, ähnlich wie die der „neuen" Selbständigen, nur von kurzer Dauer war bzw. ist: Drei Betriebe sind dicht, drei sind verkauft und weitere drei sind „degeneriert" – haben also wieder zum Verhältnis Arbeit und Kapital zurückgefunden. Maßgeblich war hierbei, daß einerseits Anteile in noch wenigere Hände verkauft wurden, und zum anderen neue Mitarbeiter nicht als Gesellschafter aufgenommen wurden.

Im Gegensatz dazu halten sich die zehn „reinen" Belegschaftsbetriebe, obwohl die Übernahmen bzw. die Gründungen auch unter erheblichen finanziellen Schwierigkeiten stattfanden – auch in den Fällen, in denen der vorherige Eigentümer seine Firma an die Belegschaft übergab.

Die kollektive Eigentums- und Entscheidungsstruktur ist in starkem Maße mit entscheidend für das Überleben der Betriebe. Auch das dänische Recht kennt keine Rechtsform für Kollektivbetriebe. In der Regel sind die Belegschaftsbetriebe in der Art organisiert, daß ein „Mitarbeiterverein" alleiniger Gesellschafter der Firma, sei sie eine GmbH (Anpartselskab) oder eine kleine Aktiengesellschaft, ist.

Fast allen Betrieben ist gemeinsam, daß sie ihre Lohnkosten über die Angleichung der Lohngruppen gesenkt haben. In vier Betrieben wird heute ein Einheitslohn gezahlt. Unter diesem Aspekt ist die linksintellektuelle „Information", eine der zehn größten Tageszeitungen Dänemarks (Auflage 31.000), besonders interessant. Historisch hat sich die Zeitung aus der Widerstandsbewegung gegen die faschistische Besatzung entwickelt. 1970 fand sich der damalige Hauptaktionär vor die Entscheidung gestellt, den Betrieb dichtzumachen oder zu verkaufen. Er übertrug 3/4 seiner Anteile zu einer niedrigen Summe an den neugegründeten Belegschaftsverein. 1/4 übenahm ein Förderverein. Die „Information" konnte die totale Umwandlung der Druckbranche in den nächsten 12 Jahren durchstehen. Auch sie führten die Rationalisierungen durch – und nahmen eine schrittweise Angleichung der Löhne bis hin zum Einheitslohn vor. Gleichzeitig wurden die Arbeitsinhalte erweitert. Während in dieser Phase bei der Konkurrenz ganze Belegschaftsteile gefeuert wurden, konnte die „Information" so noch zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Heute arbeiten dort ca. 150 Menschen.

Diese Entwicklung ist eine herausragende Ausnahme. Ansonsten unterliegen die Belegschaftsbetriebe ähnlichen Bedingungen wie denen der restlichen Klein- und Mittelbetriebe. Typisch ist, daß die Betriebe in Branchen arbeiten, in denen relativ geringes Eigenkapital erforderlich ist: Handwerkliche Produktion, Dienstleistungsgewerbe und „know-how"-Produktionen. Die Spannbreite reicht vom Malereibetrieb über das Gaststättengewerbe (Spisehuset, Kopenhagen) bis hin zur Entwicklung von Hard- und Software (Memotek, Randers). Entsprechend dieser Unterschiedlichkeit ist auch das Lohnniveau. Bei der Hälfte der Betriebe liegt es über dem Tarif. Dagegen können in anderen nur minimale Löhne gezahlt werden.

Also: Die Betriebe funktionieren! Doch es werden nicht mehr. Die Unterstützung der Gewerkschaften beschränkt sich auf Überlegungen, die Belegschaftsbetriebe in die bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen zu integrieren, ohne die Initiative zu ergreifen, die finanziellen und rechtlichen Hürden für Belegschaftsbetriebe abzubauen.

Die Forderungen nach

- einer Rechtsform „Belegschaftsgesellschaft"
- staatlichen Finanzierungshilfen
- einem Vorkaufsrecht der Belegschaft für ihen Betrieb
- einem „Frühwarnsystem"
- Beratungsstellen
- Weiterbildung bezogen auf die Führung von Belegschaftsbetrieben

stammen von der Linken. Die Organisierung der Betriebe steckt in den Anfängen – einstweilen suchen sie einerseits ihr politisches Zuhause bei den Produktionskollektiven, die sich seit 1982 in SAPA (Sammenslutningen af produktionskollektiver of arbejdsfaellesskaber) zusammengeschlossen haben. SAPA ist – verglichen mit bundesrepublikanischen Verhältnissen – ein Verbund selbstverwalteter Betriebe und Kommunen, der Beratungs- und Koordinierungsfunktion wahrnimmt. Andererseits versuchen die Belegschaftsbetriebe unter dem Dach der „Gemeinwirtschaft" ihr exotisches Dasein in den Gewerkschaften zu durchbrechen.

Sollte die konservative Regierung durch eine Koalition der Linkssozialisten mit den Sozialdemokraten abgelöst werden, so ist mit einer Verbesserung der Bedingungen für die Belegschaftsbetriebe zu rechnen. Angesichts einer Arbeitslosigkeit von 10 % wird jede kommende Regierung mit neuen arbeitsmarktpolitischen Strategien aufwarten müssen. Wahrscheinlich wird sich an dem schwedischen Modell orientiert werden. Dort wird seit 1981 eine staatliche Förderung von Belegschaftsbetrieben über 25 regionale Entwicklungsfonds abgewickelt. Berater der Fonds unterstützen die Betriebe in Fragen zur Marktanalyse, der Rechtsform und Finanzierung. Die Entstehung von 20 Betrieben jährlich wird entscheidend auf die neuen Unterstützungsmaßnahmen zurückgeführt.

Ob die „Mitarbeiterbeteiligungsbetriebe"oder „Belegschaftsbetriebe" entstanden sind, liegt noch im Dunkeln.

Annegret Bötel

Belegschaftsbetrieb Geffken-Druck, Bremen

Obwohl wir in der CONTRASTE von Selbstdarstellungen absehen wollen, soll kontinuierlich der Versuch unternommen werden, über Belegschaftsbetriebe zu berichten, ebenso, wie über gescheiterte Versuche. Zum einen soll damit aufgezeigt werden, daß es außer der AN in Bremen noch eine Vielzahl anderer Belegschaftsbetriebe gibt, zum anderen muß aus den Erfahrungen beim Lösen der Probleme oder den Gründen für das Scheitern gelernt werden, denn die Frage nach Übernahme eines Betriebes durch die Belegschaft wird zunehmend aktueller.

Harald Deerberg

...in der BRD z.B. GEFFKEN

Seit dem 15. Juni 1983 gibt es uns. Wir, das ist die ehemalige Belegschaft der Geffken-Druck Buch- und Offsetdruckerei. Nach Konkurs derselben, haben wir als W. Geffken Druck- und Verlags-GmbH die Druckerei als Belegschaftsbetrieb weitergeführt, wie lange noch, das wird sich in den nächsten Monaten entscheiden.

Unsere Betriebsübernahme wäre vor 10-15 Jahren undenkbar gewesen. Aber sowohl die geänderte Situation auf dem Arbeitsmarkt, als auch die Tatsache, daß es sich bei der Druckerei um einen gepachteten Betrieb handelte, machten es überhaupt nur möglich, sich mit dem Gedanken zu befassen, nach dem Konkurs in eigener Regie weiterzumachen. Hinzu kam, daß die Belegschaft in den letzten beiden Jahren in Auseinandersetzungen mit dem ehemaligen Pächter einige Erfahrungen mit sich selbst gemacht hatte. So war es möglich, überhaupt einen Schritt einer Weiterführung des Betriebes ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

DIE KAPITALSEITE

Die Gesellschaftsform unseres Betriebes sollte eine GmbH sein, dies wurde uns nach mehreren Gesprächen mit der Arbeiterkammer und befreundeten Rechtsanwälten und Steuerberatern klar. Klar war auch, daß wir alle zu gleichen Teilen an der GmbH beteiligt sein mußten, dies schon aus Gründen der Demokratie und Mitsprache und auch der Mitverantwortung aller in Bezug auf das sogenannte Risiko.

150.000 DM waren als Anfangskapital anvisiert worden, um damals einen 12-Mannbetrieb am Leben zu erhalten bzw. überhaupt erst wieder in die Gänge bringen zu können. 25.000 DM wurden durch die Mindesteinlage aufgebracht, der Rest mußte „herbeigeschafft" werden. Bei unserer Reise durch die Bank- und Regierungsetagen lernten wir einige Wechselbäder der Bremischen Finanzpolitik kennen. Wurde uns bei zuständigen Stellen im Wirtschaftsressort ein rosarotes Himmelbett im Rahmen des Kapitalhilfeprogramms der Bundesregierung gebettet, so brachten uns die Gespräche mit Bankvertretern schnell wieder auf den Boden zurück. Ohne Eigenheim als Faustpfand kein Kredit bei den Banken. Ohne Banken kein Kreditantrag bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Da wir mindestens 10 Gesellschafter waren, kein Geld im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms und ERP-Mittel. Zugelassen waren nur „natürliche Rechtspersonen unter 50 Jahren", Mindestsumme 30.000 DM. Die Bank verlangte bei jeweils 10.000 DM Kreditsumme in den ersten schriftlichen Unterlagen gesamtschuldnerische Haftungen. Unsere ganzen Kontakte zur Bremer Landesregierung scheiterten an den Konditionen der Banken. Selbst einBesuch des damaligen Arbeitssenators bei uns, half uns zunächst nicht weiter.

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung von Seite 13

Einziger „Lichtblick", das Arbeitsamt wollte für 9 Kollegen für 1/2 Jahr Eingliederungsbeihilfe zahlen (Hälfte vom Tariflohn). Der Senator für Arbeit wollte sich nicht lumpen lassen und zahlte doch tatsächlich 2.000 DM pro Eingliederungsfall dazu.

In dieser Situation wäre ohne ein 50.000 DM-Darlehen unseres Verpächters die W. Geffken Druck- und Verlags-GmbH schon in ihren Gründungstagen an Liquiditätsmangel gestorben.

Nach längeren Verhandlungen erklärte sich dann doch eine oft geschmähte Gewerkschaftsbank bereit, die notwendigen Betriebsmittel- und Kontokorrent-Kredite für 10.000 DM Einzelbürgschaften zur Verfügung zu stellen.

Entwicklung des Betriebes

Bevor wir zu Stingl gehen (damals war es noch Stingl) machen wir selbst weiter. Unter diesem Motto waren wir angetreten.

Unsere erste Hürde war der Gesellschaftervertrag und das zu verbürgende Geld. Von Anfang an hatten wir aufgrund einiger Familienstreitigkeiten die Familienangehörigen mit in die Auseinandersetzung um die Firmenweiterführung mit einbezogen. Insofern waren wir und sind wir ein echter Familienbetrieb. Damals waren wir ein wenig stolz, daß es uns allen zusammen gelang, die Firma aus der Taufe zu heben, trotz des finanziellen Risikos von inzwischen 15.000 DM für jeden (Bürgschafts- und Haftungssumme).

Als Geschäftsführer hatten wir einen ehemaligen Kollegen, der Industriemeister Druck war, zurückgeholt in der Hoffnung, daß er mit Kenntnis über die Situation des Betriebes helfen würde, den alten fast zerstörten Kundenkreis wiederaufzubauen und die Belegschaft zu selbständiger, verantwortlicher Arbeit anzuregen. Beides scheiterte – er selbst an sich auch. Der alte Kundenstamm zerfiel weiter. Der heiß umkämpfte Markt ließ es nicht länger zu, Preise wie 5 Jahre zuvor zu nehmen. So wurde viel kalkuliert, aber wenig produziert. Die von der alten KG übernommene Lohnstruktur tat ihr übriges, traditionelle Fronten zwischen Geschäftsleitung und Belegschaft wieder aufbrechen zu lassen. Besprochene Anhebungen der unteren Lohngruppen wurden immer wieder hinausgeschoben. Einer unserer Außendienstmitarbeiter verließ die Firma, um eine eigene Druckerei zu übernehmen, von einem anderen trennten wir uns schon bald. Der Geschäftsführer trat zurück, sein Stellvertreter übernahm die Geschäftsführung. Im Herbst 1984 standen wir vor einem großen Scherbenhaufen. Die GmbH war mit 65.000 DM überschuldet. Die wichtigste Aufgabe, einen festen Kundenstamm über eine korrekte Preispolitik aufzubauen war gescheitert. Alle Zuschüsse und vorhandene Gelder waren durch hohe „Meistergehälter" aufgezehrt worden. Durch dauernde Unterdeckung des Monatsumsatzes standen wir mal wieder vor der Frage: aufhören oder weitermachen?

Trotz aller Wirrungen und Wendungen hatte sich die Belegschaft soweit emanzipiert, nicht aufzugeben. Vorschläge, hinsichtlich drastischer Senkung der oberen Lohnstufen und eine damit verbundene Annäherung an die unteren Lohngruppen, wurden von allen akzeptiert. Lediglich unser ehemaliger Geschäftsführer und sein Nachfolger konnten mit dieser Selbständigkeit der Belegschaft nicht leben und schon gar nicht mit ihren gekürzten Bezügen. Also schieden sie aus. Die Belegschaft war ihnen zu „alternativ" geworden.

Eine neue Geschäftsführung wurde gewählt. Die Preispolitik radikal geändert. Drucksachen zu einem vernünftigen Preis, bei vernünftiger Qualität, war die neue Devise. Alle politischen Verbindungen ausnützen, um in das Ausschreibungskarussel der öffentlichen und halböffentlichen Stellen hineinzukommen. Wir wollten nichts geschenkt haben, sondern beweisen, daß wir als selbstverwalteter Betrieb in der Lage sind, in bestimmten Bereichen, uns gegenüber der Konkurrenz am Markt zu behaupten.

Um die Liquidität der Firma wieder ansatzweise herzustellen wurde ein Kredit von 80.000 DM beim Sozialsenator beantragt, 60.000 DM wurden uns gewährt. Mit dem Geld haben wir einen Bankkredit umgeschuldet, sowie einige notwendige Anschaffungen und Reparaturen gemacht.

Das Lohngefüge wurde auf 3 Stufen mit geringen Unterschieden reduziert. Überstunden werden freiwillig ohne Bezahlung gemacht und je nach Möglichkeit abgefeiert. Wir sind jetzt noch 9 Leute, eigentlich um 1-2 zu wenig, können uns aber durch die instabile Auftragslage nicht mehr fest Angestellte leisten.

Dies alles kann kein Dauerzustand bleiben. Unser Ziel ist es, mit mehr Kollegen in geringerer Arbeitszeit (für einige von uns ist der 12-Stunden-Tag zur Regel geworden) mehr zu produzieren. Dazu brauchen wir eine Stabilisierung im Auftragsvolumen.

Fazit:

1. Der Bremer Senat sollte den 1,2 Mio.-Fonds entsprechend dem vorhandenen Bedarf erweitern, damit jeder Konkurs- oder neuzugründende Betrieb in Selbstverwaltung die Möglichkeit hat, mit zinsgünstigem Kredit das notwendige Startkapital für Investitionen und Neubeschaffungen zu bekommen.

2. Das Geld sollte nicht nur unter der Bedingung von Investitionen gezahlt werden, sondern es müßte ein relativ hoher Prozentsatz, für sagen wir mal einen „innerbetrieblichen Klärungsprozeß" zur Verfügung gestellt werden. Es müssen sich Menschen in Tätigkeiten einbeiten können. Man muß miteinander umgehen lernen und eigenverantwortlich arbeiten lernen können. Dies kostet Zeit und damit Geld. Das läßt die „normale" Konkurrenz in Zeiten der Betriebsneugründung nicht zu.

3. Alle staatlichen, öffentlichen und halböffentlichen Stellen sollten es sich zu ihrer vornehmsten Aufgabe machen, bei Auftragsvergaben Betriebe in Selbstverwaltung mitanzufragen. Das spart unter Umständen Geld, verhindert Übervorteilung durch Preisabsprachen und hilft auf Dauer Arbeitsplätze sichern.

4. Wir möchten gerne einigen Jugendlichen die Möglichkeit bieten, sich bei uns zu Druckformherstellern oder zu Druckern auszubilden. Wir würden helfen, sie in der Ausbildung zu fördern und sie zu selbständigen und verantwortungsbewußten Menschen zu erziehen. Leider scheitert dies noch an 3.

5. Wir sind nicht gegen öffentliche Kontrolle der uns zur Verfügung gestellten Gelder. Im Gegenteil, wir haben nichts zu verbergen. Wir wollen mit den Geldern weder Kollegen wegrationalisieren, noch es in Form von zinsbringendem Kapital in amerikanischen Dollars anlegen. Man könnte über eine öffentliche Kontrolle in Zusammenarbeit mit Netzwerk oder so offen diskutieren.

6. Wir lassen uns nicht in „Körnerfreaks" oder „Latzhosenträger" gegenüber „richtigen selbstverwalteten Industriebetrieben" auseinanderdividieren. Alle hat diese Industriegesellschaft in ihrer ganzen Kaputtheit, die Umwelt zu zerstören, als auch viele Menschen um Arbeit und Brot zu bringen, hervorgebracht. Auch wir betrachten uns nur als ein Ausdruck eines Versuchs, anders zu leben und anders zu arbeiten.

Projektemesse in Stuttgart, oder was?

Auf der letzten bundesweiten Projektmesse auf dem Gelände der ASH-Krebsmühle beschlossen Vertreter von Fantasia, Windhüter, Holzmanufaktur und Wirbelwind, 1985 eine regionale Veranstaltung im Raum Stuttgart zu machen – möglichst oder vielleicht – beim 6. Umsonst + Draußen Festival.

Vom Netzwerk wurden auch ca. 300 Projekte und Initiativen in Süddeutschland angeschrieben, gut angekündigt war's auf jeden Fall. Aktiv an der Vorbereitung haben sich nur wenige beteiligt, und daß bei 15 Anmeldungen nur zwei recht kleine Zelte organisiert wurden, ist kein Wunder (ich hab' mich nur ein wenig gewundert, daß von Windhüter und Holzmanufaktur nicht mal jemand als Besucher da war). Ein wenig enttäuscht war ich von der Naturkost-Scene: die haben zwar Demeter-Blätter verteilt und viel sonstiges Papier, außerdem kistenweise Karotten aus kontrolliert biologischem Anbau von der bundesweit bekannten Gärtnerei Willmann, aber inhaltliche Fragen nach den Schwerpunktthemen des „Bio"-Standes konnte niemand beantworten; leider blieben die Ökofrauen ohne Verstärkung. Die sich mit mehr vertraut gemacht hatten, waren anscheinend vor Bratwurstgrill und Pizza-Bäckerei geflüchtet oder hatten sich für dieses Wochenende etwas „besseres" ausgesucht. Oder lag es etwa am Regen, der Freitagmittag die Umwelt gewaschen hat und für den Samstag ein Moorbad ermöglichte? Nö, das war's bestimmt nicht! Ich kenne gut gelaufene örtliche Alternativ-Messen, ich war Mitveranstalter der Kontraste-Messe zur weltweiten Hannover-Messe, die für viele sehr frustrierend war, aber ich denke, daß die ‚umsonst + naß + draußen' mit Projekt-Messe ein echt guter Anfang war. Wer sich an der Vorbereitung für das nächste Jahr beteiligen will, am Nachbereitungstreffen oder an sowas interessiert ist, schreibe am besten an Zünd-Satz in Heidelberg, UWS Druck und Pappmasche oder Wirbelwind.

Hermann (Wirbelwind)

Hermann Eberle, Erlenweg 5a, 7502 Malsch/Sulzbach

GmbH's aufgepaßt!

Red. Bremen *Das bürgerliche Recht hat mal wieder Fallstricke ausgelegt: Zwar nicht speziell für alternative Projekte. Aber auch sie sind betroffen, sofern sie sich in der Rechtsform GmbH organisiert haben.*

Betroffen von dem Problem, um das es hier geht, sind nur die GmbH's, die **vor dem 1.1.1981** *bestanden haben. Damals brauchte eine GmbH nur ein Stammkapital von DM 20.000,– zu haben. Mit dem neuen GmbH-Gesetz ist festgelegt, daß die nach dem 1.1.1981 gegründeten GmbH's mindestens DM 50.000,– Stammkapital haben müssen. Alte GmbH's hatten eine Schonfrist von 5 Jahren erhalten, um ihr Stammkapital auf DM 50.000,– zu erhöhen. Diese Frist läuft am 31.12.1985 ab. Gesellschaften, die bis dahin ihr Stammkapital nicht auf DM 50.000,– erhöht haben, sind ab dem 1.1.1986* **aufgelöst.**

Das bedeutet, sie kriegen dann irgendwann vom Amtsgericht einen Brief, der sie auffordert, nun zum Notar zu gehen, um die Auflösung förmlich durchzuführen. Es gibt dann kein zurück mehr. Wer nichts unternimmt, wird zur Not durch Zwangsgeld gezwungen, die Liquidation durchzuführen. Wer trotzdem als GmbH weitermachen will, muß erst die alte GmbH auflösen und gleich wieder eine neue gründen. Kosten: nicht unter DM 1.500,–! Man sollte also schon vor Jahresende zum Notar gehen und eine Kapitalerhöhung durchführen.

Die alten GmbH's, die nun schon vor dem 1.1.1981 ein Stammkapital von DM 50.000,– hatten, sind zwar besser dran, müssen aber trotzdem etwas unternehmen. Ihre Geschäftsführer müssen nämlich gemeinsam eine Erklärung abgeben, daß in die GmbH wenigstens DM 25.000,– eingezahlt worden sind (wie es das neue Recht vorschreibt). Diese Versicherung müssen die Geschäftsführer vor dem Notar abgeben (dies steht so zwar nicht im Gesetz, ist aber auf jeden Fall sicherer!). Wenn die Geschäftsführer diese Versicherung nicht leisten, gilt auch diese GmbH ab dem 1.1.1986 als aufgelöst und muß liquidiert werden.

Um also nach dem 1.1.1986 als alte GmbH weiterbestehen zu können, muß nachgewiesen werden, daß mindestens DM 25.000,– in die Gesellschaft eingezahlt worden sind. Dies kann durch Geldleistungen geschehen sein, es sind aber auch Sacheinlagen möglich (Mercedes, Maschinen usw.). Unschädlich ist, wenn diese Gelder oder Sachen inzwischen verwirtschaftet sind. Sie müssen nur schon einmal geleistet worden sein. Und das ist nachzuweisen.

Matthias Neuling, Hamburg

ALLES KLAR?

aus:
KKH-Mitgliederzeitung, Juli 1985

NOTIZEN aus der Selbstverwaltung

Else Schlotterer 75 Jahre

Seit über 50 Jahren KKH-Mitglied, ist Frau *Schlotterer (Stuttgart)* bereits seit 1953 ehrenamtlich in der Selbstverwaltung der KKH tätig, früher als Vorstandsmitglied und seit 1980 wieder als Mitglied der Vertreterversammlung. Über die DAG-Liste war sie von 1953 bis 1958 Mitglied der Vertreterversammlung, von 1958 bis 1968 Vorstandsmitglied, dann von 1968 bis 1974 wieder Mitglied der Vertreterversammlung. Seit 1980 ist Frau Schlotterer erneut ordentliches Mitglied des Versichertenparlaments der KKH, und zwar als Vertreterin der 1980 neu angetretenen Liste der KKH-Mitgliedervereinigung e.V. – Vereinigung von Mitgliedern und Rentnern der Kaufmännischen Krankenkasse –. Frau Schlotterer, zählt zu den „Frauen der ersten Stunde" der Selbstverwaltung der KKH. Am 19. März 1985 konnte sie ihren 75. Geburtstag begehen.

aus:
plärrer
Stadtmagazin für Nürnberg-Fürth-Erlangen
Singerstraße 26
8500 Nürnberg 70
☎ (09 11) 4 10 51
Geschäftszeiten:
Mo. – Fr. 10 – 18 Uhr

Herausgeber: plärrer Verlags GmbH, Singerstr. 26, 8500 Nürnberg 70

„Contraste – eine Zeitung für Stadtverwaltung", die sich bescheiden selbst als eine der großen Zeitungen der Welt bezeichnet, gibt es bei: Jutta Gelbrich, c/o Krebsmühle, 6370 Oberursel 5. Tel.: 06171/734 96.

CONTRASTE-AKTION

GRÜNDUNG EINES BELEGSCHAFTSFONDS

Jede Menge Kohle wird gebraucht. Wie schon in der Mai-Ausgabe von CONTRASTE angekündigt, sind wir weiterhin wild entschlossen, einen Fonds zu gründen, der den Belegschaften konkursbedrohter Betriebe die Anlauffinanzierung sichert und damit die Übernahme in eigene Regie möglich macht. Zu viele erfolgversprechende Übernahmeansätze sind an dieser Frage gescheitert, etliche hundert Arbeitsplätze könnten heute nicht nur noch existieren, sondern wären schon ein gutes Stück weiterentwickelt in Richtung Selbstverwaltung. Es hat keinen Wert, das Mißtrauen und allzu zögerliche Verhalten von Banken und Behörden zu bejammern; die werden noch lange brauchen, bis sie kapiert haben, daß die Selbstverwaltung die Produktivität eines Unternehmens auf Dauer nicht behindert, sondern sie im Gegenteil erheblich steigert. Und wenn es uns nicht gelingt, dies an an paar Beispielen zu beweisen, werden sie es möglicherweise nie kapieren. Diesen Teufelskreis wollen wir durchbrechen. Und dazu brauchen wir – wie gesagt – **jede Menge Kohle**.

Die Artikel auf dieser Seite wollen Motivation und Ablauf der Aktion kurz vorstellen. Ausführliche Informationen enthält der Beteiligungsprospekt, den wir auf Anfrage (gegen DM 2,– Kostenbeitrag in Briefmarken) umgehend zustellen.

Warum überhaupt Belegschaftsbetriebe unterstützen ?

Es gibt nun ja wahrhaftig genug Möglichkeiten, im Bereich der Selbstverwaltung überflüssiges Geld sinnvoll loszuwerden. Netzwerke, Kreditvermittlung, Öko-Bank und seit neuestem die Nicaragua-Kaffee-Genossenschaft – allesamt sehr sinnvolle Vorhaben, die nach wie vor solchem Geld hinterherrennen müssen.

Dazu jetzt noch ein Fonds für Belegschaftsbetriebe, wird das nicht zuviel, wird das nicht allmählich kontraproduktiv?

Wenn die Argumente stimmen, die allgemein gehandelt werden, bieten Belegschaftsbetriebe vor allem eines:

Hohes Risiko bei vergleichsweise wenig Möglichkeiten der Einflußname:

1. Übernahmebetriebe haben in aller Regel den technologischen Anschluß verpaßt.
2. Produziert wird im Investitionsgüterbereich, für den es (noch) keinen „inneren Markt" gibt, d.h. Aufträge müssen von kapitalistischen Firmen kommen.
3. Die Unternehmensleitung hat sich – „weitblickend" – abgesetzt, mit ihr verschwindet das Unternehmens-know-how.
4. Der „Einstand" ist teuer. Gebäude und Maschinen kosten ein Vielfaches dessen, was im alternativgestrickten Selbstverwaltungsbereich sonst üblich ist.
5. Übernahmemotiv ist in den seltensten Fällen die Selbstverwaltung. Meist geht es rein um die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Selbstverwaltung ist die Kröte, die dafür notgedrungen geschluckt werden muß.

Hohes wirtschaftliches Risiko also in der Regel und alles andere als eine Garantie dafür, daß da am Ende, wie intendiert, tatsächlich ein selbstverwalteter Betrieb bei rauskommt. Warum halten wir es nicht mit Fränzchen Steinkühler, für den es ausgemachter Quatsch ist, marode Unternehmen weiterführen zu wollen? Wenn schon Betriebsübernahmen – meint er – dann doch bitte die Farbwerke Hoechst oder den Daimler, wo noch was zu holen ist!

Bei allem Zynismus ist das so abwegig nicht. Selbstverständlich geht es im Endeffekt um den Daimler (und die dort zu produzierenden Solarmobile) und um die Umstellung der Produktion bei den Farbwerken und anderswo. Es geht um die Ausweitung der Selbstverwaltung, um die Ausschaltung der Diktatur des Kapitals und seiner Verwertungslogik. Die Frage ist nur: wie kommen wir da hin?

Und da erscheint – bei allem Respekt für das im Bereich der Selbstverwaltung geleistete – die Kluft zwischen unseren Betrieben und den oben angesprochenen viel zu groß, als daß an eine Modellwirkung, an eine Übernahme der bei uns erarbeiteten Prinzipien in solchen Betrieben ernsthaft gedacht werden könnte.

Wir arbeiten im Dienstleistungs- und Handwerksbereich bei Betriebsgrößen von durchschnittlich vielleicht 10 Personen und mit Belegschaften, die sich wesentlich aus Arbeitslosen (Akademikern), Freaks und Aussteigern zusammensetzen. D.h. es ist evtl. noch vorstellbar, daß sich kleinere Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen nach unseren Erfahrungen umkonstruieren. Für Übertragungsvorstellungen in den Bereich der „großen Produktion" fehlen alle Vorraussetzungen.

Belegschaftsbetriebe bilden hier eine sehr wichtige Brücke. In Produktion, Betriebsgröße und Aufbau der Belegschaft viel eher vergleichbar, kommt es „nur" darauf an, die Selbstverwaltung adäquat zu entwickeln.

Glücklicherweise tappen wir seit der Umwandlung von **Voith** in Bremen in die Belegschaftsfirma **AN** nicht mehr ganz im Dunkeln, was die Umsetzbarkeit von Selbstverwaltungsprinzipien angeht. Es ist nicht einfach und darf nicht mit überspannten Erwartungen belegt werden (Bolle: ein AN-Betrieb ist kein Rennpferd!), es ist ein langwieriger Prozeß mit vielen Rückschlägen, nichts deutet aber daraufhin, daß die ganze Sache von vorneherein aussichtslos bleiben müßte.

Wichtige Voraussetzung dafür ist wohl – nicht nur bei AN –, daß es Leute innerhalb und außerhalb der Betriebe gibt, für die der Begriff Selbstverwaltung keine hohle Floskel ist und die versuchen, den Entwicklungsprozeß entsprechend zu begleiten.

Der Belegschaftsfonds ist deshalb nicht als bloßes Geldbeschaffungsinstrument gedacht, sondern versteht sich gleichzeitig als organisatorisches Forum für die Diskussion um Belegschaftsbetriebe und die Bereitstellung von nicht-materieller Hilfeleistungen.

Selbstverständlich muß bei Betriebsübernahmen ungeachtet aller Sympathie genau geprüft werden, ob das Unternehmen eine echte Chance hat, sich zu behaupten. Und wenn man das mal bei den Betrieben macht, die zur Übernahme anstanden (und ausschließlich an der Anlauffinanzierung gescheitert sind), stellt man erstaunt fest, daß die so marode oft garnicht gewesen sind, wie es in der Begründung der Ablehnung dann dargestellt wurde.

Konzernsanierung – oft der Grund für Betriebsschließungen – bedeutet, die noch vorhandenen Aufträge auf einige wenige ausgewählte Betriebe umzuverteilen. So passiert es, daß Betriebe, die in sich sogar noch Gewinne erwirtschaftet haben, dennoch geschlossen werden. Das VDM-**Werk in Frankfurt ist geschlossen worden, nicht, weil die Produktion** nicht mehr rentierte, sondern weil über die Jahre der Grund und Boden, auf dem das Werk stand, so teuer geworden war, daß es mehr eingebracht hat, diesen Boden an die Stadt Frankfurt zu verkaufen als die Produktion dort weiterzuführen. Das jüngste Beispiel in Hennef haben wir in CONTRASTE vorgestellt: hier war es der Gesamtkonzern, der illiquide geworden war und die solvente Baufirma in den Konkurs mit hineingezogen hat.

In vielen Fällen wäre es sinnvoll gewesen, die Belegschaftsinitiative zu unterstützen. In allen Fällen (einzige Ausnahme AN) ist die Übernahme an der Erstfinanzierung gescheitert. Der Ruf nach der helfenden Hand des Staates bleibt erstens zwecklos und ist zweitens, wenn er von uns kommt, schizophren: denn selbstverständlich wird unter staatlicher Obhut nicht gerade die Selbstverwaltung gefördert werden.

Mit dem Belegschaftsfonds haben wir die Chance, Einfluß zu nehmen, den Start sicherzustellen und **darüber** Banken als auch staatliche Instanzen zu zwingen, sich an der Finanzierung zu beteiligen.

K. B.

Praktische Tips für Anleger

1. Entscheidungsgrundlage

Was hier geboten wird, ist kein lukratives Wertpapier mit entsprechender Rendite. Es sind nicht nur die Zuwachsraten ungewiß, sondern auch der Einsatz insgesamt. Wir fahren auch auch nicht auf der Solidaritäts-Mitleidschiene – es geht auch nicht um Spenden.

Die spezielle Situation, in der Belegschaftsbetriebe bei der Übernahme stehen, erfordert ein „Mitteldding": die Risiko-Finanzierung. Bevor wir nicht weitere Finanzierungsinstrumente (z.B. einen Haftungsfonds) geschaffen haben, müssen wir zuallererst nochmal an die Solidarität appellieren, jedoch mit dem Nachsatz, daß es durchaus reelle Chancen gibt, zumindest einen großen Teil des Geldes auch mal wiederzubekommen. Auf eine kurze Faustregel reduziert: Wer 100,– DM im Monat übrig hat, von denen er nicht unbedingt mehr als 70,– DM irgendwann mal wiedersehen will, für den ist das die richtige Anlage. Natürlich sind uns auch die Leute, die von vornherein auf eine Rückzahlung verzichten, sehr willkommen.

2. Leihgemeinschaftserklärung

Die Beteiligung ist ganz einfach: Man/frau unterschreibt eine Leihgemeinschaftserklärung – die bei den angegebenen Adressen angefordert werden kann – und zahlt dann DM 10, 50, 100 oder mehr monatlich auf ein Sammelkonto. Neben dem Vertrag gibt es noch ein Merkblatt, auf dem die juristischen Formulierungen in ihren Konsequenzen ausführlich erklärt werden.

Wenn nach 4 Jahren der gesamte Betrag eingezahlt worden ist, kann das Geld, sofern als Risiko-Darlehen gedacht, mit 6-monatiger Kündigungsfrist wieder abberufen werden. Im Falle von Fondsverlusten werden Verlustquoten festgesetzt, die den Rückzahlungsbetrag gegebenenfalls reduzieren (ansonsten wären die übrigbleibenden Leihgemeinschaftsmitglieder die „Dummen").

3. Belegschaftsfinanzierung

Tritt nun ein Betrieb mit einem Finanzierungsgesuch an den Fonds heran, dann müssen entsprechende Unterlagen miteingereicht werden, die die Tragfähigkeit des Vorhabens nachweisen (Gutachten, Beratungsberichte u.ä.). Die wesentlichen Auszüge dieser Unterlagen werden dann an alle Leihgemeinschaftsmitglieder verschickt. Diese sollten dann – möglichst schnell – schriftlich ihr Einverständnis erklären. Der Betrieb kann dann mit der Summe finanziert werden, die diejenigen Leihgemeinschaftsmitglieder in 4 Jahren eingezahlt haben werden – ganz gleich, ob dieser Fall nach 3 Monaten oder nach 3 Jahren eintritt. Das ist das große Plus der ganzen Konstruktion.

4. Risiko

Das Risiko bei der Finanzierung eines Betriebes besteht nicht so sehr darin, daß ein Betrieb tatsächlich Pleite macht. Dieser Fonds soll in erster Linie ein Feuerwehrfonds sein, d.h. für eine schnelle, unbürokratische Finanzierung sorgen, um so Überbrückungshilfe zu leisten, bis eine mittel- oder langfristige Finanzierung durch eine Bank sichergestellt ist. Das hat den Vorteil, daß die Fondsgelder nie lange gebunden sind (vielleicht 3 bis 9 Monate) aber auch den Nachteil, daß die Anschlußfinanzierung nicht gelingt und der Betrieb daraufhin in der Startphase steckenbleibt. Es ist klar, daß nur Betriebe finanziert werden, wo sich im Vorfeld eine realistische Anschlußfinanzierung abzeichnet. Dennoch kann es passieren, daß mündliche Zusagen (von staatlichen Stellen und/oder Banken) nicht eingehalten werden und ein Projekt und damit ein Teil der Fonds-Gelder „platzt". Der Fonds trägt damit in erster Linie ein politisches Risiko. Wie im nebenstehenden Artikel jedoch schon angedeutet, wird auch dieses Risiko mit der Entwicklung weiterer Instrumente (Ökobank, Haftungsassoziation) auch weiter vermindert werden können.

5. Was tun?

Postkarte oder kurzen Brief an die untenstehende(n) Adresse(n) und den Beteiligungsprospekt anfordern. Dort ist alles im Detail nochmal erklärt. Dann die Leihgeimeinschaftserklärung unterschreiben und zurückschicken und den Dauerauftrag einrichten. Regelmäßige Infos laufen dann über die CONTRASTE.

CONTRASTE Belegschaftsfond
STATTwerke e.V.
Paul-Lincke-Ufer 44 a
1000 Berlin 36

ASH Krebsmühle
z.Hd. Karl Bergmann
6370 Oberursel

Geld allein macht auch nicht glücklich !

Dieser Leihgemeinschaftsfonds ist kein Konstrukt im luftleeren Raum und auch nicht der Weisheit letzter Finanzierungsschluß für Belegschaftsbetriebe. Zum einen reiht sich dieser Fonds in die Entwicklung anderer Finanzierungsinstrumente (Ökobank, Haftungsassoziation, Kreditvermittlung) und infrastrukturellen Unterstützungsprojekten (Informations- und Dokumentationsstelle, Beratungs-Know-How) ein – wird z.T. sogar von den gleichen Gruppen getragen – und zum anderen ist die Umwandlung dieses Fonds in eine regelrechte Finanzierungsgesellschaft vorgesehen.

Die Haftungsassoziation

Mit der Etablierung dieser Bürgschaftsbank in Berlin (die Geschäftsübernahme erfolgt spätestens am 1.1.86) und der Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf das Bundesgebiet (voraussichtlich 1987) kann ein großer Teil des Risikos (bis 80 %) aufgefangen werden. Das bedeutet, daß sich das Risiko des Leihgemeinschaftsfonds erheblich mindert. Da es jetzt bereits personelle Verflechtungen zwischen den Initiatoren des Belegschaftsfonds und der Haftungsassoziation gibt, sind die Voraussetzungen für eine gute Kooperation bereits im Vorfeld angelegt.

Die Ökobank

Mit dem Tag der Geschäftseröffnung (voraussichtlich 1987) wird das Problem der Anschlußfinanzierung leichter zu handhaben sein. Der Ökobank fällt dann die Aufgabe zu, für die langfristige Finanzierung zu sorgen, was bei entsprechend guter Vorarbeit durch den Belegschaftsfonds – zumindest betriebswirtschaftlich – nicht mehr problematisch sein sollte. Auch hier ist eine enge Kooperation im Vorfeld – ebenfalls über Personen – angelegt.

Belegschaftsfonds als Finanzierungsgesellschaft

Mit der Einrichtung einer Leihgemeinschaft wird sich zeigen, was sich aus der Initiative einzelner Menschen für Lösungswege aus bestimmten Problemlagen heraus eröffnen lassen. **Doch es ist klar, daß perspektivisch die Verantwortung** und das Risiko nicht bei den Privatpersonen liegen darf. Anders ausgedrückt: wenn sich dieser Ansatz als entwicklungsfähig erweist, dann ist **in 2 bis 3 Jahren eine regelrechte Finanzierungsgesellschaft zu gründen**. Und zwar nicht nur mit dem Kapital der Leihgemeinschaft, sondern müssen dann auch finanziell potente Organisationen miteingebunden sein. Dabei denken wir nicht nur an die Netzwerke und Ökofonds, sondern auch an außerhalb der „Szene-Grenze" angesiedelte Organisationen. Auch werden wir uns nicht scheuen, mit ganz traditionellen Kreditinstituten zusammenzuarbeiten und staatliche Refinanzierungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen.

Information, Beratung, Schulung

Auch zu diesen Themenkomplexen gibt es bereits eine Arbeitsgruppe, die systematisch alle Informationen zu Belegschaftsbetrieben aufarbeiten will, ein Handbuch für Belegschaftsinitiativen herausgeben wird und auch Berater- und Expertenkarteien anlegen will. Lediglich sind auch spezielle Schulungsmaßnahmen für Belegschaften zu entwickeln, damit das Prinzip „Selbstverwaltung" ein handhabbares Instrument zur Betriebsführung wird.

Was bleibt...

...ist die Aufforderung, sich an der Leihgemeinschaft zu beteiligen – auch wenn es noch einige Risiken gibt –, um zu zeigen, was auf dem Sektor „Belegschaftsfinanzierung" möglich ist, um finanziell starke Partner zu motivieren, miteinzusteigen und um vielleicht irgendwann einmal Institutionen und Banken „auf den richtigen Weg zu bringen".

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 1. ... aber wohin? Sonntag, 1. Oktober. 1876.

CONTRASTE-Interview mit Gode Japs (Betriebsratsvorsitzender beim VORWÄRTS und Redakteur für Innenpolitik)

Das Interview führten Karl Bergmann und Jochen Reinalda

C: *Wie stellt Ihr Euch die Zukunft der VORWÄRTS vor?*
GJ: Wir gehen davon aus, daß der VORWÄRTS als Zeitung erhalten bleiben muß und erhalten bleiben wird. Die größte Chance dieses Blattes, das immerhin eine 109-jährige Tradition zu halten hat, sehen wir als Belegschaft momentan in der Form einer Genossenschaft. Dies hat mehrere Gründe. Erstens glauben wir, daß die Kolleginnen und Kollegen stärker motiviert werden für ein Unternehmen zu arbeiten, das sie selbst verwalten. Der zweite Punkt ist der, daß bürokratische Zwänge, die wir in den vergangenen Jahren aufgrund des Parteieinflusses hatten, abgebaut werden, sodaß ich da eine Riesenchance sehe, vollmotiviert dieses Unternehmen in den Griff zu bekommen.

C: *Worin bestehen diese bürokratischen Zwänge?*
GJ: Bürokratische Zwänge gab es in letzter Zeit sehr viel. Da gibt es einen Schatzmeister in der Partei (Wischnewski; Red.) und Präsidiumsmitglieder, die nicht nur auf die Finanzen gucken sondern uns auch in der konkreten Arbeit behindern, weil sie entweder überfordert sind, sich um Detailfragen zu kümmern oder auf der anderen Ebene glauben, daß hier nur politisch gedacht werden muß.

C: *Steht die Belegschaft hinter dem Genossenschafts-Modell?*
GJ: Der größte Teil der Belegschaft steht hinter dem Genossenschafts-Modell. Es gibt allerdings einige Kollegen, die Bauchschmerzen haben, weil sie unsicher sind, was da auf sie zukommt. Bislang wurde bei uns gearbeitet, egal ob ein Plus oder ein Minus erwirtschaftet wurde, ein bißchen Beamtenmentalität. Man wußte ja, wenn es dann Miese gibt wird es der große Partner, die SPD, schon irgendwie richten.

C: *Und Euch ist klar, daß es dann, wenn Ihr diesen großen Partner mit seinen Subventionen nicht mehr habt ganz anders werden muß, hat die Belegschaft Angst davor?*
GJ: Teile der Belegschaft haben Angst davor, aber sie sind bislang auch nicht gewohnt in diese Richtung zu denken. Wir sehen jetzt in der Belegschaft nur die Alternative, entweder jetzt einen ganz neuen Anfang zu versuchen in Form der Genossenschaft oder es stehen 30 bis 45 Kollegen ganz auf der Straße. Unter diesen Bedingungen ist die große Mehrheit dafür, den Versuch der Genossenschaft zu wagen.

C: *Kannst Du das mal präzisieren?*
GJ: Beim VORWÄRTS sind insgesamt 46 Mitarbeiter beschäftigt, davon 15 in der Redaktion, die geschlossen hinter dem Genossenschaftskonzept steht. Die restlichen Personen sind im Verlag beschäftigt. Dort gibt es sicherlich zwei Gruppen: Die einen, die bisher mit der Verlagsleitung, der wir ja vorwerfen, in den vergangenen Jahren ein Mißmanagement betrieben zu haben, weswegen wir jetzt in der Misere sind, mauschelten und zusammengearbeitet haben. Diese Betriebsmitglieder halten bisher der Verlagsleitung die Stange, obwohl sie von dieser mit in die Scheiße gezogen wurden. Die anderen glauben voll, daß unser Modell, das einzig richtige ist, um aus der momentanen Misere herauszukommen. Betriebsrat und Belegschaft haben ja unseren Vorschlag schon mehrheitlich gebilligt.

Mißmanagement betrieben?

C: *Mißmanagement ist ein harter Vorwurf – kannst Du den auch belegen?*
GJ: In der Vergangenheit wurden eine Reihe von Nebenaktivitäten aufgebaut, die nichts mit der eigentlichen verlegerischen Aufgabe zu tun hatten, nämlich den VORWÄRTS vorwärts zu bringen, inhaltlich und ökonomisch. Man hat sich verzettelt und das eigentliche ‚Flagschiff', die Zeitung VORWÄRTS, ein wenig wie ein Stiefkind behandelt. Das heißt konkret, daß von den Mitarbeitern im Verlag mindestens fünf bis zehn für andere Produkte arbeiten, die nicht dem VORWÄRTS angegliedert sind, die aber von uns durch die Gehälter gezahlt werden müssen.

C: *Sag nochmal was zum VORWÄRTS, Auflage und so weiter.*
GJ: Wir haben momentan eine Abonnentenauflage von rund 45.000.

C: *Es wird immer von sinkender Auflage geredet, was heißt das?*
GJ: Es gibt seit Beginn der Diskussion so etwas wie ein Werbeverbot, sodaß wir nicht neue Leser werben können und uns da die Hände gebunden sind. Unser Verdacht ist, daß seit geraumer Zeit von rechts eine Kampagne gegen das Blatt gestartet wird, um uns ökonomisch den Hals abzudrehen.

C: *Habt Ihr in der Vergangenheit mal Erfahrungen mit einer konsequenten VORWÄRTS-Werbekampagne gemacht?*
GJ: Die Erfahrung haben wir sehr positiv gemacht. Vor drei Jahren haben wir gegen den Willen der Verlagsleitung eine Kompagne gemacht: Rettet den VORWÄRTS! Diese Kampagne hat binnen drei Monaten 20.000 neue Leser gebracht und hat uns bloße 20.000,– DM gekostet. Hier haben wir gemerkt – und das sehen wir auch als unsere große Chance an – daß die Mitglieder der Partei zu mobilisieren sind.

C: *Man hört häufig den Vorwurf, der VORWÄRTS sei inhaltlich lauwarm, d.h. weder in die eine noch in die andere Richtung besonders engagiert, schwammig.*
GJ: Aus der Parteiführung habe ich den Vorwurf, daß wir lauwarm sind, noch nie gehört, da hör ich im Gegenteil, daß wir zu heiß sind, daß wir uns nicht scheuen, der politischen Führung der Partei auch mal zwischen die Hörner zu schlagen und uns mit irgendwelchen Bezirks- oder Landesfürsten anzulegen. Aber eins ist sicherlich richtig: Wir haben ständig das Problem unabhängig zu bleiben ohne gleichzeitig ganz bestimmte Gruppen in der Partei zu verprellen. Hier sehe ich aber auch die Chance, daß nämlich beim Genossenschaftsmodell das Angebundensein an die Partei aufhört, daß wir wesentlich freier und härter gegen ganz bestimmte Richtungen innerhalb der SPD antreten können. Was ich hier noch deutlich machen will: das war auch früher so, wir waren die Zeitung, die der Partei sicherlich auch in der Abrüstungsdebatte, Ökologie und Ökonomie um Meilenschritte voraus war. Heute freuen wir uns, daß diese Positionen mehrheitlich von der SPD getragen werden.

C: *Wir haben bisher drei Argumente gegen das Genossenschaftsmodell gehört. Erstens: Wenn die VORWÄRTS-Genossenschaft scheitert, ist der Genossenschaftsgedanke, der ja seit neuestem wieder von der SPD propagiert wird, erstmal wieder raus aus der Diskussion. Im Zusammenhang damit hat man das Gefühl, daß der Genossenschaftsgedanke bei Euch bei weitem noch nicht ausgereift ist. Zweitens: Der bestehende Konflikt zwischen Verlagsleitung und Redaktion wird auch durch das Genossenschaftsmodell nicht aufgelöst. Drittens: Wie kann das angeblich lauwarme Redaktionskonzept des VORWÄRTS geändert werden, sodaß die Zeitung Biß hat und in der Berichterstattung unabhängiger wird?*

Wir haben soviele Chefredakteure wie wir Leser haben

GJ: Erstmal zum letzten Punkt: Die Frage, ob die Zeitung Biß hat, ist 'ne konzeptionelle Frage. Da kann ich sicher sagen, daß wir, d.h. die Redaktion, für eine konzeptionelle Neuregelung offen sind, daß wir zu jeder konzeptionellen Diskussion bereit sind. Bloß hier ist natürlich auch ein Punkt zu beachten: Jeder, mit dem Du redest innerhalb der Partei hält sich für den besten Chefredakteur. Das ist unser Problem im Vergleich zu anderen Zeitungen. Wir haben im Grunde soviele Chefredakteure, wie wir Leser haben.

In Bezug auf die Ausgereiftheit der Genossenschaftsidee gebe ich Dir recht, daß wir mit der Idee zu einem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit gegangen sind, zu dem wir die Sache noch nicht richtig durchdacht hatten. Dies war aber unbedingt nötig, weil vorher die Alternative hieß, den Laden 100% dicht zu machen oder an einen Fremdverlag zu verscherbeln. Beide Möglichkeiten sind aufgrund unseres Diskussionsanstoßes – zumindest im Moment – vom Tisch.

Zum zweiten Punkt muß ich erst mal einem weitverbreiteten Vorurteil widersprechen, nämlich, daß es einen Konflikt zwischen Verlagsleitung und Redaktion gibt. Es gibt ganz klare Differenzen, daß die Verlagsleitung in der Vergangenheit eine Politik vollzogen hat, die meiner Ansicht nach von der politischen Führung vorgegeben wurde, wo die Redaktion aber

Fortsetzung nächste Seite

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

„Die Sozialdemokraten hetzen das Volk auf, machen es mit den herrschenden Zuständen unzufrieden." Das ist der gewöhnliche Vorwurf, der von Seiten der Spießbürger unserer Partei gemacht wird. Wir sagen „Vorwurf", weil es als Vorwurf gemeint ist. In Wirklichkeit ist's freilich kein Vorwurf, denn das sogenannte „Aufhetzen", das Erregen von „Unzufriedenheit" ist an sich ja durchaus nichts schlimmes. Wer gegen schlechte Zustände „aufhetzt", thut nur seine Schuldigkeit, und wer unter den Menschen „Unzufriedenheit" mit schlechten Zuständen verbreitet, handelt im Interesse des menschlichen Fortschritts. Die Zufriedenheit ist die schädlichste aller menschlichen Eigenschaften. Von

VORWÄRTS – und nicht vergessen

VORWÄRTS, die Zeitung, die erstmals 1876 erschien, führte den Untertitel: ‚Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands', später (bis 1955): ‚Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands'. In seiner Glanzzeit vor Hitlers Machtergreifung erschien der VORWÄRTS zwölfmal wöchentlich und hatte zweimal täglich eine Auflage von mehr als 300.000 Exemplaren.

VORWÄRTS war **das Organ** *einer aktiven kämpferischen Sozialdemokratie mit klarem Feindbild und deutlichen Zielvorstellungen bei Funktionären und Basis.*

Seit geraumer Zeit erscheint das Blatt nun ohne Untertitel wöchentlich, die Auflage sank stetig bis auf 45.000 verkaufte Exemplare. Über die Entwicklung der Sozialdemokratie nach dem Krieg, insbesondere während ihrer langjährigen Regierungsphase wurde an anderer Stelle schon häufig geschrieben. Der Verdacht, daß die wirtschaftliche Situation des VORWÄRTS viel mit der innerparteilichen Entwicklung der SPD zu tun hat, kommt sicherlich nicht von ungefähr.

Daß in der SPD seit neuestem über die Wiederbelebung und Perspektiven des Genossenschaftswesens und über das Verhältnis zur sich stetig entwickelnden Selbstverwaltungs-Wirtschaft nachgedacht wird, zeigt das erste Interview mit Uli Klose in aller Deutlichkeit. Daß der Partei so schnell das Problem ins eigene Haus steht, damit hatte wohl niemand in der Baracke gerechnet.

Es wird sich zeigen, ob die SPD endlich einmal bereit ist Farbe zu bekennen oder ob es einmal mehr bei reinen Absichtserklärungen bleibt. Sicherlich ist es in der momentanen Phase noch leicht, die Bestrebungen der Belegschaft auf dem kalten Weg zu hintergehen und sie am ausgestreckten Arm verhungern zu lassen. Wünschenswert wäre es, wenn **das Projekt VORWÄRTS** *inhaltlich und betriebswirtschaftlich ein gemeinsamer Versuch von Partei und Belegschaft würde, unter Einbeziehung der Erfahrungen von Hennef und von Selbstverwalteten Betrieben, den Genossenschafts***gedanken** *mit* **Leben** *zu füllen und in die Praxis umzusetzen.*

Jochen Reinalda

Mit dem 1. Oktober a. c. haben laut Congreßbeschluß unsere bisherigen zwei offiziellen Parteiorgane „Volksstaat" und „Neuer Sozialdemokrat" zu erscheinen aufgehört und ist an deren Stelle als einziges offizielles Parteiorgan getreten der

„Vorwärts"

Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands.

Redakteure: W. Hasenclever und W. Liebknecht.

Ort des Verlags: Leipzig.

Nr 369 • 49. Jahrgang - Beilage des Vorwärts - Sonntag, 7. August 1932

Die Wirtschaft ist das Schicksal.

Fortsetzung von Seite 16

eindeutig gesagt hat: Dies bedeutet den Tod des VORWÄRTS. Da hat sich die Redaktion dem widersetzt und sicherlich den einen oder anderen Konflikt mit der Verlagsleitung ausgetragen. Aber hier zu sagen, dies sei ein Konflikt zwischen Verlag und Redaktion, halte ich für den größten Schwachsinn und es ist mir auch zu oberflächlich argumentiert, dies an Personen festzumachen und zu glauben, die Probleme sind gelöst, wenn man sagt. die eine oder andere Seite muß sich ändern. Hier geht es um viel tiefergehende und unternehmerische Fragen.

Zur Gefährdung der Genossenschaftsdiskussion in der SPD durch ein eventuelles Scheitern der VORWÄRTS-Genossenschaft will ich folgendes sagen: Diese Ängstlichkeit ist bezeichnend für die momentane Situation der SPD. Sie propagiert neue Wege, hat aber die größte Muffe, diese Wege selbst zu gehen, weil sie diskriminiert werden könnte, wenn nicht alle Risiken von vornherein außen vor sind.

C: *Wie ist denn nun der Stand der Dinge? Durch welche Gremien geht das Genossenschaftskonzept, wer diskutiert, wer entscheidet?*

GJ: Das Genossenschaftsmodell ist zunächst wiederholt in der Belegschaft diskutiert worden, wir haben ein breites Echo von führenden Sozialdemokraten, die verbal dies ganz dufte finden.

Der Parteivorstand hat eine Kommission beauftragt, der Schatzmeister Hans-Jürgen Wischnewski, der Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, der VORWÄRTS-Herausgeber Egon Bahr, das Parteivorstandsmitglied Björn Engholm, der immerhin einer der sogenannten Enkel von Willy Brandt ist und der Bundestagsabgeordnete Ingomar Hauchler angehören. Diese Fünfer-Gruppe soll nun bis Ende des Monats untersuchen, welche Möglichkeiten es gibt, die Zeitung wirtschaftlich rentabel weiterzuführen.

Kleinmütigkeit der Partei

Nun schalten sich in die Diskussion auch Chefredakteur Gerhard Hirschfeld (GH) und Wirtschaftsredakteur Reinhold Böhmer (RB) ein:

C: *Neuerdings taucht ja auch die Idee auf, eine VORWÄRTS-Stiftung zu gründen, praktisch als Überbau für die Genossenschaft VORWÄRTS, die nur noch im Auftrag der Stiftung die Geschäfte führt und die redaktionelle Arbeit macht, während das Kapital in der Stiftung steckt. Was haltet Ihr davon?*

GH: Wenn die Partei in Sachen VORWÄRTS das gleiche Selbstbewußtsein hätte wie die Belegschaft des VORWÄRTS, die sich ja zutraut, mit einer Genossenschaft die Zeitung auf eine wirtschaftlich solide Basis zu stellen, bedürfte es einer solchen Stiftung nicht. Da die Partei aber im Augenblick zumindest nur einen kleinen Mut hat, ist die Zwischenschaltung zwischen Partei und Genossenschaft in Form einer Stiftung etwas, was der Partei ermöglicht, da mitzumachen, ohne, wie sie befürchtet hat, über ihre Idee das Gesicht zu verlieren.

C: *Im Falle der Ingenieurbau Hennef, wo ja auch SPD-Kreise mitbeteiligt waren beim Versuch, diesen Betrieb zu retten, war es ja so, daß das Ding daran gescheitert ist, daß ein Wirtschaftsprüfer eingesetzt wurde, der abhängig war von der Stadt Hennef und von daher auch negativ beschieden hat. Wie sieht es denn nun in Eurem Fall aus, habt Ihr die Möglichkeit, einen Gutachter einzusetzen, der neutral ist?*

GJ: Wir haben nach sehr viel Drängen die Möglichkeit bekommen, einen Gutachter miteinzubeziehen, der unser volles Vertrauen hat und der, anders als die Leute, die in der Kommisssion sitzen, auch mehr Ahnung von betriebswirtschaftlichen Fragen hat. Das ist ja das Problem, daß sich Politiker nur kurz für wenige Stunden mit einem Problem auseinandersetzen und dann glauben, die endgültige Lösung aus dem Hut zaubern zu können.

C: *Für uns ist die Frage die, ob die SPD an den Punkten, die sie in Hennef festgestellt hat und für Fremde fordert und fördert, auch im eigenen Haus, also in Eurem Fall mitzieht und ernst macht. Die Einsetzung von neutralen Gutachtern war nämlich eine der Forderungen der SPD nach Hennef, deshalb die vorherige Frage.*

GJ: Die SPD ist ein breites Spektrum und ein großer Schoß. Es

gibt zwar welche, die vom Parteivorstand beauftragt sind, generell über das Genossenschaftswesen nachzudenken, ich glaube aber, daß die Mehrheiten in den Führungsgremien dieser Idee nur halbherzig nachgehen, daß sie Angst haben, ihre Utopien oder Theorien wirklich in die Praxis umzusetzen.

Betriebsbesetzung?

C: *Der normale Weg einer Belegschaft, die, wie ihr jetzt, nachdenkt und den Betrieb übernehmen will, ist der – wenn sich die Besitzer des Betriebs sperren – den Betrieb zu besetzen und über diese faktische Drohung den Prozeß voranzutreiben. Gibts bei Euch auch solche Überlegungen?*

GJ: Schau mal, ich glaube, wenn ich die Entscheidungsprozesse innerhalb der Partei richtig einschätze, wäre es ein Fehler, so verfrüht den Gremien zu übermitteln, welche Mittel wir noch in der Hinterhand haben, um – und das sage ich in Anführungsstrichen – Entscheidungsprozesse mitzubeeinflussen.

C: *Aber es wird darüber nachgedacht?*

GJ: Es wird selbstverständlich auch über diesen Punkt nachgedacht! Mir fällt da eine Reihe von Möglichkeiten ein, wie wir noch Arbeitskampfmaßnahmen machen können, um unser Modell durchzusetzen.

C: *Was bedeutet denn eigentlich die von der Parteispitze bisher favosierte Lösung: Verkauf an einen anderen Verlag?*

GJ: Es geht darum, alle verlegerischen Aktivitäten, die nichts mit der unmittelbaren redaktionellen Arbeit zu tun haben, einem anderen Unternehmen als Dienstleistung zu übertragen. Das heißt konkret, das die Bereiche „Vertrieb" möglicherweise auch „Druck" anderen Unternehmen gemacht werden; Ich halte diese Lösung für ein Armutszeugnis. Wenn die Partei glaubt, die richtigen Leute an der richtigen Stelle in der Belegschaft gehabt zu haben, dann kann man nicht von heute auf morgen sagen: Wir geben den ganzen Mist einem anderen Unternehmen und füttern die noch mit Geldern, die Parteimitglieder aufbringen. Über zwei Mio. Mark wurden dafür für die nächsten drei Jahre eingeplant. Dies ist jedoch bisher kein offizieller Beschluß.

C: *Wie wirds denn mit der Selbstverwaltung in der Genossenschaft aussehen, welche Rolle werden die Mitarbeiter, welche Rolle die Partei spielen, wie werden Entscheidungen getroffen, wer bestimmt den Chefredakteur, usw.?*

GJ: Nach unserem Modell wird die SPD auch in Zukunft ein wesentliches Mitbestimmungsrecht in ganz bestimmten Fragen haben. Z.B. bei ökonomischen Fragen, die den alltäglichen Rahmen überschreiten, zumal wir davon ausgehen, daß die Partei – zumindest für eine Übergangszeit – bei uns das Geld einbringt, das sie auch einem Fremdunternehmen zur Verfügung stellen würde.

Ängste der SPD

C: *Wie wäre denn der Einfluß der Partei – auch beim Stiftungsmodell – auf die Redaktion gesichert?*

GJ: In Bezug auf die Redaktion könnte ich mir vorstellen, daß es so bleibt, wie es heute ist. Heute hat die Partei das Vorschlags- und Empfehlungsrecht für den Chefredakteur, wobei der Chefredakteur nur einvernehmlich mit der Redaktion eingestellt werden kann. Dies wird sich in der Genossenschaft von der Redaktion auf die gesamte Belegschaft ausweiten. Inhaltlich haben wir uns durch Unterschreiben unserer Arbeitsverträge auf das Godesberger Programm verpflichtet – das soll so bleiben.

C: *Sind die Ängste der SPD eigentlich wirklich wirtschaftlicher Art oder spielen politische Erwägungen auch eine Rolle? Angst vor Linksdrall?*

GJ: Ich sehe das ähnlich wie Du es eben formuliert hast. Die Hauptangst der SPD in Bezug aufs Genossenschaftsmodell ist, daß sich Politiker nur kurz für wenige Stunden mit einem Problem auseinandersetzen und dann glauben, die endgültige Lösung aus dem Hut zaubern zu können. Ängste.

C: *Wo seht Ihr die Zielgruppe für Eure Genossenschaft, wer wird Mitglied?*

GJ: Zielgruppe sind die 940.000 Mitglieder, die die SPD momentan hat. Wenn es stimmt, was in den Programmen steht: „den Genossenschaftsgedanken neu beleben!" – Hans-Jochen Vogel vergißt in keiner seiner Reden diesen Satz zu äußern – dann gehe ich davon aus, daß in den letzten Jahren das Engagement für genossenschaftliche Gedanken stärker geworden ist. Bloß – und das muß jedes SPD-Mitglied verinnerlichen – reicht ein verbales Engagement für eine Idee nicht aus, es muß vielmehr konkret etwas für diese Idee getan werden. Das ist ja eigentlich der Punkt, warum wir auf den Genossenschaftsgedanken gekommen sind. Wir glauben hiermit auch innerhalb der SPD und auch am Rande der Partei eine neue Mobilisierungsphase einzuleiten. Wenn es um die Zeitung ging, hatten wir bisher nur die Möglichkeit der reinen, fast wehleidigen Solidarität, jetzt bietet sich erstmalig die Chance, positiv etwas mitgestalten zu können.

C: *Ihr habt das Genossenschaftsmodell ja grob im VORWÄRTS vorgestellt. Wie war denn das feedback bei den Lesern?*

GJ: Es gab ein überaus positives Echo, nur konnten wir dieses Echo unseren Lesern leider nicht vermitteln, weil ganz bestimmte Leute in der Führungsspitze der Partei glaubten, das sei momentan nicht opportun, zumal es die eingangs beschriebene Arbeit der Kommission stören könnte.

C: *Okay, das wars. Danke für das Interview.*

Aus VORWÄRTS Nr. 26 vom 22. Juni 1985

Ja zur Vorwärts-Genossenschaft

Geld vorhanden

Warum sollte man mit einer sozialdemokratischen Idee nicht eine sozialdemokratische Zeitung am Leben erhalten können? Es wird für weniger wichtige Dinge weit mehr Geld ausgegeben.

Dieter Hildebrandt,
Kabarettist
8000 München

Klopfprobe

Es wird eine Klopfprobe für die deutsche Sozialdemokratie, ob es gelingt, durch einen Startschub der Leserschaft einer Zeitung die Zukunft zu sichern. Wenn dies nicht gelingt, hat die SPD mehr als nur ein traditionsreiches Parteiorgan verloren.

Manfred Buchwald,
Fernseh-Chefredakteur
Hessischer Rundfunk,
6000 Frankfurt

Ich kämpfe weiter

Eine Partei, die nicht einmal in der Lage ist, eine kleine Zeitung zu erhalten – und das angesichts der erdrückenden Öffentlichkeit gegen ihre Ideen –, wird es schwer haben, dem Bürger plausibel zu machen, warum er sie wählen soll. Mit dem *Vorwärts* würde nicht nur eine Zeitung sterben, sondern ein wichtiges Stück Kontinuität und Identität für die Mitgliedschaft. Das Gute an dem Genossenschaftsmodell ist, daß es den einzelnen fordert, selbst etwas für den Erhalt des *Vorwärts* zu tun, statt immer nur die Unfähigkeit der Partei zu beklagen. Für den Erhalt des *Vorwärts* werde ich weiter kämpfen.

Klaus Staeck, Grafiker
6900 Heidelberg

Selbsthilfe

Euren Gedanken, den *Vorwärts* in eine Genossenschaft zu überführen, finde ich ausgezeichnet. Diese alte Selbsthilfeidee der Arbeiterbewegung hat auch heute noch und gerade jetzt, wo viele Kolleginnen und Kollegen um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze bangen müssen, eine zeitgemäße und aktuelle Bedeutung. Wo denn sonst als beim *Vorwärts* sollte diese für Sozialdemokraten eigentlich selbstverständliche Idee verwirklicht werden, wenn es darum geht, die Zukunft dieser traditionsreichen SPD-Zeitung zu sichern.

Jo Leinen MdL, Landesminister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen
6600 Saarbrücken

Gute Idee

Ich könnte mit die Genossenschaftsform für den *Vorwärts* sehr gut vorstellen. Das ist die geeignete Alternative zu allen kollektivistischen Bestrebungen. Endlich wird eine alte sozialdemokratische Erfindung wieder neu belebt.

Günter Grass
1000 Berlin

Ideale Basis

Die Genossenschaftskonstruktion entspricht einer langen, leider etwas verschütteten Tradition der Sozialdemokratie: Selbstverwaltung! Das wäre eine ideale Basis für den neuen *Vorwärts*. Selbstverständlich würde ich selbst *Vorwärts*-Genosse werden.

Björn Engholm,
Mitglied des SPD-Parteivorstands und Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag
2300 Kiel

»Es ist gut, wenn Politiker gelegentlich mal so richtig einen vor den Latz kriegen...«

Interview mit Ulrich Klose, MdB, früher OB in Hamburg, heute u.a. Vorsitzender der Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen beim SPD-Parteivorstand.

Für CONTRASTE waren unterwegs Jutta Gelbrich und Karl Bergmann. Die Fragen zu Arbeit und Aufgabe der Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen können wir uns hier schenken, nachdem Burghard Flieger die in der Juni-Nummer von CONTRASTE schon eingehend beschrieben hat.

CONTRASTE: *Die nächste Frage: wie wird die SPD zukünftig mit selbstverwalteten Betrieben umgehen?*

U. Klose: Wir haben das alle am Anfang nicht so richtig ernstgenommen. Ich erinnere mich, als Roth zum erstenmal darüber redete, sagte er „mein Gott, das sind so ein paar Müsli-Läden oder sowas" und es hieß: lohnt das?

Das hat sich aber sehr verändert, weil die Informationen einfach dichter geworden sind. Wir wissen weit mehr, was sich dort tut. Und heute ist das ein Bereich, wo sie alle sagen: das löst die Beschäftigungsprobleme nicht, aber es ist eine Entwicklung, die neben den Beschäftigungseffekten einen Reformansatz enthält – Wirtschaftsdemokratie – und den nehmen wir schon ernst. Und hinzu kommt, daß in vielen Fällen, wo junge Leute sich zusammentun und was machen, sie selber nichts anzubieten haben. Dann gibts die Haltung: Gottseidank, die machen wenigstens was. Und dann ist man aus Zweckmäßigkeitserwägungen, aus opportunistischen Erwägungen oder aus Ohnmachtsgefühlen heraus bereit, zu helfen.

CONTRASTE: *Nun ist ja die Sache die, daß die Selbstverwaltungs- oder – wie sie früher hieß – die Alternativbewegung sich im Gegensatz zur SPD entwickelt hat. Sie hat sich in einer Zeit entwickelt, als die SPD mit der FDP zusammen noch regiert hat und gerade in der Distanz zu der Gesellschaft, die da vorgefunden war und die vom Sinn, vom Inhalt her nicht mehr verständlich war.*

U. Klose: Es gibt auch immer noch programmatische – oder wenn Du willst ideologische – Kneifpunkte. Zwei sind ganz klassisch. Das Identitätsprinzip im Genossenschaftsbereich oder im ganzen Selbstverwaltungswirtschaftsbereich – also daß Du im Grunde die klassische Aufteilung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht mehr hast – ist ja ein Punkt, über den überzeugte Gewerkschafter z.B. sicherlich unterschiedliche Auffassungen haben. Das war ja auch der Grund, warum in einer früheren Debatte der Genossenschaftsgedanke am Ende relativ weit weg gedrückt worden ist von der SPD ... auf eine polemische Formel gebracht: diese Art von Wirtschaft nimmt ja den Arbeitnehmern ihr Klassenbewußtsein. Das ist ein Punkt, der ist bei uns in der Arbeitsgruppe als Konflikt nicht mal diskutiert. Wir haben letztesmal darüber geredet, aber mit Gewerkschaftern diskutiert, geschweige denn, zuende diskutiert, überhaupt noch nicht.

Der zweite Punkt: die da beschäftigt sind, die arbeiten in der Betrachtungsweise eines ordentlichen Sozialdemokraten und Gewerkschafters alle unter Tarif. Und daß diese Situation natürlich mißbrauchbar ist, Haussmann (FDP), Lohnsenkungskampagne, leuchtet jedermann sofort ein. „Die Leute wollen doch selber was machen und sind doch offensichtlich bereit – seht Ihr doch – auch unter Tarif Bezahlung entgegenzunehmen, also warum seid ihr eigentlich so stur bei dem Tariflohnniveau?", ist eine ziemlich schlichte Gedankenkette, aber die spielt eine Rolle. Der Selbstausbeutungsgesichtspunkt. Und ich glaube auch nicht, daß dieses Problem schon wirklich gelöst ist. Dem Argument kann man begegnen mit zwei Argumenten. Einmal kann man sagen: ich lebe ja auch anders und ich arbeite anders und dieses Andersarbeiten bringt mir soviel Qualität, daß mir dies die Sache wert ist, in Wert ausgedrückt. Und man sagt – ich glaube, der Beywl hat das vorgetragen für NRW – die werden schon richtig entlohnt, aber einen Teil des Lohns oder einen größeren Teil stecken sie eben in die Kapitalbildung, insofern ist da was da. Nur ist das die Frage: was passiert dann aber, wenn da einer rausgeht, wo bleibt denn dann sein Kapitalbildungsanteil? Er sagt, ich habe jetzt keine Lust mehr, paßt mir nicht, geht raus und dann gibt es noch keine Möglichkeit, daß er sagen kann: ich nehme jetzt 10.000,– DM mit, weil das der Teil ist, den ich in drei Jahren mit angearbeitet habe.

Diese beiden Punkte sind noch ein Problem.

CONTRASTE: *Es gibt ja zwei verschiedene Formen von selbstverwalteten Betrieben. Die eine, gebräuchlichere: man macht zusammen eine GmbH, d.h. alle Beschäftigten sind zu gleichen Teilen an der Firma beteiligt, d.h. sie sind natürlich Unternehmer.*

Die andere Form ist: Das Kapital wird – wie wir sagen – „neutralisiert" und dadurch werden alle, die in der Firma tätig sind, Arbeitnehmer. Sie sind keine Unternehmer, denn sie haben keine Verfügungsmacht mehr über ihr Kapital. Wie steht die SPD, wie stehts Du dazu?

Ulrich Klose — Foto: Jochen Abeling

U. Klose: Das ist für mich ein neues Problem, ein neuer Weg. Ist mir eigentlich erst klargeworden als Lösungsmöglichkeit im Laufe des letzten halben Jahres. Jetzt fang ich an zu begreifen, was ihr eigentlich meint, wenn ihr davon redet. Ich halte die organisatorische Umsetzung des Gedankens für sehr stark abhängig von der Betriebsgröße. Weil die demokratischen Formen, die mit der Kapitalneutralisierung verbunden sein müssen – da gibts eine Entsprechung – die halte ich in Betrieben von einer bestimmten Größenordnung an, für nicht mehr herstellbar. Da muß ein furchtbar schwieriges Delegationsprinzip eingeführt werden, und das ist der Anfang vom Übel.

CONTRASTE: *Hinter der Idee der Kapitalneutralisierung steht ja der Gedanke, jede Möglichkeit zu verhindern, die Erträge des Kapitals privat anzueignen. Im Moment erst können Gewinne der Betriebe – wenn sie dann endlich man anfallen – sozial nützlich verwendet werden*

U. Klose: Das ist ja richtig. Nur, irgendjemand muß ja darüber entscheiden. Und je größer der Betrieb wird, umso weniger ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß alle, die da Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einem sind, auch wirklich an dieser Entscheidung mitwirken. Es wird sich eine neue Macht etablieren, was bei CCS meines Erachtens – die sehn das auch – als Gefahr erkennbar wird. Schon bei der Größenordnung. Denn natürlich haben die mit dieser Hauptetatkonferenz und diesem Kollegium schon so ne Ebene drin. Stell dir mal vor, ihr habt einen Verbund von am Ende 500 – die entscheiden das nicht mehr. Da werden sich ganz, ganz schnell auf informellem Wege neue Gremien bilden.

CONTRASTE: *Na gut, aber die Machtfrage ist ja in diesem Punkt auch gar nicht so interessant; zu entscheiden, ob speziell für dieses soziale oder jenes kulturelle oder politische Projekt die Gewinne verwendet werden, ist ja eine nebenrangige Frage .... Neutralisierung an sich, ist das Problem. Wir hätten damit ein Unternehmensmodell, wo zum erstenmal die Unternehmen sich selbst verpflichten, dann aber auch verpflichtet sind, nur noch zu gesellschaftlichen Zwecken ihre Gewinne zu verwenden.*

U. Klose: Für mich ist die Frage, was dann damit geschieht, im Einzelnen ziemlich zentral. Nimm mal ein großes Unternehmen in Hamburg, die Hamburger Sparkasse, eine Stiftung alt-hamburgischen Rechts, d.h. im Klartext: die Sparkasse gehört niemanden. Die gehört sich selber. D.h., die machen Gewinne (und zwar ganz ordentlich) und irgendjemand hat darüber zu entscheiden, was nun damit passiert. Es wird nicht verteilt, weil niemand da ist, an den man's verteilen könnte, es gibt keine Kapitalanleger. Es gehört wirklich sich selber. Und da gibts nun ein Gremium, das entscheidet, was mit den Gewinnen gemacht wird. Aber was wird damit gemacht und wer macht und wer entscheidet ... das ist ein qualitativer Sprung.

CONTRASTE: *Die haben sich dann aber auch keinen Orientierungsrahmen geschaffen, was damit gemacht werden darf, oder?*

U. Klose: Richtig.

CONTRASTE: *Und das ist dann eben der Unterschied. Normalerweise wird ja Kapitalneutralisierung diskutiert (und hier kommen wir zu einem neuen Problem, mit dem ihr euch in der AG beschäftigen müßtet) in der Vorstellung der Stiftung. Die Stiftung hat dann ganz klar eingegrenzte Zwecke – für diesen Zweck arbeitet die Stiftung. Warum das nicht durchgeführt wird in dieser Weise, warum wir also zum Zweck der Kapitalneutralisierung keine Stiftung machen, hat ja nur den einen einzigen Grund, daß, sobald eine Stiftung eingerichtet ist, ist das Land oder der Bund – wer auch immer – kontrollierend mit drinsitzt im Verwaltungsrat. Wenn das weg wäre, wenn man da was ändern könnte, dann wäre alles in der Form der Stiftung zu organisieren, und das würde dann auch gemacht werden. Jetzt muß man sich mit gemeinnützigen Vereinen oder anderen Provisorien behelfen.*

Was könnte am Stiftungsrecht geändert werden, gibts da Möglichkeiten?

U. Klose: Wir haben darüber in der Gruppe noch nicht geredet, weil wir so weit noch garnicht sind, aber wenn sich zeigen sollte in der Arbeit, daß Gesetzesänderungen erforderlich sind, um solchen Überlegungen Rechnung zu tragen und wenn die im System vom Stiftungsrecht machbar wären – was ich im Augenblick nicht beurteilen kann – warum nicht.

CONTRASTE: *Aber ob das überhaupt machbar ist ...*

U. Klose: Das weiß ich jetzt nicht, kann ich jetzt nicht beurteilen. Ich kann ja im gegenwärtigen Stadium noch nicht mal beurteilen, ob eine Nivellierung des Genossenschaftsrechts erforderlich ist und im Zusammenhang damit eine Novellierung von Steuerrechten. Es gibt sehr viele Dinge, die man bedenken muß, weil wir da, an den entscheidenden Fragestellungen – du mußt immer bedenken: wir arbeiten daran erst kürzere Zeit als ihr – noch nicht sind. Da haben wir noch nicht den richtigen Überblick.

CONTRASTE: *Eine Frage noch im Kontext Verhältnis SPD und Selbstverwaltungsbewegung. Das hat sich also aus einem Gegensatz heraus entwickelt und hat sich nur zum heutigen Stand, der beachtenswert ist (sonst würdet ihr euch ja nicht damit beschäftigen) entwickeln können deswegen, weil es eine* **autonome** *Entwicklung war. Frage also: Wenn es zu einer Zusammenarbeit zwischen SPD und Selbstverwaltungsbewegung käme – wieweit ist die SPD in der Lage und bereit, diese Autonomie bestehen zu lassen, also ein partnerschaftliches Verhältnis zu haben statt ein integriertes Verhältnis in der Weise, daß das mehr oder weniger geschluckt, zumindest aber kontrolliert wird, was da passiert?*

U. Klose: Die Gefahr, daß eine Partei sowas schluckt, ist relativ gering, weil die Bereitschaft der Partei in solchen Aktivitäten, die ja auch ökonomische sind, sich unmittelbar zu engagieren, außerordentlich gering ist nach all den Erfahrungen, die die SPD gemacht hat mit ihren eigenen Betrieben. War auch nicht zufällig, daß im Parteivorstand gleich davor gewarnt wurde (vor allem von Gewerkschaftern, aber das ist naheliegend). Ich glaube, daß diese Gefahr nicht besteht.

Viel größer sehe ich die Gefahr, daß das Gedankengut, das bei euch entwickelt wird, daß das übernommen wird und in eine Programmatik in undeutlicher Weise vermanscht wird. Das seh ich eher.

CONTRASTE: *Da sollten wir uns zu wehren wissen.*

Es geht nach wie vor um das Verhältnis zur SPD, d.h. um die Autonomiefrage. In eurer Presseerklärung nach Hennef habt ihr – bezogen auf Belegschaftsunternehmen – drin: man müßte Beratungskapazitäten beim Land ansiedeln. Parallel gibt es – wie CONTRASTE zu entnehmen war – vom Wissenschaftszen-

Fortsetzung Seite 19

Fortsetzung von Seite 18

trum in Berlin aus, eine Initiative, solche Kapazitäten autonom zu organisieren. Ein Arbeitskreis also, der – regional verzweigt – ebenfalls wieder AKs hat, wo das dann zusammenfließt. Und nun wäre ja auch die Möglichkeit für euch, statt jetzt eigenständig was zu machen, da mitzuarbeiten.

U. Klose: Ich bin ganz gegen eigenständige Behörden, die Fragen stellen. Die müssen in der Tat losgelöst sein. Es müssen Behördenleute drin sein, um den Weg zu Behörden zu ebnen. Aber die sollten nicht im Verbund staatlicher Verwaltung sein.

CONTRASTE: *Also in dem Moment, wo die in Berlin zu Potte kommen, das Ding sich etabliert, dann hieße das, daß dann ihr euch zu dem verhaltet, d.h. mitmacht dabei, statt was anderes aufzubauen, dagegen oder parallel.*

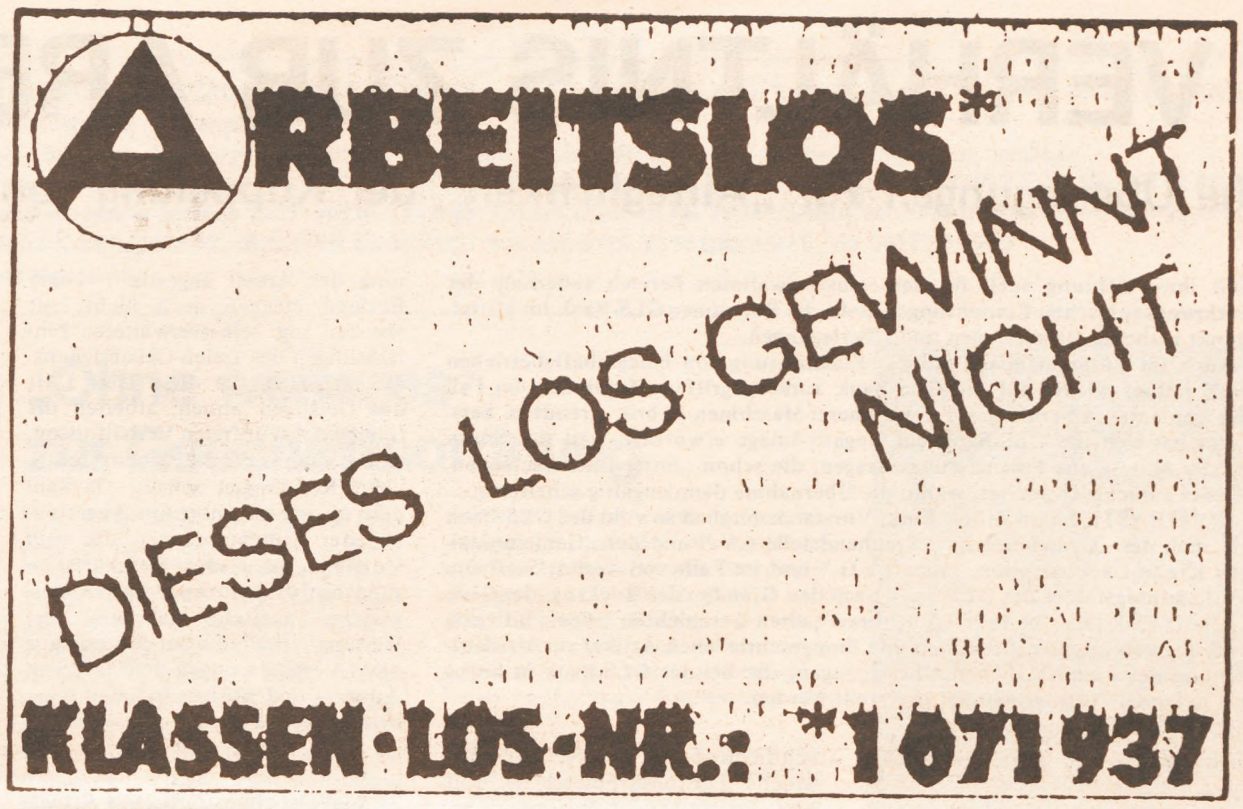
U. Klose: Ja.

CONTRASTE: *Über den Wert selbstverwalteter Betriebe in eurer – Deiner – Sicht hast Du ja schon ein bißchen gesagt, aber vielleicht können wir das noch ein bißchen deutlicher machen.*

U. Klose: Die Frage wird unterschiedlich beantwortet von verschiedenen Mitarbeitern bei uns in der Gruppe. Einige würden sagen: der Beschäftigungseffekt ist für mich der wichtigste. Die sagen, also da sind jetzt 100.000 oder 150.000 Beschäftigte in diesem Bereich, vielleicht können das 300.000 oder 400.000 werden, und das ist dann ja schon was.

Das finde ich auch, das ist ein wichtiger Gesichtspunkt. Entscheidender ist für mich etwas anderes: das in einer Notsituation, aber auch unabhängig davon – es ist eine gespaltene Ausgangslage – Leute der unterschiedlichsten Ausbildung und Sozialisation anfangen, selber was zu machen. Und zwar – wie du vorhin gesagt hast – am Anfang eigentlich in Gegnerschaft zu der Regierung hier, und ich glaube auch nicht zufälligen, sondern zwangsläufigen Gegnerschaft. Denn in dem, was ihr z.B. macht bei der Krebsmühle, und auch was der Burghard Flieger macht – die wehren sich zugleich ja auch gegen diese perfektionierte, verapparatete Lösung von Lebensproblemen, Leben-Arbeit. D.h. es ist im Grunde so 'ne Art von Kulturrevolution, jedenfalls steckt ein Ansatz davon drin. Und den finde ich für mich faszinierender, weil ich seit längerer Zeit nachdenke über die bei Sozialdemokraten nach ihrer Programmatik und ihrem Selbstverständnis logische Neigung, alles kollektivistisch und per Staat zu machen. Das ist bei uns drin, und in vielen Bereichen geht's auch gar nicht anders. Soziale Sicherungssysteme müssen kollektiv sein, da muß es Regeln geben und in vielen Bereichen gilt das, aber natürlich haben wir auf diese Art und Weise ein System von großen Apparaten – staatlichen und halbstaatlichen – geschaffen, die Wirtschaft parallel auch, haben im Namen der Demokratie zugelassen, daß bei den Leuten draußen ein großes Ohnmachtsgefühl entstanden ist. Daran leidet auch der demokratische Zustand des politischen Systems, vom wirtschaftlichen ganz zu schweigen. Für mich ist wichtig die Frage, ob man aus diesen Ansätzen, die ich da sehe – was ich nur ungefähr beurteilen kann – ob man daraus eine Lehre ziehen kann zur Demokratisierung des Landes, in anderer Form, als wir es bisher getan haben mit der Schaffung von Gremien, Drittelparitäten und und und. ... das ist für mich das Faszinierende an dieser Entwicklung.

Deshalb komm ich – nebenbei – auch an diesen Punkt, den ich vorhin in Bezug auf CCS als Frage formuliert habe: ist es das wirklich, kommt das dabei raus oder bilden sich informelle Hierarchien, die dann viel schwieriger zu kontrollieren sind, weil dann der Einzelne ja nicht mal mehr seine formalisierten Möglichkeiten hat ... und das wäre dann eine Situation, die ich nicht haben will.



CONTRASTE. *Deine Zeit ist begrenzt, also eine abschließende Frage: was bringt eigentlich einen ehemaligen SPD-Rechten dazu, sich um diese Sachen zu kümmern. Das ist doch ein weiter Weg.*

U. Klose: Ja. Aber da hab ich (schon lange bevor ich angefangen hab mich damit zu beschäftigen) meine Erfahrungen gemacht – und im Bereich der Wirtschaftshilfe hab ich ja sehr viele Erfahrungen gemacht – und ich verstehe gar nicht, daß jemand, der in der Praxis von Wirtschaftsförderung Bescheid weiß, wie das geht ... der muß immer skeptischer werden. Der kann doch nicht sagen, er wüßte nicht, was Sache ist, er weiß es ja. Und der kann nicht billigen, was da läuft und der sieht die Notwendigkeit, da Dinge zu verändern. Deshalb ist das von daher eine ziemlich klare Entwicklung. Aber das war nur einer der Punkte ...

CONTRASTE: *Das hieße ja, über kurz oder lang müßte sich diese Einstellung bei allen SPD-Mitgliedern durchsetzen ...*

U. Klose: Das tut es nicht, weil ... man findet sich ab mit den Realitäten, empfindet manchmal sogar eine gewisse Lust daran, sich innerhalb dieser Realitäten wirklich profihaft zu bewegen. Das sind dann die ... die wirklichen Exponenten der Rechten. Das sind schwierige, auch in den einzelnen Personen liegende Prozesse. Es gibt ja unterschiedliche Motive, warum man Politik macht. Weil man überzeugt ist von irgendwas, oder von einer Person, die man unterstützen will ... aber wenn man darin ist spielt das Prestige eine unwahrscheinliche Rolle als Motiv zur Politik. Jemand zu sein, der dabei ist, der angeblich oder wirklich was zu sagen hat, der so angesehen wird und behandelt wird ... das ist nach meiner Einschätzung der entscheidene Punkt der bemerkten oder unbemerkten Korrumpierung. Zumal das immer so schleichend passiert, das nimmt man nicht wahr. Das ist ein wirkliches Problem. Es ist sehr, sehr schwer, in diesem Gewirr einigermaßen sich selber zu bleiben oder die eigenen Prinzipien durchzuhalten. Das Phänomen, daß man dann gelegentlich noch links denkt, aber rechts lebt ...

Ganz privat sag ich mal dazu: es ist gut, wenn Politiker gelegentlich mal so richtig einen vor den Latz kriegen und auch mal ganz runterfallen. Und natürlich ist an dem Rotationsprinzip, so wie es ursprünglich angelegt war, auch was dran. Wenn man zu lange in einer bestimmten Funktion ist, ist die Gefahr dieser schleichenden, nicht bemerkten Korrumpierung, sehr groß. Zumal dann eine bestimmte Funktion Besitzstand wird. Vom Prestige her, aber auch vom Einkommen her. Die Fähigkeit, sich daraus zu lösen, sich vorzustellen, man sei nicht mehr Bundestagsabgeordneter oder Bürgermeister oder so etwas ... sehr schwer. Sehr schwer.

Ich hab das persönlich erfahren. Diese Erfahrung – ich nenn das immer meinen 4. Bildungsweg. Ein Jahr lang war ich ja richtig außen vor, Hamburg und so. Dann änderte sich das etwas, je mehr die energiepolitische Situation so wurde, daß man ahnen konnte „das war vielleicht doch nicht ganz so falsch", dann wurde das etwas besser. Aber vorher ...

CONTRASTE: *Wie geht's jetzt weiter mit Dir persönlich. Schicken sie Dich das nächste mal nach Berlin, nachdem Apels Anlauf in die Hose gegangen ist?*

U. Klose: Ich laß mich auch nicht schicken. Eine der vielen Erfahrungen, die man so machen kann, lautet: wer sich in die Politik begibt, wird damit Teil der Öffentlichkeit und gehört der Öffentlichkeit. Aber wenn's dir nicht gelingt, einen Teil zu behalten, der dir selber gehört, dann bist zu verloren ...

CONTRASTE: *Ist das jetzt eine Absage an irgendwelche Ämter generell?*

U. Klose: Nicht generell. Aber du kannst dich auch in einem Amt so verhalten, zu sagen: bestimmte Dinge – mit mir nicht! Das geht auch in einem Amt.

... zum VORWÄRTS – Problem

INTERVIEW MIT ULRICH KLOSE (VORSITZENDER) UND MICHAEL MÜLLER (STELLVERTRETENDER VORSITZENDER) DER ARBEITSGRUPPE „GENOSSENSCHAFTSWESEN" BEIM SPD-PARTEIVORSTAND

1. „Es muß sichergestellt sein, daß das Genossenschaftmodell oder Stiftungsmodell für den VORWÄRTS in gleicher Weise gerechnet wird wie andere Vorschläge.

Die anderen Vorschläge waren bisher: Kooperations- plus Dienstleistungs-Modell, also die Einschaltung eines externen Verlegers (eines großen Verlages), der die verlegerischen Rundumarbeiten übernimmt. Das zweite Modell – das aber wohl vom Tisch ist – ist SM (Sozialdemokrat – Magazin) und VORWÄRTS zusammenzulegen.

2. Es muß klargemacht werden, welche Aufgaben dieses Blatt hat, für wen es geschrieben wird, neben SM und neben „Neue Gesellschaft". Gibt es eine spezifische Gruppierung, die für den VORWÄRTS Bedarf hat? Dazu muß neben der Stellungnahme aus der VORWÄRTS-Kommission auch etwas kommen von der Redaktion des VORWÄRTS selber.

Meine Meinung dazu wäre: der VORWÄRTS müßte abzielen auf die **Fakten** der Diskussion innerhalb der SPD und vor allem der unteren Parteigliederungen. Wenn hier weniger kommentiert würde und mehr Fakten-Berichterstattung liefe, könnte dies für Parteimitglieder und andere spannend sein.

3. Es muß eine realistische Abschätzung vorgenommen werden unter politischen Gesichtspunkten, was passiert, wenn solche Versuche scheitern, sowohl in Bezug auf das Genossenschaftsmodell wie auch auf das Kooperationsmodell, damit abgewogen werden kann, worauf man sich einläßt

Wenn es auf alle diese Fragen in der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung steht, befriedigende Antworten gibt, und wenn die Motivation der Mitarbeiter, die überdurchschnittlich sein muß, das trägt – dann kann das Genossenschaftsmodell laufen.

CONTRASTE: *Ein Unterschied zwischen Modell 1 (Genossenschaft) und Modell 2 (Übernahme durch Großverlag) ist ja wohl der, daß bei Modell 2 auf jeden Fall sämtliche Arbeitsplätze im Vertriebsbereich wegfallen, während im ersten Fall versucht werden wird, alles an Arbeitsplätzen zu retten, was irgendwie zu retten ist. Es geht also konkret um 15 - 20 Leute, die mehr beschäftigt bleiben könnten im Genossenschaftsmodell (vorausgesetzt, es trägt sich). Von daher muß man die Sache doch eher unterschiedlich werten.*

U. Klose: Das ist richtig. Das Genossenschaftsmodell hätte u.a. den Effekt, daß in jedem Fall aus dem Verlagsbereich ein Teil gehalten werden kann, wieviel – das ist von hier aus schwer abzuschätzen. Aber ganz klar würde bei dem anderen Modell dieser Teil vollständig entfallen.

CONTRASTE: *Bei der Hennefer Ingenieurbau haben wir ja nun gemeinsam analysiert, daß das Scheitern sehr viel mit dem Votum des bestellten Gutachters zu tun hatte. In den Thesen der AG Genossenschaftswesen wurde dann für solche Fälle die Einsetzung eines unabhängigen Gutachters gefordert. Diese Forderung müßte auf Eure Situation jetzt übertragen doch heißen, daß ebenfalls ein unabhängiger Gutachter der VORWÄRTS-Belegschaft zur Verfügung gestellt wird.*

U. Klose: Da kann ich nur sagen, daß ich persönlich auf den Ingomar Hauchler vertraue, der ja aus dem Verlagsbereich kommt (immerhin war er stellvertretendes Vorstandsmitglied bei Bertelsmann), daß der in der Lage ist, das zu rechnen. Und dessen Präferenzen unterscheiden sich von denen der anderen.

CONTRASTE: *Das sagt der Stadtdirektor von Hennef auch: ich vertraue diesem Wirtschaftsprüfer, mit dem arbeiten wir schon lange zusammen, der kennt sich aus ...*

Im übrigen ist laut Aussage des BR-Vorsitzenden Gode Japs die Belegschaft des VORWÄRTS mittlerweile berechtigt worden, einen solchen Gutachter eigenen Vertrauens hinzuzuziehen.

M. Müller: Das ist ein interessanter Punkt. Daß die jetzt einen unabhängigen Gutachter hätten – das ist neu. Bisher hieß es nämlich: nein. Die Kommission ist – um das mal so zu sagen – besetzt wie die Partei, also: alles ist drin, was an politischen Positionen vertreten wird. Nur daß es jetzt um einen unabhängigen Prüfer geht, das ist neu. Ansonsten finde ich das eine korrekte Forderung, dem Ingomar und anderen zu sagen: der muß einbezogen werden. Wir werden dem Parteivorstand einen Brief schreiben, in dem wir diese Forderung unterstützen.

Michael Müller, MdB, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Genossenschaftswesen" beim SPD-Parteivorstand Foto: Jochen Abeling

DAS VERHÄLTNIS ZUR ARBEIT

Einige grundsätzliche Überlegungen zur „Alltäglichkeit" der Koppelung von Arbeit und Lohn

Seit ihrer Öffnung auch für den selbstverwalteten Bereich außerhalb der anthroposophischen Einrichtungen steht die Bochumer GLS-Bank im Mittelpunkt mancher Diskussionen und Überlegungen.

Auch im Zusammenhang mit der Finanzierung von Belegschaftsbetrieben wird immer wieder auf die GLS-Bank zurückgegriffen. Zumindest im Fall der geplanten Übernahme der Wäscherei-Maschinen-Fabrik Arendt in Sersheim hat sich die GLS-Bank ein Negativ-Image erworben, weil sie sich in letzter Minute aus Finanzierungszusagen, die schon „unter Dach" schienen, wieder zurückgezogen hat, woran die Übernahme dann engültig scheiterte.

CONTRASTE fragte Albert Fink, Vorstandsmitglied sowohl der GLS-Bank als auch der „Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V." und der „Gemeinnützigen Kredit-Garantiegenossenschaft e.G." und im Falle von Arendt/Sersheim Verhandlungsführer der GLS-Bank nach den Gründen des Rückzugs der GLS.

Albert Fink fand die Erörterung dieser „alten Geschichten" wenig hilfreich und übergab uns den folgenden von ihm geschriebenen Artikel zur Verdeutlichung der grundsätzlichen Überlegungen, die bei der GLS-Bank in bezug auf Belegschaftsunternehmen angestellt werden.

Muß man neue Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände begründen?

Durch die jahrzehntelange erfolgreiche Arbeit von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ist die Koppelung der Arbeit als eines Elementes, das mit dem Wesen des Menschen verbunden ist und des Geldes, als neutraler und abstrakter Wertmesser gesellschaftlichen Verkehr, nahezu untrennbar geworden. Die Arbeit ist für den Arbeitenden zum Mittel der Existenzsicherung geworden, das individuell und gesellschaftlich erhalten und geschützt werden muß. Sie wird auf dem Arbeitsmarkt durch die Besitzer von Kapital und Produktionsmitteln, als Produktionsfaktor nachgefragt. Diese haben das Bestreben den Faktor Arbeit als Bestandteil der Preisbildung so gering wie möglich zu halten um Leistungen kostengünstig anbieten zu können. Beide, die Besitzer von Produktionsmitteln und die Besitzer von Arbeitskraft haben sich organisiert in Verbänden oder Interessengruppen, die wir Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften nennen.

Die jahrelange Tätigkeit dieser Einrichtungen zeitigte Fragen:

a) Es hat sich ein reines Leistungsdenken herausgebildet (keine Arbeit ohne Lohn). Das gesamte soziale Leben ist davon durchzogen, daß Arbeit ein verkäufliches Gut ist. Damit ist Arbeit zum Produktions-, Handels- und Erwerbsfaktor geworden. Im Laufe der Zeit ist sie als Erwerbsarbeit mit einer Anzahl von Funktionen überlastet worden. Sie dient nicht nur der materiellen Existenzsicherung, sondern auch der Sicherung des gesellschaftlichen Status. Sie vermittelt Selbstwertgefühl und ist Medium zu sozialen Kontakten mit den Mitmenschen. Gleichzeitig ist sie auch ein Gestaltungselement der wacherlebten Zeit.

Wie weit das der Fall ist wird bei Arbeitslosen deutlich, bei denen die angesprochenen Funktionen ins Leere laufen.

- Es gibt nur noch geringe materielle Existenzsicherung.
- Der gesellschaftliche Status geht verloren.
- Es tritt eine erhebliche Reduzierung des Selbstwertgefühls ein.
- Die gewohnten sozialen Kontakte brechen ab.
- Der durch die Erwerbsarbeit bestimmte Tagesrhythmus wird gestört, die Betroffenen fühlen sich haltlos.

b) Es tritt eine scharfe kollektive Trennung zwischen den Arbeitsnachfragenden und den Arbeitanbietenden auf. Arbeitgeber (Unternehmer) und organisierte Arbeitnehmer (Gewerkschaften) werden zu scheinbar unüberbrückbaren Gegensatzpaaren im sozialen Geschehen.

c) Eine Entfremdung und Fremdbestimmung der Arbeit entsteht durch eine Fülle von arbeitsrechtlichen und tarifrechtlichen Regelungen. Allgemeinverbindlich geregelte Arbeitszeiten, Arbeitsrhythmen, Arbeitsordnungen, Arbeitsentgelte, Arbeitsschutzbestimmungen bzgl. Urlaub, Lohnfortzahlung, Mutterschutz, Kündigungsschutz etc. wurden zum Wohle und zum Schutz des Arbeitenden geschaffen. Sie ordnen den einzelnen mit seiner Arbeitskraft ein in einen für ihn oft unübersehbaren Kanon von Rechten und Pflichten, die er oft nur noch mit Hilfe von Experten, Funktionären und Arbeitsrechtlern ausüben kann. Er läßt seine Rechte vertreten, weil nur die Bündelung und Vereinheitlichung alle individuellen Rechte in einer Organisation Gegen-Macht gegen die Vormacht der Arbeitsnachfragenden zu bilden scheint.

d) Zu der o.g. Fremdverwaltung der Arbeit tritt eine weitere Abhängigkeit hinzu, hervorgerufen durch die starke Spezialisierung und Verrechtlichung der Berufe. Der individuelle Leistungsanbieter hat solche spezialisierte Fähigkeits- und Fertigkeitsmerkmale, daß, wenn das entsprechende Anforderungsprofil in der Arbeitswelt nicht mehr nachgefragt wird, er nachhaltig arbeitslos d.h. auch erwerbslos wird. Durch ein Spezialistentum und durch die mangelnde Fähigkeit und Kenntnis und auch Möglichkeit, seine Arbeit zusammen mit anderen selbst zu verwalten und zu gestalten, fällt er in soziales Niemandsland.

Selbstverwaltung der Arbeit durch die Arbeitenden — Ein Hinweis auf das Grundgesetz

Trotz der offenkundigen und bedrückenden Probleme ist der Öffentlichkeit erstaunlich wenig bekannt, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von einer Selbstverwaltung und -gestaltung der Arbeit durch die Arbeitenden selbst ausgeht. Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes lautet:

Das Recht zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für Jederman und alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen rechtswidrig.

Es scheint für das Lebensgefühl und die Verhaltensformen der Bundesbürger nicht leicht zu sein, sich auf den Boden des Grundgesetzes zu stellen. Überall werden wie selbstverständlich Formen der Allgemeinverbindlichkeit, der Verrechtlichung und Kommerzialisierung der Arbeit angestrebt. Diese Formen machen auch nicht halt vor den sog. selbstverwalteten Einrichtungen des freien Geisteslebens. Die geringen, die diese freie Luft des Geistigen atmen, arbeiten oft unter höchst unfreien Verhältnissen, wenn man auf die arbeitsrechtlichen Regelungen schaut. Da handelt es sich mitunter um Angestellte oder Lohnempfänger, die vom Vorstand oder der Geschäftsführung der Institution per Anstellungsvertrag angestellt und von dort Weisung erhalten. Oft unterliegen diese Vereinbarungen dem üblichen Arbeits- und Tarifrecht oder sogar beamtenrechtlichen Regelungen.

Zum alltäglichen Verhältnis Arbeit-Lohn

Im täglichen Leben ist der Gedanke, Arbeit müsse entlohnt werden, inzwischen habituell geworden. Zunehmend sehen sich Menschen außerstande, etwas anderes zu denken, geschweige denn, etwas anderes zu tun. Der Arbeits- und Erwerbslose, der aus dem System herausgefallen ist, versucht oft mit allen Mitteln erneut eine fremdbestimmte, weisungsgebundene, abhängige Beschäftigung zu finden. Nur die reine Not läßt Arbeitslosen-initiativen entstehen, die versuchen, durch Selbsthilfemaßnahmen unabhängige, selbstbestimmte und nicht erwerbsabhängige Beschäftigungen zu finden. Offensichtlich ist es auch eine Illusion, wenn der im freien Geistesleben Tätige meint, er lebe ja nur pro forma in solchen Rechtsverhältnissen, der Geist, mit dem er arbeite, sei eben solcher Art, daß er nicht wegen des Lohnes arbeite. Was geschieht, wenn Lohn oder Gehalt z.B. wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage der Einrichtung nicht mehr oder nur noch teilweise gezahlt werden können. Man braucht nur weiterzudenken und bemerkt die Tat-Sächlichkeit und Wirksamkeit der Lohn-Arbeitkoppelung auch in diesem Fall unmittelbar. Auch die schönsten geistigen Ziele helfen zunächst nicht weiter, wenn das geistige Leben nicht so produktiv ist, daß es sich auch die Umgestaltung der durch Konvention und Routine beherrschten rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu seiner Angelegenheit macht. Diese Verhältnisse sind eben Ausdruck von Lebensstimmungen, -gefühlen und „Einstellungen", die verhaltensbildend wirken, auch wenn man es nicht bemerkt oder wenn man die Verhältnisse nicht deutlich ins Auge faßt, weil man mit dem „geistigen Leben" so beschäftigt ist, daß man sich um diese „Formalitäten" des Rechtslebens nicht auch noch kümmern kann.

Zunehmend geraten sog. Einrichtungen des Freien Geisteslebens in finanzielle Bedrängnis. Der oben angenommene Fall tritt also ein. Bei der Bemühung, das finanzielle Problem zu lösen, wird danach zu fragen sein, inwieweit das geistige Leben in der Einrichtung sich auf sich selbst bezog oder in welcher Weise die die Einrichtung betreibenden Menschen aus einem gemeinsamen geistigen Strom arbeitend sich mit anderen vereinbaren und zusammenarbeiten.

Schwierigkeiten bei der Gründung von Belegschaftsbetrieben — Ein Beispiel

Besonders eindrücklich wurde der Verhaltensmechanismus, der durch die Einkommen-Arbeit-Koppelung entsteht an einem Kreditgespräch deutlich, das vor einiger Zeit in der Bank geführt wurde. Es hatten sich eine Reihe von Mitarbeitern eines in Konkurs gegangenen Unternehmens an die Bank gewandt. Sie wollten zusammen mit ihren Kollegen den Betrieb weiterführen und waren bereit, zu diesem Zweck eine beträchtliche Summe aufzubringen, die sie in einer Mitarbeitergesellschaft einbringen wollten, die sich dann an einer Betriebs-GmbH still beteiligen sollte. Die in der Mitarbeitergesellschaft zusammengeschlossenen Beschäftigten des Betriebes wollten Treuhänder bestimmen, die als geschäftsführende Mitarbeiter der GmbH vorstehen und das erforderliche GmbH-Kapital treuhänderisch für die anderen halten sollten. Durch die GmbH-Anteile und die stille Beteiligung lag das Unternehmenskapital in den Händen der Mitarbeiter, die damit zwar nicht juristisch, doch faktisch ihre eigenen Arbeitsplätze schufen und selbstverwaltend unternehmerisch bestimmten.

Die gleichen Mitarbeiter wollten nun mit der GmbH die üblichen Anstellungs- und Lohnverträge abschließen, mit denen sie sich in lohnabhängige, weisungsgebundene Verhältnisse zur GmbH brachten, mit allen arbeits- und tarifrechtlichen Bestimmungen, die in der Branche gelten. Es war niemand auf den Gedanken gekommen, daß nun die Mitarbeiter Arbeitsdauer, -rhythmus und -entgelt usw. selbst regeln können und an die Stelle des Lohnes etwas treten könne, was Resultat des gemeinsam Erwirtschafteten ist und worüber Verteilungsmodalitäten zu erarbeiten wären. Erst in dem Gespräch wurde den Beteiligten der Lebenswiderspruch bewußt. Dennoch meinten sie, daß es wohl sehr schwer werde, alle Kollegen davon zu überzeugen, daß sie ja eigentlich frei seien und ihre rechtlichen Beziehungen nach ihren eigenen Einsichten und eigenem Gutdünken regeln könnten. Einige waren gewerkschaftlich organisiert und meinten, man müsse hierüber erst mit den Vertretern der Gewerkschaft sprechen.

Neugestaltung arbeitsrechtlicher Beziehungen?

Aus der Einsicht in die geschilderten Zusammenhänge haben sich in Bochum eine Reihe von Menschen zusammengeschlossen, die ihre arbeitsrechtlichen Beziehungen neu gestalten wollen. Sie haben diesen Zusammenschluß zunächst „Allgemeine arbeits- und wirtschaftsrechtliche Gesellschaft" genannt. In ihren Zusammenkünften, die etwa seit einem Jahr stattfinden, haben sie versucht, die Grundlagen zu erarbeiten für eine Vereinigung von Menschen, die als Freie zusammenarbeiten wollen und nicht als Arbeiter oder Angestellte. Sie wollen auch in Arbeitsgespräche mit Arbeitgebern treten, die sich lieber mit freien Mitarbeitern zusammenschließen als mit unfreien. Sie suchen ferner Arbeitskontakte zu den Bankeinrichtungen, um die Voraussetzungen zu klären und zu schaffen, daß auch freie Zusammenschlüsse von kooperierenden Menschen und nicht nur Einrichtungen, Betriebe und Organisationen soviel an Kapital, Produktionsmittel und Arbeitsmittel zur Verfügung erhalten, wie sie brauchen, um für andere tätig zu sein.

Über diese Arbeit, die notwendigerweise immer Einzelfall-Hilfe und Grundgesetzarbeit zugleich sein muß, soll in einem der nächsten Bankspiegel* näher berichtet werden.

* Der Bankspiegel ist ein periodisch erscheinendes Mitteilungsblatt der GLS. Er kann formlos bei der GLS-Gemeinschaftsbank, Oskar-Hoffmannstr. 25, 4630 Bochum bestellt werden. Erwartet wird eine freiwillige Beitragszahlung in Höhe von DM 25,--/Jahr.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Allen MITGLIEDERN des Vereins ‚FREUNDE UND FÖRDERER DER ÖKOBANK e.V. möchten wir an dieser Stelle für ihre Unterstützung bei der ÖKOBANKGRÜNDUNG danken und sie auf diesen Seiten monatlich über Fortschritt und Entwicklung der Kampagne unterrichten.

Jedermann/frau ist aufgerufen, sich mit Beiträgen, Anregungen, Meinungen, Fragen und Kritik an der Diskussion um die ÖKOBANK zu beteiligen.

Alternativ zu einem vereinseigenen Publikationsorgan haben wir „CONTRASTE" als Informationsforum gewählt, weil diese ‚ZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG' allen Interessierten Gelegenheit bietet, sich über Theorie und Praxis selbstverwalteter Betriebe und Projekte – eine der Zielrichtungen für die Strukturpolitik der zukünftigen ÖKOBANK – zu informieren.

Redaktionsadresse: Redaktion ÖKOBANK-VEREINSNACHRICHTEN c/o SCHIKO, Postfach 5125, 6370 Oberursel 5, Tel. 06171/7 50 30

Redaktionsschluß: an jedem 12. eines Monats

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,
zukünftig liegt die redaktionelle Gestaltung der Vereinsnachrichten in den Händen des Frankfurter Büros. Freundliche Unterstützung hat uns Norbert aus Berlin zugesagt. Wir sind wildentschlossen, diese Seiten aufgelockerter und spannender als bisher zu gestalten. Neben den theoretisch/geistigen Ergüssen (Fachartikel) sind folgende Rubriken vorgesehen:

AUS DEN REGIONEN
Hier wollen wir regelmäßig Infos der ÖKOBANK-Initiativen – vom politischen Happening bis zu dessen Lovestory – aus allen Teilen der Republik abdrucken.

WHO IS WHO? – VON DER HALLIG BIS ZUR ZUGSPITZE AKTUELLE PERSONALITIY-SHOW DES ÖKOBANKVEREINS
Wir stellen uns vor, hier kurze Personenbeschreibungen, möglichst mit Portraitschnappschuß oder pepigem Gruppenbild (mit Dame) zu veröffentlichen.

Ziel ist, aus der Annonymität herauszutreten und den Vereinsmitgliedern, wie auch den Aktivistinnen und Aktivisten weitestgehende Tranzparenz über die Beteiligten des Projekts zu verschaffen. Also putzt die Linsen, spannt die Filme ein und überrascht mit Momentaufnahmen.

ÖKOBANK AKTUELL
Diese Spalte ist reserviert für offizielle Verlautbarungen; z.B.:
- *aktuelle Verhandlungsergebnisse der Rechtsberatungsgruppe (RBG)*
- *aktueller Diskussionsstand bankspezifischer Problemstellungen*
- *Werbemaßnahmen*
- *Treugeld- und Einzahlerstand*
- *Vereinsmitgliederzahl*
- *Mediengeschehen im Zusammenhang mit der Ökobankgründung*
- *überregionale ÖKOBANK-TERMINE*
- *Sonstiges*

KONTAKTADRESSEN
überregional (wie gehabt)
regional (kleingedruckt)

Ergänzende Vorschläge, Anregungen, Kurzartikel, Photographien, Cartoons – rund um die Ökobankgründung – schickt massenhaft bis zum 12. eines jeden Monats an o.g. Redaktionsadresse.

Noch eine Bitte: *Wer unbedingt längere Beiträge verfassen will/muß, möge bitte eine Kurzzusammenfassung voranstellen (zwecks des Kleindrucks).*
Und noch was: *Beiträge möglichst in 35-Anschlägen-Breite tippen. Dies erleichtert die Arbeit ungemein.*

Schiko

„Ohne weiteres" zur Geschäftsordnung

Also, jetzt steht es endgültig fest! Wer da im Verein glaubt, „ohne weiteres" etwas behaupten zu können, der irrt. Als Indiz dafür gibt es außer religiösen moralischen Gründen glücklicherweise nun zwei verbriefte Beweise. Denn weder wird die ÖKOBANK – entgegen den von uns gemachten Äußerungen – „ohne weiteres" zum Verbund der Volks- und Raiffeisenbanken gehören, ebenso auch nicht „ohne weiteres" in den freizügigen Sparverkehr der Kreditgenossenschaften eingeschlossen werden (Brief des BVR vom 31.1.85), noch wird die ÖKOBANK mit ihrer Gründung „ohne weiteres" eine Genossenschaftsbank (Brief des Genossenschaftsverbandes Frankfurt vom 3.6.85) werden. All das, und hier haben die Schreiber Recht, ist natürlich an bestimmte Voraussetzungen, die wir erst mal erfüllen müssen, gebunden. Dies ist uns klar, und die Äußerungen gehen in den meisten Fällen eher zu Lasten der sprachlichen Unachtsamkeit innerhalb des Vereins, als zu Lasten der Unkenntnis der fachlichen Gepflogenheiten.

Auch der briefliche Hinweis des BAK, dessen Äußerungen ggü. der Presse „wahrheitsgemäß" wiederzugeben, sollten den letzten Befürworter der großen mehrstimmigen Chöre überzeugen. Zudem waren die schriftlichen Hinweise des BAK doch eher als „vorsorgliche" Hinweise, denn als juristische Barrieren zu verstehen.

Kommt jetzt das große Schweigen? Öffnet sich ein neues schwarzes Loch statt Struktur? KEINESFALLS! Nur – wenn schon herausplatzen, dann mit einer Stimme und auch nicht „ohne weiteres", sondern abgestimmt. So zumindest der fromme Wunsch des Bundesvorstandes des ÖKOBANKVEREINS.

Daß dies bei etwa 1400 Mitgliedern nicht einfach und auch nicht gänzlich möglich sein wird ist klar, stehen wir doch mitten in einem politischen Diskussionsprozeß. Versuchen sollten wir das schier unmögliche trotzdem. Durch vorschnelle und mißverständliche Äußerungen diskreditieren und behindern wir das Projekt eher, als wir ihm nutzen. Außerdem sollte wir nicht „ohne weiteres" Angrifftsflächen bieten, wo es sich schon allein durch sprachliche Achtsamkeit verhindern läßt.

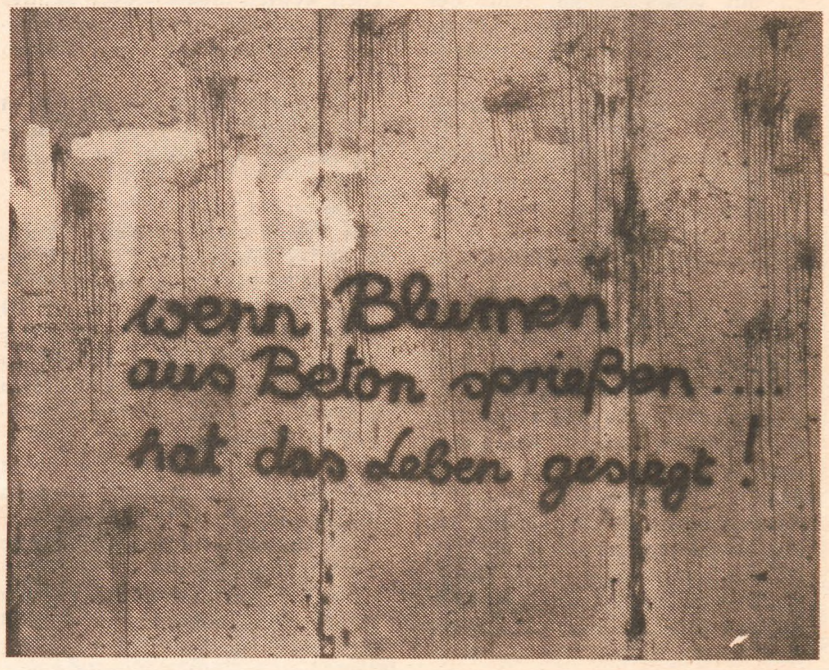
Aus den erwähnten Gründen hat der ÖKOBANKVEREIN zum 1. April 1985 eine Stelle eingerichtet, die hauptamtlich mit der Entwicklung des Bankkonzeptes beauftragt ist. Daneben hat diese Stelle die wesentliche Aufgabe und Vollmacht, zusammen mit der ebenfalls geschaffenen Rechts- und Beratungsgruppe (RBG) die Gespräche mit den offiziellen Stellen zu führen und diesen ggü. nach Abstimmung mit den entsprechenden Vereinsgremien verbindliche Erklärungen abzugeben.

Alle Fragen bezüglich des Bankkonzeptes sowie anderer Gründungsaktivitäten sollten mit dieser Stelle bzw. der RBG – direkt oder dazwischengeschaltet – über die Geschäftsstelle abgestimmt werden.

Wagen wir das Unmögliche...!

Ansprechpartner der RBG sind:
Dieter Wallberg 06221/8 57 62
Torsten Martin 069/55 26 65

Torsten Tutnix



ÖKOBANK – TAGUNG VOM 4.8. BIS 11.8.1985 IM INTERNATIONALEN KULTURZENTRUM ACHBERG

Selbstverwaltung und Ökologie

AUFGABEN DER ÖKOBANK – DIE ZUKUNFT DER ALTERNATIVEN ÖKONOMIE

Die ÖKO-BANK kommt – na klar!

Was sie aber – jenseits aller ausgeklügelten Strukturen – sein kann, das hängt stark ab vom Stand der Beziehungen zwischen den Beteiligten.

Politik wurde schon immer von Menschen gemacht. Und gerade die Ziele der ÖKO-BANK verlangen gemeinsames *Wollen, solidarische Verständigung ihrer* Aktiven.

Kontaktaufnahme, Kennenlernen, Verständigung – das steht daher im Mittelpunkt des ÖKO-BANK Mitgliedertreffens in Achberg; das vorläufige, allzusehr mit Arbeit überladene Programm wurde entsprechend „enflochten" und hat dadurch an Attraktivität gewonnen:

Am Anreise-Abend wird Luise Gubitzer von der Wirtschaftsuniversität Wien am Beispiel der „caja laboral popular" und ihrer Bedeutung für den Aufbau der Mondragon-Genossenschaft aufzeigen, welche Rolle der ÖKO-BANK für die Entwicklung einer ökologischen und selbstverwalteten Wirtschaft zufallen könnte.

Der Montag dient der umfassenden gegenseitigen Imformation im Plenum: wie ist der Stand der Dinge in den Regionen – Positives, Kritik und Einschätzungen der Chancen für eine ÖKO-BANK.

Ab Dienstag geht es in 3 Arbeitsgrup*pen um die berühmten „Inhalte":*
1. „Da lacht das Banker-Herz" – Diskussion des konkreten Bankkonzeptes und Entwicklung der Strukturen der Kreditvergabe
2. „Wie sieht sie aus – die Wirtschaft von unten?" – Selbstverwaltet soll sie sein und ökologisch orientiert – aber was heißt das konkret und in welchen Schritten ist es herstellbar?
3. ‚Der Förderverein – es geht um mehr als Spendensammeln" – Im ÖKO-BANK-Verein sammelt sich ein großes Potential von Menschen mit wirtschafts- und strukturpolitischem Know-how. Wie kann dies nach Gründung der Bank für deren Arbeit nutzbar gemacht werden? Und wieweit kann der Verein schon jetzt auf der Grundlage dieses Potentials Positionen beziehen und durchsetzen?

Die Arbeitsgruppen finden bewußt nicht parallel statt, damit alle das für sie Interessante auch mitkriegen können.

Sie werden begleitet von Abendvorträgen (Rolf Schwendter: Die Zukunft der alternativen Ökonomie; Wilfried Heidt: Bedingungen gesellschaftlicher Selbstverwaltung; Karl-Heinz Brendgen: ...) und münden ein in eine Podiumsdiskussion mit offiziellen Vertretern von wirtschaftspolitisch umzudenken.

Am Samstag werden dann wieder im Plenum die Arbeitsergebnisse vorgestellt und in konkrete Anträge für die zum 28. September 1985 geplante Mitgliederversammlung umgesetzt.

Fest und Pressekonferenz setzen den Schlußpunkt.

Wir laden also nochmal alle Vereinsmitglieder (und auch die, die es werden wollen) zu diesem Treffen ein: gönnt Euch mal eine Woche angeregten Urlaub – Achberg ist viel schöner, als Ihr glaubt.

Anmeldungen bitte möglichst bald an das Büro des Vereins Freunde und Förderer der ÖKO-BANK, Krebsmühle, 6370 Oberursel 5, Tel. 06171/7 50 30

	Sonntag 4.8.	Montag 5.8.	Dienstag 6.8.	Mittwoch 7.8.	Donnerstag 8.8.	Freitag 9.8.	Sonnabend 10.8.	Sonntag 11.8.
9.00 Uhr 10.30 Uhr	ANREISE	PLENUM – Kontaktaufnahme, Kennenlernen – Information	I Arbeitsgruppe: ÖKO-BANK – die Bank. Diskussion des konkreten Bankkonzeptes II Arbeitsgruppe: Wie sieht sie aus, die Wirtschaft von unten? Selbstverwaltet soll sie sein und ökologisch, logisch, aber wie?				PLENUM – Arbeitsergebnisse – Anträge für die Mitgliederversammlung am 28.9.85	ABREISE
12.00 Uhr Mittagspause								
15.00 Uhr 16.30 Uhr	ANREISE		III Arbeitsgruppe: Frauen im ÖKO-BANK-Verein IV Arbeitsgruppe: Der Förderverein – es geht um mehr als Spendensammeln					
18.00 Uhr Abendessen								
Abendprogramm ab 20.00 Uhr	MONDRAGON: Betriebliche Selbstverwaltung und eigenständige Regionalentwicklung Luise Gubitzer		Rolf Schwendter Die Zukunft der alternativen Ökonomie	Wilfried Heidt Bedingungen gesellschaftlicher Selbstverwaltung	K. H. Brendgen Film: „Die Saat des Fortschritts oder das Ende der Entwicklung" Anschl. Diskussion	Podiumsdiskussion	Pressekonferenz Fest	

Erstes Treffen mit dem BAK

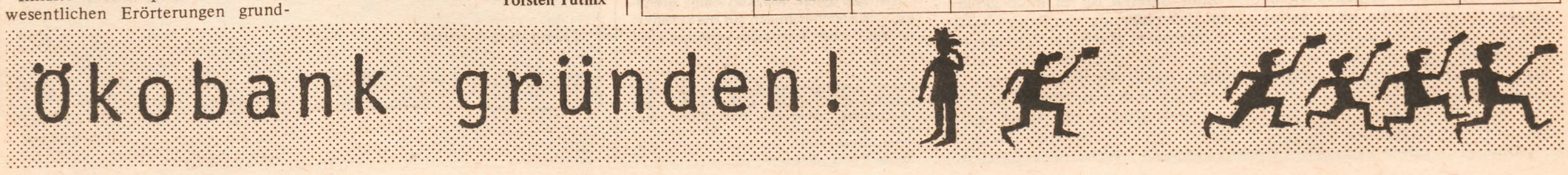
Am 29.5.85 fand ein erstes Treffen zwischen dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Berlin (BAK) und dem ÖKOBANKVEREIN – vertreten durch die Rechts- und Beratungsgruppe (RBG) – statt.

Das BAK ist diejenige Bundesoberbehörde, deren „schriftliche Erlaubnis" gem. § 32 Kreditwesengesetz notwendig ist, um Bankgeschäfte in der Bundesrepublik zu betreiben.

Inhalte des Gesprächs waren im wesentlichen Erörterungen grundsatzlicher Fragen im Zusammenhang mit der ÖKOBANKGRÜNDUNG, wie bspw. die Voraussetzung zur Erlaubniserteilung sowie deren praktische Abwicklung. Ausgehend von diesen Gesprächspunkten einigten wir uns mit dem BAK dahingehend, im nächsten Schritt konkrete Unterlagen in Berlin einzureichen.

Weitere Zusammenkünfte sind geplant.

Torsten Tutnix



bank aktuell Ökobank aktuell Ökobank aktuell Ökobank akt

Regionalisierung, ja aber?

Während der Bundesvorstandssitzung des Ökobankvereins am 15.6. 85 mit vielen Gästen stellte der Landesverband NRW den Antrag, die Mitgliederversammlung nicht – wie bereits angekündigt – am 10. u. 11. August in Achberg stattfinden zu lassen.

Nach langen Diskussionen wurde die MV auf den 28. September um 13 Uhr in die Krebsmühle, Oberursel verlegt.

Auf die Tagung in Achberg vom 4. bis 9. August wollen wir aber nicht verzichten.

Ursprünglich sollte die MV in Achberg die Regionalisierung vollziehen. Die Diskussion am 15.6. machte uns allen klar, daß wir sehr dringend darauf angewiesen sind, noch ausführlich und ohne Beschlußfassungszwang über die verschiedenen Möglichkeiten der Regionalisierung zu diskutieren. Da wir das bisher nicht getan haben, wollen wir das in Achberg nachholen. Als Ergebnis dieser Achberger Diskussion könnte ein gemeinsamer Vorschlag entstehen, der dann nochmal in den Regionen besprochen werden müßte, bevor auf der MV Beschlüsse gefaßt werden können. Beschlüsse schneiden Diskussionsprozesse ab.

Zur Vorbereitung der Diskussion will ich jetzt die 5 Vorschläge skizzieren, die wir bisher besprochen haben:

1. Dezember 1984
Der Verein erhält ein neues Organ, wenn es mindestens 7 Landesverbände gibt: die Delegiertenversammlung. Jeder LV kann für je 50 Mitglieder und DM 100.000,– Treugeld 3 Delegierte stellen, ab 200 Mitgliedern für jede weiteren 100.000,– einen weiteren Delegierten, aber maximal 10.

Die Delegierten wählen die Hälfte des 22-köpfigen Bundesvorstandes und den Beirat.

Die MV wählt die andere Hälfte des Bundesvorstandes.

Dieser Vorschlag wurde auf der Bundesvorstandssitzung am 1.12.84 mit Recht vertagt, obwohl er das Problem der Doppelmitgliedschaft löst.

2. Die Landesverbände wählen Delegierte z.B. nach obigem Schlüssel. Die MV wird durch die Delegiertenversammlung ersetzt.

Dieselbe wählt einen Bundesvorstand, der nur noch aus 7 Mitgliedern besteht. Dieser BV muß nicht aus Delegierten bestehen.

3. wie Vorschlag 2, aber es bleiben 22 Bundesvorstandsmitglieder (nach dem Länderproporz).

Die Delegiertenversammlung wählt außerdem den geschäftsführenden Vorstand (7 Leute) direkt, nicht notwendigerweise aus dem Bundesvorstand.

Damit würde der BV nicht mehr den geschäftsführenden Vorstand kontrollieren, aber wir hätten den Länderproporz teilweise erhalten.

4. Es gibt keine Delegiertenversammlung. Der BV bleibt als 22-Leute-Gremium bestehen.

Er darf jedoch nur aus einer Vorschlagliste gewählt werden.

Zur Vorschlagliste darf nur benennen: der BV, jeder Landesverband oder Regionalverband.

5. Der geschäftsführende Vorstand entwickelte am 14.6.85 folgenden Vorschlag:
Wir schaffen den **Zwang** zur Gründung von Landesverbänden ab. Jeder Landes- oder **Regional**verband wählt Delegierte (z.B. für je 50 Mitglieder einen oder 2% der Mitglieder).

Welche Rechte diese Delegierten dann haben sollen, wurde nicht mehr diskutiert.

Soweit also die mehr oder weniger vollständigen Denkansätze für die Regionalisierung.

Da die Funktion des Vereins **nach** der Bankgründung die Vorentscheidung über Kreditvergabe und Förderzins in der Region sein soll, sollten wir jetzt schon Regionalgruppen bilden, die sich an vorhandenen Erfahrungen orientieren. Auch die Netzwerke haben sich an bestehenden Regionalzusammenhängen orientiert. Wenn sie es nicht taten, gingen sie wieder ein. Unsere Regionalgruppen müssen vor allem politisch verankert und arbeitsfähig sein.

Unser zweites Problem ist die Frage der „Doppelmitgliedschaft", oder besser: was machen die Mitglieder in Gegenden, wo es eine Infrastruktur der Linken bisher noch nicht gibt?

Den Kommentar zur Regionalisierung hat Michael Berger in seinen Anmerkungen schon abgeliefert.

Das alles sollte bitteschön in Achberg diskutiert werden. Wenn es uns dort nicht gelingt, kann die MV keinen Regionalisierungsbeschluß fassen.

Helmut Richter

KUSSION DISKUSSION DISKUSSION DISKUSSIO

Einige Bemerkungen zu dem Aufsatz von Karl-Heinz Brendgen: „Wen oder was fördert die Ökobank – und wie" aus CONTRASTE, Nr. 9 Juni 1985

Lieber Karl-Heinz Brendgen,
Deinen Aufsatz „Wen oder was fördert die Ökobank – und wie" habe ich mit Interesse gelesen. Zu den ersten 3 Punkten möchte ich einige Anmerkungen machen, um – hoffentlich – einige Mißverständnisse aus dem Weg zu räumen:

Du schreibst unter Punkt 1:
„Genossen und Sparer verzichten wenigstens auf einen Teil ihrer Zinsen".

Für mich war und ist von Anfang an klar gewesen, daß **Genossen/innen** der ÖKOBANK ganz auf „ihre" Zinsen – richtigerweise müßte es heißen DIVIDENDE oder GEWINNAUSSCHÜTTUNG – verzichten. Anders zu verfahren hieße, die ÖKOBANK-Genossenanteile und damit die ÖKOBANK selbst zu einem Kapitalanlageobjekt, ja zu einem Spekulationsobjekt verkommen zu lassen. Diese Motivation (ÖKOBANK-Genossenschaftsanteile als renditeträchtige Kapitalinvestition) sollte potentiellen Anteilszeichnern von Anfang an genommen werden. Ansonsten wird es nicht lange dauern, bis sich die Geschäftspolitik der ÖKOBANK in nichts von der anderer Banken unterscheidet. Das soll heißen, Gewinnmaximierung zum Wohle der Eigentümer (Genossen) ohne darauf zu achten, wie und woher die Gewinne zustande kommen.

Zu Punkt 3:
„Zinsgewinne aus Rücklagen und Geldanlagen auf dem Kapitalmarkt" **Ohne Not** sollten wir es vermeiden, Gelder am Kapitalmarkt an andere Banken auszuleihen. Zwar werden solche Engagements sicherer als Kredite an Privatpersonen angesehen – was sich auch bei der Berechnung des Kreditvolumens im Hinblick auf das Verhältnis Eigenkapital/Kreditvolumen mit nur 20% widerspiegelt – doch stehen die bei diesen Krediten zu erzielenden Zinsen am unteren Ende der Skala für Bank-Habenzinsen.

Zu schreiben, „Was die ÖKO–BANK auf dem Geldmarkt an Zinsen gewinnt, geht anderen Banken verloren und kommt indirekt alternativökonomischen Unternehmen und Projekten zugute" ist Blödsinn. Die Zinsen, die die anderen Banken an die ÖKOBANK zahlen würden, gingen diesen beileibe nicht verloren, da sie diese zu weitaus höheren Zinsen gewinnbringend weiterverleihen könnten (z.B. an Rüstungs betriebe).

Es gibt m. E. nur zwei „Notlagen", die die ÖKOBANK in die Situation bringen könnte, sich am Geldmarkt zu engagieren:

a) die Kreditnachfrage ist weitaus geringer als die Spareinlagen
b) das Passivgeschäft übersteigt das 18-fache des haftenden EK.

Zu a)
In diese Situation wird die ÖKOBANK wahrscheinlich vor allem im Anfangsstadium, kurz nach ihrer Gründung geraten. In diesem Fall sehe auch ich es als unausweichlich an, auf den Geldmarkt zu gehen. Bevor die Gelder unverzinst auf dem LZB-Konto ruhen, und durch die Bundesbank zu Bank-Refinanzierungshilfen verwendet werden (Diskont-Lombardkredite, Wertpapierpensionsgeschäfte) müßten wir eben die Kröte schlucken.
Zu b)
Sich in dieser Situation am Geld/Kapitalmarkt zu engagieren, löst das Problem nicht, da diese Anlagen gleichfalls dem Kreditvolumen zugerechnet werden – allerdings nur zu 20%.

Man käme also nicht umhin, das EK aufzustocken, was dann jedoch kein Problem sein dürfte. Denn, jede Mark an Spareinlage, die bei der ÖKOBANK hereinkommt, bedeutet einen Vertauensbeweis für die ÖKOBANK. Auf dieser Basis 1/18 des Spareinlagenüberhangs an neuen Geschäftsanteilen zu aquirieren, sollte nicht allzu schwierig sein. In der Praxis müßte die Geschäftspolitik so angelegt sein, daß die Zuwächse bei den Spareinlagen und beim EK in etwa zeitgleich verlaufen.

Warum Du in diesem Zusammenhang so schwerwiegende Probleme bei der Kreditierung im Bereich von Belegschaftsübernahmen siehst, verstehe ich nicht. Zum einen definiert sich formal nach dem KWG ein Großkredit als solcher, wenn er 15% des haftenden EK übersteigt. Hiernach würden bei der ÖKOBANK Großkredite erst bei DM 900.000,– anfangen. Theoretisch könnte die ÖKOBANK einem einzelnen Kreditnehmer bis zu 4,5 Mio DM ausleihen, ohne mit den einschlägigen Gesetzen in Konflikt zu geraten. (§ 13, Abs. 3 KWG wäre dabei zu beachten. Die o.g. Zahlen beziehen sich auf ein EK von 6 Mio.)

Zum anderen ist für mich gerade die Unterstützung von Belegschaftsübernahmen einer der Gründe für die Existenzberechtigung einer neuen Bank. Arbeitnehmerbetriebe werden von den etablierten Banken und der öffentlichen Hand nicht wegen ihrer wirtschaftlichen Aussichten und ihrer betriebswirtschaftlichen Bonität mit Skepsis betrachtet und hängen gelassen. Diese waren nämlich in einigen Fällen ganz hervorragend und mit einem „echten Unternehmer" an der Spitze hätte es die benötigten Kredite ohne Schwierigkeiten gegeben. (Im Fall „Arendt in Serrsheim" wurden von einem bekannten bürgerlichen Unternehmensberater Auftragslage und Marktgängigkeit der hergestellten Produkte als gut und das erarbeitete betriebswirtschaftliche Konzept als realistisch eingestuft. Trotzdem scheiterte die Übernahme, weil die Banken sich weigerten, die benötigten Betriebsmittelkredite bereitzustellen.) In anderen Fällen (Schmalbach/Lubeca, Hennefer Ingenieurbau) ging es ähnlich ab. Der wahre Grund für die Verweigerung der Banken solchen Firmen gegenüber, dürfte mehr im politisch-ideologischen Bereich zu suchen sein.

Und genau hier tut sich ein wichtiges Betätigungsfeld für die ÖKOBANK auf. Belegschaftsübernahmen, und damit Arbeitnehmerfirmen zu helfen in die Gänge zu kommen und weiter zu existieren, heißt auch, den Selbstverwaltungsgedanken ein Stück weiter zu bringen. (Natürlich nur solchen mit wirtschaftlichen Zukunftsaussichten und der Fähigkeit, Kredite termingerecht tilgen zu können, wobei Produktionsweise, Art des Produktes bei der Kreditvergabeentscheidung selbstverständlich gleichfalls eine Rolle spielen.)

Jons Doering

LESERBRIEF
zur Ökobank-Seite in CONTRASTE, Juni 85

Beim Weg zur Ökobank wäre zu überlegen, inwieweit einzelne Punkte schon vor einer Gründung und dezentral angegangen werden könnten. Zu Punkt 3 hier nun mein Vorschlag: wenn ca. 2 Mio bewegte Menschen jeweils DM 1.000,– statt normal auf ein Sparbuch in Bundesschatzbriefen anlegen, ergibt dies ein Mehr (Meer!!) von 20 Mio DM an Zinsen. Dieses Geld entreißen wir diesem Staat und könnten damit unsere Idee unterstützen. Im 2. Jahr wären es schon 40,5 Mio DM Zinsen mehr als auf einem normalen Sparkonto. Sollten nun diese Menschen auch im 2. Jahr noch zusätzlich weitere 1.000 DM locker machen können, ergäbe dies insgesamt 60,5 Mio DM. Nach 10 Jahren hätten wir diesen Staat um ca. 2,5 Mrd DM erleichtert.

(Ich seh schon, wie Karl-Heinz Brendgen sich klammheimlich auf die Schenkel schlägt.) Aber irgendwie weiß ich auch nicht.

Heinz

(Anm. zu Deinem Stammtischgeschwätz: Was hältst Du davon, wenn man jedem „betuchten" Mitbürger DM 10.000 oder mehr abnehmen würde?... oder generell jedes Zinsaufkommen „entreißen" würde?... oder... der Setzer!)

Regionalisierung, aber wie?

In der Gründungsphase des Vereins Freunde und Förderer der Ökobank beinhaltet die Netz- und STATTwerke-Polemik im wesentlichen, der Verein und später die Ökobank seien ein in Frankfurt zentralisierter Apparat, der alle bisherigen Einsichten über die Notwendigkeit von Regionalisierung mit Füßen trete. Um diesen Eindruck nicht zu bestätigen, beschloß unser Verein im Oktober 1984 – entgegen einiger warnenden Stimmen – die Gliederung in Landesverbände. Sobald sieben Landesverbände gegründet sind, sollte der Bundesvorstand neu gewählt werden, bestehend aus je zwei Delegierten der jeweiligen Landesverbände.

Was einige schon damals befürchteten, hat sich nun leider bewahrheitet: Landesverbände sind viel zu große Organisationseinheiten, um wirklich eine Regionalisierung herbeizuführen. Die reale Entwicklung hat nun tatsächlich dazu geführt, daß sich in einigen Regionen arbeitsfähige Gruppen bildeten, so z.B. für Gruppen in NRW, vier Arbeitskreise in Baden-Württemberg, zwei in Bayern und eine in Berlin. Es scheint auch ziemlich einfach zu sein, einen „Landesverband" zu gründen, man muß nur sieben Leute dazu bringen, sich als Verein bei einem Amtsgericht registrieren zu lassen – für die wirkliche Regionalisierung ist damit jedoch gar nichts gewonnen. Sinn und Ziel von Landesverbänden kann nur Zusammenfassung und Koordination von arbeitenden Regionalgruppen sein.

Der Bundesvorstand des Vereins hat am 19.6.85 eine nüchterne Bestandsaufnahme der bisher erfolgten Regionalisierung gemacht und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß auf dem bisher praktisch beschrittenen Weg weitergegangen werden soll.

Gegen die Gründung von Landesverbänden, wie sie in NRW, Rheinland-Pfalz, Bayern und Berlin inzwischen in Angriff genommen wurden ist nichts einzuwenden – wenn man sie nicht für die eigentliche Regionalisierung hält. Wichtiger sind die arbeitenden Regionalgruppen – bislang meist in Städten – die das Umland betreuen. Wo schon solche Regionalgruppen bestehen, nehmen sie folgende Aufgaben wahr: sie werben Vereinsmitglieder und Treugeber. Sie nehmen Kontakt zu den bestehenden Alternativbetrieben auf und bemühen sich um Zusammenarbeit mit bestehenden politischen Gruppierungen. Ihr Ziel ist der Aufbau eines Büros, das in Zusammenarbeit mit den politischen und sozialen Initiativen am Ort nach der Bankgründung die Kreditanträge aus der Region auf ihre Verträglichkeit mit den politischen und ökologischen Zielen der Ökobank prüfen und vorentscheiden soll. Die Grundeinheit der Regionalisierung des Vereins und der Ökobank ist also die Regionalgruppe.

Deshalb stellt der jetzige Bundesvorstand auch zur Diskussion, ob nicht statt der Landesverbände, eine Delegiertenversammlung der Regionalgruppen künftig den Bundesvorstand und den geschäftsführenden Vorstand wählen soll. (Dazu müßte dann die etwas voreilig beschlossene Satzungsänderung von Oktober nochmals den Gegebenheiten angepaßt werden.)

Die nächste Mitgliederversammlung am 28. September in Frankfurt muß sich überlegen, ob sie wieder eine Satzungsänderung beschließen will, oder ob es nicht besser wäre, den Verein erst mal noch in den Regionalgruppen etwas wachsen zu lassen, ehe man ihm wieder satzungsmäßige Bandagen anlegt. Die Mitgliederversammlung sollte die Courage haben, sich als Kontrollorgan der sich noch verändernden Vereinswirklichkeit zu verstehen, statt gleich wieder abstrakte Satzungsregeln zu erlassen, die dann der wirklichen Entwicklung angepaßt werden müssen.

Wo arbeitsfähige Regionalgruppen entstehen, brauchen sie keine Sorge zu haben, von Entscheidungen des Bundesvorstandes ausgeschlossen zu sein. Die Praxis etwa des jetzigen Bundesvorstandes, die neuen Gruppen aus Bayern an den Beschlüssen stillschweigend zu beteiligen – ohne daß sie formell schon einen Vorstandssitz hatten – könnte dafür vorbildlich sein. Für die nächsten zwei Jahre kommt alles darauf an, daß in überschaubaren Regionen (20–50 km Umkreis) arbeitende Gruppen entstehen, die vorerst mit dem Frankfurter Büro in engem Informationsaustausch stehen, und dann allmählich als Zwischenstufe einen Landesverband zu ihrer Koordination entwickeln.

Michael Berger

Treugeldstand vom 12.7.85	**DM 2.312.945,85**
Treugeber + innen	**5.673**
Mitgliederzahl vom 13.6.85	**1.396**

Erstes Treffen europäischer Alternativbanken in Rom

Ende März waren wir eingeladen nach Rom – zu einem ersten Treffen auf europäischer Ebene. Dieses „Wir" meint 15 Banken und Finanzinstitutionen aus neun Ländern der europäischen Gemeinschaft und Spanien, die mit der Arbeiterkooperativbewegung verbunden sind,

- darunter Banken, die auf eine Jahrzehnte lange Tradition zurückblicken können und eine beachtliche Größenordnung erreicht haben wie etwa die den italienischen Linskparteien nahestehende ICREA-Bank in Rom oder die Caja Laboral Popular, Bank der baskischen Genossenschaftsbewegung, in Mondragon,
- darunter relativ junge Finanzinstitutionen wie die ICOF oder die LCEB, die mittels Alimentation durch die sozialistische Regierung von Greater London über 900 Selbstverwaltungsprojekte im Großraum London initiiert und gefördert haben, sowie ähnliche Projekte aus Belgien wie SOFICATRA und ELISE,
- darunter auch die britische Cooperative Bank, die den Gewerkschaften nahesteht und den Schönheitsfehler hat, trotz ihrer Namensgebung kaum Kooperativen zu finanzieren,
- darunter ein Vertreter des „Institut de Developement de l'Economie Sociale" in Paris, eine von der sozialistischen Regierung unterhaltene Forschungseinrichtung für den Produktivgenossenschaftssektor,
- darunter schließlich Vertreter von Banken, die selbiges erst noch werden wollen: der Ökobank aus der BRD und der Grone Bank aus Dänemark, wo ja bekanntlich auch etwas faul ist.

Eingeladen hatte die CECOP, das „Comite Europeen des Cooperatives ouvrieres de Production", der europäische Dachverband der Produktivgenossenschaften, der seit ca. 5 Jahren ein Sekretatiat mit drei hauptamtlich Beschäftigten in Brüssel unterhält.

Gegenstand des Treffens in Rom war die Beratung über die Errichtung eines gemeinsamen Garantiefonds auf europäischer Ebene, deren Notwendigkeit das „Rahmendokument des Treffens der mit der Arbeiterkooperativbewegung verbundenen Finanzierungsinstitutionen" mit einem Phänomen begründet wurde, das der deutschen Selbstverwaltungsbewegung nicht ganz unbekannt sein dürfte: grundsätzliches Problem der Arbeiterkooperativen in allen europäischen Ländern, so das Dokument, sei der Zugang zu Geldmitteln, weshalb es künftig von grundlegender Bedeutung sei, die Bewegung der europäischen Arbeiterkooperativen mit einem finanzkräftigen und im Hinblick auf verschiedene Aufgaben integrativen („coherent") Instrument für den Zugang zu Finanzmitteln auszustatten. Die Idee der gemeinsamen Aufbaus eines Garantiefonds soll dieser „Kohärenz" gerecht werden, denn: „wenn jede Institution in ihrem Land klein ist, erreichen wir gemeinsam eine größere Bedeutung".

Der gemeinsame europäische Garantiefonds hätte vier Funktionen:

- gegenüber den finanziellen Einrichtungen der EG, wie z.B. die Europäische Investitionsbank (BEI) in Luxemburg, wäre er ein Instrument, über bessere Kreditzugangsmöglichkeiten und -bedingungen zu verhandeln;
- er wäre eine Bürgschaftsgemeinschaft, die in Höhe eines Vielfachen der jeweiligen Fondsmittel Bürgschaften vergeben könnte, wobei in der Anfangsphase von einem Multiplikatoreffekt von 3 bis 5 ausgegangen würde, bis er sich später nach angemessener Rücklagenbildung zu einem vollwertigen Garantiefonds entwikkeln könnte;
- er wäre ein investitions- und finanzpolitisches Instrument mit Möglichkeiten finanzieller Intervention für jeden Teilnehmer in Bezug auf Beteiligungskapital, Risiko- und Sozialkapital;
- er wäre eine Instanz, auf deren Ebene die Idee einer Strukturpolitik der Arbeiterkooperativen entwickelt werden könnte.

Daß die Errichtung eines derartigen supranationalen Fonds große Probleme aufwerfen würde, wird nicht allein sichtbar an der im Eröffnungsstatement angeschnittenen Frage der Kosten einer Durchführbarkeitsstudie. So äußerten sich die Vertreter der Banken, die der Einladung nach Rom gefolgt waren, zwar überwiegend positiv zu dem Vorhaben, kritische Stimmen zweifelten jedooh an der Realisierbarkeit und verwiesen auf die Möglichkeit der Konstruktion derartiger Einrichtungen im nationalen Rahmen.

Einig war man sich allerdings, daß ein Verhandlungsinstrument in Richtung EG unumgänglich sei, weil es gelte, Elemente einer organisierten Ökonomie gegenüber der Regellosigkeit der Marktökonomie zu stärken und Abhilfe gegen die Unterbeschäftigung in den Ländern der Gemeinschaft zu schaffen. Für den Herbst dieses Jahres ist geplant, die Diskussion im gleichen Rahmen fortzusetzen.

Der Vertreter des Vereins „Freunde und Förderer der Ökobank e.V." beschränkte sich wärend der Tagung auf den Status des Zuhörers: zu wenig bekannt ist im Umfeld der westdeutschen Selbstverwaltungsbewegung Aktivität und Bedeutung dieser europäischen Alternativbanken resp. der Genossenschaftsbewegungen (mit Ausnahme vielleicht der Caja Laboral Popular), zu wenig bekannt ist die CECOP. Das hat, so ist zu vermuten, zwei Gründe: zum einem ist die Europäische Investitionsbank (BEI), 1958 durch den Vertrag von Rom ins Leben gerufen, als Ansprechpartner der Arbeiterkooperativbewegung satzungsgemäß nur tätig in strukturschwachen Gebieten der europäischen Gemeinschaft, zum anderen gibt und gab es in Deutschland nicht einmal Ansätze zu einer Produktivgenossenschaftsbewegung, einer Bewegung, die in anderen Ländern auf eine erfolgreiche Tradition zurückblicken kann.

Ist die BRD in dieser Richtung entwicklungsfähig? Ist es die derzeit real existierende Selbstverwaltungsbewegung? Die Chancen sind gering, aber eine Wahlhandlung setzt Wahlfreiheit voraus – Alternativen –, und diese Wahlfreiheit gibt es nicht. Die Selbstverwaltungsbewegung, so es eine Bewegung ist – eine soziale zweifellos, aber eine politische? –, muß, bei Strafe eines Untergangs, den Weg einer Produktivgenossenschaftsbewegung gehen. Begriffe wie Vernetzung und Solidarität, menschenwürdiges, nicht entfremdetes Arbeiten verkommen zu inhaltsleeren ideologischen Worthülsen und kaschieren Kleinbürgergeist und Sozialhilfeempfängermentalität, wenn nicht Ernst gemacht wird mit diesem Schritt zur organisatorischen Konsolidierung der Selbstverwaltungswirtschaft. Nur dann wird die vielbeschworene „Strukturpolitik" der selbstverwalteten Betriebe nicht zur (kartellrechtlich problematischen) Zukunftspolitik mittelalterlicher Handwerker degenerieren. Ein Jahr geistige Auseinandersetzung um die Ökobank hat gezeigt, daß diese nur Sinn macht, wenn am Ende dieses Entwicklungsprozesses der produktivgenossenschaftliche Zusammenschluß steht. Das Vorbild unserer europäischen Partner könnte uns – so würde vielleicht Heidegger sagen – Wegweisung geben. Kann uns CECOP (zumindest ideelle) Entwicklungshilfe leisten? In Brüssel sehen wir uns wieder.

Zusatz: Es ist geplant, in den nächsten CONTRASTE-Ausgaben die einzelnen Finanzierungsinitiativen vorzustellen.

Die Ökobank-Initiative Köln plant, eine Broschüre zum Thema ‚Bankfachliche Begriffe' bzw. „Banksprache für Normalbürger' zu erstellen.

Diese Broschüre soll in anschaulicher und allgemeinverständlicher Sprache Bankbegriffe erklären. erfaßt werden sollen Begriffe, die den Sparer oder Kreditnehmer direkt betreffen (gesetzliche Kündigungsfrist, abgezinste Sparbriefe, Sicht-, Spar- und Termineinlagen, effektiver Jahreszins etc.), sowie Stichwörter allgemeinerer Natur, vor allem solche, die in der öffentlichen Diskussion auftauchen (Mindestreserve, Marktmacht der Banken, Rolle der Bundesbank etc).

Wir bitten andere Initiativen um Mithilfe für unser Vorhaben! Benötigt werden möglichst kurze, jedoch präzise, umfassend und einfach formulierte Beiträge.

Die fertige Broschüre kann später bei uns zum Selbstkostenpreis bezogen werden **(ab Oktober?). Unverbindliche Vorbestellungen werden ab sofort entgegengenommen.**

Ökobank-Initiative Köln c/o Frank Kittel, Dünnwalder Mauspfad 390, 5000 Köln 80

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

KURZ GEMELDET

Lothar WITTE, Vorstandsvorsitzender des Ökobankvereins und Initiator des Projektes, beendet seine Tätigkeit als Geschäftsführer des Vereins zum 31. Aug. 1985. Ich möchte ihm an dieser Stelle für seine geduldige Zusammenarbeit mit mir danken.
Dieter REINCKE aus Berlin tritt die Nachfolge Lothar Wittes als Geschäftsführer zum 1. Juli 1985 an. Ihm möchte ich auf diesem Weg ein ‚Herzliches Willkommen' sagen.

Schiko

HILFERUF AUS NORDFRIESLAND

Biolandbetrieb mit Schwerpunkt Ackerbau (Brotgetreide, Kartoffeln), Rinderpension, Hühnerauslaufhaltung, Gemüse-, Kräuter- und Beerenobstanbau benötigt dringend zum Endausbau aller Betriebszweige eine Gesamtsumme von 15.000 Mark. Der Betrieb wird von einem Landwirt (32 J.), einer Gartenbau-Ing. (27 J.) und einem Praktikanten nach demo-

In der Gemeinschaft lebt außerdem noch das Kind des o.g. Paares.

Das regional zuständige Netzwerk hat den Betrieb als unterstützungswürdig eingestuft, leidet jedoch selbst an akutem Geldmangel.

Es wäre zu begrüßen, wenn sich auf diesem Wege eine Finanzierungsmöglichkeit herstellen ließe.

Kontakt bitte über die Redaktion.

Schiko

EN · AUS DEN REGIONEN · AUS DEN

Landesverband Bayern gegründet

Zum 11. Mai 1985 wurden alle bayrischen Mitglieder des Ökobankvereins zur Gründungsversammlung des bayrischen Landesverbandes eingeladen. Ca. 30 Interessenten trafen sich in München. Davon verabschiedeten 12 Teilnehmer die Satzung in ihrer endgültigen Form und wählten einen 3-köpfigen Vorstand. Die Eintragung als e.V. ist in die Wege geleitet worden.

Mit der Gründung verbinden wir die Hoffnung, die schon begonnene Dezentralisierungsdiskussion zu beschleunigen. Bewußt haben wir die Problematik der Doppelmitgliedschaft aus der Satzung herausgehalten, da wir weiterhin Mitglieder und Treugeber über die Adresse des Frankfurter Büros mit Hilfe des überregionalen Werbematerials anwerben wollen.

Aus organisatorischen Gründen sehen wir uns derzeit auch nicht in der Lage, eine eigene Vereinsgeschäftsstelle zu unterhalten, bzw. eigenes Werbematerial in großem Umfang herzustellen.

Allerdings gehen wir davon aus, daß die Frage des Verhältnisses zwischen Landesverband und Verein Frankfurt spätestens auf der nächsten Mitgliederversammlung am 29.9.85 in Frankfurt geklärt wird. Wir wollen, daß alle Mitglieder mit Wohnsitz in Bayern Vereinsmitglieder bei uns sind/werden.

Der Verein wird der Vernetzung der vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten in Bayern dienen. Zur Weiterarbeit und Diskussion können wir noch jede Menge „Mitstreiter/innen" brauchen.

Bernd

REGIONALISIERUNGSKONZEPT DES LV-BAYERN

Landesverbände bzw. Regionalgruppen in den Bundesländern

► entsenden im Verhältnis zur Mitgliederzahl DELIGIERTE (mindestens 3, maximal 10)

DELEGIERTENVERSAMMLUNG

BUNDESVORSTAND → **GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND**

22 Pers., d.h. pro Bundesland 2 Pers., koordinieren und kontrollieren den GV (Möglichkeit direkter Handlungsanweisungen)

regelt alle Formalien der Bankanmeldung, vertritt den Verein nach außen (ca. 3–5 Pers.) Treffen mindestens alle 4 Wochen

- Vereinsmitglieder sollten eine Doppelmitgliedschaft im Frankfurter Verein sowie im jeweiligen Landesverband haben (falls existent)
- Finanzausgleich zwischen Frankfurter Verein und den Landesverbänden bzw. Regionalgruppen

VORSTANDSMITGLIEDER VON BAYERN

1.	Berthold Söder	Wörder Hauptstr. 66, 8500 Nürnberg 20,	Tel. 0911/53 77 22
2.	Peter Sauset	Zugspitzstr. 26, 8132 Tutzing,	Tel. 08158/18 16
3.	Anne Mentzel	Pater-Roth-Str. 25, 8900 Augsburg,	Tel. 0821/54 20 31

NIEDERSACHSEN-MITGLIEDERTREFFEN

2. Aug. 85, Café CALDO, Hannover
Anmeldung bitte über reg. Kontaktadressen (s. Beilage).

Landesverband NRW gegründet

Am 1. Mai wurde im Kultur- und Kommunikationszentrum „KuKoZ" in Paderborn nach angeregter Satzungsdiskussion der Landesverband NRW des Vereins Freunde und Förderer der Ökobank gegründet. Vorausgegangen waren seit November vergangenen Jahres intensive Diskussionen mit Initiativgruppen, Aktivenkreisen, Vereinsmitgliedern, sowie zuletzt öffentliche Veranstaltungen in 9 Städten des Landes, die von Aktivenkreisen organisiert wurden. Unser Ziel war es von Anfang an, einen Landesverband zu gründen, der sich auf eine möglichst große Zahl vernetzter aktiver Mitarbeiter/innen stützen kann. Dieses Ziel dürfte nun erreicht sein. Denn mittlerweile gibt es in 6 Städten Aktivenkreise (Lokalgruppen), die sich regelmäßig treffen: in Düsseldorf, Münster, Paderborn, Minden, Köln und Bonn. In 6 Städten steht die Einrichtung von Lokalgruppen unmittelbar bevor: in Essen/Mülheim, Soest, Bielefeld, Bad Honnef, Wuppertal und Menden. Wenn sich die gegenwärtige Tendenz fortsetzt, dürfte es bald flächendeckend etwa 15 bis 20 lokale Aktivenkreise geben. Für die Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, sowie für die Aufbauarbeit vor Ort ist dadurch in den nächsten Monaten mit einem beträchtlichen Schub an Eigeninitiative und Engagement zu rechnen. Entsprechend ihrer wichtigen Rolle wurden die Lokalgruppen als eigenes Organ in der Satzung verankert.

Neben den Lokalgruppen gibt es auch 5 überregionale Arbeitsgruppen, die sich mit übergreifenden Themen befassen: Ökologie & Ökonomie (Programmatisches, Kreditvergabekriterien und -richtlinien); NKE (Nachrichten- und Kommunikationstechnologien, EDV, Banken-EDV); Ökobank und Dritte Welt; Bankwesen, Haushalt und Finanzen; die Gründung einer Arbeitsgruppe zum Thema Selbstverwaltung und Alternativfinanzierung steht unmittelbar bevor (es ist an eine enge Kooperation mit dem zuletzt als landesweite Dachorganisation gegründeten „Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V." gedacht). Die überregionalen Arbeitsgruppen, die im Beirat des Vereins zusammengeschlossen sind, sind auch bundesweit aktiv. Ihre Stellung in der Satzung entspricht der der Lokalgruppen.

Wir machen nur das Selbstverständliche...

Zur Grundposition der Aktion Dritter Weg

Die Anfänge der Aktion

Die Aktion Dritter Weg – obwohl unter diesem Namen erst zehn Jahre später gegründet – ist eigentlich eine Frucht des ungemein keimfreudigen Jahres 1968 – dem Höhepunkt der Außerparlamentarischen Opposition (APO), der Studentenrevolte und der Bewegung des Prager Frühlings, jener Erneuerungsbewegung für eine „Gesellschaft mit dem Antlitz des Menschen", die in der Tschechoslowakei gegen den senilen Stalinismus schon den Sieg errungen hatte, dann aber „brüderlicher Hilfe" zum Opfer fiel.

In dieser Aufbruchzeit fanden sich im engagierten Miterleben dessen, was damals die Gemüter ganz Europas bewegte und nach der unsäglichen Verkrampftheit der fünfziger und sechziger Jahre völlig neue Zukunftsperspektiven fast eruptiv herausschleuderte, die ersten Aktivisten, die dann zusammen mit einem gleichsam zweiten Schub in den siebziger Jahren Hinzukommender 1977/78 die Aktion Dritter Weg konstituierten.

Die Hauptfrage

Dazwischen lagen seit 1971 sieben Jahre intensiver Erforschung und Diskussion der Hauptfrage, um die es heute ja wohl geht: Was muß geschehen, damit wir die beiden die Menschheit auf so unterschiedliche Weise versklavenden und den Planeten ruinierenden Machtsysteme, den westlichen *Kapitalismus* einerseits und den östlichen *Etatismus* andererseits wie den Stier bei den Hörnern packen und in die Knie zwingen können?

„Wir", das meint natürlich alle Menschen auf dieser Erde, die die Opfer dieser doppelköpfigen Teufelei sind, also alle diejenigen, die in ihrem bißchen Leben nicht oder nicht wesentlich von den herrschenden Strukturen profitieren und die nicht wollüstig verwickelt sind in den Kitzel der Macht. Das ist ja bei weitem die Mehrheit – auch hierzulande, nicht nur bei den unterdrückten Völkern in Afrika, Lateinamerika, Asien.

Die menschheitliche Gesamtsituation muß geändert werden

Also das war *unser* Einstieg in die Alternative: nicht irgendeine besondere persönliche Benachteiligung in den bestehenden Verhältnissen – wir waren entweder bewußte Aussteiger aus diesem System des platten Materialismus und Egoismus oder bewußte Verweigerer, die nicht gewillt waren, mit ihren Fähigkeiten auch ein Rad oder ein Rädchen oder gar eine sog. Führungsfigur in dem Betrieb der Megamaschine zu bleiben oder zu werden. Wir sahen und wir sehen heute noch viel deutlicher als damals *die menschheitliche Gesamtsituation;* sie zu einer wahrhaft menschlichen und lebenswerten für alle umzugestalten – nur das kann das Ziel sein. Natürlich: Man muß irgendwo anfangen. Wo?

Das Ideal des Künftigen lebt im Menschen

Im Bedenken dieser Frage kamen wir zu dem Schluß: Wir Menschen, die wir das Urbild der Idee einer Gesellschaft, die durchlebt und getragen ist von den strahlenden Idealen der *Freiheit*, der *Gleichheit* und der *Brüderlichkeit*, im Herzen tragen – und damit den Wunsch nach einer *Welt des Friedens* und der *Achtung vor der Würde allen Lebens* – wir Menschen werden uns erst dann befreien können von den Ketten der Gewalt, der Ungerechtigkeit und Manipulation, wenn wir eine möglichst klare Vorstellung davon haben, welche neuen gesellschaftlichen Strukturen konkret an die Stelle der alten treten sollen, damit die ersehnten Ideale auch Wirklichkeit werden und Strukturen konkret an die Stelle der alten treten sollen, damit die ersehnten Ideale auch Wirklichkeit werden und bleiben können.

Klärung der Erkenntnisgrundlagen

Darüber Klarheit zu gewinnen: das hat uns vorrangig in der ersten Hälfte der siebziger Jahre in Anspruch genommen. Hauptsächlich an den Arbeitsstätten des Internationalen Kulturzentrums Achberg (bei Lindau am Bodensee), das wir als ein freies Wissenschaftsunternehmen und Tagungsstätte 1971 gründen konnten, riefen wir Menschen aus vielen Ländern zusammen, von denen wir aus Veröffentlichungen in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, aus Vorträgen bei Konferenzen oder aus persönlichen Begegnungen wußten, daß auch sie über die Hauptfrage einer praktikablen Alternative zu den bestehenden Systemen nachgedacht hatten. *Denkansätze oder Erfahrungen mit praktischen Versuchen eines postkapitalistischen wie postetatistischen Weges aus einer Vielzahl unterschiedlicher wissenschaftlicher, weltanschaulicher oder religiöser Strömungen der Gegenwart* – von der Sowjetunion über Polen, Jugoslawien, Ungarn, die Tschechoslowakei, Österreich, die Schweiz, Italien, Spanien, Frankreich, Holland, Skandinavien und die Bundesrepublik, bis hin zu Beispielen aus afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern und den Vereinigten Staaten – *begegneten sich in jenen Jahren in Achberg.*

Das Forschungsergebnis: Dreigliederung des sozialen Organismus

Das sich dabei zeigte, war für uns der sichtbare Ausdruck des anfänglichen Werdens einer weltumspannenden *Bewegung für den Dritten Weg.* Für uns, die wir dann die „Aktion" dieses Namens gründeten, ergab sich im Verlauf des damaligen Prozesses als ein wichtiges erstes Arbeitsergebnis, daß keine der aufgetretenen Positionen das Notwendige des Wandels klarer, fundamentaler und umfassender begrifflich bestimmte als die auf *Rudolf Steiner* zurückgehende *Konzeption der Dreigliederung des sozialen Organismus.* Diese Position, die man auch charakterisieren könnte als diejenige eines freien und demokratischen Sozialismus der Selbstverwaltung und assoziativen Kooperation autonomer Unternehmen, die als solche die Aufgaben der Wirtschaft, des Staates und der Kultur – zentral so weit als nötig, dezentral so weit wie möglich – wahrnehmen, – diese Position integrierte unseres Erachtens die wesentlichen Elemente der verschiedenen „dritten Wege" ideal, ohne sie nach irgendeiner Seite hin mit dieser oder jener Philosophie oder mit diesem oder jenem Glauben zu befrachten.

Diese Position der Dreigliederung des sozialen Organismus: so präzise sie in ihrer Ideengestalt sich darstellte, war gleichzeitig – so ergab es sich dem gründlichen Erkunden – weltanschaulich wirklich neutral oder auch offen für unterschiedlichste Bezüge dieser Art. Und: Wir gewannen den Eindruck, daß sich mit dieser „Theorie" auch *unmittelbar alternative Praxis* bewirken ließ, – also die Keimzellen der neuen Gesellschaft im Schoße der alten zu bilden, soweit diese in ihren Grenzen es gestattet.

Die drei Säulen unserer Strategie

Damit waren zwei Bausteine – oder besser: zwei strategische Elemente – für die große Transformation des sozialen Organismus in Richtung des dritten Weges beisammen: Einerseits *die Idee als begriffliches Bild der „Konkreten Utopie"*, wie Bloch und Herbert Marcuse und mit ihnen die Studentenbewegung das nannte und andererseits *der praktische Versuch* auszuprobieren, inwieweit wir selbst schon die Fähigkeit entwickelt haben oder würden entwickeln können, mit beiden Beinen das Neandertal der alten Strukturen und Verhaltensweisen zu verlassen; aber auch konkret zu untersuchen, wo die bestehenden Verhältnisse dem Versuch des dritten Weges in praktischer Durchführung objektive, unüberwindbare Grenzen setzen, Grenzen, die nur weggeräumt werden können, wenn das System als Ganzes – politisch – fällt.

An dieser Stelle und letztlich zentral nur an dieser Stelle müßte dann in der Strategie der Systemveränderung die im engeren und eigentlichen Sinne *politische* Aktion für den dritten Weg ins Spiel kommen. Hierbei geht es um das Bemühen, einen Zugang zu finden, dort *demokratisch in die staatliche Gesetzgebung* einzugreifen, wo die entscheidenden Blockierungen gegen die soziale Erneuerung liegen, *damit die Menschen den gesellschaftlichen Organismus so entwickeln können, wie es ihrer Einsicht in die Lebenszusammenhänge und wie es ihren Zielen entspricht.*

Das also war – kurz zusammengefaßt – die Konfiguration, auf der die Aktion Dritter Weg als Initiative sich gründete und auf der sie auch heute ruht:

1. Es gibt eine Wissenschaft vom dritten Weg – in ihrer reifsten Form als Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus (wenn diese Idee auf Steiner zurückgeht, heißt das nicht, daß sie in ihrer begrifflichen Ausformung nicht weiterzuentwickeln wäre über Steiners Präsentation hinaus; das ist nicht nur möglich, sondern auch nötig; insofern gibt es für uns keinerlei Dogmatismus und Orthodoxie).

2. Es gibt die Möglichkeit, den dritten Weg zu praktizieren, wenn wir nur wollen – jedenfalls in allen Ländern des sog. „freien Westens", der insofern in der Tat wirklich frei ist, als hier Alternativen immerhin praktisch Fuß fassen können im Unterschied zu den Ländern des „real existierenden Sozialismus", die alles im Keim ersticken, was vom Willen der Politbüros abweicht. Wir müssen also keineswegs auf irgendeine ferne Zukunft warten. Wer den Willen hat, der kann mit andern zusammen *einsteigen in die neue Republik,* jedenfalls in allen Bereichen, die nicht staatlicher Hoheitsfunktion unterworfen sind, also einen gewissen Selbstverwaltungsspielraum haben.

Und **3. wäre es in den sog. demokratischen Gesellschaften** – z.B. in der BRD **– sogar möglich, auch den staatlichen Hoheitsbereich zu entmachten und die Demokratie durch Volksgesetzgebung real zu verwirklichen;** aber das ist schon an die Mitwirkung der Mehrheit gebunden und kann – ja muß – wie wir meinen heute zwar vorbereitet, aber es kann augenblicklich noch nicht praktiziert werden.

Alle drei Aspekte sind Säulen der Aktion Dritter Weg. Und wir sehen im Elementaren der jeweiligen Säule keineswegs etwas, was heute nur eine kleine Gruppe von Zeitgenossen anginge, die vielleicht als eine Art Avantgarde der allgemein-menschlichen Entwicklung weit vorauseilt. Jede Säule faßt unseres Erachtens in heutiger Zeit eigentlich *Selbstversändliches* zusammen, das vielleicht nur jene nicht wollen, die es bekämpfen, weil es für sie den Verlust ihrer Privilegien und ihrer Macht, ihre Mitmenschen zu beherrschen, zur Folge hätte.

Das anthropologische Fundament:

Dieses Selbstverständliche sei abschließend noch im Grundsätzlichen vertieft, wobei die Details weiteren Darstellungen vorbehalten seien.

Selbstbestimmt handeln

Wir meinen, daß es für den heutigen Menschen – hat er seine lähmenden Ängste und Zweifel, seine Resignation und Mutlosigkeit erst einmal abgeschüttelt – klar ist, daß er das Bedürfnis hat, nicht mehr nur Befehlen zu gehorchen oder Anordnungen auszuführen, sondern *aus eigener Einsicht in den Sinn seines Tuns selbstverantwortlich zu handeln.* Wenn wir für diese Tatsache einmal den Begriff der *Freiheit* einsetzen, dann meinen wir, sagen zu können, daß dieser so verstandene Freiheitsimpuls eine erste Selbstverständlichkeit in gegenwärtiger Zeit ist, die danach verlangt, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und insbesondere auch am Ort der Arbeit berücksichtigt zu werden.

Demokratisch abstimmen

Ein zweites Bedürfnis meinen wir ebenso fundamental bemerken zu können: der heutige Mensch rebelliert innerlich dagegen, wenn er ausgeschlossen wird von der Mitbestimmung über dasjenige, was ihm an Rechten zustehen und an Pflichten auferlegt sein soll. *Er will selbstverständlich mitbestimmen über das, was für alle gleichermaßen verbindlich gilt.* In diesem Anliegen drückt sich aus der *Impuls der Demokratie. Demokratisch will der zeitgenössische Mensch die Angelegenheiten des Rechtslebens überall dort mitbestimmen, wo er in der Gemeinschaft mit anderen wirkt.* Auch hier geht es wieder entscheidend darum, daß dieser Impuls der Demokratie die menschliche Arbeitswelt voll durchdringen kann.

Solidarisch teilen

Und auch ein Drittes versteht sich heute von selbst – auch wenn der erste Anschein dies nicht zeigen mag. Man sagt ja oft, die Menschen dächten heute wenn nicht ausschließlich so doch in erster Linie an sich, kurz: sie seien unverbesserliche Egoisten. Mag sein, daß wir alle noch zu sehr Egoisten sind; aber wenn man die letzten Jahrzehnte überblickt, kann man auch finden, daß es für immer mehr Menschen ein starkes Bedürfnis geworden ist, *solidarisch zu sein* mit denen, die auf der Schattenseite des Lebens stehen, mit ihnen *zu teilen.* Nicht mehr ruhig bleiben zu können, wenn auch fernste Nächste leiden usw.: Auch dieser Impuls – benennen wir ihn ruhig mit dem alten Wort *Brüderlichkeit im Sinne von für einander einstehen, einander tragen und helfen und nicht nach Gegenleistung fragen* – auch dieser Impuls wird mehr und mehr zur Selbstverständlichkeit. Er ist es auch, der uns bewegt, wenn wir uns heute des Wertes und der Würde unserer Mitgeschöpfe bewußt werden, wenn wir die Tierwelt, die Pflanzenwelt und auch das Reich des Mineralischen ja den ganzen Kosmos als etwas sehen und erleben lernen, dem wir uns in Ehrfurcht pflegend und schützend zuwenden sollen.

In dem, was wir in der Aktion Dritter Weg unternehmen, achten wir auf diese drei Grundimpulse. Sie sind es, die der Mensch heute als wesenhaft mit seiner Würde verbunden erfährt. Sie sollen so umfassend wie möglich sich entfalten können, damit die Erde nicht länger ein Jammertal, sondern der Ort wahrhafter Selbstverwirklichung für alle Erdenbürger ist. Ein neuer „Sonnenstaat."

Das Fundament in den sozialen Strukturen

Betrachten wir im nächsten Schritt *die Ebene der gesellschaftlichen Strukturen.* Auch hier begegnet uns Selbstverständliches – obgleich die Verhältnisse es arg verdecken und der Wahrnehmung zu entziehen scheinen.

Integrales System

Eine erste Tatsache: Die dominierenden Entwicklungskräfte der letzten Jahrhunderte haben in diesem Jahrhundert endgültig dazu geführt, daß durch die arbeitsteilige Produktion der ganze Planet und die ganze Menschheit sozusagen ein einziges Gesamtunternehmen wurde. Tatsache ist: *weltumfassende Interdependenz.* Alle Völker – so verschieden sie in ihren Kulturen, Traditionen usw. auch sein mögen – sind *in der Arbeit zu einem großen sozialen Organismus miteinander verwoben. Die Welt ist* – in wirtschaftlicher Hinsicht – *ein „integrales System" (Eugen Löbl).* Wir werden sehen, daß es revolutionäre Konsequenzen hat, nimmt man diese Selbstverständlichkeit real zur Kenntnis und orientiert sein Handeln an diesem Gesetz, dem Gesetz der Integralität.

Die Arbeits-Frage

Eine zweite Tatsache kommt hinzu: Das Wesen der Arbeit selbst hat sich im Prozeß der Herausbildung dieses planetarischen Netzwerks grundlegend gewandelt: *Arbeit ist heute überall Arbeit für den Weltmarkt, für das soziale Ganze.* Der Empfänger des jeweiligen Arbeitsergebnisses bleibt meist anonym, in vielen Fällen kommen die meisten Tätigen mit dem Produkt, an dessen Zustandekommen sie beteiligt sind, gar nicht mehr in Berührung, allenfalls mit einem Teilaspekt desselben. Das hat zur Folge, daß aus dem Resultat der konkreten Leistung in der Regel keinerlei Befriedigung mehr gezogen werden kann. Der persönliche Anteil, den der Einzelne am Zustandekommen des Gesamtergebnisses hat, verschwindet ganz und gar. Auch dieses Faktum muß zu einem radikalen Wandel unseres Arbeitsverständnisses führen, wenn wir es rückhaltlos zur Kenntnis nehmen.

Die Einkommens-Frage

Ein Drittes: Die Versorgung der Menschen mit den für ihren Lebensunterhalt notwendigen Gütern erfolgt nicht mehr aus den Leistungen des einzelnen Bedürftigen selbst, auch nicht der Gruppe, mit der er in der Arbeit unmittelbar zusammenwirkt, sondern aus dem Ergebnis der Leistungen des ganzen Organismus. Brauche ich ein Blatt Papier, kann ich das nur bekommen, weil der gesamte Organismus tätig ist und dies ermöglicht. Das gilt für alles. Mit anderen Worten: *Der Bezug des Einkommens, also die Möglichkeit, meinen Bedarf zu befriedigen, ist faktisch nicht mehr mit meiner Arbeit gekoppelt.* Wird das beachtet, hat es enorme Konsequenzen.

Die Kapital-Frage

Viertens gilt es wahrzunehmen, daß das „Kapital" – verstanden als einerseits alles, was Erdennatur ist (Boden, Bodenschätze, Gewässer, Luft usw.) und was andererseits wie eine Erweiterung der Naturgrundlage sich über Generationen hin entwickelt hat als die Sphäre der technischen Produktionsmittel – seinem Wesen nach der Menschheit geschenkt bzw. durch einen großen sozialen Entwicklungsprozeß entstanden ist. *Kapital ist per definitionem einerseits eine irdisch-kosmische und andererseits eine gesellschaftlich-menschheitliche Wirklichkeit.* Auch dieses Selbstverständliche hat umwälzende Bedeutung, folgt man seiner Wahrheit.

Die Geld-Frage

Fünftens und Letztens eine Wahrnehmung am Geld. *Was ist das Geld heute? Immer nur ein Rechtsdokument!* Für die einen ist es Berechtigung, für die andern Verpflichtung. Wenn es in den sozialen Prozeß eintaucht, übt es immer diese beiden Grundfunktionen aus. Es ist auf Werte bezogen: Letztlich immer nur auf zwei Werte. Zum einen auf alle Konsumwerte. Es berechtigt zum Erwerb desselben. Zum andern bedeutet es dort, wo es in Verbindung tritt mit den Arbeitsstätten, die Verpflichtung derselben, ihre Aufträge zu erfüllen. Hinter dem verwirrend schillernden Geldschleier verbirgt sich als Realität nur diese zweifache Rechtsfunktion des Geldes. Es führt zu einer Tempelreinigung allergrößten Stils, wenn man sich entschließt, das Geldverständnis und die Geldpraxis an dieser Realität zu orientieren.

Die politische Aufgabe

Die Aktion Dritter Weg *als politische Initiative* ist die Aufgabe, aus diesen selbstverständlichen Tatsachen der heutigen Wirklichkeit – den drei anthropologischen Grundimpulsen und den fünf realen gesellschaftlichen Strukturelementen – die adäquaten Konsequenzen für eine entsprechende elementare demokratische Gesetzgebung auf gesamtstaatlicher Ebene zu ziehen. Welche konkreten Schritte dafür heute schon gesetzt werden können, das werden wir in einem späteren Beitrag erläutern.

Der praktische Versuch

Die Aktion Dritter Weg als „Modell", als „Übung", als „Demonstration" ist der Versuch, durch eine *Assoziation von Unternehmen und Arbeitsfeldern unterschiedlicher Art* (nach heutigen Begriffen sog. erwerbswirtschaftliche und gemeinnützige = wissenschaftliche, soziale, künstlerische etc.) die Konsequenzen aus dem Selbstverständlichen schon hier und jetzt zu ziehen im Hinblick auf das Ernstnehmen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität einerseits und das Berücksichtigen der charakterisierten strukturellen Grundtatsachen andererseits – soweit dies die heute geltenden staatlichen Gesetze zulassen und soweit unsere Fähigkeiten bisher (unzulänglich genug) vorhanden sind.

In einer nächsten Nummer werden wir diese Konsequenzen im einzelnen verdeutlichen an den „Lösungen", die wir gefunden haben für die Frage der Kapitalverwaltung, der Mitarbeiter-Selbstbestimmung im Rahmen der kollegialen Leitung, der Einkommensordnung, der assoziativen Gestaltung der Geldflüsse und – last not least – der gemeinsamen Beratung der Aufgaben und Entwicklungen des einzelnen Arbeitsfeldes und der Ziele und nächsten Schritte des Unternehmensverbandes insgesamt.

Wilfried Heidt

Fortsetzung von Seite 1

EIN STAAT IM STAAT ?

Nach dem Grundgesetz hat jeder das Recht, "zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden" (Art. 9 III GG). Zu dieser Koalitionsfreiheit gehört auch das Recht, darüber zu befinden, ob ein neues Mitglied aufgenommen werden soll. I.d.R. treten diese Verbände gegenüber anderen Interessengruppen als Repräsentanten für ihre Mitglieder auf und erfüllen damit im sozialen Zusammenleben der Gesellschaft eine öffentlich-rechtliche Aufgabe, da der Gesetzgeber bei bestimmten Angelegenheiten nicht mehr mit dem einzelnen Mitglied verhandeln muß. Je mehr diese Verbände derartige wirtschafts- und berufspolitische Funktionen wahrnehmen, desto mehr wächst diesen Verbänden wirtschaftliche Macht zu (Lobby-Funktion). Dies ist umso mehr der Fall, als solche Vereinigungen einen bestimmten Bereich des gesellschaftlichen Lebens insgesamt erfassen und regeln und der Bewerber u. U. für seine Berufsausübung auf die Mitgliedschaft angewiesen ist. Inwieweit derartige wirtschaftlich und sozial mächtige privaten Vereine und Verbände ihre "Macht" im Sinne der Gemeinschaft einsetzen, entzieht sich weitgehend der staatlichen Kontrolle und findet allenfalls eine Begrenzung in einzelnen Gesetzen, die einen Aufnahmezwang für Bewerber regeln. So heißt es z. B. im § 27 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, daß die Aufnahme eines Bewerbers nicht abgelehnt werden darf, wenn die Ablehnung eine sachlich nicht gerechtfertigte ungleiche Behandlung darstellt und zu einer unbilligen Benachteiligung im Wettbewerb führt. Ein derartiger Anspruch muß über das Bundeskartellamt geltend gemacht werden.

Welche politische Brisanz das Thema "Macht der Verbände" besitzt, zeigt nicht zuletzt die rege Diskussion in allen Parteien und die bereits verschiedentlich erhobene Forderung nach einem Verbandsgesetz.

So befaßt sich u. a. die SPD auf ihrem rechtspolitischen Kongreß im Juni 1975 mit dem Thema "Freiheitssicherung gegenüber gesellschaftlicher Macht". Ohne das Thema über Gebühr strapazieren zu wollen, läßt sich hier festhalten, daß den Verbänden sukzessive mehr Macht zugewachsen ist und zuwächst, daß die Vereinigungen Macht mit Hilfe der Verbandsstellung durchsetzen und die Herren in den Verbandsetagen eher machtpolitisch denken denn zum Wohle der Gemeinschaft.

Geschlossene Gesellschaft

Die Tragweite dieser Tatsache bekam nun der Verein "Freunde und Förderer der Ökobank" in vollem Umfang zu spüren. Da er die Gründung einer Genossenschaftsbank anstrebt, sieht er sich plötzlich einer totalen Ablehnung desjenigen Verbandes gegenüber, in dem bisher alle Kreditgenossenschaften zusammengeschlossen sind: dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken in Bonn. Dieser Verband, der durch den Zusammenschluß der bis 1973 unabhängig voneinander existierenden Verbände der Volks- und Raiffeisenbanken für die Bankengruppe Kreditgenossenschaften eine monopolartige Stellung erreicht hat, bekundet dem Verein in zwei Schreiben lapidar: "Die Verfolgung politischer Ziele ist nicht die Aufgabe der genossenschaftlichen Kreditinstitute, daher sehen wir für das von Ihnen erbetene Gespräch keine Möglichkeit."

Nun führt sowohl die Form, als auch die sachliche Begründung des Verbandes zu der Vermutung, daß der Verband mit dieser "Ökobank" nichts zu tun haben will.

Soll das etwa heißen, daß der Verband eine Ökobank nicht als Mitglied akzeptiert und damit auch nicht in die Sicherungseinrichtungen aufnehmen will?

Glücklicherweise (?) leben wir aber in einem Rechtsstaat und können diesen an seinen eigenen Ansprüchen messen. Insofern sind die Ökobanker guten Mutes, daß die Rechtsprechung in dieser Frage auf ihrer Seite ist. Da gibt es das bereits oben erwähnte Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, nachdem die Aufnahme dann nicht abgelehnt werden darf, wenn dadurch eine Diskriminierung und unbillige Benachteiligung des Bewerbers entsteht.

Die Diskriminierung liegt vor, wenn nachweislich eine "sachlich nicht gerechtfertigte ungleiche Behandlung des Bewerbers festzustellen ist". Richtungsweisend ist hier der den Verbandsunternehmen gemeinsame Zweck. Dieser wiederum muß in der Satzung des Verbandes festgehalten sein. Nun hat eine derartige Überprüfung im Hinblick auf die Verbandssatzung niemals stattgefunden, gibt es weder beurteilungsrelevante Unterlagen über die Ökobank beim BVR, noch gab es irgenwelche Gespräche.

Stattdessen liefert der BVR eine sehr eigenwillige Begriffsbestimmung der genossenschaftlichen Idee und lehnt jedes ehrliche Ansinnen auf ein klärendes Gespräch pauschal ab.

Außerdem sagt das Gesetz, daß der Bewerber nicht "unbillig" benachteiligt werden darf. Eine solche unbillige Benachteiligung im Wettbewerb ist anzunehmen, wenn "die Nichtaufnahme in den Verband bei den Abnehmern den Eindruck erwecken würde, daß der Bewerber nach Ansicht der Branche nicht den Anforderungen genügt oder "unseriös" ist. Wie ist dies vor dem Hintergrund einer Nichtaufnahme in die Einlagensicherung des Verbandes zu sehen? Soll damit das Ökobankprojekt bei seinen Interessenten schon im Vorfeld der Bankgründung wegdiffamiert werden?

Genossenschaftsidee ade?

Man muß sich die Frage stellen, ob die sukzessive Anhäufung von Verbandsmacht im allgemeinen und im konkreten Fall des BVR nicht zu einer unzulässigen Machtverschiebung im sozialen Zusammenleben führt. Ob in diesem konkreten Fall das gewachsene und traditionsreiche Genossenschaftswesen selbst hier in einer unzulässigen Weise beeinträchtigt wird, ob charakteristische Merkmale der deutschen Genossenschaften wie der Wille zur Selbsthilfe und Selbstverwaltung Selbstverantwortung und Demokratie durch machtpolitische Maßnahmen untergraben werden? Diese Frage zu beantworten werden wir nicht allein den Bonner Verbandsherren überlassen.

BVR

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken · BVR

Heussallee 5 · 5300 Bonn 1
Postfach 12 04 40
Telefon: (0228) 509-1 · Durchwahl: 509- 283
Telex: 08 86 779

BVR · Postfach 12 04 40 · 5300 Bonn 1

Herren Rechtsanwälte
Heinrich & Partner

Mittelweg 3

6000 Frankfurt/M. 1

EINGEGANGEN
09. Juli 1985
Erl.....

Hh/Gf
2o. 6. 1985
Dr.W/fu
BVR-SE
3. 7. 1985

Gründung der Ökobank;
hier: Mitgliedschaft beim BVR/Aufnahme in die Sicherungseinrichtung des BVR

Sehr geehrte Herren,

wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 2O. v. M. und kommen zugleich zurück auf Ihren Brief vom 11. 4. d. Js. in gleicher Angelegenheit.

Bereits unter dem 19. 3. 1985 hatten wir gegenüber dem Verein der Freunde und Förderer der Ökobank Berlin e. V. zur Frage einer etwaigen Mitgliedschaft der Ökobank im BVR eindeutig Stellung bezogen. Eine Fotokopie dieses Schreibens fügen wir bei.

Abgesehen davon, dass - wie Sie inzwischen sicherlich der Presse entnommen haben - die Überarbeitung der Bestimmungen unserer Sicherungseinrichtung inzwischen abgeschlossen werden konnte, haben wir dieser damaligen Äusserung nichts hinzuzufügen. Bei dieser Sachlage wollen Sie bitte auch dafür Verständnis haben, dass wir für das von Ihnen erbetene Gespräch keine Möglichkeit sehen.

Auch eine Übersendung des neuen Statuts der Sicherungseinrichtung des BVR halten wir nach Lage der Dinge für nicht angängig.

Mit freundlichen Grüssen
BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN
VOLKSBANKEN UND RAIFFEISENBANKEN, BVR

(Dr. Weiser) (Dr. Kessel)

ÖKOBANK ZU POLITISCH!

Sie hat's wahrhaftig nicht leicht. Den einen ist sie zu viel Bank, den anderen zu wenig, manchen kommt sie zu schnell, anderen dauert's zu lange, den einen ist sie zu grün, den anderen zu rot und dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken ist sie – wie jetzt bekannt wird – zu politisch.

Muß man sich mal so richtig reinziehen: ausgerechnet der ÖKO-BANK, deren erklärtes Ziel es ist, neue Arbeitsplätze und soziale Innovationen in den **genossenschaftlich organisierten** *selbstverwalteten Betrieben entwickeln zu helfen, die von Anfang an die* **genossenschaftliche Rechtsform** *als demokratischste propagiert und für sich gewählt hat – ausgerechnet dieser Bank will der Monopolverband der Kreditgenossenschaften die Aufnahme verweigern.*

4 Monate lang hat sich der ÖKOBANK-Verein geduldig und höflich um Kontaktaufnahme bemüht. Mit Brief vom 9.7. wurde jetzt von oberster Stelle jegliches Gespräch verweigert.

CONTRASTE findet das einen Skandal. Eine Ohrfeige nicht nur für die ÖKO-BANK, eine Ohrfeige für die Idee und die soziale Leistung der gesamten Selbstverwaltungswirtschaft.

Es ist empörend, mit welch dummdreister Arroganz diese Handvoll Verbandsfunktionäre mit der Genossenschaftsidee umspringt. Ist die denn wirklich schon so weit runter, daß kein Protest laut wird bei den solcherart repräsentierten real existierenden Genossenschaften?

Waren die "Gründungsväter" Raiffeisen und Schultze-Delitsch wirklich solche Ignoranten? Hatten die nicht in Wahrheit genau **die sozialen Verbesserungen** *im Kopf, die heute von den "neuen sozialen Bewegungen" gefordert und erarbeitet werden?*

Daß aber ist das "zu politische" an der ÖKO-BANK, daß sie diesen Ansatz unterstützen will!

Die CONTRASTE-"Genossenschaft", die – wie viele selbstverwaltete Betriebe – weiterhin darauf bestehen wird, neben den Interessen der eigenen Mitglieder auch die der umgebenden Gesellschaft "nach Kräften zu fördern", wartet gespannt auf Reaktionen.

Innerhalb der Selbstverwaltung wäre darüber nachzudenken, ob dem Dauerausverkauf der sozialen Utopien länger schweigend zugesehen werden muß, ob es nicht nach allen negativen Erfahrungen allmählich an der Zeit ist, der Arroganz der Macht und der Ausgrenzung eigene Ansätze entgegenzusetzen.

Die Finanzmanager der Szene sollten sich überlegen, ob nicht diese offene Kampfansage auch andere und spätere Ansätze zur Bankgründung betreffen wird.

Selbstverständlich ist der Zugang zum freizügigen Sparverkehr der Genossenschaftsbanken **die notwendige Hilfe,** *die eine Bank für Selbstverwaltung und Ökologie braucht, um wirklich überregional für alle da zu sein.*

Kein schlechter Anlaß, scheint mir, einmal zusammenzustehen – was wiederum als "vertrauensbildende Maßnahme" dem Konzept späterer Zusammenarbeit einem tatsächlich integrierten Finanzkonzept sicher nicht schaden würde.

K.B.

Papier ist kein Müll und gehört auch nicht dorthin!

Leider ist es auch heute noch so, daß der Verbraucher Papier als Wegwerfprodukt betrachtet. Jeder sollte wissen, daß Papier aus einem hohen Anteil Zellulose und damit aus Holz hergestellt wird. Dabei kommt das von der Papierindustrie viel beschworene Schwachholz nur zu geringen Teilen zum Einsatz. Der weitaus größte Teil des „Rohstoffes" Holz wird heute aus dem Ausland, insbesondere den Ländern der sog. „3. Welt", in die BR Deutschland eingeführt. Damit findet eine Verlagerung der Ausbeutung der Natur auch in andere Länder statt.

Unser Anspruch als ORIGINAL e.V. ist es, einen Beitrag zu leisten, die Produktion weißen Papiers und damit die Zellstoffherstellung einzuschränken. Das heißt, den Gebrauch von Umweltschutzpapier soweit wie möglich erhöhen und die Wiederverwertung von Altpapier fördern. Dem voraus geht eine Bewußtmachung des Recyclinganspruchs durch Öffentlichkeitsarbeit.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist es, Möglichkeiten der dezentralen Papierproduktion (Kleinbetriebe) in betrieblicher Selbstverwaltung voranzutreiben.

Unsere Vorstellung der STRUKTUR DES BETRIEBES

- Betriebliche Selbstverwaltung
- Kleinbetrieb ohne Zwang zur Vergrößerung
- Möglichst regionale Versorgung um Transport- und Arbeitswege zu verkürzen und die Kosten gering zu halten
- Gleiche Bezahlung aller Beschäftigten (unter Berücksichtigung sozialer Belange)
- Anwendung umweltfreundlicher Techniken
- Durch die Arbeit positive Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation im gesellschaftlichen Rahmen herbeiführen

FORDERUNGEN AN DIE PRODUKTION

- Einsatz von 100 % Altpapier aus Haus- und Industrieabfällen
- Keine Entfärbung (deinking), Bleichung oder Färbung
- Mechanische Altpapieraufbereitung, möglichst ohne Faserverkürzung
- Leimung nur mit Naturharzen
- Ökologischer Wasserhaushalt durch geringen Frischwasserzusatz (max 5 l/kg Fertigpapier gegenüber bis zu 440 l/kg bei Papier erster Qualität) und weitestgehende Klärung der geringen Abwässer
- Geringerer Energieverbrauch durch technische Neuerungen, wie z.B. Wärmerückgewinnung

Wie sieht unsere Arbeit heute und in naher Zukunft aus?

Unser Vorrangigstes Ziel ist, Menschen zur Mitarbeit bei ORIGINAL zu aktivieren, um dann effektiv Aufklärung und Umdenken der Verbraucher in Sachen Umwelt und Papier zu erreichen. Wir wollen durch Informationsarbeit die Wegwerfhaltung ändern, die erhöhte Rückgewinnung von Altpapier gerade im Haushalt erreichen und die Benutzung von UWS-Papier weiter ausbauen.

Dafür setzen wir unsere eigene Altpapiersammlung fort und wollen sie bei entsprechendem personellem Zuspruch auch erweitern. Darüberhinaus arbeiten wir mit Müll- und Recyclinggruppen zusammen, die u.a. auch eines Tages ein Recyclingcenter aufbauen wollen. Zur Zeit beschaffen wir uns technische und betriebswirtschaftliche Informationen zur kleinstmöglichen Papierproduktionsstätte. An Beteiligung von Maschinenbau-Studenten u.ä. wären wir sehr interessiert. Eine Finanzierung der „Papierfabrik" soll die zu gründende Genossenschaft in Form von Anteilen und Krediten erreichen.

Für weitere Informationen stehen zur Verfügung:
ORIGINAL e.V.
c/o Umweltschutzzentrum
Hinüberstraße 18, Postfach 11 04
3000 Hannover 1, 0511/34 30 23

Lothar Baumelt, Bödeckerstraße 74
3000 Hannover 1, 0511/33 28 14

ANZEIGE

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (abl)

ist ein bundesweiter Zusammenschluß der Arbeitskreise junger Landwirte.
Wir setzen uns kritisch mit der Entwicklung der Landwirtschaft und der gültigen Agrarpolitik auseinander und versuchen neue Wege und neue Verbündete zu finden.
Neben unserer konkreten Arbeit vor Ort geben wir eine Zeitung heraus:

das Bauernblatt
Eine Zeitung von Bauern für Bauern

In dieser Zeitung berichten wir über unsere Aktionen und Wege einer neuen Agrarpolitik für kleine und mittlere Bauern:

- Auswirkungen der EG-Agrarpolitik?
- Wohin gehen die Subventionen?
- Sind die Genossenschaften noch bäuerlich?
- Was vertritt der Bauernverband?
- Umstellungsprobleme
- Erzeuger-Verbraucherzusammenarbeit
- Selbsthilfemaßnahmen

Wer sich für uns und das monatlich erscheinende **Bauernblatt** interessiert, wende sich wegen Informationen, Probeexemplaren, Abonnementbestellungen an:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (abl)
Hofäckerweg 1
7407 Rottenburg 15

Zum 100sten Geburtstag von
ERNST BLOCH und GEORG LUKÁCS

TÜTE SONDERHEFT

mit Beiträgen von
Oskar Negt·
Gajo Petrović
Helmut Fahrenbach
Eberhard Braun
Gerard Raulet
Jürgen Fuchs
Mihaly Vajda
Jürgen Moltmann
Karola Bloch u.a.
Beilage:
Briefe Rudi Dutschkes an Bloch

Preis 9 DM

zu bestellen bei:
Stadtmagazin TÜTE
z. Hd. v. Welf Schröter
7400 Tübingen
Rümelinstraße 8

Einzelbestellungen gegen Vorabüberweisung von 9 DM + 1,50 DM Porto auf KSK Tübingen 223 193 BLZ 641 500 20

TÜTE
TÜBINGER TERMINE

Wir brauchen Zeit für Lust!

Sommertraum '85

(Red. Bremen) **Nach der letzten Messe in Frankfurt stellten viele die Frage: wars das? Bei den Wintertagen in Berlin gabs zwar viel fachliches, aber auch viel kleinkariertes, bürgerliches. Die Differenzen zwischen fachlichem Streben nach Perfektion und offener politischer Auseinandersetzung um die Realisierung eines neuen Weges zur Gegengesellschaft werden immer größer. „Kein Bock auf Debatten und große Auseinandersetzungen."**

Die Realität scheint erdrückend. Die Vorstellungen von einem anderen Leben und Arbeiten verblassen bei soviel „Wirklichkeit". Trotzdem, wir brauchen Kraft und Phantasie, um nicht im allgemein mittelständischen, nur betriebswirtschaftlichem Gedankengut unterzugehn. wir brauchen Zeit für LUST!!!!

Der SOMMERTRAUM '85 – ehemals Sommergaudi – wird ein kleiner Beitrag dazu sein. Inzwischen haben 10 Projekte aus Niedersachsen einige Attraktionen vorbereitet. Urlaubsathmosphäre, mit viel Zeit für aktive Entspannung, z.B.: Zu einer guten Erholung gehört auch ein gutes Essen, meist vegetarisch, aber auf jeden Fall ohne Gift und Treibstoffe. Wenns dann noch selber gemacht wird und dazu noch Kräuter aus der Umgebung für Tee's und Salate kommen, dann ists vielleicht sogar ein Genuß. Für Spielernaturen oder solche, die es auch mal sein möchten, sind Farbe, Pinsel, Papier und Klamotten aus der Verkleidungskiste die Zutaten für ein richtiges Clowntheater oder einen Klamaukauftritt. Instrumente bauen und eine Session erleben. Wieder mal spielen lernen, auf dem Brett, im Wasser und auf dem Rasen. Wenns alles klappt, gibts auch noch 'nen Workshop für Video-und Fotofans, damit all das, was sich tut, auch dokumentiert ist.

Der Frage nach der Wirklichkeit und den Möglichkeiten eines „anderen Lebens und Arbeitens" soll auch nachgegangen werden. Nationale internationale Gäste und Freunde mit vielleicht längeren Erfahrungen oder auch ganz anderen Ansätzen plaudern aus der Strickkiste.

Die Projektmesse Nord '86
Mit viel Leben und Aktion wird Kopf und Herz hoffentlich frei, die Realität wieder mit anderen Augen zu sehen. Die Möglichkeiten der Darstellung und der Beschleunigung der Auseinandersetzung in und mit der Öffentlichkeit sollen während des Sommertraums klarer formuliert werden. Der Hamburger Werkhof und das Netzwerk haben ihr Interesse an der Durchführung der 2. Messe Nord bekundet. Termin: April/Mai '86. Näheres hierzu im nächsten CONTRASTE. Alle Interessenten an dieser Messe können jetzt schon inhaltliche Vorschläge machen.

Kontaktadresse: AG Projektmesse, Am Hulsberg 136, 2800 Bremen 1

Anmeldungen für den SOMMERTRAUM beim Tagungshaus Drübberholz, 2819 Dörverden

Jürgen Seevers, Bremen

Sommerpreisausschreiben
Nicht nur für Druck-Kollektivisten

Wieviel cm Leibesgröße sind mindestens erforderlich, um eine echte Druckmaschine bedienen zu können?
O 140
O 150
O 160
O 170

Was ist vup?
O very unbedeutend paper
O vast unterm Preis
O Vogel unterm Papier
O veines umwelt-Papier
O

Wozu braucht man chlorierte Kohlenwasserstoffe?
O zum schnüffeln
O zum sterilisieren des Kaffeewassers
O zum Kollektivküchenbodenputzen
O gar nicht

Ist rauchen schädlich?
O ja, aber nur nachts im dunkeln
O nein, außer im Benzinkanister
O muß dieses Thema denn wirklich immer erwähnt werden

Rotlicht in der Dunkelkammer bewirkt
O größere Ansehnlichkeit der Repro-Frau
O das Einsparen einer Therapiestunde pro Monat durch gehäufte präembryonale Erinnerungen

Ist der Kunde König?
O ich bin gegen Monarchien
O die Kundin habt ihr natürlich wieder vergessen
O weiß nicht

Ist der Druck von Visitenkarten für linke Anwälte
O noch revolutionär
O inzwischen das vergleichsweise revolutionärste, was wir drucken
O Revolution ist eh out

Was ist ein Sommerloch?
O ein Druckfehler
O ein Satzfehler
O ein Loch, durch das der arbeitsgepeinigte Kollektivist entweicht

und hier meine Frage ans Leben:

O .....
.....
.....

1. Preis: Der Goldene Schmitzring
2. Preis: Der Silberne Schmitzring
3. Preis: Der Saubere Schmitzring
Trostpreise:
* 3 Jonglierbälle
* Eine Zauberdruckmaschine (Marke Klaus Eigenbau)
* Eine Tüte Glitzernieten
* Ein Button aus den Anfängen: „Enteignet Springer"
* Eine große Tüte bunte Wollreste (ich schaff's ja doch nie)
* Eine Packung Riesenluftballons
* Eine schöne Ansichtskarte aus dem Italienurlaub
* Ein Geduldsspiel (Marke Klaus Eigenbau)
* Eine Packung Jakobs Krönung (damit mal wieder anständiger Kaffe ins Haus kommt – aus den care-paketen von Annettes Oma)
* Ein Buch aus unserer Betriebs-Bücherei
* Ein Tagesbedarf Pampers aus Pauls Vorrat
* Ein Glas Marmelade – Johannisbeer, Holunder oder Brombeer
* u.v.a.m.

GARANTIE: jeder Einsender + rin erhält einen Preis – Vorlieben dürfen angemeldet werden

VORSATZ: fundierte Inhalte von erholten Schwarzwurzlern in der nächsten Nummer.

alle Beiträge schicken an: Schwarzwurzel-Druck GmbH, Rathausstr. 44 6900 Heidelberg
Einsendeschluß: 15.8.85

ANZEIGE

40 Seiten, 5.– DM (3.90 + 1.10 DM Porto) Bestellung über:
blätterwald eG, Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5

Endlich – alternativer Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege in Hamburg gegründet!

(Red. Bremen) Wir, das sind die Initiativen aus dem Jugend- und Sozialbereich sowie engagierte Einzelpersonen, haben jetzt nach langen Debatten den Spitzenverband „alternativ & sozial" (also), Landesverband Hamburg e.V. gegründet.

Längst überfällig ist diese Gründung angesichts der sozialen Misere: 10 % Arbeitslosigkeit, dabei ein besonders hoher Anteil an Jugendlichen und Frauen; lange Wartelisten für Kindertagesheimplätze; immer größer werdender Druck auf die Jugend- und Drogeneinrichtungen, mit der Justiz und der Polizei zusammenzuarbeiten; eine menschenfeindliche Ausländerpolitik.

Überhaupt wird Sozialarbeit im Rahmen der Sparmaßnahmen immer mehr zur Elendsverwaltung und Selektionsinstanz.

Deshalb entstehen immer mehr Selbsthilfegruppen, Initiativen und Einrichtungen, die eine engagierte Arbeit in den verschiedensten Bereichen leisten, um für die Menschen, mit denen sie arbeiten, bessere Lebensbedingungen zu schaffen.

Das Bewußtsein Betroffener hat sich soweit gewandelt, daß sie auf ihre Bedürfnisse ausgerichtete Initiativen gründeten, die dann aber häufig mit den Vorstellungen der traditionellen Wohlfahrtsverbände kollidierten. So war es nur konsequent, einen alternativen Wohlfahrtsverband zu gründen, um auch den vielfältigen Skandalen in der Sozialpolitik und den täglichen Angriffen auf die Arbeit von Initiativen nicht mehr so hilflos gegenüberzustehen.

Wichtig ist für uns, kein Parteiladen zu sein, sondern ein Instrument für Initiativen, Alternativ- und Selbsthilfeprojekte, die der bestehenden Misere emanzipatorische und alternative inhaltliche Ansätze von Sozialarbeit entgegensetzen wollen. So haben wir satzungsgemäß parteipolitische und konfessionelle Bindung des Vereins ausgeschlossen. Ein eigener Spitzenverband bietet uns Möglichkeiten, die doch den Versuch allemal wert sind. Die große Resonanz beim Ansprechen von Initiativen scheint uns recht zu geben. Wir sind in der kurzen Zeit mit sehr vielen in die Diskussion gekommen, die großes Interesse gezeigt haben und aus den verschiedensten Bereichen kommen. Andererseits stießen wir bei unseren Diskussionen verständlicherweise auch auf eine abwartende Haltung. So bei Projekten, die sich gerade in der Gründung befinden und solchen, denen die finanzielle Existenz genommen werden könnte. Uns ist klar, daß unser „also" so stark und engagiert sein wird, wie es die teilnehmenden Bereiche sein werden.

Wir haben den „also" bereits gegründet, um die lange anhaltende Debatte um einen alternativen Dachverband nicht im Sande verlaufen zu lassen. Daran waren zwei Voraussetzungen geknüpft:

1. Der Vorstand wurde als Gründungsvorstand von den Gründungsmitgliedern gewählt, um die erforderlichen Voraussetzungen für die Vereinsgründung zu schaffen. Er wird auf der ersten Mitgliederversammlung eine Neuwahl durchführen.
2. Die Satzung und die Grundsatzerklärung entsprechen lediglich dem momentanen Diskussionsstand und werden bei der ersten öffentlichen Veranstaltung zur Diskussion gestellt, die Ende Juni 1985 sein wird. Dieser lange Zeitabstand wurde gewählt, um in den Bereichen ausreichende Diskussionsprozesse zu ermöglichen.

Wir sind froh über jede Anregung, selbstverständlich auch von Initiativen und Projekten, die nicht gleich Mitglied werden wollen, aber Interesse an dem Entstehen des alternativen Dachverbandes haben. Wenn Ihr uns anruft, schicken wir Euch die Satzung und Grundsatzerklärung zu. Wichtig scheint uns auch, Bereiche, die nicht traditionell der Sozialarbeit zuzurechnen sind, bei uns aufzunehmen. Dabei denken wir an die Ausländer-, Frauen-, Arbeitslosen-, Frieden-, Umwelt-, Schwulen-, Lesben- und alternativen Stadtteilkultur.

„also" ist telefonisch zu erreichen:
Rainer: 040/39 39 95, Henne: 040/439 91 89, Klaus: 040/43 39 49
c/o Rainer Peymann, Friedensallee 78, 2000 Hamburg 50

Für Spenden unser Konto:
Vereins- und Westbank (BLZ 200 300 00)
Konto-Nr. 33-74782

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Sozialhilfeinitiativen

Gegen Diskriminierung und Zwangsarbeit

Vom 14.6. bis 17.6.85 fand in Bielefeld/Quelle ein bundesweites Treffen der Sozialhilfeinitiativen statt.

Ziel und Sinn dieses Treffen war es, die Ergebnisse der vorherigen Treffen zusammenzufassen und in einem gemeinsamen Forderungskatalog darzustellen. Bedingt durch Rationalisierung in den Betrieben und durch den planmäßigen Sozialabbau stieg die Zahl der Hilfeempfänger nach BSHG und AFG in den letzten Jahren drastisch an. Immer mehr Menschen sind materieller und psychischer Verelendung preisgegeben.

Darum fordern die Sozialhilfeinitiativen der BRD und West-Berlin die Erhöhung des Eckregelsatzes auf monatlich DM 830,– zuzüglich der Übernahme von Energiekosten für 190 kWh, der Miete plus Heizkosten in tatsächlicher Höhe. Dieser errechnete Satz setzt sich wie folgt zusammen:

Ernährung	320,– DM
Instandsetzung von Hausrat	20,– DM
Körperpflege und Reinigung (Friseur, Hygienebedarf, Reinigungsmittel)	100,– DM
Persöhnliche Bedürfnisse des täglichen Lebens	290,– DM
Kindergeldpauschale	100,– DM
Gesamt	830,– DM

Außerdem soll ein jährliches Urlaubsgeld in Höhe eines Eckregelsatzes gezahlt werden.

Weiter wird von den Sozialhilfeinitiativen die kostenlose Benutzung öffentlicher Einrichtungen und Verkehrsmittel für Sozialhilfeberechtigte gefordert. Unabhängig von diesen Forderungen müssen die seit 1982 vorgenommenen Kürzungen ersatzlos zurückgenommen werden. Ein Mehrbedarfszuschlag soll bereits bei einem Kind bis zu dessen Volljährigkeit gewährt werden. Die Hilfen in besonderen Lebenslagen dürfen nicht weiter reduziert werden.

Die Sozialhilfeinitiativen verwahren sich gegen die öffentliche Diffamierungen in den Medien und gegen die diskriminierende Gewährungspraxis der Sozialämter. Außerdem verlangen sie die Aufhebung der Zwangsarbeit und keinen Einsatz von Sozialhilfeberechtigten als Lohndrücker. Der DGB wird aufgefordert, sich diesem Verlangen anzuschließen.

Sie fordern die Aufhebung des § 26 BSHG, wonach Auszubildende keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben, außerdem die Aufhebung des § 25 BSHG, wonach der Sozialhilfeberechtigte einer ständigen Bedrohung durch Kürzung oder Streichung der Leistungen ausgesetzt ist. Ferner fordern sie die ersatzlose Streichung des § 122 BSHG (Unterhaltspflicht bei eheähnlicher Gemeinschaft). Eine sozialhilferechtliche Unterhaltsverpflichtung soll nur zwischen Ehegatten und Eltern gegenüber ihren minderjährigen Kindern gelten.

Das Kindergeld darf nicht auf die Sozialhilfe angerechnet werden!

Asylsuchende sollen mit deutschen Antragstellern gleichgestellt werden. Die Unterbringung in Internierungslagern sowie die Wertgutscheine sollen abgeschafft werden.

Die Sozialhilfe soll jährlich in Höhe der Inflationsrate angepasst werden. Die Beratung durch Sozialhilfeinitiativen soll ohne Auflagen von den Sozialhilfeträgern finanziell unterstützt werden.

Am 1. Juli 1985 tritt eine angebliche Erhöhung der Sozialhilfe in Kraft, die auf einer sogenannten Reform der Berechnungsgrundlage des Warenkorbs beruht und eine Erhöhung der Regelsätze zwischen 5 und 8 % mit sich bringt. Diese sogenannte Reform ist kein Fortschritt. Es wird unterschlagen, daß

- die Zusammensetzung des neuen Warenkorbs nicht den Notwendigkeiten einer gesunden Ernährung gerecht wird,
- während der letzten Jahre die Sozialhilfesätze nicht den Preissteigerungsraten angeglichen wurden, so daß in dieser sogenannten Reform lediglich ein Teil dessen ausgezahlt wird, was früher eingespart wurde.

Im Ergebnis ist dieser Warenkorb schlechter als der seit 1971 gültige!

Die Sozialhilfeinitiativen der BRD und West-Berlin lehnen diese Schwindelreform schärfstens ab, da sie nicht die Lage der Sozialhilfeberechtigten verbessert, sondern in erster Linie deren wirkliche Lebensverhältnisse in der Öffentlichkeit verschleiert!

LESERBRIEFE

Zu CONTRASTE Nr. 9:
SPD und Selbstverwaltung

Burghard Flieger hat mit seinem Hinweis Recht, daß die Neubelebung des Genossenschaftsgedankens in der SPD erst am Anfang steht, es dagegen noch beträchtliche Widerstände gibt und auch die programmatische Klärung erst am Anfang steht.

Es gibt bei einer wachsenden Zahl von SPD-Mitgliedern ein großes Interesse an der Konkretisierung der Selbstverwaltungswirtschaft als ein reformpolitischer Ansatz zur Neugestaltung des Arbeits- und Lebensprozesses und zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Wenn Burghard Flieger auf die unterschiedliche Diskussion in verschiedenen Gremien der SPD (AK Genossenschaften und Anhörung zu den lokalen Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen) abstellt, so muß er m.E. aber auch darlegen, daß diese Unterschiede aus der Sache selbst kommen. Neue Formen von Arbeit und Beschäftigung sind in den letzten 15 Jahren unter unterschiedlichen Aspekten entstanden: aus sozio-kultureller Kritik gegen die Vermachtung und Bürokratisierung der Wirtschaft, aus Berufsnot, aus Unterstützungsmaßnahmen von Staat und freien Trägern und aus Selbstverwaltungsinitiativen. Natürlich muß man die Ziele, Organisationsformen und das Selbstverständnis der einzelnen Ansätze auseinanderhalten, aber sie haben dennoch gemeinsam, daß sie kontrovers zur herrschenden ökonomischen Entwicklungslogik stehen bzw. von ihr ausgegrenzt werden.

Die SPD-Vertreter haben auf der Anhörung eindeutig erklärt, daß sie vor allem eine Neubelebung und Stärkung des Genossenschaftswesens fördern wollen, zumal viele neue Beschäftigungsansätze heute bereits an die Grenzen ihrer instabilen Finanzierung und Warteschleifenfunktion geraten sind.

Michael Müller, MdB

Zu Hennefer Ingenieurbau gescheitert... CONTRASTE Nr. 8/85

Aus dem Schicksal der Hennefer Ingenieurbau haben die Betroffenen sicher einiges gelernt und ich als Außenseiter schöpfe trotz des Mißerfolgs Mut aus dem Kampf für den Betrieb. Wir sollten schon versuchen, die SPD und die BfG einzuspannen oder zu „benutzen" (wenn das nicht zu unverschämt klingt), aber mir wurde an diesem Beispiel unmißverständlich klar, daß unsere politische und wirtschaftliche Zukunft dort nicht liegt.

Mit ökologischen Grüßen W. Spaniol

ANZEIGE

Liebe Leute,
wir wenden uns an Euch mit einer Projektidee und einem Angebot.

Entprivatisierung von Grundeigentum, Entwicklung internationaler Kontakte innerhalb der europäischen Linken und der alternativen Bewegung, Veränderung von Reise- und Ferienverhalten sind einige der wichtigsten Ziele unserer Organisation. Im Rahmen des Projekts bieten wir auch Häuser in verschiedenen europäischen Ländern als Tagungs- und Ferienstätten an.

Wir möchten Euch dabei besonders auf das „Foyer de Roquecave" aufmerksam machen. Besonders außerhalb der Kernfereienzeit Juli/August bietet das Anwesen Platz für vielfältige Gruppenaktivitäten. Die Kosten sind vergleichsweise niedrig. Die Gebäude bieten bequem Platz für 20–25 Personen. Auch für Kinder ist das Anwesen sehr gut geeignet. Gruppenrabatte gewähren wir je nach Saison und Dauer der Nutzung nach Vereinbarung.

Falls Ihr schon lange ein geeignetes Ferien- oder Tagungsdomizil in Südfrankreich gesucht habt oder auch an unserem Projekt an sich interessiert seid, meldet Euch bitte bei uns. Unsere Bürozeiten: Mo 10–13 Uhr, Mi 16–19 Uhr, Do 10–13 Uhr. Die übrige Zeit läuft ein Anrufbeantworter – bitte nicht erschrecken. Ihr könnt die Häuser auch gerne persönlich beschnuppern, wenn Ihr in der Gegend seid.

Weitere Informationen über:
Europäische Cooperative Ferienhäuser & Bildungsstätten, Kurfürstendamm 72, 1000 Berlin 31, Tel. 030/323 60 73

GESUCHT

Selbstverwaltete Bildungsstätte im Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg sucht **qualifizierte(n) Mitarbeiter(in)** zur Führung des angeschlossenen Teestubenbetriebs. Schriftliche Bewerbungen bitte an: Forum-Teestube e.V., Christophstr. 17, 7320 Göppingen.

Naturata e.G. sucht: NATURKOST-HÄNDLER/IN. Für den Bereich Regionalhandel suchen wir möglichst bald eine(n) engagierte(n) Naturkosthändler(in) mit Bereitschaft zu selbstverantwortlicher Arbeit innerhalb einer Gruppe. Laden- und Großhandels-/Regionalverteiler-Erfahrung wären hilfreich. Interesse an der Gestaltung einer humanen Ökonomie sollte vorhanden, die Dreigliederungsidee nicht ganz unbekannt sein. Wir bieten keine Idylle, aber große Gestaltungsfreiräume; wir bieten keinen Leistungslohn aber jede Menge Einsatzmöglichkeit für persönliches Engagement. Naturata e.G., Tauberstraße 25, 6970 Lauda-Königshofen

---

Für die Kfz-Werkstatt der Handwerkergenossenschaft Mannheim wird eine Kfz-Mechanikerin gesucht. Wir sind bisher 1 Frau und 6 Männer und arbeiten selbstorganisiert auf einem größerem Gelände, auf dem sich noch eine Schreinerei mit Restauration sowie ein selbstverwaltetes Umzugsunternehmen befinden.
Du kannst täglich von 8–17 Uhr anrufen. Tel. 0621/10 33 24

Selbstverwalteter Fahrradladen sucht baldmöglichst qualifizierte/n Teilhaber/in Schriftliche Vorstellung bitte an: Dynamo, Goschenstr. 26, 3200 Hildesheim, Tel. 05121/13 23 97

Wir, ein Fahrradkollektiv, haben uns vergrößert und suchen weitere Mitarbeiter/innen für Verkauf, Werkstatt und Büro. Techn. Fertigkeit und/oder Büroerfahrung wäre wichtig, Mechanikermeister o.ä. wäre top.
Rad + Tat, Karlstr. 31, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 0721/2 22 38

Fahrschullehrer für Projektgruppe Ostertor/Steintor gesucht. Im Rahmen einer berufsvorbereitenden Maßnahme suchen wir für 15 ausländische Jugendliche im Lagerhaus Schildstraße in Bremen ein/n Fahrschullehrer/in, die/der den praktischen Teil der Ausbildung realisiert. Der theoretische Teil wird von uns abgedeckt. Näheres, Informationen über 0421/405 33 78 oder 0421/7 60 56

Das **windhueter kollektiv** sucht ab sofort: eine/n **Reprofotografen/in** (mit Montagekenntnissen) und eine/n **Fotosetzer/in** (Berthold-Geräte). Wir haben eine Offsetdruckerei, machen Gesamtherstellung und brauchen nette Menschen mit Berufserfahrung.
windhueter kollektiv, Heinkelstr. 27, 7060 Schorndorf (b. Stuttgart), 07181/61076

Suche Lehrstelle als Druckvorlagenhersteller o. Drucker in selbstverwalteten Betrieb. Werner Blessing, Olgastr. 3/1, 7440 Nürtingen, Tel. 07022/3 26 21

Hier ist der Bürohengst, der Euch noch gefehlt hat. Bin 22, mit abgeschlossener kaufmännischer Lehre (Außenhandel/Rohwolle) und handwerklichem Goodwill und suche sinnvolle Arbeit in einem selbstverwalteten Betrieb, alternativem Projekt o.ä. im Raum Bremen/Oldenburg. Wolfgang Flieger, Kornstraße 22, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/55 46 47

Kollektive Versicherungsagentur, Märkischestraße 53, 4000 Düsseldorf. Wir machen Betriebsferien vom 8. bis 26. Juli. Lieber vorher noch anrufen. Gisela, Alfred und Klaus. Liebe Grüße und schöne Ferien.

Nachfolger gesucht für eine eingeführte **Gaststätte** mit vegetarischer Vollwertkost (Küche vollkonzessioniert) in Berlin Kreuzberg. Zuschriften mit persönlicher und (ausführlicher) inhaltlicher Vorstellung bitte ausschließlich an: E. Haar, VHS 3. St., Eisenbahnstr. 21, 1 Berlin 36

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Tagungen... Seminare... Treffen

INTERNATIONALES KULTURZENTRUM ACHBERG

ZWEI TAGUNGEN IM INTERNATIONALEN KULTURZENTRUM ACHBERG

Das Internationale Kulturzentrum Achberg hat kurzfristig noch zwei Tagungen in sein Sommerprogramm aufgenommen, zu denen wir hiermit alle diejenigen sehr herzlich einladen, die sich noch spontan entscheiden können und wollen, an dieser Arbeit teilzunehmen bzw. mitzuwirken.

Teilnahme an beiden Tagungen ist selbstverständlich möglich. Falls Interesse besteht, kann die Tagung zur Strategie des gesellschaftlichen Wandels bis 17. August – parallel zur Tagung über die „deutsche Frage" fortgesetzt werden.

Anmeldung möglichst umgehend (ist aber bis 10.8. möglich) an: Humboldthaus, 8991 Achberg, z. Hd. G. Häfner, Tel.: 08380/335.

Kosten: Vollpension bei: Einzelzimmer DM 45,--, Doppelzimmer DM 40,--, Mehrbettraum DM 30,--, eigenes Zelt DM 25,-- pro Tag und Person.

Wir sind bemüht, trotz der kurzen Vorbereitungszeit noch einige interessante und kontroverse Beiträge von sachkundigen Personen für beide Tagungen zu bekommen. Die Arbeitsweise wird sein: Vorträge, Diskussionen, Gesprächsgruppen.

Abschied vom Kapitalismus – Einsteigen in eine andere Republik

WER SOLL DAS ALLES ÄNDERN?

Schwerpunkte einer realistischen Strategie des gesellschaftlichen Wandels

Vom 11. bis 14. August 1985

Vierzig Jahre nach dem Ende des Dritten Reiches

DIE TEILUNG DEUTSCHLANDS – VERHÄNGNIS ODER AUFTRAG?

Die „deutsche Frage" ist offen, die sog. „staatliche Einheit" aber ist kein zeitgemäßes Ziel

Vom 14. bis 17. August 1985

Tagungen der AG SPAK

BETREUT WERDEN UND SICH SELBSTVERWALTEN

AG SPAK/DPWV; Probleme der Professionalisierung in der Jugendzentrumsarbeit.

20. bis 22. September 1985

Haus Buchwald – Paritätische Bildungsstätte, 6697 Nohfelden 5, Saarland.

Diese Fachtagung soll dazu dienen, folgende Fragen klären zu helfen:

- Welche Auswirkungen hat die Professionalisierung auf die Selbstverwaltung bzw. die Selbstorganisation der Jugendlichen im Jugendzentrum?
- Haben sich durch die Professionalisierung qualitative Veränderungen ergeben?
- Gibt es einen unauflösbaren Widerspruch zwischen Betreut-Werden und Selbstorganisation oder kann dieser Widerspruch aufgelöst werden?
- Welche Konsequenzen sind für das Handeln des Betreuers zu ziehen, wenn der Widerspruch sich auflösen lassen soll?
- Welche Konsequenzen sind für die Gestaltung der Jugendzentrumsarbeit aus der Sicht der Jugendlichen zu ziehen?

Anmeldungen bis: 1. September 1985 beim Paritätischen Bildungswerk, Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 6000 Frankfurt

Arbeitsbereich Behindertenarbeit
Gentechnik und Behinderung
Ort: vorauss. Frankfurt/Main
Termin: 20.-22.9.85
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Anneliese Mayer
Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (098) 6 91 78 21

Projektbereich Kriminalpolitik
Strafe, das kleinere Übel? Der Versuch, die Freiheitsstrafe abzuschaffen und die Folgen.
Regionaltagung Hessen
Termin: 27.-29.9.85
Ort. Fronhausen/Marburg
Anfragen:
ASTRA e.V.
Marburger Str. 15
3555 Fronhausen
oder über AG SPAK – Bundesgeschäftsstelle

Projetkbereich Psychisch Kranke
Alternative Einrichtung für geistig Behinderte, theoretische Diskussion und Besuch von Projekten
Ort: Morbach-Merscheid
Termin: 24.-31.8.85
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK

Bundesweite Aktionswoche vom 14.-21. Oktober 1985

GEGEN DIE MACHT DER KAFFEEKONZERNE

Die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen.

KAFFEE ist ein aufregendes Getränk: sei es beim ausgedehnten Kaffeeklatsch, beim Frühstücksschmaus, als stündlicher Muntermacher im Büro oder als schneller Kaffee zwischendurch bei Tchibo – fast jeder Bundesbürger »krönt seine schönsten Stunden« (Jacobs) täglich mit einer Tasse Kaffee und entrückt so dem tristen Alltag auf seine »Insel der Frische« (Tchibo).

KAFFEE läßt aber auch anderen den Puls höher schlagen: den Börsenspekulanten und Kaffeekonzernen, die am weltweiten jährlichen Kaffeeumsatz verdienen. Dabei wird nicht nur den Beschäftigten der Konzerne und den Konsumenten kräftig in die Tasche gelangt:

- Plantagenarbeiter in El Salvador oder Brasilien schuften sich buchstäblich zu Tode. Drei Monate Arbeit in der Ernte, und der Lohn reicht nicht zum Überleben der Familie.
- Rothfos (weltgrößter Rohkaffeehändler), Tchibo, Jacobs und wie sie alle heißen, schicken ihre Händler aus. Vom Bremer oder Hamburger Hafen transportieren sie den Rohkaffee nach Berlin, um ihn dort zu rösten. Das ist unsinnig, aber bringt wegen der Berlinförderung noch mehr Geld. Und für Geld gehen die Kaffeekonzerne über Leichen:
- Campesinos und Plantagenarbeiter wehren sich immer mehr gegen ihre Lage. Mit Terror und Gewalt versuchen die herrschenden Klassen in den Anbauländern jeden Widerstand zu brechen. 100 000 Menschen des eigenen Volkes haben allein die Diktaturen El Salvadors und Guatemalas in den letzten Jahren umgebracht. Dafür dürfen sie mitverdienen am langen Weg des Kaffees auf unseren Frühstückstisch. Schließlich wollen sich die Konzerne die Finger nicht selbst schmutzig machen.
- Die sandinistische Befreiungsfront in Nicaragua jagte am 10. Juli 1979 den Diktator Somoza weg. Seitdem versucht das Land einen eigenen Weg zu gehen: Die dortige Regierung stellt sich nicht mehr in den Dienst der ausländischen Multis und auch nicht der einheimischen Großgrundbesitzer. Offener Krieg und ein aggressives Handelsembargo sind die Antwort.

KAFFEE sollte deshalb wachmachen und anregen, über diese Verhältnisse nachzudenken und Konsequenzen zu ziehen. Da wir entsprechende Werbung von den Konzernen nicht verlangen können (etwa: Jacobs – die Krönung der Ausbeutung!) heißt unsere Antwort:

Kauft keinen Kaffee der Konzerne!

Unser Widerstand muß darüber hinausgehen, das Unrecht nur anzuklagen. Erschweren wir deshalb den Kaffee-Konzernen das Geschäft mit der Ausbeutung der Dritten Welt! Laßt uns alle Phantasie anstrengen, damit die Konzernetagen und ihre public-relations-Abteilungen unruhige Tage haben!

Koordinationsstelle: Informationsbüro Nicaragua e.V., Postfach 10 13 20, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202/76 05 27
Koordinationsstelle Nord: Dritte-Welt-Haus, Buchtstraße 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/32 60 46
Spendenkonten: Informationsstelle Guatemala e.V.,
Postgiroamt München Kto.-Nr. 208159-802
Stichwort: URNG-Volksorganisation
Informationsbüro Nicaragua e.V.
Stadtsparkasse Wuppertal (BLZ 330 50000)
Kto.-Nr. 96 3611 (Alle eingehenden Gelder gehen zur Hälfte an die FDR/FMLN und die FSLN.)

Betr.: EUROPÄISCHER SOZIALFONDS

Projekte, die Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds beantragen wollen, seien an den Abgabetermin der Anträge erinnert. Bis zum 10. August müssen Eure Anträge beim Bundesministerium für Arbeit, Herrn Becker, Rochusstr. 1, 5300 Bonn 1, eingegangen sein. Zur Klärung aufkommender Fragen steht auch Kerstin Murr c/o Büro Benny Härlin, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Tel. 030/692 22 22 tägl. zwischen 10 und 12 Uhr zur Verfügung.

Ab nächstem Jahr gibt es neue Leitlinien für die Vergabe der ESF-Gelder, sie können ebenfalls bei Kerstin angefordert werden.

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

18.–20.10. SONNENHÄUSER

Konzepte, Konstruktion, Kosten

Stichworte zum Inhalt: Ideologische Zusammenhänge; Einbindung in ökologisch orientierte Lebensweisen; entwurfliche Rahmenbedingungen, Funktionale und räumliche Anordnung verschiedener Elemente; Konstruktionseinzelheiten passiver Elemente (Verglasung, Puffer, Speicher, Grasdach) und aktive Elemente (Warmluftgebläse, Sonnenkollektoren, Zusatzheizungen)

Koordination: Ingo Gabriel, Georg Conradi, Robert Borsch-Laaks

Teilnahmekosten: DM 80,–; Anmeldungen an obg. Anschrift

4.–6.10. BAUFACHFRAUENTREFFEN

Im Aufbau ist ein Kontaktnetz von Baufachfrauen. Stichworte: Arbeitsvermittlung von Baufachfrauen; Weiterbildung und Treffen; Entwicklung neuer Ideen wie ein feministisches Ökologiezentrum oder Baufirma, Baustoffhandel o.ä.

Es gibt ein zweites Treffen dieses Kreises im Frauenbildungshaus Osteresch bei Münster.

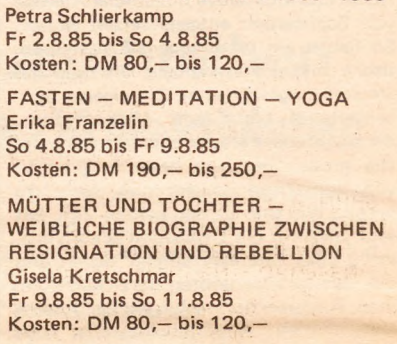
Kosten DM 50,–; Einzelheiten und Anmeldung direkt beim Frauenbildungshaus Osteresch, 4447 Hopsten-Schale

EINLADUNG ZUM 4. ÜBERREGIONALEN SCHREINERTREFFEN

Zum 4. Schreinertreffen laden wir nach Krefeld. Wir treffen uns vom 6.–8. September in der Werkstatt der Tischlerei Legno. Bitte meldet Euch rechtzeitig (sofort) schriftlich an, Ihr erhaltet dann „Arbeitspapiere" zur Vorbereitung des Treffens und Wegebeschreibung.

Die in Freiburg gegründeten Themenvorbereitungsgruppen arbeiten ihre Vorschläge aus und schicken sie uns (Legno) möglichst bis Anfang August zur Verteilung zu.

LEGNO Tischlerei Kollektiv, Krüserstr. 22, 4150 Krefeld 29, Tel. 02151/73 52 60



Juli

AUGENTRAINING FÜR FRAUEN MIT SEHPROBLEMEN
Cornelia Korber/Diana Melzer-Peters
Fr 19.7.85 bis So 21.7.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

SCHMUCKWERKSTATT – GOLDSCHMIEDEN
Mechthild Watermann
So 21.7.85 bis Fr 26.7.85
Kosten: DM 190,– bis 250,– (50,– Material)

FILZTECHNIK MIT WOLLE
Annette Müller
Fr 26.7.85 bis So 28.7.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

August

HOLZKURS: GARTENBÄNKE' SONNENLIEGEN, BIOLOG. FARBEN UND HOLZSCHUTZ
Raphaele Flecke
So 28.7.bis Fr 2.8.85
Kosten: SOZIALTARIF DM 125,–

AUF ENTDECKUNGSREISE: LESBISCHES LEBEN ZWISCHEN 1900–1930
Petra Schlierkamp
Fr 2.8.85 bis So 4.8.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

FASTEN – MEDITATION – YOGA
Erika Franzelin
So 4.8.85 bis Fr 9.8.85
Kosten: DM 190,– bis 250,–

MÜTTER UND TÖCHTER – WEIBLICHE BIOGRAPHIE ZWISCHEN RESIGNATION UND REBELLION
Gisela Kretschmar
Fr 9.8.85 bis So 11.8.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

WEIBLICHE WELTBILDER – FEMINISTISCHE UTOPIEN
Gisela Kretschmar
Mo 12.8.85 bis Fr 16.8.85
Kosten: DM 150,– bis 210,–

ICH SELBST WERDEN – GRUPPENDYNAMISCHES SELBSTERFAHRUNGSWOCHENENDE – VOR ALLEM FÜR FRAUEN IN DER MITTE IHRES LEBENS
Brigitte Dorst
Fr 16.8.85 bis So 18.8.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

SHIATSU UND AKU-PRESSUR
Beate Dirkschmieder
So 18.8.85 bis Fr 23.8.85
Kosten: DM 190,– bis 250,–

DAS GEBURTSHOROSKOP ALS MANDALA
Moni Heer
Fr 23.8.85 bis So 25.8.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

FRAUEN(ARBEITS)ERWERBSLOSIGKEIT – KATASTROPHE ODER CHANCE –
Monika Ruhländer-Voß
Mo 26.8.85 bis Fr 30.8.85
Kosten: DM 170,– bis 230,–

September

EINFÜHRUNG IN DIE BAUBIOLOGIE
Uta Herz/Brigitte Weckerle
Fr 30.8.85 bis So 1.9.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

DER TÄGLICHE KAMPF DER FRAUEN UMS ÜBERLEBEN IN WESTAFRIKA – HUNGER ALS FOLGE DER „HAUSFRAUISOLIERUNG"
Brigitte Menne
So 1.9.85 bis Fr 6.9.85
Kosten: DM 190,– bis 250,–

BAUCHTANZ FÜR FORTGESCHRITTENE
Petra Dutz
Fr 6.9.85 bis So 8.9.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

SOMMERSEMINAR TAK – AÖ DER AG SPAK IN ALTENMELLE/B. BIELEFELD

So 28.7.	Mo 29.7.	Di 30.7.	Mi 31.7.	Do 1.8.	Fr 2.8.	Sa 3.8.	So 4.8.	Mo 5.8.	Di 6.8.	Mi 7.8.	Do 8.8.	Fr 9.8.	Sa 10.8.
Anreisetag 16 Uhr Arbeitsorganisationstreffen 20 Uhr Vorstellungsrunde (Anwesenheit aller unbedingt erforderlich!)	I. Zukunft der Frauenarbeit (Martina Raki, Uta Steinhäuser)						14 Uhr TAK - AÖ	IV. Ökologisches Bauen (Julia Barkholz)					
	Utopien Sammlung von Wünschen	Frauenarbeit traditionell	Frauenarbeit in Projekten	Vergleich traditionell und projektbezogene Arbeit	Reflektionen mit den Utopien des 1. Tages Strategien			?	?	?	?		
	II. Selbstverwaltung – Lernprozeß auch für uns Männer Haben wir uns positiv verändert? (Hans Topf, Uwe Mädger)							V. Technologie in Alternativbetrieben (Hauke Benner)					
	Start	Haben „Linke" Männer mehr oder weniger Rollenprobleme?	Konkurrenz unter uns	Begegnung mit Frauen				Geschichte der Rechnerentwicklung	Wie funktioniert eine EDV - Anlage?	Wie verändern sich Arbeitsplätze durch EDV-Anlagen?	Enteignung des Denkens - Herr Taylor und Computer	Was ist alternativ am Computer?	
	III. Finanzierung und Kommunikation der SV – Betriebe und Projekte (Karl Bergmann, Bernd Scheda)							VI. Gruppe 2000 (Rolf Schwendter) ein Entwurf für vernetzte Organisationen in alternativen Zusammenhängen					
	Ökobank – Konzeption Infos, Hintergründe, aktueller Stand		Politische und Ökonomische Perspektive der Ökobank	CONTRASTE - die Zeitung für Selbstverwaltung?	Staatsknete/ SV-Sektor Bestandsaufnahme aus den Bundesländern			Ganzer Tag Ein leider noch immer aktueller Entwurf aus dem Jahre 1974	X	X	Nachmittag Was ist heute noch aus dem Entwurf zu lernen	Ganzer Tag Der Entwurf und alternative Zusammenhänge	
				Abends Haftungsassoziation Direktkreditvermittlung. Stand und Perspektiven									

Das Sommer-Seminar ist auf 50 Teilnehmer/innen/Woche begrenzt. Die Teilnehmenden sollten jedoch möglichst 2 Wochen teilnehmen (Problem der Fluktuation). Kosten 140 DM mit Verpflegung.

Anmeldung: Uwe Mädger, 2800 Bremen, Beim Steinernen Kreuz 10, Anmeldeschluß: 6.7.85, Anmeldegebühr 70 DM auf das Konto Sparkasse Bremen Kto.-Nr. 11977998 (BLZ 290 501 01)

Bei der Anmeldung muß angegeben werden, an welcher Arbeitsgruppe die Leute in welcher Woche teilnehmen wollen.

Wer ein eigenes Thema anbieten will, sollte das auch vermerken. Filme (VHS-Video) zu den Themen können mitgebracht und diskutiert werden. Kulturelle Beiträge aller Art sind erwünscht.